

***Protokoll
29. Parteitag
der CDU Deutschlands***

6. – 7. Dezember 2016 · Essen

CDU

Protokoll

**29. Parteitag der CDU Deutschlands
6. – 7. Dezember 2016, Essen**

Inhalt

	Seite
Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlussfassung über die Tagesordnung	12
Bestätigung der Antragskommission	13
Wahl der Mandatsprüfungskommission	13
Wahl der Stimmzählkommission	13
Grußworte:	
■ Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen	13
■ Joseph Daul, Präsident der Europäischen Volkspartei	17
■ Armin Laschet MdL, Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen	21
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	25
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	46
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2014 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz Dr. Philipp Murmann MdB	81
Bericht der Rechnungsprüfer	84
Entlastung des Bundesvorstandes	85
Bericht der Mandatsprüfungskommission	87
Wahl des Bundesvorstandes:	
■ Wahl des Vorsitzenden	88
■ Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden	89
■ Wahl des Bundesschatzmeisters	96
■ Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums	98

■ Wahl des Mitgliederbeauftragten	108
■ Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes	112
Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei	142
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für den Kongress der Europäischen Volkspartei	143
Wahl des Bundesparteigerichts der CDU	143
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Herbert Reul MdEP	144
Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU	146
Sonstige Anträge – Beratung und Beschlussfassung	150
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Volker Kauder MdB	206
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ Dr. Peter Tauber MdB	215
Beratung und Beschlussfassung des Antrags des Bundesvorstandes „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“	222
Schlusswort	239
ANHANG	
Beschlussprotokoll	241
Rednerverzeichnis	269

Montag, 6. Dezember 2016

Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.37 Uhr)

Michael Kretzschmer: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir wollen mit unserem Parteitag beginnen. Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, nochmals die Bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit unserem Parteitag beginnen können. Vielen Dank!

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Guten Morgen!

(Beifall)

Wenn die Fotografen der ersten Reihe anderen die Chance geben, mich auch zu sehen, wäre das schön.

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Delegierte, liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 29. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und heiße sie alle herzlich willkommen in Essen.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Herzlich willkommen! Wir sind bereits zum dritten Mal mit unserem Parteitag zu Gast in Essen, und ich möchte mich natürlich bei der Geschäftsleitung der Messe Essen für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die hier geboten werden, bedanken. Schön, dass wir wieder hier sein dürfen! Ich möchte den Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen, ganz herzlich begrüßen, der gleich ein Grußwort zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Thomas Kufen hat mit seinem erfolgreichen Einzug in das Essener Rathaus gezeigt, wozu die CDU in NRW in der Lage ist. Ein gutes Beispiel!

(Beifall)

Natürlich begrüße ich ganz besonders herzlich den Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, unseren Freund Armin Laschet. Herzlichen Dank für die Gastfreundschaft, lieber Armin!

(Beifall)

Am 14. Mai 2017 ist es soweit, dann wählen die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Wir werden gemeinsam mit aller Kraft dafür kämpfen, dass die CDU wieder in die Regierungsverantwortung kommt. Unser Ziel ist klar: Armin Laschet wird Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall, Rufe)

Dafür kämpfen wir und wir freuen uns nachher auf deine Worte.

(Beifall)

Ich freue mich, den Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Joseph Daul, begrüßen zu können.

(Beifall)

Lieber Joseph, du wirst gleich ein Grußwort an uns richten. Mit ihm zusammen begrüße ich die zahlreichen weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei. Ein herzliches Willkommen an unseren EU-Kommissar, den designierten EU-Haushaltskommissar, Günther Oettinger. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Ich freue mich sehr darüber, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe – Ist sie schon da? Irgendwo soll sie sein. – Also herzlich willkommen, Gerda Hasselfeldt.

(Zuruf: „Sie sind gleich da, sie werden noch abgeholt, Manfred Weber ist schon da.“)

Ach Sie sind gleich da, Manfred Weber ist da. Der sitzt hinterm Fotografen.

(Beifall)

Die anderen kommen gleich. Ich begrüße zahlreiche internationale Gäste von der Internationalen Demokratischen Union und der Christlich Demokratischen Internationale. Wir freuen uns auch, dass viele Botschafter und viele Vertreter der Botschaften und der diplomatischen Missionen bei uns sind.

Wir haben unseren Tag heute mit einem beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst begonnen. Ich danke nochmal dem Bischof von Essen, Franz-Josef Overbeck, und dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski. Die, die dabei waren, werden es sicherlich auch sehr, sehr schön gefunden haben.

(Beifall)

Natürlich ein Dankeschön an den Pfarrer der Evangelischen Erlöserkirchengemeinde Holsterhausen, Joachim Greifenberg.

Wir freuen uns, dass auch in diesem Jahr die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen, Prälat Martin Dutzmann und Prälat Dr. Jüsten, bei uns sind. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße damit auch den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und CDU-Landtagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, unseren Freund Professor Thomas Sternberg und alle weiteren Vertreter der Religionsgemeinschaften. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gäste sind auch Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden. Ein herzliches Willkommen an Ingo Kramer, den Präsidenten der Arbeitgeberverbände, und Steffen Kampeter. Herzlich willkommen als Vertreter des BDA!

(Beifall)

Als Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack natürlich herzlich willkommen bei uns.

(Beifall)

Herr Terjung, Vorstandsvorsitzender von innogy, ist gemeinsam mit unserer Freundin Hildegard Müller ebenfalls auf unserem Parteitag. Der Anfahrtsweg war nicht so weit, aber trotzdem herzlich willkommen!

(Beifall)

Der Deutsche Fußballbund ist durch Reinhard Grindel

(Rufe, Beifall)

vertreten. Herzlich willkommen!

Rainer Wendt als Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter André Schulz

(Beifall)

und Eva Welskop-Deffaa, Mitglied im Ver.di-Bundesvorstand und bald auf anderen Aufgaben auch zu finden.

(Beifall)

Ich freue mich, dass ehemalige Ministerpräsidenten unserer Einladung gefolgt sind und begrüße herzlich Dieter Althaus, Kurt Biedenkopf und Jürgen Rüttgers. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Auch in diesem Jahr ist er wieder dabei, unser Freund Günter-Helge Strickstrack, der alle CDU-Parteitage bis jetzt verfolgt hat. Ein herzliches Willkommen und genauso an Heinz Schwarz auch ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Da ist jetzt Andi Scheuer, ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen genauso wie Blogger und Vertreter der Social Media. Sie können von unserem Parteitag hoffentlich viel Interessantes und hoffentlich auch viel Gutes berichten. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kommen hier in Essen zusammen, um gemeinsam nach vorne zu blicken und unser Land in eine weiterhin gute Zukunft zu führen. Im Mittelpunkt unserer Politik steht dabei für uns Christdemokraten stets der Mensch. Wir werden über das, was vor uns liegt, ausreichend und intensiv diskutieren. Wenn wir gemeinsam diskutieren, ziehen wir auch Bilanz und wir können sagen, unser Land steht gut da, aber wir müssen immer wieder die Weichen für die Zukunft stellen.

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitags an jene denken, die seit dem 28. Parteitag im Dezember 2015 von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Für die vielen, die uns verlassen haben, möchte ich stellvertretend Dr. Wolfram Kessler nennen, geboren am 20. Dezember 1930, gestorben am 20. Januar 2016. Er gehörte seit 1948 der CDU an und er war von 1972 bis 1976 Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU und Mitbegründer des EAK im Kreisverband Siegen.

Ich denke an Ruth Liebig, geboren am 8. September 1924, gestorben am 26. Februar 2016. Sie war seit 1945 Mitglied der CDU und von 2000 bis 2014 Mitglied im Vorstand der Senioren-Union in Zwickau.

Ich nenne Klaus Lattmann, geboren am 27. Februar 1923, gestorben am 4. März 2016, Mitglied der CDU seit 1957. Er war von 1966 bis 1997 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und von 1989 bis 1993 erster Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft.

Wir trauern um Professor Dr. Lothar Späth, geboren am 16. November 1937, gestorben am 18. März 2016. Er war Mitglied der CDU seit 1967, von 1968 bis 1991 Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, von 1972 bis 1978 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von Baden-

Württemberg. 1978 war er Minister des Innern und von 1978 bis 1991 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Von 1979 bis 1991 führte er als Vorsitzender den CDU-Landesverband Baden-Württemberg.

Wir erinnern an Horst Jacob, geboren am 12. Dezember 1931, gestorben am 4. April 2016. Er war seit 1961 Mitglied der CDU, von 1973 bis 1985 führte er als Vorsitzender den CDU-Ortsverband Neunkirchen. Horst Jacob war von 1975 bis 1990 Sozialsekretär des CDU-Landesverbandes Saar und von 1993 bis 2001 Mitglied des CDA-Landesvorstandes Saar.

Wir gedenken Dr. Karl-Heinz Schmitz, geboren am 9. Juni 1932, gestorben am 21. April 2016. Dr. Karl-Heinz Schmitz war seit 1951 Mitglied der CDU, von 1955 bis 1958 Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin, von 1958 bis 1963 und von 1967 bis 1985 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Von 1963 bis 1969 hatte er den geschäftsführenden Vorsitz des CDU-Landesverbandes Berlin inne und war von 1969 bis 1981 zweiter Vorsitzender der CDU in Berlin. Er gehörte von 1970 bis 1971 auch dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Dr. Walther Leisler Kiep, geboren am 5. Januar 1926, gestorben am 9. Mai 2016. Er war seit 1961 Mitglied der CDU, gehörte von 1965 bis 1976 und 1980 bis 1982 dem Deutschen Bundestag an. Er war von 1971 bis 1992 Bundesschatzmeister der CDU, von 1976 bis 1980 bekleidete er das Amt des Ministers für Finanzen des Landes Niedersachsen und von 1978 bis 1980 war er Mitglied des niedersächsischen Landtages.

Ich erinnere an Günter Flessner, geboren am 7. November 1930, gestorben am 12. Mai 2016, CDU-Mitglied seit 1962, von 1973 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein, von 1971 bis 1978 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages und von 1975 bis 1987 Minister für Landwirtschaft in Schleswig-Holstein.

Wir trauern um Wolfgang Braun, geboren am 27. Juli 1939, gestorben am 19. Mai 2016, Mitglied der CDU seit 1984, von 1987 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Magdeburg und von 1990 bis 1991 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Er gehörte 1990 und 1991 dem Landtag von Sachsen-Anhalt an und war Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt. Er war Mitbegründer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt.

Ich denke an Ulrich Braun, geboren am 20. April 1924, gestorben am 17. Juli 2016. Seit 1947 war er Mitglied der CDU, von 1990 bis 1994 Vorsitzender der Senioren-Union in Brandenburg und schließlich deren Ehrenvorsitzender.

Wir trauern um Christiane Uhlhorn, geboren am 31. Januar 1927, gestorben am 1. August 2016. Seit 1963 war sie Mitglied der CDU, von 1970 bis 1978 Mitglied des hessischen Landtages und von 1971 bis 1981 Vorsitzende der Frauen Union in Hessen.

Ich möchte Willibald Böck nennen, geboren am 30. Dezember 1946, gestorben am 2. August 2016, seit 1965 Mitglied der CDU, von 1990 bis 1992 Minister des Innern des Landes Thüringen und Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen von 1990 bis 1993. Von 1991 bis 2008 bekleidete er das Amt als Vorsitzender der KPV in Thüringen.

Wir trauern um Harald Lastovka, geboren am 7. August 1944, gestorben am 25. August 2016, seit 1990 Mitglied der CDU, von 1990 bis 2008 Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund. Er war von 1991 bis 2001 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

Wir trauern um Dr. Konrad Kraske, geboren am 5. Juni 1926, gestorben am 16. November 2016, seit 1952 Mitglied der CDU, von 1953 bis 1956 Vorsitzender des RCDS, von 1956 bis 1957 stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit, der späteren Konrad-Adenauer-Stiftung. Er war von 1957 bis 2001 Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung, von 1958 bis 1970 Bundesgeschäftsführer und von 1971 bis 1973 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Er war von 1965 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1962 bis 2002 Mitglied des Fernsehrates des ZDF und von 1992 bis 2002 auch dessen Vorsitzender.

Ich nenne abschließend Peter Hintze, geboren am 25. April 1950, gestorben am 26. November 2016, Mitglied der CDU seit 1969. Seit 1990 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, war von 1990 bis 1992 Bundesvorsitzender des EAK. Er war Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Frauen und Jugend von 1991 bis 1992, von 1992 bis 1998 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Peter Hintze war von 2002 bis 2015 Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, von 2005 bis 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und von 2007 bis 2013 Koordinator der Bundesregierung für die Luft- und Raumfahrt. Seit 2006 bekleidete er den Vorsitz der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seit 2013 das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages.

Er wird uns bei diesem Parteitag sehr fehlen.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens.

(Schweigeminute)

Herzlichen Dank!

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen und die Abstimmung zum Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Erster Test: Wer mit dem Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Ich danke für die Wahl des Tagungspräsidiums und bitte die gewählten Mitglieder, jetzt hier auf der Bühne Platz zu nehmen und übergebe die Tagungsgeschäfte an Armin Laschet.

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Delegierte, liebe Tagungsgäste, für das Vertrauen, das Sie dem Tagungspräsidium ausgesprochen haben. Ich möchte das, was Angela Merkel gerade am Ende gesagt hat, auch für das Tagespräsidium sagen. Das ist nach vielen, vielen Parteitagen ein erstes Tagespräsidium ohne Peter Hintze, und wir versuchen ganz in seinem Sinne, so wie er Parteitage geleitet hat, auch diese nächsten Tage gut für die Delegierten zu leiten.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich nun, inzwischen eingetroffen, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Gerda Hasselfeldt ganz herzlich unter uns begrüßen.

(Beifall)

In die Reihe der ehemaligen Ministerpräsidenten hat sich auch eingereiht unser Freund Bernhard Vogel. Ebenfalls herzlich begrüßt auf dem Parteitag.

(Beifall)

Gerne möchte ich Ihnen nun einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben. Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, werden wir heute den Bundesvorstand der CDU Deutschlands neu wählen. Gemäß unserer Geschäftsordnung legen wir eine Meldefrist für weitere Kandidaturen fest und beschließen diese.

Wir schlagen vor, die Frist auf 12:30 Uhr festzulegen. Die Vorschläge müssen dann schriftlich im Tagungsbüro im Bereich des Haupteingangs eingereicht werden. In Ihren Unterlagen finden Sie eine Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung.

Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte mit Ihrer Stimmkarte an. Wer ist für diese Frist? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Frist 12:30 Uhr beschlossen.

Gemäß § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von mindestens 30 Prozent stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, geben Sie diesen im Büro der Antragskommission ebenfalls ab. Das Büro befindet sich im Raum F7 in der Konferenzebene im zweiten Obergeschoss, erreichbar über den Mittelgang der uns gegenüberliegenden Tribüne.

Damit die Anträge auch ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag auch hier eine Frist setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen ebenfalls 12:30 Uhr als Antragsbeschluss vor. Ist jemand dagegen, dass wir so verfahren? Enthält sich jemand? Dann ist 12:30 Uhr als Frist festgelegt.

Die Antragskommission wird sich ca. 16:00 Uhr zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission im Raum F7 in der Konferenzebene des zweiten Obergeschosses zusammenfinden.

Ich weise an dieser Stelle noch auf Folgendes hin: Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig per Post zugegangen. Sollten weitere Antragsmappen benötigt werden, liegen diese links und rechts an den Eingängen zum Plenarsaal aus.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus den Antrags- und Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite vor der Bühne – das müsste da vorne sein – können Sie Ihre Wortmeldezettel abgeben. Dort werden sie entgegengenommen. Bitte Name, Thema und Antragsnummer aufschreiben und das Mikrofon im Saal, von dem aus Sie sprechen möchten!

Dann kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegt Ihnen nochmals in aktualisierter Form in den Tagesunterlagen vor. Die Tagungsfolge finden Sie ebenfalls in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit der Tagesordnung und der Tagungsfolge einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. Wer ist dafür, mit dieser Tagesordnung zu arbeiten? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch die Tagesordnung beschlossen.

Das ist jetzt besonders gut, in den Tagesordnungspunkten gibt es noch mal neue Hinweise. Einige Änderungen, insbesondere zum Leitantrag des Bundesvorstands haben Sie – wir haben gestern noch daran gearbeitet – erreicht per E-Mail gestern Abend. Die liegen jetzt alle auch auf Ihren Tischen aus. Wir bitten Sie, sich bei Initiativanträgen zum Antrag des Bundesvorstands ausschließlich auf die jetzt auf den Tischen ausliegende Fassung zu beziehen und nicht auf die Fassung in der Antragsbroschüre. Ist das alles verständlich gewesen? – Gibt es da Widerspruch? –

Dann machen wir das so und kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Die Namensliste ist in Ihren Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen, bitte ich Sie auch hier um Ihr Kartenzeichen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Dann ist die Antragskommission so bestätigt.

Dann kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Auch hier liegt Ihnen ein Vorschlag vor. Wer ist für diesen Vorschlag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch die Mandatsprüfungskommission so bestätigt. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Bundesvorsitzenden am Tisch zur Abgabe der Wortmeldungen auf der von mir aus gesehen rechten Seite der Bühne einzufinden.

TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

Wahl der Stimmzählkommission

Auch in diesem Jahr haben sich viele Damen und Herren bereiterklärt, in der Stimmzählkommission für den diesem Parteitag mitzuarbeiten. Darüber freuen wir uns sehr. Sie haben bei diesem Parteitag eine Menge zu zählen. Deshalb haben sie jetzt schon unsere Solidarität. Wer ist für die Stimmzählkommission wie vorgeschlagen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Stimmzählkommission so gewählt. Sie trifft sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden im Besprechungsraum B7 im Foyer der Grugahalle im Erdgeschoss, also hier auf der anderen Seite.

Nun kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

Ich freue mich, das Wort zu übergeben an den Oberbürgermeister der Stadt Essen, unseren Freund Thomas Kufen.

Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Delegierte, Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Herzlich willkommen im Ruhrgebiet, herzlich willkommen zum 29. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in meiner Heimatstadt Essen. Ich überbringe Ihnen als Oberbürgermeister die herzlichen Grüße. Wir sind in Essen, die neuntgrößte Stadt in Deutschland. Wir sind die Konzern-, Messe-, Wissenschafts-, Gesundheits- und Energiestadt der Region.

Der letzte Bundesparteitag hier bei uns in Essen liegt 16 Jahre zurück. Übrigens im gleichen Jahr, im Jahr 2000, wurde auch diese Grugahalle dann unter Denkmalschutz gestellt. Es besteht allerdings kein Zusammenhang zwischen dem Parteitag und der Unterdenkmalschutzstellung. Aber, meine Damen und Herren, seitdem ist viel passiert. 2010 durften wir uns Kulturhauptstadt nennen, und im Jahr 2017 dürfen wir mit Stolz den Titel tragen „Grüne Hauptstadt Europas“. Ich lade Sie ein, machen Sie sich selbst ein Bild von der „Grünen Hauptstadt Europas 2017“. Film ab!

(Ein anderthalb minütiges Video wird abgespielt.)

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Sie befinden sich in der drittgrünsten Stadt Deutschlands, in der grünsten Stadt Nordrhein-Westfalens. Die erfolgreiche Transformationsgeschichte einer einstigen Kohle- und Stahlstadt zu einer grünen Stadt ist Vorbild für viele Städte im Strukturwandel in unserer Region, in Deutschland und in ganz Europa. Das frühere Grau der Montanindustrie ist einer modernen Skyline mit viel Grün und Blau gewichen. Bäume, Parks, neue Bäche, Seen sind aber nicht der einzige Grund, warum wir im kommenden Jahr „Grüne Hauptstadt Europas“ sind.

Mit dem Titel zeichnet die europäische Kommission eine europäische Stadt aus, die nachweislich hohe Umweltstandards erreicht hat und fortlaufend ehrgeizige Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung verfolgt. Das ist vor allem ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger dieser Region selbst, die die Ärmel hochkrepeln und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die Emschergenossenschaft arbeitet mit Hochdruck an einem der größten Infrastrukturprojekte Europas. Bis 2020 soll der Umbau der Emscher und der Berne von einem einzigen offenen Abwassersystem zu renaturierten Gewässern erfolgen und erlebbar werden. Nach 40 Jahren können wir am Essener Wühh den Baldeneysee wieder zum Schwimmen freigegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch mancher Gast, der vielleicht ein ganz anderes Bild von Essen im Kopf hat, von rauchenden Schloten und riesigen Fördertürmen, kann heute ein neues Essen sehen. Eine Stadt, die stolz darauf ist, was sie erreicht hat durch eine starke Wirtschaft, durch Innovation, hochkarätige Bildung und Forschung, nachhaltige Stadtentwicklung und vor allen Dingen durch eine Mentalität der Menschen hier, die ins Gelingen verliebt ist sind und nicht ins Scheitern.

Kohle und Stahl haben diese Region zu einer Größe verholfen. Ich sage das auch dazu, dass ohne Zuwanderung gerade in diese Region, auch in meine Heimatstadt Essen, könnte heute gar kein Oberbürgermeister hier stehen, sondern maximal ein Dorfvorsteher. Aber umso wichtiger ist es eben auch zu wissen, dass Zuwanderung auf der einen Seite auch klare Regeln und Hausordnungen braucht, denn ohne Integration könnten wir den Zusammenhalt in unserer Stadt nicht stemmen.

Im Vergleich der zehn größten Städte Deutschlands ist Essen der Standort mit der zweitstärksten wirtschaftlichen Entwicklung. Mittlerweile haben 8 von 100 umsatzstärksten deutschen Unternehmen hier ihren Sitz. Nur noch ThyssenKrupp ist quasi im alten Kerngeschäft des Ruhrgebiets tätig. E.ON und RWE, auch mit der neuen Tochtergesellschaft Innergy, sind die Energieversorger. Aldi Nord ist einer der größten deutschen Discounter, Deichmann ist Marktführer im deutschen und europäischen Schuhhandel. Evonik, Brenntag kommen aus der Chemiebranche, Schenker ist ein Logistikunternehmen, Hochtief erwirtschaftet einen Umsatz mit dem Bau von Häusern und Straßen. Nur Hamburg hat in Deutschland nach Umsatz bemessen mehr Großkonzerne als Essen. Wir sind darüber hinaus der medizinische Versorger Nummer 1 an der Ruhr. 45 000 Beschäftigte arbeiten mittlerweile im Gesundheitssystem. Das ist der größte Arbeitgeber.

Sie befinden sich hier in unserer Messe Essen. 50 verschiedene Ausstellungen, zehn internationale Leitmessen, ein echtes Schwergewicht in der Messelandschaft ist unsere Messe Essen. Jährlich kommen 1,4 Millionen Gäste aus über 150 Nationen in diese Messehallen. Sie haben es gesehen, der Umbau ist im vollen Gange, die neue Messe wird eine komplett eingeschossige Hallenstruktur haben, modernste Technik und zeitgemäßes Design in Umbau sehen Sie direkt vor der Grugahalle.

Ein weiteres Aushängeschild unserer Stadt ist die Universität Duisburg-Essen. Die Universität mit ihren 40 000 Studierenden hat in diesem Jahr im Times Higher Education Ranking der weltbesten jungen Universitäten einen rekordverdächtigen Sprung um 42 Plätze nach vorne gemacht. Aktuell liegt unserer Universität auf einem ausgezeichneten 17. Platz – wohlgemerkt – weltweit.

Meine Damen und Herren, Essen hat eine lange bewegte Geschichte. Viele wissen das vielleicht gar nicht. Essen ist älter als Berlin, älter als Dresden, älter als München. Nicht nur der Dom in unserer Innenstadt ist aus dem 9. Jahrhundert, auch die Abtei in Essen-Werden. Dort, wo heute in einer Stadt der Oberbürgermeister regiert, wurde fast 1 000 Jahre Essen von adligen Damen des Frauenstiftes regiert. Die Frauen haben traditionell in Essen das Sagen. Das kann auf Bundesebene noch lange so weitergehen.

(Beifall)

Mit der Industrialisierung überschritt dann die Einwohnerzahl vor 120 Jahren erstmalig die Größe von 100 000 Bürgerinnen und Bürgern. Kohle und Stahl machten Essen zur größten Montanstadt des europäischen Kontinents. Über 150 Jahre prägten Schornsteine, Förder- und Kühltürme das Stadtbild. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs das Betriebsgelände der Firma Krupp zeitweise um das Zehnfache des Essener Stadtgebietes.

Der Zweite Weltkrieg, das Zehensterben seit den 50er-Jahren, veränderte das Gesicht unserer Stadt. Die Verantwortlichen waren gezwungen, neue Wege zu gehen. Die neuen Wege kann

man eindrucksvoll an unserem Welterbe Zollverein ablesen. Die vier Schornsteine der ehemaligen Kokerei erkennt man schon von weitem: Der Doppelbock von Schacht 12 ist das Wahrzeichen dieser Region. Dort, wo einst Hitze wie in Tausenden Tonnen Koks produziert wurde, ist heute ein Ort von Design, Kultur, Wissenschaft und hohem Freizeitwert.

Meine Damen und Herren, die Menschen hier in dieser Region haben ein großes Herz, gelegentlich auch eine große Klappe. Wir wollen Ihnen unsere Stadt zeigen, so wie sie ist. Modern, international, ungeschminkt, leistungsstark – das ist ein Ergebnis konsequenter und gemeinsamer Anstrengungen. Deshalb bin ich stolz auf das, was wir hier in dieser Stadt, in dieser Region erreicht haben. Stolz bin ich als Oberbürgermeister, aber ich sage Ihnen das auch, auch demütig. Denn meine Heimatstadt Essen hat auch eine andere Seite. Wir leiden unter dem hohen Anteil von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit. Mehr als die Hälfte aller arbeitslosen Essenerinnen und Essener sind Langzeitarbeitslose. Besonders besorgniserregend ist die hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen in Essen, die von Armut bedroht sind. Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung, nach bundesweiten Daten zum SGB-II-Bezug unter den 18-Jährigen aufbereitet, mussten wir eben feststellen, wieder mal, dass jeder dritte junge Mensch unter 18 in Essen Leistungen der Grundsicherung bezieht. Sie wissen, meine Damen und Herren, auch das gehört an solchen Parteitagern gesagt, das Zusammenwirken von Transferbezug, Bildungsbenachteiligung, Desintegration, eingeschränkter Teilhabe und gesundheitlicher Beeinträchtigung gefährden den sozialen Frieden in unserer Stadt, in allen Städten. Daraus ergeben sich Aufgaben und Anstrengungen, die weit über die Kräfte der Kommunen, Städte und Gemeinden hinausgehen.

Deshalb brauchen wir gemeinsam mit Landespolitik und Bundespolitik klare Ziele mit klaren Vorstellungen, wie unsere Städte, wie unsere Länder in Zukunft aussehen sollen. Deshalb bin ich sicher, dass von diesem Bundesparteitag ein deutliches, starkes Zeichen ausgehen wird, wie wir uns als Christdemokraten die Zukunft unseres Landes vorstellen wollen. Mit einem klaren Bewusstsein, mit einem klaren Fundament an Werten, mit einer klaren Zukunftsgewandtheit wollen wir die anspruchsvollen Aufgaben, die vor uns liegen, meistern.

Meine Damen und Herren, 2000 ging von hier ein wichtiges Signal aus. In einer Zeit des Umbruchs wurden zukunftsweisende Beschlüsse gefasst, wie sich unsere Partei der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts annehmen will. Wir als diejenigen, die Verantwortung in Politik tragen, stehen in einer Zeit des Umbruchs. Es gibt viel zu tun. Überall dort, wo wir hinschauen, ist Arbeit, die getan werden muss. Es gibt eben das, was getan werden muss, damit wir eine neue Grundlage haben für neues Wachstum, damit wir Deutschland nach vorne bringen können. Denn die Probleme, vor denen wir stehen, die sind ernst und sind real. Lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Alle, die politische Verantwortung tragen, schonen sich nicht. Sie stellen sich der Kritik, suchen die Diskussion, suchen den Austausch. Unsere Stärke gerade als Christdemo-

kraten ist der Dreiklang zwischen Zuhören, Verstehen und Machen. Insofern wünsche ich Ihnen gute Beratungen bei diesem Parteitag. Herzlich willkommen in Essen, Glückauf!

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Kufen. Es ist ja immer wichtig, wenn man einen Tag Revue passieren lässt und denkt, was habe ich heute gelernt. Wir haben heute zwei Dinge gelernt: Erstens, mitten im Ruhrgebiet in der größten Stadt stellt die CDU den Oberbürgermeister. Das ist schon mal ein gutes Signal.

(vereinzelt Beifall)

Das zweite, was wir heute gelernt haben, Essen ist eine grüne Stadt. Viele Klischees, die man über das Ruhrgebiet hat, hat Thomas Kufen mit dem schönen Filmbeitrag abgeräumt. Auch dafür vielen Dank und dir weiterhin viel Erfolg in diesem verantwortungsvollen Amt.

(Beifall)

Jetzt dürfen wir zwei Mitglieder, die hier im Saal anwesend sind, besonders erwähnen, weil sie heute Geburtstag haben, ihren Geburtstag hier mit uns verbringen. Das ist zum einen Arite Hacker, die aus dem Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern kommt. Herzlichen Glückwunsch, liebe Frau Hacker, zum Geburtstag!

(Beifall)

Als Gast nimmt teil die Bundestagskollegin Maria Michalk. Auch sie hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch auch ihr!

(Beifall)

Allen, die Klaus heißen, gratulieren wir zum Namenstag heute. Auch den gibt es ja. Jetzt darf ich an David McAllister übergeben.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, wir fahren fort mit den Grußworten. Nun spricht zu uns unser Freund aus dem Elsass, der Präsident der europäischen Volkspartei, Joseph Daul. Cher Joseph, bienvenue, tu a la parole.

Joseph Daul, Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP): Sehr geehrte Bundeskanzlerin, liebe Angela, sehr geehrter Herr Landesvorsitzender Armin Laschet, liebe Parteifreundinnen und Freunde, Exzellenzen! Schon im Jahr 2016 haben wir gehänt, dass dies ein schwieriges Jahr wird. Aber in vielerlei Hinsichten ist es noch schlimmer geworden als erwartet. Die Terrorattacken in Europa haben uns geschockt. Beim Referendum in Großbritannien haben Demagogen gewonnen, die keinen Plan hatten. Trumps Wahlsieg in den USA bedeutet vor allem Unsicherheit und Unberechenbarkeit. Putin nutzt diese Schwäche des Westens, um neue Nachbarschaften zu

destabilisieren und unsere Gesellschaft zu untergraben. Überall auf der Welt und auch in der EU selbst scheinen autoritäre und populistische Bewegungen auf dem Vormarsch. Ich sage ja nicht mehr Populisten, ich sage nur noch Lügner. Das sind keine Populisten.

(Beifall)

Aus all diesen Gründen sind die Bürger auf der Suche nach Hoffnung, Sicherheit und Wohlstand. Daher brauchen wir mehr denn je Stabilität, politischen Weitblick, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Gespür für die Sorgen der Menschen. Diese Werte, liebe Angela, verkörperst du mit deiner Persönlichkeit, deinem Charisma und deiner Tatkraft.

(Beifall)

Ihr lieben Freunde der CDU seid die Vertreter eines weltoffenen Pragmatismus, einer breit angelegten modernen Christdemokratie. Das ist heute die einzige klare Antwort auf den rechten oder linken Wutpopulismus. Wir alle in der EVP-Familie in Deutschland und ganz Europa müssen unsere Ideen besser erklären und effektiver verteidigen. Denn wir müssen uns darauf einrichten, dass die Herausforderungen noch zunehmen. Liebe Freunde, wir müssen unsere Demokratie und unsere Werte leben, überzeugt und überzeugen und stark bei den Menschen einbringen. Wir müssen das deutsche Erfolgsmodell fortsetzen und eine Bundeskanzlerin im Amt bestätigen, die Deutschland und Europa im Herzen trägt und die Bedeutung der europäischen Integration kennt.

(Beifall)

Denn ihr ist klar, dass es kein gutes Europa ohne Deutschland, aber auch kein starkes Deutschland ohne ein geeintes Europa geben kann.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir brauchen ein Europa, das die Leute beschützt, ein Europa, das unsere Lebensweise bewahrt, ein Europa, das die Gemeinsamkeit der Bürgerinnen und Bürger stärkt, ein Europa, das sich nach innen sichert und nach außen verteidigt, und ein Europa, das Verantwortung übernimmt für sozial Schwächere, für jene, die sich als Verlierer der Globalisierung fühlen, für Flüchtlinge und für die Stärkung der Wirtschaft. Um das zu erreichen, müssen wir die demokratischen Werte stärker betonen und Bürger für die Europäische Union begeistern. Wir alle in der politischen Familie der Europäischen Volkspartei tragen Verantwortung. Wir müssen Ängste und Sorgen in Hoffnung umwandeln. Genau dies werden wir auch auf unserem Parteitag im März nächstes Jahr auf Malta tun, wo wir uns der Zukunft Europas nicht in den nächsten 50 Jahren, aber in den nächsten zehn Jahren widmen. Federführend sind dabei neben den ehemaligen Ratspräsidenten Herman van Rompuy, Elmar Brok und mein Vizepräsident David McAllister. Ich danke euch für eure Arbeit. Ich möchte hier auch noch dem

langjährigen Vizepräsidenten der EVP und einmaligen Europäer Peter Hintze nennen, der vor wenigen Tagen von uns gegangen ist. Ich bin unendlich traurig, denn er war ein großer Christdemokrat, ein großartiger Mensch und hatte immer kluge Ratschläge parat. Unter meinem Vorsitz und dem Wilfried Martens' war Peter Hintze ein loyales und unverzichtbares Mitglied des EVP-Präsidiums.

(Beifall)

Seine Geradlinigkeit, sein feiner Humor, seine Erfahrung werden mir und allen sehr fehlen. Lieber Peter, wir denken an dich und werden dich nie vergessen.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte auf vier Punkte eingehen. Erstens, unsere Grundprinzipien in Bezug auf die Flüchtlinge müssen lauten: Solidarität, Verantwortung, denn wir dürfen nie vergessen: Hinter all der Zahl der Menschen stehen Familien, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wir haben eine christliche und humanitäre Verpflichtung, ihnen zu helfen. Aber wir müssen dies natürlich so tun, dass die Menschen in Europa nicht überfordert werden. Daher den Flüchtlingen zu helfen, ist ein Menschenrecht. Migration hingegen muss geplant werden. Wir müssen die richtige Balance finden zwischen der Suche nach den Talenten, die wir brauchen, der Hilfe für die Opfer durch Verfolgung und der Bekämpfung irregulärer Migration.

Denn alle jene, die für den internationalen Schutz die Bedingungen nicht erfüllen, müssen rasch in ihrer Heimatländer zurückgeführt werden.

(Beifall)

Also braucht es neben einem erfolgreichen Schutz unserer Außengrenzen die klare Unterscheidung, wer nach Europa kommen darf und wer nicht. Da müssen wir jene Menschen, die hier bleiben können und wollen, erfolgreich integrieren. Wir müssen Parallelgesellschaften verhindern und Radikalisierung bekämpfen. Wir stehen zur Religionsfreiheit, aber nur, wenn sie sich im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt.

Zweitens: Die Sicherheit nach innen ist gekoppelt an Sicherheit und Verteidigung nach außen. Wenn wir als Europäische Union wirklich handlungsfähig sein wollen, dann müssen wir dafür endlich die Voraussetzungen schaffen. Die Amerikaner sind nicht mehr bereit, für unsere Sicherheit zu zahlen. Wir Europäer müssen mehr in unsere Streitkräfte investieren.

(Beifall)

Auch die EU muss sich um Verteidigung kümmern, zusammen mit der NATO in einer pragmatischen Aufgabenteilung. Wir brauchen eine neuere Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Unsere Geheimdienste müssen viel besser und effizienter miteinander arbeiten. Darauf

haben wir uns mit den EVP-Verteidigungsministern unter der Leitung von Ursula von der Leyen geeinigt. Ich bin davon überzeugt, dass sie eine führende Rolle einnehmen wird, diese Pläne umzusetzen.

(Beifall)

Drittens: Nach dem Brexit-Referendum ist klar, es gibt kein Rosinenpicken bei den Grundrechten. Wenn die Briten Zugang zum Binnenmarkt wollen, müssen sie auch die Freizügigkeit akzeptieren.

(Beifall)

Sachlichkeit und die Wahrung der Interessen der EU-Bürger sollen die Verhandlungen mit Großbritannien bestimmen.

Viertens: Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch kluge Innovation stärkt die Wirtschaft, fordert sozialen Frieden und gibt Hoffnung für Millionen junger Arbeitssuchender.

Europa muss Sicherheit geben in einer Zeit, in der sich Unsicherheit breitmacht und sich viele als Verlierer der Globalisierung finden. Dafür kämpft auch mein langjähriger Freund Wolfgang Schäuble. Ich danke dir hier für deine harte Arbeit, Wolfgang!

(Beifall)

Liebe Freunde, nächstes Jahr wird ein gutes Jahr. Als Landwirt hat man so ein Gespür dafür. Denn ein Schaltjahr, sagen die Landwirte, ist nur ein halbes Jahr, und das haben wir dieses Jahr erlebt.

Ich weiß, dass Armin Laschet die CDU hier in Nordrhein-Westfalen erfolgreich in die Landtagswahlen führen wird und die CDU als stärkste Kraft herauskommt.

(Beifall)

Liebe Angela, vor 16 Jahren wurdest du hier in Essen mit überwältigender Mehrheit zur CDU-Vorsitzenden gewählt. Du kannst auf 16 erfolgreiche Jahre zurückblicken, davon fast zwölf in der Position als Kanzlerin.

Liebe Freunde, lasst uns nächstes Jahr weitere vier Jahre zu dieser Bilanz hinzufügen. Denn Europa braucht Deutschland, und die EVP braucht eine starke CDU. Meine liebe Freundin, liebe Angela, du wirst auch in Zukunft dringend in Deutschland und in Europa gebraucht. Ich sage das noch mal. Ich wünsche dir und deinem Team viel Kraft, Energie und auch viel Erfolg. Ihnen allen wünsche ich einen erfolgreichen Parteitag und für die Zukunft Europas gute Arbeit noch in den nächsten zwei Tagen. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Joseph Daul, vielen Dank für deine Grußworte und ich glaube, ich sage das auch im Namen der gesamten Christlich Demokratischen Union Deutschlands, wir möchten dir wirklich von Herzen danken für deinen überragenden Einsatz als Präsident unserer Europäischen Volkspartei. Weiterhin viel Erfolg und vielen Dank für die gute Zusammenarbeit mit uns Christdemokraten in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, neben Joseph Daul sind eine Reihe weiterer Freunde und Gäste aus den Mitgliedsparteien der EVP unter uns: Manfred Weber, unser Fraktionschef aus dem Europäischen Parlament, ist bereits begrüßt worden. Der Generalsekretär der EVP, Antonio Lopez, ist auch heute hier in Essen, ebenso auch der frühere Präsident des europäischen Parlaments und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering. Zwei möchte ich aber ganz besonders namentlich hervorheben, internationale Gäste. Zum einen ist es mir eine besondere Freude, den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei, unseren Freund Antonio Tajani unter uns zu begrüßen. Herzlich willkommen!

Dann werde ich im Laufe des Tages noch viele weitere internationale Gäste begrüßen, aber einen muss ich erwähnen, weil ich weiß, dass er sehr viele Anhänger und Fans in diesem Saal hat. Ich begrüße sehr herzlich den Bürgermeister der Stadt Kiew, unseren Freund Vitali Klitschko. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren fort mit den Grußworten. Zu uns spricht nun der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen Armin Laschet. Armin Laschet ist vor wenigen Tagen mit einem hervorragenden Ergebnis von 97,4 Prozent zum Spitzenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Lieber Armin, der gesamte Parteitag ist gerne nach Essen gekommen, weil wir dich alle unterstützen, damit du der nächste Ministerpräsident dieses großen Bundeslandes wirst. Das hilft uns auch für die nächste Bundestagswahl. Du hast das Wort!

Armin Laschet: Vielen Dank, lieber David McAllister, liebe Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela, liebe Freundinnen und Freunde der CDU Deutschlands! Im Namen der Christdemokraten aus Nordrhein-Westfalen, aus dem Ruhrgebiet, aus dem Münsterland, aus Ost- und Südwestfalen, aus Lippe, vom Mittel- und vom Niederrhein, aus dem bergischen Land und aus der Region Aachen, heiße ich Sie in Nordrhein-Westfalen ganz herzlich willkommen!

Es ist heute schon mehrfach erwähnt worden, Essen ist ein ganz besonderer Ort in der Programmatik der deutschen CDU. Dieser Parteitag 1985, mit Generalsekretär Heiner Geißler damals, hat eine neue Definition von Arbeit vorgenommen. Da hat die CDU zum ersten Mal gesagt: Auch der, der Kinder erzieht, leistet Arbeit, und das muss sich wiederfinden in der Rentenversicherung, das muss sich wiederfinden in unseren sozialen Sicherungssystemen.

(Beifall)

Wenn man manchmal heute einen draußen fragt: Wer hat eigentlich Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, wie das damals hieß, Elternzeit, wer hat das alles eingeführt? Dann tun die Sozialdemokraten so, als wären sie es gewesen. Aber wir können stolz sagen, wir haben zum ersten Mal Erziehungsarbeit anerkannt, und der Ausgangspunkt war Essen, und das ist ein Erfolg der CDU und auch CSU gewesen.

(Beifall)

Dann haben wir 2000 hier in Essen Angela Merkel zur Bundesvorsitzenden gewählt. Das war eine kluge Entscheidung. Sie hat die CDU wieder in die Regierungsverantwortung geführt, und wir wissen, immer wenn Christdemokraten regieren, ist das gut für das Land. Deshalb wollen wir, dass das auch so bleibt.

(Beifall)

Hier in Nordrhein-Westfalen haben wir jetzt eine schwierige Ausgangslage: Wir haben eine rot-grüne Landesregierung, die unser Land leider auf die Schlusslichtplätze unter den deutschen Ländern geführt hat, beim Wirtschaftswachstum, bei der Inneren Sicherheit, bei den Bildungszahlen sind wir immer hinten. Und die Frage ist: Wie kann man eigentlich sowas ändern und mit welcher Zuversicht geht man in eine solche Landtagswahl? Wir wollen hier im Mai einen Beitrag dazu leisten, dass am Wahlabend der schwarze Balken nach oben geht und die Wähler sagen: Ja, die CDU kann in Nordrhein-Westfalen gewinnen, dann kann sie auch vier Monate später in Deutschland wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Deshalb wollen wir diese Vorlage geben.

(Beifall)

Thomas Kufen beispielsweise hat das vorgemacht. Ich habe noch all die Artikel im Kopf: Die CDU kann nicht Großstadt, die CDU kann im Ruhrgebiet nicht gewinnen, die CDU hat nur ihre Schwerpunkte außerhalb von Städten. Dann hat sich hier eine Mannschaft zusammengetan, hat ein Programm definiert, übrigens nichts Neues erfunden, sondern über Wirtschaft, über Innere Sicherheit, über Bildung geredet, klassische Unionsthemen, wo wir hohe Kompetenz haben, und hat dann vor einem Jahr im zweiten Wahlgang mit 62,6 Prozent in der neuntgrößte Stadt gewonnen. Das macht uns Mut, in der Nachbarstadt, eine Stadt weiter, Oberhausen, 60 Jahre SPD-regiert, tut sich eine junge Mannschaft zusammen, engagiert sich, macht ein gutes Programm und gewinnt ebenfalls vor einem Jahr zum ersten Mal in Oberhausen, mitten im Ruhrgebiet, die Wahlen.

(Beifall)

Deshalb wollen wir euch am 14. Mai zeigen, dass das auch in Nordrhein-Westfalen gelingen kann. Jürgen Rüttgers hat das schon einmal vorgemacht, 2005, und wir wollen daran anknüpfen und zeigen, dass wir hier in diesem Land siegen können.

Dafür gibt es ein paar Voraussetzungen. Eine Voraussetzung ist, dass wir – und ich bin da sehr zuversichtlich – nach den sechs Deutschland-Konferenzen mit der CSU bei 95 Prozent der Themen ganz eng beieinander sind. Der Kampf ist nicht ein Ringen mit der CSU, sondern es droht im nächsten Jahr Rot-Rot-Grün in Deutschland. Und da stehen CDU und CSU eng beieinander, und deshalb bin ich froh, dass Andi Scheuer heute hier ist.

(Beifall)

Letztens hat mich ein Journalist gefragt: Würden Sie denn Horst Seehofer zum Landtagswahlkampf einladen? Dann habe ich geantwortet: Ja, in Nordrhein-Westfalen freut man sich immer, wenn man mal einen erfolgreichen Ministerpräsidenten sieht, wenn man mal einen sieht, der gute Wirtschaftsdaten hat, wenn man mal einen sieht, der über die Bildungsstatistiken vorne ist, wenn man mal einen sieht aus einem Land, wo die Innere Sicherheit ernst genommen wird. Solche Ministerpräsidenten sehen wir gerne in Nordrhein-Westfalen. Deshalb finde ich es auch schön, wenn wir Bayern auch als Marke für Nordrhein-Westfalen ernst nehmen. Wir sagen allerdings den Bayern, wir sind auf den Schlusslichtplätzen, wir haben aber die Absicht, in die Spitzengruppe der deutschen Länder zu kommen. Hier in der Region gibt es den tiefen Wunsch, wir wollen auch mal die Bayern schlagen. So, und das werden wir dann im nächsten Jahr mit guten Ergebnissen erzielen.

(Beifall)

Jetzt macht ja der gastgebende Landesverband das so, dass wenn die Bundesvorsitzende zu Gast ist, sie ein besonderes Gastgeschenk bekommt. In Köln, liebe Angela, war das ein Stein aus dem Kölner Dom, den du vor zwei Jahren bekommen hast. Ich weiß, er steht auf deinem Schreibtisch, und man hat immer Nordrhein-Westfalen mit diesem Stein aus dem Kölner Dom im Blick.

Ich möchte dir heute ein Symbol für das moderne Nordrhein-Westfalen schenken und dazu eine kleine Geschichte berichten: In meiner Heimatstadt Aachen gab es eine Waggonfabrik, das war die älteste deutsche Waggonfabrik, die Firma Talbot. Die hat seit 1831 Schienenfahrzeuge hergestellt für die damalige Deutsche Bundesbahn, für die niederländischen Staatsbahnen, für viele Bahnen in der ganzen Welt. Dann wurde diese Firma übernommen von dem Konzern Bombardier, und dieser Konzern hat 2012 beschlossen: Wir schließen den Standort. 600 Mitarbeiter hätten dann keine Arbeit mehr gehabt.

Parallel dazu gab es seit 2008, 2009, also drei, vier, fünf Jahre vorher an der RWTH Aachen, durch die Exzellenzinitiative des Bundes, der Exzellenzuniversitäten ermutigt zu forschen, begleitet durch die Landesregierung Jürgen Rüttgers mit dem Wissenschaftsminister Pinkwart, die ein Hochschulfreiheitsgesetz gemacht hatten, das solchen Universitäten Luft zum Atmen gegeben hat. Die haben in ihrem Exzellenzcluster „Integrative Produktionstechnik für Hochlohnländer“ gearbeitet. Klingt kompliziert, bedeutet aber: Was können wir denn in unseren

Industrieländern in Zukunft noch produzieren, wenn wir Hochlohnländer sind, aber trotzdem Industrieland bleiben wollen? Die haben dann ein Auto entwickelt, einen Streetscooter. Dieser Streetscooter wurde auf der Internationalen Automobilausstellung 2011 vorgestellt. Angela Merkel hat sich den Wagen angeschaut, hat, glaube ich, sogar drin gesessen und den beiden Forschern gesagt: Machen Sie weiter so, das ist etwas, was wir in Deutschland brauchen. 2011, ein Prototyp, ein einziges Fahrzeug, keine industrielle Fertigung.

Jetzt, nachdem diese Firma Talbot 600 Mitarbeiter, hochqualifizierte Fachkräfte, freigesetzt hatte, hat die Universität gesagt: Wir haben doch diese Idee mit diesem Streetscooter. Können wir nicht diese 600 Mitarbeiter nutzen, um daraus eine Produktion für ein Fahrzeug zu machen, das serienfähig ist? Dann haben sie das Fahrzeug entwickelt, haben Zusteller der Post eingeladen, die dann die besonderen Anforderungen beschrieben haben, wo die Pakete liegen, wie man es auf den einzelnen Beschäftigten zuschneiden kann. Dann hat die Deutsche Post am Ende diese Firma übernommen. Diese Firma produziert heute im Jahr 10 000 Elektromobile, Fahrzeuge, mit denen die ganze Flotte der Deutschen Post umgestellt wird.

(Beifall)

Das ist ein Beispiel für Strukturwandel, angestoßen durch eine Exzellenzinitiative des Bundes, begleitet durch kluge Landespolitik. Im richtigen Moment hat man die Fachkräfte mit den Experten der Hochschule zusammengebracht. Die haben nun ein solches Fahrzeug in 3D gegossen. Ein solches Druckverfahren dauert 20 Stunden, aus einem Stück gegossen. Dieses Stück von der RWTH Aachen, Erfolg durch gute und kluge, vorausschauende Bundespolitik, das möchte ich dir, liebe Angela, überreichen. Modernität muss das Thema in den nächsten vier Jahren unserer Regierungszeit sein und dazu wollen wir in Nordrhein-Westfalen einen Beitrag leisten. Herzlich willkommen in unserem Land!

(Beifall –

Armin Laschet überreicht ein Modellauto, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bedankt sich)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Lieber Armin Laschet, herzlichen Dank für deine Grußworte. Wir wünschen dir und dem gesamten Landesverband der CDU Nordrhein-Westfalen und allen Landtagskandidaten viel Erfolg auf dem Weg zur Landtagswahl am 14. Mai. Bevor ich das Tagungspräsidium übergebe an Annegret Kramp-Karrenbauer, möchte ich noch einige internationale Gäste kurz unter uns begrüßen. Es ist uns eine Ehre, dass der australische Finanzminister Herr Mathias Cormann heute bei unserem Parteitag mit dabei ist.

(Beifall)

Ich begrüße aus London den Minister of State for Trade and Investment, the Right Honourable Greg Hands, Member of Parliament. Herzlich willkommen, Greg!

(Beifall)

Der Vorsitzende unserer Schwesterpartei in Luxemburg ist anwesend, Herr Marc Spautz. Herzlich willkommen, lieber Marc! Wir begrüßen den Vorsitzenden der ÖVP-Fraktion in Österreich, Herrn Reinhold Lopatka. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Schließlich ist es uns ebenso eine besondere Freude und Ehre, dass der Europa-Abgeordnete und frühere Ministerpräsident von Slowenien, Herr Alojz Peterle, heute unter uns ist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun übergebe ich das Wort an Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Sehr herzlichen Dank, liebe Delegierte, sehr verehrte Damen und Herren.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 8, und ich bitte Sie um die Aufmerksamkeit für die Rede, für den

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Als wir uns vor einem Jahr in Karlsruhe getroffen haben, habe ich zu Beginn meiner Rede auf ein unglaubliches Jahr 2015 zurückgeblickt, auf ein Jahr mit Ereignissen, bei denen jedes für sich selbst schon schwer genug gewogen hatte: die Terroranschläge in Frankreich, der Verhandlungsmarathon in Minsk zur Zukunft der Ukraine, das dritte Griechenlandprogramm und dann die vielen, vielen Menschen, die in Europa, und ganz besonders in Deutschland, Zuflucht gesucht und gefunden hatten, Zuflucht vor Kriegen, Verfolgung und Perspektivlosigkeit in Syrien und Irak, aber auch in Afghanistan oder Afrika. Nicht alle der insgesamt rund 890 000 Menschen, die letztes Jahr gekommen sind, können und werden bleiben. Aber jeder Einzelne wurde und wird als Mensch und nicht als anonymer Teil einer Masse bei uns aufgenommen; jedes einzelne Anliegen wird geprüft. Liebe Freunde, wir haben es auf unserem Parteitag in Karlsruhe vor einem Jahr beraten und seither wieder und wieder gesagt: Eine Situation wie die des Spätsommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen.

(Beifall)

Das war und ist unser und mein erklärtes politisches Ziel. Genau dafür arbeiten wir seit vielen, vielen Monaten zum Wohle aller hier in Deutschland und Europa – wie auch zum Wohle der Flüchtlinge, damit sie nicht weiter skrupellosen Schleppern zum Opfer fallen. Diesen Verbrechern muss das Handwerk gelegt werden. Dafür ist und bleibt die EU-Türkei-Verein-

barung entscheidend. Sie rettet Leben jeden Tag. Nach ihrem Vorbild arbeiten wir derzeit an weiteren Migrationspartnerschaften, insbesondere mit afrikanischen Staaten. Auch hier ist das Ziel: Illegale Migration stoppen. Menschenleben retten. Fluchtursachen bekämpfen. Menschen vor Ort Zukunftsperspektiven ermöglichen. Denn niemand verlässt leichtfertig seine Heimat.

(Beifall)

Liebe Freunde, dass die Situation des Sommers 2015, diese besondere humanitäre Notlage, dennoch so bewältigt werden konnte, wie sie bewältigt wurde, dass sie geordnet und gesteuert werden konnte, das wird für immer mit dem Jahr 2015 als herausragende Leistung unseres so starken Landes verbunden sein,

(Beifall)

vor allem mit der Leistung der Verantwortlichen vor Ort in den Ländern und Kommunen, aber ganz besonders auch mit dem Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helfer. Deshalb ein ganz herzlicher Dank an alle, die sich haupt- und ehrenamtlich eingebracht haben.

(Beifall)

Sie alle, die sich eingebracht haben, zeigen Deutschland von seiner allerbesten Seite – in einer mit in einem einzigen Jahr 890 000 neu hinzugekommenen Menschen wahrlich überaus anspruchsvollen und anstrengenden Zeit. Nebenbei: Die Zahl ist sehr viel dichter an der Prognose, die unser Innenminister am 19. August 2015 abgegeben hat – da hat er von 800 000 Flüchtlingen gesprochen –, als an der Zahl, die wir lange gehört haben, nämlich der von 1,1 Millionen. In diesem Zusammenhang ein ganz herzliches Dankeschön, lieber Thomas de Maizière, für deine so unermüdliche und herausragende Arbeit in allen Fragen unserer Sicherheit, für Ordnung und Recht.

(Beifall)

Schon 2015 war also ein Jahr mit einer schier unfassbaren Dichte von Ereignissen. Wer aber gedacht hatte, das könne nicht mehr gesteigert werden, sah sich dieses Jahr getäuscht. 2016 führte nicht zu mehr Beruhigung und mehr Stabilität, sondern, im Gegenteil, verstärkte sogar noch viele Entwicklungen des Vorjahres. Gut ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der beiden Blöcke haben viele Menschen das Empfinden, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Die Welt ist unübersichtlich geworden. Es gibt viele sich neu ausbalancierende Kraftzentren. Wir haben es mit einer Weltlage zu tun – das gilt nach den amerikanischen Wahlen noch immer ganz besonders –, in der sich die Welt erst einmal sortieren muss, gerade mit Blick auf so wichtige Dinge wie die NATO und das Verhältnis zu Russland. Da bietet sich die Frage an: Was wäre jetzt eigentlich zu tun? Eigentlich müsste der Kampf gegen

die asymmetrische Bedrohung des islamistischen Terrors gemeinsam von allen geführt werden. Zu groß ist diese Bedrohung, diese Geißel für die Menschheit.

(Beifall)

Stattdessen aber geht Syrien in einem grausamen Bürgerkrieg unter, bei dem Russland und der Iran das Assad-Regime bei seinem brutalen Vorgehen gegen die eigenen Bürger unterstützt. Aleppo steht dafür wie kein zweiter Name. Es ist eine Schande, meine Damen und Herren, liebe Freunde, dass es uns bis jetzt nicht gelungen ist, dort Hilfskorridore hinzubekommen. Dafür müssen wir weiter kämpfen.

(Beifall)

Ehrlich gesagt: Wenn ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika Hunderttausende in Deutschland auf die Straße bringt, aber die so grausamen Bombardierungen auf Aleppo so gut wie keinen öffentlichen Protest auslösen, dann stimmt irgendetwas mit den politischen Maßstäben nicht mehr.

(Anhaltender Beifall)

Da ich von Handelsabkommen spreche: Es ist doch so, dass in einer globalen Wirtschaft auch multilaterale und bilaterale Abkommen wie CETA und TTIP gebraucht werden, und zwar dringender denn je. Sie sollen ja neben Zollsenkungen auch Standards schützen und vereinbar machen. Sie entsprechen doch eigentlich genau dem, was wir aus unserer Sozialen Marktwirtschaft kennen: Leitplanken für einen fairen Wettbewerb zum Wohle der Menschen, fairer Wettbewerb auch in einer globalen Wirtschaft. Es gehört für mich zu dem Unverständlichsten, dass die, die die einfachen Zollabkommen im Freihandel immer kritisiert und gesagt haben, sie kümmern sich nicht um soziale Standards, sie kümmern sich nicht um Verbraucherschutz, sie kümmern sich nicht um Nachhaltigkeit, genau die sind, die heute gegen Abkommen protestieren, die all das beinhalten. Das verstehe wer will; die Christlich Demokratische Union versteht das nicht.

(Beifall)

Wir wollen solche Abkommen. Nur so kann die globale Arbeitswelt schrittweise fair und menschlich gestaltet werden. Nur so können wir im weltweiten Wettbewerb unsere Werte und unsere Interessen behaupten.

Unter der Führung der Vereinten Nationen müssten heute eigentlich alle Fragen von Krieg, Verfolgung und Flucht behandelt werden. 65 Millionen Menschen weltweit sind auf der Flucht, so viele wie nie zuvor. Es müsste gerade mit Blick auf Afrika an Methoden der Entwicklungshilfe gearbeitet werden, die den Namen „Hilfe zur Entwicklung“ auch wirklich verdienen.

(Beifall)

Stattdessen gibt es nur eine äußerst mangelhafte Akzeptanz dafür, dass dies uns alle auf der Welt etwas angeht. Wir werden während unserer G20-Präsidentschaft versuchen, wenigstens den Sinn dafür zu schärfen; aber einfach wird auch das nicht.

Eigentlich müsste nach der verheerenden weltweiten Finanzkrise 2008/2009 auch das Bemühen um bessere Regulierung, um effektive Leitplanken für Finanzmärkte viel konsequenter sein, als es ist. Das Ziel ist doch unverändert: Jeder Finanzplatz, jeder Finanzakteur, jedes Finanzprodukt muss einer Regulierung unterworfen werden. Egal ob Banken oder Schattenbanken, alle müssen von diesen Leitplanken erfasst werden.

(Beifall)

Die Menschen erwarten zu Recht, dass ein für alle Mal klar wird, dass auch international agierende Konzerne Steuern zahlen müssen. Das gehört zur Gerechtigkeit des Wirtschaftens.

(Beifall)

Stattdessen aber herrscht Unsicherheit, ob die Bankenregulierung vielleicht wieder aufgeweicht werden soll, Unsicherheit über die Risiken der weltweiten Geldpolitik, und es gibt ein Versteckspiel, wenn es um Steuergerechtigkeit geht. Es herrscht Unsicherheit, ob die Welt ihre Lektion wirklich gelernt oder alles wieder vergessen hat. Es wird immer noch nicht verstanden, dass Menschen, die ehrlich und jedes Jahr ihre Steuern zahlen, sich vom politischen System abwenden, wenn die großen Firmen ihren Pflichten nicht nachkommen und sich stattdessen vielleicht noch ein weltweiter ruinöser internationaler Wettbewerb um die niedrigsten Steuern ankündigt. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun, liebe Freunde.

(Beifall)

Von daher ist es ein großes Glück, dass wir Wolfgang Schäuble als Finanzminister haben, der unermüdlich bei G7 und G20 für Transparenz kämpft, dafür, dass Lehren aus dieser Krise gezogen werden. Und wo mag er heute sein? In Brüssel bei den Finanzministern, um für das zu kämpfen, worüber wir gerade sprechen. Ein herzlicher Gruß also an dich, lieber Wolfgang Schäuble, und herzlichen Dank!

(Beifall)

Nebenbei, liebe Freunde, sagt es ja durchaus etwas über unser Land aus – interessanterweise nicht nur Gutes –, dass die Tatsache, dass wir das dritte Jahr in Folge einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden verabschiedet haben – das ist toll – gerade einmal als Randnotiz wichtig ist, sozusagen „Haken dahinter und weiter“. Nein, nein, nicht einfach „Haken dahinter“! Die Tatsache, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, ist nicht selbstverständlich. Das ist eine

grandiose Leistung. Das ist Generationenpolitik pur und Nachhaltigkeit pur, und das ist immer mit dem Namen von Wolfgang Schäuble verbunden, meine Damen und Herren, liebe Freunde.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat mit dem auskommt, was er einnimmt. Sie erwarten zu Recht, dass wir nicht weiter auf Kosten unserer Kinder und Enkel Schulden über Schulden machen. Sie erwarten zu Recht, dass der Staat in die Zukunft investiert. Deshalb setzen wir auch in Zukunft auf solide Finanzen. Wir haben in unserem Leitantrag festgelegt – das gilt für die nächsten Jahre –, dass wir die finanziellen Spielräume, die wir unter anderem durch Steuererhöhungen erhalten, zu einem Drittel für Investitionen in Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit nutzen, zu einem zweiten Drittel für Steuerentlastungen und zu einem weiteren Drittel für die Finanzierung notwendiger Ausgabensteigerungen und zur Tilgung von Schulden. Das ist Politik für die Menschen, die hart arbeiten, die sich um ihre Familien kümmern, die Steuern zahlen, die sich für unser Land und ihre Mitmenschen einsetzen. Diese Politik werden wir ganz konsequent weiterverfolgen. Das ist unser Markenzeichen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir machen in Deutschland unsere Hausaufgaben. Aber das reicht nicht. In Zeiten wie diesen wäre es eigentlich dringend notwendig, unsere ganze Kraft darauf zu lenken, die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu stärken, gerade auch nach dem jetzt gescheiterten Referendum in Italien, und zwar in unserem ureigensten deutschen genauso wie im europäischen Interesse. Aber stattdessen droht der Binnenmarkt durch Verhandlungen zum Brexit geschwächt zu werden, und es gibt großen Druck auf die vier Grundfreiheiten in Europa. Ich bin sehr dankbar, dass Joseph Daul das genauso sieht: Wir werden eine Rosinenpickerei nicht zulassen. Die vier Grundfreiheiten müssen gewahrt werden: die Freiheit des Personenverkehrs, des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und der Finanzmarktprodukte. Nur dann kann es Zugang zum Binnenmarkt geben. Das muss die Maxime für die Verhandlungen mit Großbritannien sein.

(Beifall)

Eigentlich dürfte auch keine Zeit mehr ungenutzt verstreichen, um die europäische Sicherheitsarchitektur innerhalb des transatlantischen Bündnisses der NATO zu stärken. Stattdessen gibt es Unsicherheiten über das transatlantische Verhältnis insbesondere bei der NATO. Stattdessen gibt es in Europa endlose Diskussionen, ob eine verstärkte europäische Zusammenarbeit die NATO nun stärkt oder schwächt. Ich möchte mich ganz herzlich bei unserer Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bedanken. Danke, dass du die europäischen Verträge beim Wort nimmst, dass du das zusammen mit deinem französischen Kollegen vorantreibst und dass wir endlich zu einer stärkeren europäischen Sicherheitsarchitektur kommen. Das ist notwendig und wird die NATO stärken und nicht schwächen; davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssten in Europa eigentlich auch bei den Herausforderungen der Migration, bei der Reform des Dublin-Vertrages, schon viel weiter sein, als wir es sind. Wir sind zwar beim Schutz der Außengrenze und beim Prozess des Ordnen und Steuerns der Zuwanderung vorangekommen – die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge ist reduziert worden –; doch die Bereitschaft aller Mitgliedstaaten zur Solidarität bei der Verteilung lässt nach wie vor mehr als zu wünschen übrig. Das berührt ein Grundprinzip der Solidarität in der Europäischen Union, und deshalb werden wir weiter daran arbeiten, auch wenn es lange dauert.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was gemeint ist, wenn so viele Menschen fühlen, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Sie haben ja recht: 2016 hat die Welt nicht stärker und stabiler gemacht, sondern eher schwächer und instabiler. In Zeiten wie diesen gehört schon eine Portion Unverbesserlichkeit dazu, unverändert zu sagen, dass wir – vorneweg Europa – aus diesen Krisen stärker hervorgehen werden, als wir in sie hineingegangen sind. Ich habe dies wieder und wieder gesagt und bin davon auch überzeugt. Ich weiß aber auch: Die Ereignisse des vergangenen Jahres und auch dieses Jahres zeigen uns überdeutlich, wie steinig der Weg dahin ist. Lassen Sie es mich deshalb zuspitzen: Wir müssen in dieser Lage, in der die Welt aus den Fugen geraten ist, zunächst alles daran setzen, dass Europa nicht noch schwächer aus den Krisen hervorgehen wird, als es in sie hineingegangen ist. Das muss ein wichtiges Zwischenziel sein. Das ist keine abstrakte Diskussion, sondern es liegt in unserem ureigensten Interesse, das zu tun; denn Deutschland geht es auf Dauer nur dann gut, wenn es auch Europa gut geht.

(Beifall)

Das Zwischenziel, dass Europa nicht schwächer aus dieser Phase unserer Geschichte hervorgehen soll, als es in sie gegangen ist, mutet bescheiden an. Aber lassen wir uns nicht täuschen: Das ist es nicht; denn Europa ist und bleibt, wie Helmut Kohl es wieder und wieder gesagt hat, eine Frage von Krieg und Frieden. Dieses Jahr haben wir 71 Jahre Frieden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Im März nächsten Jahres werden wir 60 Jahre Römische Verträge feiern können. Das ist inzwischen fast ein Menschenleben; in der Geschichte aber ist es nur ein Wimpernschlag. Die Lage zwingt uns mehr denn je, erst einmal das zu schützen und zu bewahren, was uns in Deutschland und Europa mit unseren transatlantischen Partnern stark gemacht hat und auch weiter stark machen wird. Wir dürfen nie vergessen – oder es für selbstverständlich nehmen – zu schützen und zu bewahren, was uns lieb und teuer ist. Das tun wir mit unseren Werten; sie sind unsere Zukunft – so wie wir es als Parteitagmotto auf unserer Rückwand lesen können.

In Zeiten wie diesen kommt es mehr denn je auf uns an. Wir sind die Volkspartei der Mitte in Deutschland, die Christlich Demokratische Union. In Zeiten wie diesen müssen wir uns einmal mehr darauf besinnen, woher wir kommen, wer wir sind und was uns trägt. Der Gründungs-

impuls unserer Partei findet im C seine Grundlage, in der von Gott gegebenen Würde jedes einzelnen Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, politischer Einstellung, auch unabhängig davon, ob dieser einzelne Mensch ein Mensch mit oder ohne Behinderung ist. Immer geht es um die einzigartige Würde jedes einzelnen Menschen vom Anfang des Lebens bis zu seinem Ende. Mit diesem Gründungsimpuls haben wir vor über 70 Jahren eine Volkspartei ganz neuer Art geschaffen. Sie kannte keine Klassen, Schichten und Konfessionsgrenzen. Das war und ist das Großartige an der christdemokratischen Idee. Mit diesem Gründungsimpuls können wir auch in Zukunft Trennendes überwinden und immer wieder Brücken bauen. CDU und CSU sind die einzigen Volksparteien der Mitte in Deutschland. Das waren CDU und CSU vom ersten Tag an, und das werden wir immer bleiben.

(Beifall)

Mit diesem Gründungsimpuls haben wir in der Vergangenheit Größtes geleistet, und mit diesem Gründungsimpuls wollen wir auch heute, in dieser Situation der Welt, die richtigen Antworten auf die großen Zukunftsfragen geben.

Wir wissen: Es gibt kein Zurück in die Welt vor der Globalisierung. Aber was bedeutet das genau? Was heißt es für uns, wenn weltweit Menschen nach Wohlstand streben? Wie stellen wir uns auf den weltweiten Wettbewerb um die innovativsten und besten Produkte ein? Wie verändert die Digitalisierung unsere Wirtschafts-, Lebens- und Arbeitsweise? Vor welchen Herausforderungen steht unsere Gesellschaft, wenn es um den Zusammenhalt geht? Was bedeutet es, wenn eine größere Zahl älterer Menschen mit einer kleineren Zahl junger Menschen zusammenlebt? Wie steht es um die Sicherheit in unserem Land, um das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit, das immer wieder aufs Neue ins Gleichgewicht gebracht werden muss? – Das sind nur wenige der Zukunftsfragen, auf die wir Zukunftsantworten geben müssen, und zwar nicht irgendwann, sondern mit unserem Wahlprogramm bis Mitte nächsten Jahres. Dabei wird unser Handeln auch in Zukunft von den drei Konstanten geleitet, die unser Handeln immer schon ausgemacht haben: Wir setzen alles daran, dass unsere Wirtschaft stark und wettbewerbsfähig ist, damit moderne und sichere Arbeitsplätze bei uns entstehen. Unsere wirtschaftliche Stärke ist die Voraussetzung dafür, dass wir einen sozialen Ausgleich finden, und das genau ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Auf einem solchen Parteitag muss auch Zeit sein zu sagen: Die Bilanz, die wir vorweisen können, ist eindrucksvoll. Seit Amtsantritt der CDU-geführten Bundesregierung vor elf Jahren haben wir die Zahl der Arbeitslosen halbiert: von 5 Millionen Arbeitslose auf 2,5 Millionen Arbeitslose.

(Beifall)

Alein in den letzten fünf Jahren sind 2,7 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, interessanterweise zu je einem Drittel Arbeitsplätze für Frauen, die verstärkt ins Berufsleben gehen,

Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die länger arbeiten können, und rund 900 000 Arbeitsplätze für EU-Ausländer, die in ihrer Heimat keine Arbeit gefunden haben und denen Deutschland einen Arbeitsplatz geben konnte. Auch das ist ein Teil europäischer Integration und Solidarität, liebe Freunde! Gleichzeitig sind so viele Menschen wie nie erwerbstätig, insgesamt 43 Millionen. Es bleibt dabei: Sozial ist, was Arbeit schafft. Unsere Wirtschaft wächst solide. Vor elf Jahren galten wir noch als der kranke Mann Europas. Heute – das darf man sagen – sind wir Stabilitätsanker. Das alles zeigt ja nur, dass eine kluge Politik etwas verändern kann. Deshalb ist es so wichtig, dies auch weiterhin zu sagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Bilanz ist eindrucksvoll. Die Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis harter Arbeit der Menschen in unserem Land, im Übrigen auch über Jahre der Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Reallohnzuwächse zu verzichten. Wir dürfen es einmal sagen: Diese Erfolge sind auch das Ergebnis von Politik. Darauf dürfen wir, die wir Politik machen, ein wenig stolz sein.

(Beifall)

Wir wissen aber: Ausruhen dürfen wir uns darauf nicht, gerade jetzt nicht. Es geht in der jetzigen Zeit nicht nur um das, was immer schon unseren Erfolg ausgemacht hat und was weiter gilt, nämlich diejenigen zu stärken, die Arbeitsplätze schaffen, die etwas unternehmen, die Unternehmer und ganz besonders den Mittelstand und die Familienunternehmen, denen ich ein herzliches Dankeschön sage.

(Beifall)

Es geht auch um eine verlässliche Steuerpolitik. Wir schließen auch in der nächsten Legislaturperiode – so haben wir es gestern diskutiert – Steuererhöhungen grundsätzlich aus. Ich möchte ganz besonders betonen: Das gilt auch mit Blick auf die Einführung einer Vermögensteuer. Mit uns wird es ebenfalls keine Erhöhung der Erbschaftsteuer geben. Das ist eine klare Ansage für verlässliche Rahmenbedingungen, liebe Freunde.

(Beifall)

Es geht um den weiteren Abbau von Bürokratie, und es geht um die weitere Förderung von Forschung und Entwicklung. Wir haben in den letzten elf Jahren, liebe Johanna Wanka, den Forschungsetat mehr als verdoppelt. Wir sind nahe an dem Drei-Prozent-Ziel, nämlich drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wir wissen, dass wir damit nicht an der Spitze der Welt sind. Es gibt Länder, die mehr ausgeben. Aber ich möchte Johanna Wanka ein herzliches Dankeschön sagen für ihre Arbeit, die für Innovation und Fortschritt in Deutschland steht.

(Beifall)

Liebe Freunde, das alles wäre schon genug Arbeit. Aber es geht um etwas, was noch sehr viel weiter reicht. Es geht um etwas, was einer Revolution unseres Wirtschaftens, Arbeitens und unseres ganzen Lebens gleicht, um den Umgang mit der Digitalisierung. Heute und in den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob das, was in den letzten Jahrzehnten unseren Wohlstand ausgemacht hat, weiter seine Heimat in Deutschland und Europa haben wird. Unaufhaltsam, manchmal gar nicht genau zu fassen, verändert die Tatsache, dass von allem, was wir tun, von allem, was wir produzieren und kommunizieren, die Daten erfasst, miteinander verknüpft und zu neuen Angeboten verarbeitet werden, zu Angeboten und Möglichkeiten, die auf jeden einzelnen Menschen ausgerichtet sind und für das Leben jedes einzelnen Menschen eine Rolle spielen. Darin liegt einerseits die Chance einer sehr viel individuelleren Lebensgestaltung; andererseits aber liegen darin auch die Risiken, dass die Kenntnisse über unsere Persönlichkeit missbraucht werden. Die Digitalisierung ist der dominante Treiber der Globalisierung, und die Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung zum Wohle des Menschen wird über unseren Wohlstand entscheiden. Das ist deshalb so spannend und so interessant, weil die nationalen Regulierungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Deshalb muss die CDU die Partei sein, die die richtigen Antworten gibt, damit Ludwig Erhards Wohlstandsversprechen – Wohlstand für alle – auch in Zeiten der Digitalisierung wahr sein kann.

(Beifall)

Die CDU muss die Partei sein, die die Teilhabe an den Möglichkeiten der Digitalisierung erst einmal schafft, nämlich durch Zugang zum Internet, den Ausbau der Breitbandversorgung in Stadt und Land. Das wird zur Daseinsvorsorge gehören genauso wie ein Wasseranschluss und ein Anschluss an elektrischen Strom, liebe Freunde. Das muss uns leiten.

(Beifall)

Die CDU muss die Partei sein, die eine gute Balance von Datennutzung und persönlichem Datenschutz findet, die die richtige Förderung von Start-ups durch entsprechende Rahmenbedingungen vornimmt, die es ermöglicht, dass wir eine schnelle Standardisierung der Digitalisierung der Unternehmen haben, bekannt unter dem Stichwort „Industrie 4.0“, die endlich – da sind wir Entwicklungsland auf der Welt – es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre Handlungen mit dem Staat auch auf der Ebene der Digitalisierung durch Bürgerportale durchzuführen, und zwar nicht im Kampf von Kommune gegen Land und Bund, sondern gemeinsam. Der Bürger unterscheidet nicht, ob er gerade diese oder jene Zuständigkeit vor sich hat. Das muss eine ganz große Aufgabe für die nächste Zeit sein.

(Beifall)

Es braucht gute Rahmenbedingungen – das ist eine Aufgabe auch für Europa –, wenn es um das Management von Riesen-Datenmengen geht, um Big Data. Die Idee, dass man sparsam mit

Daten umgeht, gehört ins vergangene Jahrhundert. Wer sich nicht daran beteiligt, die Vielzahl der Daten zum Wohle des Menschen zu nutzen, sei es in der Medizin, sei es in der Zukunft der Mobilität, sei es in Angeboten der Plattform Wirtschaft, der wird zurückfallen und nicht Arbeitsplätze der Zukunft haben. Deshalb müssen wir vorne mit dabei sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, das wird eine schwierige Aufgabe für uns. Wir müssen die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsrecht darauf ausrichten mit all den Chancen, die es hat, flexibler arbeiten zu können, mit all den Möglichkeiten, die es gibt, zu Hause und im Unternehmen arbeiten zu können, aber auch mit all den Sorgen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, dass sie 24 Stunden und das sieben Tage die Woche erreichbar sein müssen. Hier eine neue Kodifizierung des Arbeitsrechts hinzubekommen, wird eine der ganz großen Aufgaben nicht der nächsten zehn Jahre, sondern ziemlich bald sein. Die Menschen spüren ja die Veränderung. Die einen nutzen die neuen Möglichkeiten und fühlen sich freier denn je zuvor. Die anderen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz, ihre Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und fürchten sich vor dem Tempo, in dem die Veränderungen vorangehen.

Einige machen den liberalen Rechtsstaat für all das verantwortlich und bekämpfen deswegen seine Werte. Doch, liebe Freunde, der liberale Rechtsstaat ist nicht schuld. Aber die Politik muss etwas anderes leisten. Sie muss den Menschen zeigen, dass auch in dieser digitalen Welt das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft eingelöst werden kann, dass sich – ganz einfach gesagt – heute und in Zukunft Leistung weiter lohnt. Dieses Versprechen müssen wir einlösen.

(Beifall)

Wir müssen das Versprechen einlösen, dass die Soziale Marktwirtschaft den Menschen die notwendige soziale Sicherheit gibt. Wir müssen ein neues Wettbewerbsrecht entwickeln, um nicht von Monopolen beherrscht zu werden. Wir brauchen neue Antworten auf die Steuergerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen. Diese Antworten müssen wir bereits im Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl geben. Liebe Freunde, die Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft ist und bleibt die erste Konstante unseres Handelns, wenn wir die großen Zukunftsfragen in den Blick nehmen wollen.

Eng damit verbunden ist die zweite Konstante unseres Handelns, die uns immer geleitet hat. Wir setzen alles daran, dass unser Land auch in Zukunft ein Land ist, das für Freiheit in Verantwortung, für Toleranz und Weltoffenheit, für Fairness und Zusammenhalt steht. Das beginnt beim Zusammenhalt von Älteren und Jüngeren. Da ist natürlich die Alterssicherung ein zentraler Baustein. Sie muss so organisiert sein – das sagt sich leicht und macht sich schwer –, dass niemand über Gebühr belastet wird. Ältere müssen nach einem langen Arbeitsleben abgesichert sein. Die Solidarität der Jüngeren darf nicht überfordert werden. Die gesetzliche

Rentenversicherung wird auch in Zukunft eine tragende Säule sein. Aber wir brauchen immer zwei Haltelinien: auf der einen Seite die der Altersversorgung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf der anderen Seite die der Beiträge, die durch zu hohe Lohnnebenkosten nicht die Arbeitsplätze wieder zerstören, die wir dringend brauchen. Deshalb wird die Aufgabe sein, die gesetzliche Rentenversicherung vernünftig weiterzuentwickeln und das Thema Lebensarbeitszeit angesichts der Lebenserwartung nicht auszuklammern.

(Vereinzelt Beifall)

1960 hat man im Durchschnitt neun Jahre Rente bekommen. Heute bekommt man im Durchschnitt 19 Jahre Rente. Das kann nicht ohne Auswirkung auf die Rentenversicherung und die Lebensarbeitszeit sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir müssen die private und die betriebliche Altersversorgung weiter stärken.

Zusammenhalt, das hat viel mit dem zu tun, was Menschen brauchen, wenn sie älter und pflegebedürftig sind. Wir haben in dieser Legislaturperiode Entscheidendes in diesem Bereich geleistet. Wir haben in dieser Legislaturperiode 20 Prozent mehr Geld in die Hand genommen, um Demenzkranken zu helfen, um denen zu helfen, die zu Hause pflegen – zumeist Frauen –, und denen zu helfen, die die Arbeit in den Pflegeheimen machen. Fast jede Familie ist von dem Thema Pflege in irgendeiner Weise berührt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier klare, bessere Rahmenbedingungen setzen. Dafür möchte ich Hermann Gröhe ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Er hat das wunderbar umgesetzt.

(Beifall)

In diesen Dank möchte ich Karl-Josef Laumann einbeziehen, der sich ganz speziell um das Thema Pflege gekümmert hat. Herzlichen Dank, Karl-Josef!

(Beifall)

Liebe Freunde, das Thema Familie. In Familien werden Werte gelebt, die man durch kein Gesetz, durch keine staatliche Maßnahme erzwingen und einfordern kann. Lebenslange Verantwortung von Eltern für Kinder, von Kindern für Eltern – ich schließe gern die Großeltern mit ein –, das ist etwas, was behütet und geschützt werden muss. An einem solchen Tag wie heute heißt es, auch einmal Danke zu sagen den vielen Eltern, die sich jeden Tag um ihre Kinder kümmern, die keine Erwartung haben, dass sie dafür zusätzlich belohnt werden vom Staat, sondern die das ganz einfach machen und dabei Freude empfinden und gleichzeitig etwas für unsere Gemeinschaft tun. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Auch hier darf es bei einem Dankeschön nicht bleiben. Wir haben mit dem Elterngeld, dem Elterngeld Plus, dem Ausbau der Kitas, der Erhöhung der Freibeträge beim Kindergeld und der Familienpflegezeit vieles getan. Gerade hier in Essen – Armin Laschet hat darauf hingewiesen – hat 1985 die CDU ganz wesentliche Beschlüsse gefasst, auf der einen Seite die Tatsache, dass Familienarbeit Arbeit ist und dass dafür auch staatliche Leistungen notwendig sind, und auf der anderen Seite das Thema der Wahlfreiheit, ein Thema, das die CDU bis in die heutige Zeit beschäftigt. Ich würde sagen, dass wir mit der Diskussion darüber, was Wahlfreiheit bedeutet, weitestgehend durch sind. Wahlfreiheit bedeutet, dass Männer und Frauen in eigener Selbstbestimmung wählen dürfen, wie sie ihr Leben ausrichten, wie sie die Erziehung aufteilen. Aber ich sage eben: Männer und Frauen dürfen das entscheiden. Es ist nicht eine Form der Erfüllung der Wünsche der Männer alleine, auch nicht der Frauen alleine. Wir haben lange darum gerungen, was Wahlfreiheit eigentlich bedeutet, bis wir gemeinsam zu dem Punkt gekommen sind – hier hat Ursula von der Leyen eine wichtige Rolle gespielt –, dass dafür auch die Rahmenbedingungen da sein müssen. Das hat zu dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geführt. Liebe Freunde, das waren immer CDU-geführte Regierungen: unter Helmut Kohl der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und bei Ursula von der Leyen einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Das dürfen wir uns nicht nehmen lassen, auch wenn manche Kommune ein bisschen gestöhnt hat.

(Beifall)

Ich glaube, dass der Zusammenhalt immer die größte Stärke unseres Landes war und dass wir das auch für die Zukunft sichern müssen, das Füreinander-da-sein in den Sportvereinen, den Kirchengemeinden, in Sprach- und Integrationskursen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in den Karnevalsvereinen, den Jugendverbänden und der Hospizbewegung, als Lesepate oder in der Obdachlosenhilfe. Es ist diese freie Entfaltung – Freiheit in Verantwortung –, das Füreinander-da-sein, das unser Land stark macht. Es sind dieser Zusammenhalt und diese Vielfalt, die uns auszeichnen. Deshalb werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode fragen müssen: Wie können wir die Bedingungen für das Ehrenamt noch attraktiver machen? Auch da dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Junge Menschen sollen sich genauso engagieren, wie das in der Vergangenheit normal war.

(Beifall)

Wenn ich über den Zusammenhalt rede, dann spielen die Kommunen die zentrale Rolle, die Städte und Gemeinden, in denen Leben gelebt wird. Deshalb will ich daran erinnern, dass noch keine Bundesregierung so wie die jetzige dafür Sorge getragen hat, dass Kommunen entlastet werden. Wir werden das auch weiter tun, weil wir wissen: Da entscheidet sich, ob sich Menschen mit ihrem Land verbunden fühlen. Wir wissen um die Sorgen. Herr Oberbürgermeister Kufen hat uns das erzählt. Er hat verschwiegen, welchen Schuldenberg er geerbt hat. Das war sehr

vornehm von ihm, aber dieser Berg ist beträchtlich. Er hat uns gesagt: Jedes dritte Kind lebt von Hartz IV. – Das ist eine riesige Herausforderung für die betreffende Kommune. Deshalb sage ich: Es ist richtig, dass Wolfgang Schäuble und wir gemeinsam entschieden haben, finanzschwachen Kommunen besonders zu helfen. Das kann nicht einfach nach dem Königsteiner Schlüssel gehen. Es ist richtig, hier auf die finanzschwachen Kommunen einen besonderen Schwerpunkt zu legen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die dritte Konstante unseres politischen Handelns ist: Wir wollen auch in Zukunft, dass Regeln beachtet werden, dass Sicherheit und Ordnung, Recht und Gesetz die Grundlage unseres Zusammenlebens sind und bleiben. Das gilt für alle Deutschen, für alle, die hier schon immer gelebt haben, genauso für alle, die neu hinzugekommen sind. Hier bei uns in Deutschland gelten die Gesetze unseres Landes, und zwar für jeden und jede in gleicher Art und Weise, ausnahmslos.

(Beifall)

Deshalb haben wir ein Integrationsgesetz verabschiedet und die Zahl der Integrationskurse massiv erhöht und dabei den Anteil der Wertevermittlung in diesen Kursen, weil wir wissen: Menschenwürde, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit stehen nicht zur Disposition. Sie sind das Konstitutiv, sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland.

(Beifall)

Deshalb heißt es in unserem Antrag ganz deutlich: Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Wo es sie gibt, müssen wir dagegen angehen. Unser Recht hat Vorrang vor Ehrenkodex, Stammes- und Familienregeln und vor der Scharia. Das muss ganz deutlich ausgesprochen werden.

(Beifall)

Das heißt auch, dass wir in der zwischenmenschlichen Kommunikation, die bei uns eine tragende Rolle spielt, Gesicht zeigen. Deshalb ist die Vollverschleierung bei uns nicht angebracht. Sie sollte verboten sein, wo immer es rechtlich möglich ist. Sie gehört nicht zu uns.

(Starker Beifall)

Liebe Freunde, aber zur Wahrheit gehört auch: Manchmal hat man den Eindruck, dass einige, die hier schon immer in Deutschland leben, dringend einen Integrationskurs nötig hätten.

(Beifall)

Was ist eigentlich aus unserem Verständnis geworden, dass wir miteinander respektvoll umgehen? Da wird im Internet gehetzt, was das Zeug hält. Da gibt es keinen Respekt vor Lehrern,

Verwaltungsmitarbeitern, vor Polizisten oder vor Feuerwehrleuten. Da fallen verbal alle Hemmungen, wie ich es mir in diesem Ausmaß niemals habe vorstellen können. Da sage ich, da sagen wir: So nicht!

(Starker Beifall)

Das geht uns alle an. Hier ist jeder gefordert, seinen Beitrag zu einer Debattenkultur zu leisten, die diesen Namen auch verdient. Dann gibt es Fälle, um die sich der Staat kümmern muss. Da ist dann der Staatsanwalt zuständig, auch im Internet. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, liebe Freunde.

(Beifall)

Eines möchte ich auch noch einmal in aller Klarheit festhalten: Wer das Volk ist, das bestimmt bei uns noch immer das ganze Volk, das bestimmen wir alle, nicht ein paar wenige, und mögen sie auch noch so laut sein. Das bestimmen wir alle.

(Langanhaltender starker Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir gut zusammenleben wollen, dann müssen sich die Menschen darauf verlassen können, dass der Staat für die Einhaltung der Regeln, von Recht und Gesetz und für Sicherheit sorgt. Das heißt natürlich, wir brauchen ausreichend Personal für die Sicherheitsbehörden. Da haben wir riesige Fortschritte gemacht. Gerade auf der Ebene des Bundes werden Tausende und Abertausende neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Aber, liebe Freunde, dazu gehört auch – Thomas de Maizière weiß, wovon ich spreche –, dass wir nicht nur mehr Menschen haben, sondern dass die, die für die Sicherheit den Kopf hinhalten, auch vernünftig ausgerüstet sind und vernünftige rechtliche Grundlagen haben. Sie müssen mit den neuesten technischen Möglichkeiten arbeiten können.

(Vereinzelt Beifall)

Da reicht es nicht, dass die Sozialdemokraten mehr Personal fordern, aber jede technische Maßnahme, die neu gemacht wird, wieder verzögern und verlangsamen. Das geht nicht an.

(Beifall)

Wenn es den Sozialdemokraten so wichtig ist, für die Sicherheit einzutreten, dann müssen sie sich in ihren rot-grünen Landesregierungen durchsetzen, so dass die notwendigen Beschlüsse im Bundesrat gefasst werden können, liebe Freunde. Alles andere ist sonst nicht rechtens.

(Beifall)

Die Razzien, die Zugriffe und die Einsätze in den vergangenen Wochen zeigen, dass unser Staat wehrhaft ist, dass Polizei und Nachrichtendienste wachsam sind, dass sie hart gegen alle vor-

gehen, die unsere Freiheit verachten. Dafür sind wir dankbar. Ich möchte allen Menschen, die im Sicherheitsbereich arbeiten – egal, ob in den Nachrichtendiensten oder als Polizisten vor Ort, auf der Straße oder im Büro –, ein herzliches Dankeschön sagen, dass sie dies für uns alle tun. Freiheitliches Leben ohne Sicherheit ist nicht möglich. Deshalb ist das von entscheidender Bedeutung.

(Beifall)

In diesen Dank schließe ich auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein, die für uns oft in fernen Ländern für unsere Sicherheit sorgen. Auch ihnen ein herzliches Dankeschön für die Arbeit!

(Beifall)

Zur Einhaltung von Recht und Gesetz gehört auch etwas, was wir in diesen Tagen ganz besonders diskutieren. Auf der einen Seite haben wir die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen und zu uns gekommen sind, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, oft auch nach einem gerichtlichen Verfahren, ein Bleiberecht – ein temporäres oder ein dauerhaftes – bei uns bekommen. Auf der anderen Seite haben wir in etwa 35 Prozent der Fälle Menschen, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren kein Bleiberecht bei uns haben. Wenn Recht und Gesetz die Grundlage unseres Handelns sind und wenn wir wissen, dass diese Verfahren bei uns sehr sorgfältig durchgeführt werden, dass man Einspruchsmöglichkeiten hat, dann gehört es zur Einhaltung von Recht und Gesetz, dass wir diesen Menschen sagen, dass sie unser Land wieder verlassen müssen. Nur so werden wir die Kraft haben, anderen zu helfen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist für viele auch sehr wichtig: Zur Einhaltung von Recht und Gesetz gehört, dass wir die Regelungen, die wir in Europa verabschiedet haben, ernst nehmen. Wir haben nach der Krise des Euro monatelang hart daran gearbeitet, einen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu entwickeln. Ich finde, es ist an manchen Stellen nahezu fahrlässig mit dieser Erfahrung im Rücken, mit dem Wissen, dass unsere gemeinsame Währung – eine Währung, die auch für das Friedensprojekt Europa steht – gefährdet war und welche Lehren wir daraus gezogen haben, nach drei, vier, fünf Jahren all das wieder zu vergessen. Eine zweite Euro-Krise dürfen wir nicht haben. Deshalb müssen wir uns in Europa an die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes halten. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall)

Nach dem Votum der Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien hat die Europäische Union die Aufgabe, sich darüber klar zu werden – damit haben die 27 Mitgliedstaaten in Bratislava

begonnen: Worauf wollen wir uns konzentrieren? Was sind die zentralen Aufgaben der Europäischen Union? Ich glaube, es ist richtig zu sagen: Lassen wir uns konzentrieren auf die Innere und äußere Sicherheit. Man kann einen gemeinsamen Binnenmarkt nur dann haben, wenn man auch einen Raum der Sicherheit hat. Dazu gehört der Schutz der Außengrenzen. Hier haben wir lernen müssen. Wir haben uns jahrelang dagegen gesträubt, dass das eine europäische Kompetenz ist. Wir haben gesagt: Wir liegen so schön im Zentrum Europas. Warum sollen wir irgendwelche polizeilichen Zuständigkeiten abgeben? Es ist richtig und gut, dass wir jetzt eine wirklich europäische Grenzschutzbehörde haben. Ich danke allen, die für schnelle Beratungen gesorgt haben: Günther Oettinger, Manfred Weber und seinen Kollegen im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Es ist richtig und wichtig, dass wir uns um die Arbeitsplätze kümmern, um die Wettbewerbsfähigkeit, um die Wettbewerbssituation gerade in Zeiten der Digitalisierung. Wenn sich Europa auf diese Dinge konzentriert und sich nicht unentwegt neue Ziele setzt, die anschließend nicht erreicht werden können, und nicht unentwegt Beratungen über Telekommunikationspakete hat – da mache ich nicht dem Europäischen Parlament einen Vorwurf, sondern den Mitgliedstaaten, die mit vielen Koalitionsregierungen über Jahre Dinge verschleppen –, wenn es schneller wird und den Menschen sagt, wofür das, was wir in Europa tun, richtig ist, dann werden die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr an Europa glauben.

(Beifall)

Liebe Freunde, es sind diese drei Konstanten: erstens eine Politik für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze, zweitens eine Politik für den starken Zusammenhalt in einem welt-offenen und toleranten Deutschland und drittens eine Politik für Recht und Gesetz im Inneren und äußeren Sicherheitsbereich. Das ist die Politik, die wir für unser Land machen, weil wir wollen, dass Deutschland auch zukünftig ein Land ist, in dem die Menschen sichere und fair bezahlte Arbeit haben, mit international erfolgreichen Unternehmen, mit einem starken Mittelstand, mit engagierten Familienunternehmen, ein Land, das stolz darauf ist, die Marke „Made in Germany“ zu haben, ein Land, das jedem die Chance gibt, aus seinem Leben das Beste zu machen, ein Land, das den Menschen das Gefühl gibt, dass es gerecht zugeht, mit guten Kindergärten und Schulen, Ausbildungsplätzen und Universitäten. Wir wollen, dass Deutschland ein Land ist, in dem sich Leistung lohnt, das schwachen Menschen in Not hilft, das den Menschen die beste medizinische Versorgung geben kann und in dem auch ein gutes Leben im Alter möglich ist. Wir wollen, dass Deutschland auch künftig ein Land ist, in dem der Staat konsequent gegen Gewalt, Kriminalität, Extremismus und Terror vorgeht, ein Land, das denen Schutz bietet, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, und gleichzeitig dafür Sorge trägt, dass diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, in ihre Heimat zurückkehren, ein Land, das Verantwortung im internationalen Kampf gegen Armut, Hunger, Krankheiten und Klimawandel übernimmt. Das ist unser

Auftrag, und das ist auch Politik für die Menschen. Die machen wir mit unseren Werten für die Zukunft. Wir haben gezeigt, dass wir es können. Eine entscheidende Grundlage für diesen Erfolg ist die Zusammenarbeit von Partei, Fraktion und Regierung. Ich möchte meinen Stellvertretern danken: Volker Bouffier, Julia Klöckner, Armin Laschet, Ursula von der Leyen und Thomas Strobl. Alle fünf stehen für die Spannweite unserer Volkspartei der Mitte. Ihnen allen bin ich zu großem Dank verpflichtet. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit!

(Beifall)

Ein herzliches Dankeschön an unseren Generalsekretär Peter Tauber, an unseren Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler und das ganze Team im Konrad-Adenauer-Haus. Ohne sie könnten wir unsere Arbeit so nicht leisten.

(Beifall)

Ein großer Dank an Volker Kauder und dich, liebe Gerda Hasselfeldt. Wir haben, glaube ich, eine der größten Bundestagsfraktionen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen. Aber das alles zusammenzuhalten – da spüren Sie, was Volkspartei bedeutet. Danke schön, lieber Volker Kauder, danke schön, liebe Gerda Hasselfeldt!

(Beifall)

Ich danke dir, lieber Peter Altmaier. Du hast einen Job, der nicht immer vergnügungssteuerverpflichtig ist. Wenn nichts gesagt wird, ist es am besten. Aber es wird auch oft gemeckert, und du kriegst es dann ab. Manchmal bin auch ich gemeint, aber egal.

(Heiterkeit)

Danke für deine Arbeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, vor allem geht es um unser Land. Da liegen erst einmal die Landtagswahlkämpfe vor uns. Armin Laschet hat uns heute eindrücklich gezeigt, wo Nordrhein-Westfalen mit einer rot-grünen Landesregierung steht. Es ist dringend Zeit für den Wechsel. Es wird dringend Zeit, dass du, lieber Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen wirst. Wir wollen euch dabei unterstützen, jeder Einzelne hier im Saal und ich ganz besonders.

(Beifall)

Das gilt auch für Schleswig-Holstein. Wo sitzen sie?

(Zurufe: Hier! Hier!)

Lieber Daniel Günther, ihr in Schleswig-Holstein habt unsere ganze Unterstützung. Dem hohen Norden tut ein Wechsel gut. Alles Gute für die Landtagswahl! Voller Einsatz!

(Beifall)

Vorher steht noch die Landtagswahl im Saarland an. Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, du hast in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass du das Saarland voranbringst, dass du nicht einfach abwartest, sondern die Zeiten richtig einschätzt und die Weichen für das Saarland unter nicht einfachen Bedingungen richtig stellst. Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, wir werden alles tun, damit du mit einem starken Ergebnis Ministerpräsidentin des Saarlandes bleiben kannst.

(Beifall)

Aber nächstes Jahr steht auch die Bundestagswahl auf der Tagesordnung. 2017 können wir einmal mehr zeigen, was uns leitet. Uns leitet die Liebe zu unserem Land. Für uns sind Einigkeit und Recht und Freiheit nicht einfach Worte, sondern sie sind unser Leitmotiv. Wenn ich an unser Land denke, an unser Deutschland, dann ist das Ansporn für meine Arbeit. Wenn ich an seine Menschen denke, an unsere Landschaften, an unsere Kultur, unsere exzellenten Wissenschaften, Universitäten, Forschungseinrichtungen, unser Bildungssystem, um das uns so viele in der Welt beneiden, unsere Handwerker und Mittelständler, die jungen Leuten etwas beibringen, die den jungen Menschen Chancen eröffnen, wenn ich an unseren Sport denke, die vollen Stadien, die Begeisterung und den Ehrgeiz der Jugendmannschaften, die Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich für andere einsetzen, die das Füreinander gegen das Gegeneinander setzen und die den Zusammenhalt unseres Landes ausmachen, wenn ich an all das denke, dann weiß ich, welch ein Glück es ist, in diesem Land leben zu dürfen. Das ist ein Glück, das wir gar nicht hoch genug schätzen können.

(Beifall)

Das ist ein Glück, das uns verpflichtet, alles zu geben, was in uns steckt, für dieses Land, für Deutschland. Wenn ich mich hier im Saal umschaue, wenn ich an unsere Landesverbände denke, an die Kreis- und Ortsverbände, an unsere Vereinigungen, dann spüre ich die Bereitschaft jedes Einzelnen, sich in den Dienst unseres Landes, unserer Heimat zu stellen. Liebe Freundinnen und Freunde, das gilt auch für mich. Ich habe es bei meiner ersten Kanzlerkandidatur am 30. Mai 2005 gesagt. Wir wollen Deutschland dienen. Ich will Deutschland dienen.

(Beifall)

Daran habe ich mich seither nach bestem Wissen und Gewissen versucht zu orientieren, und das leitet mich auch heute. Machen wir uns nichts vor: Die Bundestagswahl 2017 wird so schwierig wie keine Wahl zuvor, jedenfalls nicht seit der Deutschen Einheit. Sie wird wahrlich kein Zuckerschlecken, mit einer starken Polarisierung unserer Gesellschaft, mit Anfechtungen von allen Seiten, von rechts wie nie zuvor und Anfechtungen von links, mit der Möglichkeit einer rot-rot-grünen Bundesregierung, sofern es dafür einigermaßen rechnerisch reicht. Wir haben

die Aufgabe, so stark zu sein, dass das verhindert wird, dass es nicht zu Rot-Rot-Grün kommt. Wir müssen integrieren von rechts.

(Beifall)

Wir haben es auch europäisch und international mit Anfechtungen zu tun oder – ganz einfach gesagt – mit Anfechtungen gegen unsere Art zu leben. In dieser Situation habe ich viel, sehr lange und sehr intensiv darüber nachgedacht, ob ich auch bei der Bundestagswahl 2017 für das Amt der Bundeskanzlerin kandidiere. Dieser Anspruch ist nach meinem politischen Verständnis untrennbar mit dem Amt der oder des Vorsitzenden der CDU Deutschlands verbunden. Nach elf Amtsjahren und 16einhalb Jahren Parteivorsitz – man kann es kaum glauben – ist eine solche Entscheidung alles andere als trivial, weder für das Land noch für die Partei noch – auch das darf ich sagen – für mich persönlich. Genau hier in Essen, in dieser Halle haben Sie mich im Jahr 2000 das erste Mal zu Ihrer Parteivorsitzenden gewählt. Hier in Essen habe ich den Delegierten in meiner Rede erzählt, wie ich 1989/90 aus der Wissenschaft in die Politik gegangen bin. Ich habe Ihnen erzählt, wie ich damals zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Akademie der Wissenschaften losgezogen bin, dass ich zuerst bei der SPD Halt gemacht habe, dass es mich dort aber nicht lange hielt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin schließlich beim Demokratischen Aufbruch gelandet. Der Name war Programm. Es war eine unglaubliche Zeit mit unglaublicher Neugier auf Neues. Ich habe Ihnen in Essen erzählt, dass ich einem Freund 1989 in ein Buch geschrieben hatte: Geh ins Offene! – Liebe Freunde, welch eine Aussicht: Geh ins Offene! Das Offene ist die Freiheit. Die Demokratie und die Freiheit sind ein Gut, das man gar nicht hoch genug schätzen kann. Daran hat sich für mich nichts geändert. Wer wie ich in der DDR gelebt hat, weiß, dass Politik gegen die Freiheit eine Politik gegen die Natur des Menschen ist, der weiß, dass eine solche Politik gegen die Freiheit Frevel ist.

(Beifall)

Als ich jetzt in diesen Wochen und Monaten so intensiv über meine Entscheidung zu einer vierten Kanzlerkandidatur nachgedacht habe, haben viele zu mir gesagt: Du musst, du musst, du musst antreten. – Das hat mich sehr berührt. Das Gegenteil wäre auch nicht schön gewesen.

(Heiterkeit)

Wenn das aber so ist, dann ergänze ich – und zwar gerade in Zeiten wie diesen: Ihr müsst, ihr müsst, ihr müsst mir helfen.

(Anhaltender Beifall)

Kein Mensch allein – auch nicht mit größter Erfahrung – kann die Dinge in Deutschland, in Europa und in der Welt mehr oder weniger zum Guten wenden, schon gar nicht ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Lassen wir uns das auch gar nicht erst einreden! Das wäre grotesk, absurd, von vornherein zum Scheitern verurteilt. So funktioniert das nicht. Nein, es geht nur gemeinsam, Hand in Hand mit jedem und jeder aus der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich will und werde alles einbringen, was ich kann, alles, was in mir steckt, alles, was mir wichtig ist, alles, was mich antreibt. Das heißt nichts anderes als: Ich will immer noch und immer weiter ins Offene gehen, so wie ich es Euch und Ihnen bei meiner ersten Wahl zur Parteivorsitzenden vor über 16 Jahren erzählt habe. In den letzten 16 Jahren haben wir viel erreicht. Aber wir haben miteinander auch so manches Tal durchschreiten müssen. Gerade unsere Wahlkämpfer aus den Landtagswahlen im März und September dieses Jahres können ein Lied davon singen. Ich habe euch auch einiges zugemutet, weil uns die Zeiten insgesamt einiges zugemutet haben; das weiß ich sehr wohl. Ich kann nicht versprechen, dass die Zumutungen in Zukunft weniger werden; denn wir müssen tun, was die Zeiten von uns fordern. Aber eines kann ich versprechen – davon bin ich zutiefst überzeugt; im Jahr 2000 war ich es genauso wie heute; deshalb will ich es mit meinen Worten von damals sagen: Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab. Die haben wir selbst in der Hand. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir Neugier mitbringen, Neugier auf Entwicklungen – gesellschaftliche wie technologische – hier bei uns in Deutschland, in Europa oder sonst wo auf der Welt, wenn wir Freude daran haben, neue Antworten auf neue Fragen zu geben. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir nicht mitmachen beim sprachlichen Überbietungs- und Eskalierungswettbewerb, und zwar auch in hitzigen Debatten nicht. Ich werde nicht über jedes Stöckchen springen, das uns im Wahlkampf hingenhalten wird.

(Beifall)

Wir haben es in der Hand, wenn wir uns nicht einreden lassen, dass es auf Fakten nicht mehr ankommt.

(Vereinzelt Beifall)

Es kommt auf sie an, sofern wir verantwortungsvoll handeln wollen; denn die Welt ist nicht schwarz-weiß. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir auch in Zukunft skeptisch gegenüber vermeintlich ganz einfachen Antworten bleiben. Es sind sehr selten die ganz einfachen Antworten, die unser Land voranbringen.

(Beifall)

Wir haben es in der Hand, wenn wir auf die Bereitschaft und die Fähigkeit setzen, für Kompromisse zu arbeiten, auf die Fähigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen, auf verantwortungsvolle Politik, die immer ein Ausgleich von Interessen ist. Immer geht es um Fortschritte, also um Vorankommen, Schritt für Schritt. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir mit einem solchen Politikverständnis auch unseren Wahlkampf führen. Wir haben es selbst in der Hand, wenn CDU und CSU geschlossen sind und selbstbewusst damit leben, dass es auch einmal unterschiedliche Auffassungen gibt und diese auch unterschiedliche Auffassungen bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Aber CDU und CSU geschlossen und gemeinsam!

(Beifall)

CDU und CSU haben es noch immer vermocht oder geschafft, das Beste für unser Land zu tun, wenn es darauf ankam. Das haben wir auch in der Flüchtlingspolitik gezeigt, liebe Freunde. Wir wissen, dass CDU und CSU so viel mehr verbindet, als uns trennen kann. Wir wissen, dass CDU und CSU die Erfolgsgeschichte Deutschlands sind.

(Beifall)

Wenn wir all das in die Waagschale werfen, wenn wir mit Neugier in die Zukunft schauen, wenn wir verändern, was uns belastet, und bewahren, was uns stark macht, wenn wir – mit einem Wort – auf der Grundlage unserer Werte für die Zukunft handeln, dann werden wir einmal mehr die Weichen richtig stellen, und zwar für unser Land und für die Menschen in unserem Land. Es bleibt dabei: Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab, und das haben wir selbst in der Hand. Wir, CDU und CSU, sind die treibende Kraft in Deutschland. Wir wollen auch in Zukunft die treibende Kraft in Deutschland sein.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Herz schlägt für Deutschland und Europa. Dafür heißt es zu arbeiten, und dafür heißt es, die Menschen zu begeistern, möglichst jeden Einzelnen und jede Einzelne. Dafür trete ich ein, und dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender starker Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde. Ich sehe, der Bedarf am Applaus ist immer noch nicht gedeckt.

(Langanhaltender starker Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Aller guten Dinge sind drei. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren. Liebe Angela, dieser Bundesparteitag steht unter dem Motto „Unsere Werte, unsere Zukunft“. Du hast uns eben in deiner fulminanten Rede unsere Werte noch einmal vor Augen geführt und du hast uns gezeigt, wie wir mit unseren Werten unsere Zukunft gut gestalten können und du hast uns aus dem Herzen gesprochen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Und du hast uns versprochen, alles zu geben, was dafür notwendig ist, und du hast uns gebeten, dass wir dich unterstützen. Ich glaube, diese eindrucksvolle Reaktion des gesamten Parteitages, dieser minutenlange Beifall, der von Herzen kommt, der hat gezeigt, wir freuen uns auf dieses Wahljahr. Wir werden mit dir gemeinsam alles daran setzen, dass unsere Partei, alles daran setzen, dass unser Land eine gute Zukunft hat.

(Beifall)

Ich darf jetzt das Wort weitergeben an meine Kollegin Annette Widmann-Mauz zur Einleitung in TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Ja, vielen Dank, Annegret Kramp-Karrenbauer. Liebe Freundinnen, liebe Freunde, bevor wir in die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden eintreten, darf ich in unserer Mitte herzlich begrüßen den stellvertretenden Vorsitzenden von FIDESZ, Gergely Gulyás, und den Fraktionsvorsitzenden von FIDESZ, Lajos Kósa. Herzlichen willkommen hier beim Bundesparteitag der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir haben eine ganze Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Der erste Redner ist Paul Ziemiak, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands. Danach spricht Thomas Mann aus dem Landesverband Hessen. Ich bitte Thomas Mann, sich dann bereitzuhalten, damit wir auch die Wortmeldungen zügig bearbeiten können. Paul Ziemiak hat das Wort.

(Beifall)

Paul Ziemiak: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! Als ich vor einem Jahr hier stand auf dem Parteitag, da war die Stimmung eine andere. Ich glaube gemerkt zu haben, das war eine schwierige Zeit. Die Stimmung war auf einem Tiefpunkt. Hunderttausende Menschen strömten in jenen Monaten in unser Land, und wenn wir ehrlich sind, wir wussten nicht immer, wer da kommt.

Wir waren uns einig in der CDU: So kann es nicht weitergehen. Das haben wir damals gesagt. Und verehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie haben uns zugehört. Wir haben diskutiert, miteinander im Vorstand um Lösungen gerungen, aber auch hier auf dem Parteitag.

Liebe Freundinnen und Freunde, viel hat sich seitdem geändert. Deshalb wird – ich habe hier eigentlich noch stehen: muss –, aber nach dieser Rede weiß ich es, wird von diesem Parteitag ein neues Zeichen der Geschlossenheit ausgehen, ein Zeichen der Einigkeit und der Stärke dieser Partei, liebe Freundinnen und Freunde.

Für mich bedeutet ein Zeichen der Einigkeit, dass wir auch ein scharfes Profil haben. Wir stehen für die Nächstenliebe, für den Schutz von Schutzbedürftigen, aber wir sagen auch ganz klar: Wer keinen Schutz braucht, wer aus anderen Gründen in unser Land gekommen ist, der muss unser Land auch wieder verlassen. Da darf es keine Ausreden geben, liebe Freundinnen und Freunde.

Zweitens: Wir stehen für eine Rente, die sicher ist, für ein Altern in Würde, aber wir sagen gleichzeitig als CDU: Wir dürfen die Zukunft dieser Rente nicht gestalten auf Kosten der jungen Generation.

Drittens: Wir stehen für Datenschutz und Datensicherheit, dass unsere Bürger selbst entscheiden, wer was mit ihren Daten macht, aber der Datenschutz und die Datensicherheit dürfen unseren Wohlstand nicht gefährden und nicht auf Kosten von Innovation und Entwicklung gehen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben vor zwei Wochen gesagt: Diese Wahl wird keine wie zuvor. Deshalb müssen wir als Partei zusammenstehen, und wir müssen dafür kämpfen, stärkste Kraft zu bleiben. Wir müssen dafür kämpfen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt, und wir müssen versuchen, jeden Einzelnen zu überzeugen.

Die Junge Union, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, steht an der Seite der Kanzlerin und an der Seite der CDU als Unterstützungsmobilisierung mit Connect 2017 für die nächste Bundestagswahl, und wir wollen auf die Leute zugehen, ihnen zuhören, ihnen unsere Politik erklären.

Liebe Freundinnen und Freunde, von diesem Parteitag, nach den vielen Zumutungen im vergangenen Jahr – Sie haben es gesagt – geht auch ein Zeichen aus: Wir haben verstanden und wir wollen gemeinsam dieses Land gestalten, liebe Freundinnen und Freunde. Und deswegen freue ich mich voller Optimismus auf die Bundestagswahl 2017, liebe Freundinnen und Freunde. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Paul Ziemiak. Jetzt hat das Wort Thomas Mann aus dem Landesverband Hessen. Danach hält sich bitte Daniel Günther aus Schleswig-Holstein bereit.

Thomas Mann: Was haben uns nicht viele vorausgesagt: Ihr werdet in Essen sein, das ist ein Raumschiff, und ihr seid weit weg von den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger. Und ihr wähnt euch im Aufwind von Prognosen, die mehr Wunsch sind als Wirklichkeit.

Nach dieser großen Rede von Angela Merkel – alles Makulatur. Wir sind nah bei den Dingen. Wir haben eine Kanzlerin gehört mit viel Nachdenklichkeit und nicht nur mit ein paar Dingen, die man als Autosuggestion bezeichnen würde. Nein, wir haben die Themen beim Namen genannt.

Ich würde mir wünschen, dass unser gemeinsamer Antrag so in Häppchen verteilt werden kann, dass man spürt: Wir wissen jeden einzelnen Punkt zu begründen, und wir sagen nicht nur, dass es Probleme gibt, sondern wir bieten konkrete Lösungen an. Das gilt auch für den Bereich Globalisierung und Digitalisierung. Davon sind ja nicht nur die betroffenen, die ausgegrenzt sind, die sagen: Wir werden nie ernst genommen. Das ist ja auch der große Bereich der Mittelschicht mit den Machern, mit den Entscheidern, die den Eindruck haben: Wir sind Zahlmeister für Dritte, und wir fürchten, dass unser Lebensstandard pulverisiert wird. Wir können diese Neinsager zurückgewinnen, wenn wir das tun, was heute passiert ist.

Bei Industrie 4.0 müssen wir sehen, keine simple Glorifizierung, aber auch auf keinen Fall eine Abschottung und erst recht keine Renationalisierung, wie es manche meinen. Themen nicht weichspülen, sondern wie heute beim Namen nennen, eine argumentative Debatte führen. Wenn wir das nicht machen, dann werden wir sehen, dass sich andere bewegen.

Bei uns im Europäischen Parlament, Front National oder die Freiheitlichen in Österreich, trotz der Schlappe jetzt vom Sonntag oder die sogenannten Wahren Finnen. Die brüsten sich doch zu sagen: Wir sind diejenigen, die die Mehrheit der Gesellschaft darstellen. Völlig falsch. Einige Tausende Demonstranten in Deutschland – sie sind doch nichts gegen die Millionen von Ehrenamtlichen, die Tag für Tag aktive Integrationsarbeit leisten, nichts gegen die überwältigende Mehrheit der echten Demokraten im Land – die sind das Volk.

Es besteht kein Grund für uns in Sachen AfD wie die Kaninchen auf die Schlange zu starren. Neinsager ohne Lösung, mit Attacken in sozialen Netzen, mit Unterstützern, die ungestraft falsche Meldungen produzieren dürfen – wir müssen erreichen, dass die Mark Zuckerbergs dieser Welt zur Rechenschaft gezogen werden. In der Tat, Angela Merkel hat recht, das ist kein rechtsfreier Raum, und da muss vorgegangen werden.

Wir müssen auch fragen: Wie ist das mit der medialen Überhöhung dieser A Partei hier in Deutschland? Ich habe das nicht verstanden, warum das so der Fall sein soll. Da gibt es eine Dame, die im Europäischen Parlament eine Nullnummer ist, Frau Beatrix von Storch – in Talkshows tummelt sie sich – oder ein Herr Markus Pretzell in der Fraktion Front National. Diese Geister erschrecken doch nur dann, wenn wir sie gewähren lassen. Beleidigungen, Worthülsen. Deutschland darf sich von diesem grassierenden Trumpismus nicht infizieren lassen. Bleiben

wir uns treu bei unseren Prinzipien: Offenheit und Toleranz, Humanität und Solidarität auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, die Angela mal europaweit erreichen wollte und von denen einige Mitgliedstaaten noch entfernt sind. Wir werden daran arbeiten. Das ist die DNA von uns Christdemokraten. Unsere Willkommenskultur darf sich niemals zu einer Abwehrkultur entwickeln. Das ist die Essenz, unsere Werte, unsere Zukunft!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Mann. Es hat jetzt das Wort der neue Landesvorsitzende und designierte Spitzenkandidat der CDU zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein, Daniel Günther.

(Beifall)

Daniel Günther: Liebe Parteifreunde, ein herzliches Moin, Moin aus Schleswig-Holstein hier vorne vom Rednerpult.

Wir haben am 7. Mai 2017 Landtagswahl in Schleswig-Holstein, und wir haben uns Rückenwind erhofft von der Bundespartei in diesen Wochen. Dieser Rückenwind ist gekommen durch die Ankündigung von Angela Merkel, wieder anzutreten als Kanzlerin. Dadurch, dass sie bei unserer Regionalkonferenz in Schleswig-Holstein gewesen ist, hat sie uns richtig Rückenwind gegeben, und sie hat uns heute Rückenwind gegeben durch eine fulminante Rede. Herzlichen Dank aus Schleswig-Holstein für diese Unterstützung für unsere Wahl in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Und meine Damen und Herren, wir wollen und wir werden den Wechsel in Schleswig-Holstein schaffen. Wir haben eine müde Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW, die sich nicht um die Innere Sicherheit kümmert. Wir haben einen Innenminister, der es fertigbringt, beim G8-Gipfel in Schleswig-Holstein allen Polizisten drei Wochen lang eine Urlaubssperre zu geben und selbst auf eine Wehrübung genau in der Zeit zu gehen und dann auch noch zu sagen, er könne von einer Wehrübung mit seinem Laptop einen solchen Polizeieinsatz koordinieren. Das ist das, was diese Landesregierung unter Innere Sicherheit versteht. Wir werden dem ein Ende setzen, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Damit Sie mal eine Vorstellung davon bekommen, wie das bei uns in Schleswig-Holstein läuft: Diese Landesregierung hat sich auf ihre Fahne geschrieben, dass sie den liberalsten Strafvollzug in ganz Deutschland hinkommt. Wenn man sie nach Marketing fragt: Wie will man ein Land vermarkten in Schleswig-Holstein, soll man sich zumindest in den Gefängnissen am wohlsten fühlen? Und das hat diese Landesregierung entsprechend umgesetzt. Das hat allerdings nur bis Weihnachten 2014 gehalten.

Denn Weihnachten 2014 hat es das erste Mal nicht funktioniert, weil es in Schleswig-Holsteins Knästen so ist, dass man sich zu Weihnachten, dem Fest der Liebe, aussuchen kann, mit wem man in eine Zelle geht. In dieser Zelle haben sich schnell vier Russen zusammengefunden. Das Ergebnis dieser Nacht war Körperverletzung, Knochenbrüche und eine Ministerin, die sagt: Das ist doch alles harmlos. Nicht mal die Polizei ist gerufen worden in einer solchen Situation. Mit einem Messer stand ein Russe hinter den JVA-Beamten. Und alles wurde von dieser Landesregierung ins Lächerliche gezogen. Frau Spoorendonk, die zuständige dänische Ministerin vom SSW in der Landesregierung, hat sich dann auch noch hingestellt und gesagt: Das ist doch alles im Ausschuss überhaupt nicht so schlimm, wenn man nur mit einem Buttermesser hinten umzingelt wird. Und alle haben sich gefragt: Frau Spoorendonk, mit dem Messer, das sieht vielleicht nicht so gefährlich aus. Aber wenn ein 1,95 m großer Russe dahintersteht, 120 Kilo schwer, der vorher jemanden umgebracht hat, dann sieht ein solches Messer doch ganz anders aus in einer solchen Situation, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Als Frau Spoorendonk dann im Ausschuss auch noch sagen musste: Nein, die Polizei ist ja informiert gewesen, war das so: Heiligabend, um 18:00 Uhr fand die Geiselnahme statt, um 18:40 Uhr meldete sich die Polizei selbst in der JVA und hat gesagt: Wir haben hier jemanden aufgegriffen, den würden wir Ihnen gerne bringen. Und da sagt der JVA-Beamte am Telefon: Das passt gerade nicht, wir haben hier gerade eine Geiselnahme. Können Sie nicht ein bisschen später anrufen?

Meine Damen und Herren, eine Regierung, die solche Zustände in Schleswig-Holstein zulässt, muss abgewählt werden, und das werden wir als Schleswig-Holsteinische CDU sicherstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die amtierende Regierung hat noch zwei Trümpfe im Ärmel. Trumpf eins ist, Herr Albig ist bekennder Fan von Angela Merkel. Auf die Frage, wer soll Kanzlerkandidat werden, antwortet er nicht Schulz, er antwortet nicht Scholz, er sagt auch nicht Gabriel, sondern er sagt Merkel. Da sage ich, da haben wir keinen Dissens. Das ist auch meine Auffassung, würde ich sagen: sticht.

Das zweite ist: Die Landesregierung in Schleswig-Holstein sagt, sie hat sich ehrlich gemacht. Die haben nämlich sämtliche Schäden in der Infrastruktur haarklein aufgelistet, meine Damen und Herren. Dann sage ich ihnen: Es ist doch nicht die Aufgabe von Landespolitik, den Mangel aufzuschreiben, sondern es ist doch Aufgabe von Politik, etwas daran zu ändern.

Helmut Schmidt ist doch nicht in Hamburg groß und bekannt geworden dadurch, dass er die Pegelstände der Elbe besonders detailliert aufgeschrieben hat, sondern weil er den Menschen geholfen hat, als Flut war in Hamburg. Helmut Kohl ist Kanzler der Einheit geworden, doch nicht, weil er ein Buch über die Deutsche Einheit geschrieben hat, sondern weil er die Einheit ge-

macht hat. Deswegen werden wir in Schleswig-Holstein dafür sorgen, dass wir nicht den Mangel aufschreiben, sondern dass wir endlich wieder Straßen bauen, dass wir wieder in Krankenhäuser investieren, dass wir nicht 300 Millionen Euro in andere Bundesländer geben, weil wir keinen einzigen Kilometer Autobahn fertiggeplant haben. Dem werden wir ein Ende setzen.

Wir hatten im Jahr 2005 diese Situation schon einmal in Schleswig-Holstein. Da hat sich der Bund, da hat sich auch Nordrhein-Westfalen auf Schleswig-Holstein verlassen. Wir hatten die Landtagswahl und wir haben geliefert. Wir sind mit Peter Harry Carstensen an der Spitze in die Regierung gekommen. Der ist 2005 Ministerpräsident geworden. Wir werden als Schleswig-Holsteiner im Jahr 2017 liefern. Wir werden die Landesregierung in Schleswig-Holstein stellen, und ich werde Ministerpräsident in Schleswig-Holstein werden. Das sichere ich Ihnen zu, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank und viel Erfolg, Daniel Günther für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Nächster Redner ist Dr. Carsten Linnemann, Bundesvorsitzender der MIT. Danach möge sich bitte bereithalten Eugen Abler aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Bis Carsten Linnemann zum Rednerpult kommt, darf ich die Vorsitzende der Christen Demokratisch Appèl Frau Ruth Peetoom herzlich bei uns begrüßen. Herzlich willkommen aus den Niederlanden bei uns.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann: Herzlichen Dank, Frau Kramp-Karrenbauer. Liebe Delegierte, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt jedes Jahr viele Studien, die veröffentlicht werden. Und es gibt eine Studie, die liegt mir jedes Jahr am Herzen, das ist die Studie von Allensbach. Da werden die Personen gefragt, Menschen aus Deutschland, wie sie ihre Zukunft einschätzen. Im Sommer des vergangenen Jahres haben 60 Prozent der Deutschen gesagt, wir sind zukunfts-optimistisch. In diesem Sommer waren es nur noch 40 Prozent. Ich sehe hier drei Gründe, vor allem zentrale Gründe, die dafür sprechen, dass die Verunsicherung in Deutschland zugenommen hat. Es ist natürlich das Thema Globalisierung und Digitalisierung, wo es eine Verunsicherung gibt, wo die Menschen von uns erwarten, dass wir Antworten geben. Natürlich ist es die Flüchtlingskrise im letzten Jahr, wo viele den Eindruck hatten, dass die Politik Dinge schön-geredet hat.

Und drittens: Einige oder viele vermissen die langen Linien, dass wir wieder Perspektiven vorgeben, Visionen formulieren, wie dieses Land in 10, 15 Jahren aussehen soll. Wir können nicht nur zwei Jahre Energiewende machen, zwei Jahre Eurokrise, zwei Jahre Flüchtlingskrise, sondern wir müssen wieder klar sagen, wofür die Union steht und wofür sie nicht steht, damit diese Linien deutlich werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass der Leitantrag die beste Antwort ist und, Frau Bundeskanzlerin, ich bedanke mich. Ein klares Bekenntnis der Sozialen Marktwirtschaft, dass wir diese Linien nur formulieren können, wenn wir an der Sozialen Marktwirtschaft festhalten, und deswegen ist dieser Leitantrag richtig und zukunftsweisend.

Lassen Sie mich das an fünf kurzen Beispielen deutlich machen. Der Leitantrag sagt aus, dass wir wieder Mut brauchen zur Eigenverantwortung. Wenn Herr Fahrenschon von den Sparkassen in Deutschland sagt, dass 60 Prozent der arbeitenden Bevölkerung am Monatsende kaum noch Geld auf ihrem Konto haben, um private Altersvorsorge zu leisten, dann muss es unsere Antwort sein, dass wir diese arbeitende Bevölkerung wieder in den Mittelpunkt stellen. Das sind Menschen, die morgens aufstehen, die arbeiten gehen, die eine Familie haben, die sich an Recht und Gesetz halten, die vielleicht zu langweilig sind für die Schlagzeile in der Zeitung. Aber genau die Menschen müssen in den Mittelpunkt. Der Leitantrag macht dieses genau, dass wir in Zukunft wieder die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Das ist seit zehn Jahren überfällig.

(Beifall)

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen. Ich glaube, das war auch richtig, dass wir uns einer Debatte über soziale Gerechtigkeit nicht verweigern dürfen, aber ich wehre mich dagegen, dass wir nur über die Ausdehnung des Sozialstaates reden und nicht über diejenigen, die den Sozialstaat finanzieren und mit ihren Steuern überhaupt erst möglich machen. Wir müssen die Dinge erwirtschaften, und dann können wir sie verteilen. Deswegen müssen wir wieder für die Mitte der Gesellschaft da sein.

(Beifall)

Zweites Beispiel: Wir brauchen Mut zur staatlichen Disziplin. Deswegen ist es richtig, dass wir eine Absage erteilen an Steuererhöhungen, weil die CDU die Partei ist, die sagt, wir können mit Geld umgehen. So wie jeder Bürger mit dem Geld umgehen muss, was er zur Verfügung hat, machen wir das auch, und deswegen ist dieses Bekenntnis gut. Wir begrenzen den Hunger des Staates nach neuen Einnahmequellen, und das ist auch richtig und wichtig.

(Beifall)

Drittens: Mut zu einer nachhaltigen Rentenpolitik. Wir haben hier vor vier Jahren diskutiert über die sogenannte Flexi-Rente, dass wir sagen, dass der 65 Jährige in Deutschland eben nicht zum alten Eisen gehört, dass derjenige, der länger arbeiten will, dieses auch darf, dass derjenige, der länger arbeiten will, auch dafür eine höhere Rente bekommt. Das ist die Flexi-Rente. Das war die Union, die haben wir durchgesetzt. Die haben wir vor vier Jahren diskutiert. Heute steht sie im Gesetzblatt. Das ist Union pur. Das müssen wir den Menschen auch sagen, und darin unterscheiden wir uns zu den anderen Parteien, und das müssen wir deutlich machen.

(Beifall)

Vierter Punkt: Energiepolitik. Wir brauchen Mut zu mehr Marktwirtschaft. Wir brauchen meines Erachtens eine Kernsanierung des EEGs. Wir müssen dafür sorgen, dass es eine Koppelung gibt des Ausbaus der Erneuerbaren an die Stromnetze auf der einen Seite und an das Thema Speicherung. Ein Industrieland wie Deutschland muss in der Lage sein, Strom auch in größeren Mengen zu speichern. Deswegen brauchen wir eine Kernsanierung, hier mehr Marktwirtschaft auch in der Energiepolitik.

(Beifall)

Der letzte Punkt: Wir brauchen Mut zu Qualitäts- und Bildungsstandards. Deswegen freue ich mich, dass der Antrag der Mittelstandsvereinigung angenommen wurde, dass wir beispielsweise in Handwerk einen wichtigen Qualitätsstandard stützen wollen, unterstützen wollen, nämlich den Meisterbrief. Wir brauchen den Meisterbrief in Deutschland. Wir können nicht nur über die duale Ausbildung im Allgemeinen reden, sondern müssen auch Vorschläge machen, was wir tun, damit die duale Ausbildung auch in Zukunft für junge Menschen noch machbar ist und dass sie sich für diesen Weg interessieren. Da ist der Meisterbrief wichtig. Darüber müssen wir uns auch unterhalten: z. B. über die Frage, ob es richtig war, dass wir uns von dem Meisterbrief in allen 53 Gewerken der B-Anlage verabschieden. Meines Erachtens war es der falsche Weg. Ich denke, wir brauchen den Meisterbrief auch in vielen Gewerken, wo wir ihn abgeschafft haben, a) für die Qualität, b) für die duale Ausbildung und c), dass junge Menschen auch eine Möglichkeit haben, Karriere im dualen Ausbildungsweg zu machen.

(Beifall)

Ich habe Ihnen einfach mal fünf Beispiele genannt, wo ich glaube, dass wir als Union die Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien wiederherstellen. Vielleicht darf ich das vorsichtig sagen: Ich hoffe, dass wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung hier auch einen Beitrag leisten. Wir brauchen eine klare Sprache, um Vertrauen wieder aufzubauen. Dafür müssen wir alle gemeinsam kämpfen und uns auf das besinnen, was die CDU ausmacht, die DNA der CDU. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die Partei der Inneren Sicherheit, und wir bekennen uns zu einem gemeinsamen Europa. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Carsten Linnemann. Das Wort hat jetzt Eugen Abler und nach ihm spricht Professor Dr. Wolfgang Reinhard aus Baden-Württemberg.

Eugen Abler: Frau Präsidentin, Frau Bundeskanzlerin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben uns auf den Wahlkampf eingestimmt, Frau Bundeskanzlerin, und wichtige Akzente gesetzt. Albert Einstein ist der Satz zugeschrieben: Ein Abend, an dem alle der gleichen Meinung sind, ist ein verlorener Abend. In diesem Sinne mein Beitrag.

An drei Punkte möchte ich anknüpfen. Zur Situation der CDU: Politik beginnt beim Betrachten der Wirklichkeit. Dazu gehört auf diesem Parteitag unbedingt eine Analyse der letzten Wahlergebnisse und der hieraus abzuleitenden Konsequenzen für die Zukunft. Wir haben die letzten drei Landtagswahlen krachend verloren und sehen uns einer stark gewordenen AfD gegenüber. Es ist falsch, diese Partei ignorieren zu wollen. Und falsch ist es zu glauben, dass Entwicklungen wie in Amerika mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten oder in unserem europäischen Umfeld bei uns nicht denkbar wären. Diese Wahl muss ein Weckruf auch für uns in Deutschland sein.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben im Kielwasser des Zeitgeistes die CDU nach links geführt und damit ein wesentliches Feld auf der rechten Seite des politischen Spektrums aufgegeben. Dieses Vakuum füllt nun die AfD. Zwei Zahlen geben zu denken: Rund Dreiviertel der AfD-Wähler geben der AfD aus Protest ihre Stimme und 70 Prozent der AfD-Wähler hätten CSU gewählt, würde diese bundesweit antreten. Wenige wählen AfD aus Überzeugung, viele aus Protest. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass in der CDU die Konservativen weitgehend heimatlos geworden sind.

Früher galt, wo CDU draufstand, war auch CDU drin. Das ist nicht mehr so. Wir haben viele christdemokratische Prinzipien über Bord geworfen. Beispiele sind die Anerkennung der Homoehe, das Adoptionsrecht für Homosexuelle, die Genderideologie, Quotendenken, Verharmlosung der Islamisierung, die auch schon soweit führt, dass anstelle von Gottesdiensten interreligiöse Feiern abgehalten werden oder dass Kreuze abgehängt werden. Ergebnis: Links gewinnen wir wenige Wähler, rechts verlieren wir viele.

Wir brauchen eine Erneuerung und Schärfung unseres Profils im Geiste des C und damit eine Rückbesinnung auf christliche Grundwerte wie Gerechtigkeit, Solidarität, Lebensschutz, Bewahrung der Schöpfung, Ehe und Familie als Eckpfeiler unserer Gesellschaft und einen Patriotismus im guten Sinne.

Zweites Stichwort: Zuwanderung. Sie sagten, Frau Bundeskanzlerin: Ich habe Ihnen einiges zugemutet. Das war bei mir jetzt bei der Einwanderungspolitik der Fall. Sie haben Ihre Haltung geändert in der Abschiebungspolitik, und diese Handlungsänderung hätten wir uns natürlich im Frühjahr gewünscht, dann hätten wir natürlich wesentlich bessere Landtagswahlergebnisse gehabt.

Wir haben immer noch keine ausreichende Kontrolle in der Zuwanderung. Viele Flüchtlinge sind immer noch nicht registriert oder mehrfach registriert oder einfach abgetaucht. 550 000 abgelehnte Asylbewerber plus 70 000 geduldete Ausländer leben in unserem Land. Die Illegalität blüht.

Es ist unsere Pflicht zu wissen, wer in unser Land kommt. Ihr humanitärer Beweggrund zur Grenzöffnung ist ehrenwert, aber Sie haben einen Ausnahmefall zur Regel gemacht. Dadurch

werden Gesetze ständig gebrochen. Das ist Ihre Verantwortung. Seit 2014 sind ca. 1,5 Millionen Menschen zu uns gekommen. Selbst optimistische Experten gehen davon aus, dass höchstens 30 Prozent in ein Arbeitsverhältnis gelangen. Das heißt, rund eine Million erhalten Sozialleistungen. Bei rund 25 000 Euro für einen Hartz-IV-Empfänger sind das 25 Milliarden pro Jahr, Tendenz durch Familiennachzug und weiteren Zustrom von Flüchtlingen stark steigend.

Wir brauchen eine Abschiebungspolitik, die auch in der Praxis den Namen verdient, eine Leitkulturdiskussion. Die FAZ hat berichtet, dass Dreiviertel aller Deutschen eine solche Diskussion wünschen: schnellere Verfahren, mehr Hilfen für Griechenland und Italien zur Sicherung der Außengrenzen, Einrichtung von Transitzentren an den europäischen Außengrenzen, die Aufhebung der doppelten Staatsbürgerschaft und ein Burkaverbot.

Wir haben die Bedeutung von Religion unterschätzt, sagte vor wenigen Wochen unser Bundesinnenminister. Eigentlich müsste es heißen: Wir haben den Islam unterschätzt. 80 Prozent der Asylbewerber sind Muslime. Sie haben meist keine realistische Vorstellung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Ordnung. Frauen sind nicht gleichberechtigt. Der Islam kennt aus seiner Heimat keine Toleranz gegen andere Religionen. Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Doch wenn es so weitergeht, gehört Deutschland in einigen Jahrzehnten zum Islam. Erdogan will die Islamisierung auch in Deutschland vorantreiben. Dabei spielen die von der Türkei unterstützten Moscheen in Deutschland für die Radikalisierung von Islamisten weiterhin eine zentrale Rolle.

Dieser Islam ist totalitär, da er das gesamte Leben der Menschen beherrschen will, das private wie das öffentliche und das politische. Der Islam möchte unsere Staatsform zerstören. Für ihn gibt es nur zwei Sorten von Menschen: gläubige Moslems und Ungläubige. Christen sind Ungläubige, die man laut Koran belügen, betrügen und töten darf. Ich warne ausdrücklich vor einer Verharmlosung der Islamisierung.

Letztes Stichwort: Lebensschutz. Dieses Thema habe ich in Ihrer Rede, Frau Bundeskanzlerin, schmerzlich vermisst. In unserem Land werden jährlich bis zu 200 000 Kinder im Mutterleib getötet, und die CDU schweigt dazu. Wir machen uns mitschuldig, wenn wir diese dramatische Tatsache ignorieren. Das C in unserem Namen ist eine besondere Verpflichtung, sich für den Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum Tode einzusetzen. Das Thema Lebensschutz ist sozusagen der Lackmuestest für unsere Partei.

Im Parlament ist eine Überprüfung der gesetzlichen Regelung, wie vom Bundesverfassungsgericht bereits 1992 gefordert, dringend vorzunehmen. Meine Damen und Herren, wir unterstützen Frauen aus Staatsmitteln bei ungewollter Kinderlosigkeit, während Krankenkassen dagegen die Kosten für Abtreibungen bezahlen. Was für ein Widersinn! Ein Staat, der die Tötung ungeborener Kinder finanziert, trägt aktiv dazu bei, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein vom Unrechtscharakter der Abtreibung schwindet. Ein großes Zeichen wäre es, Frau Bundes-

kanzlerin, wenn Sie im Herbst 2017 am Marsch für das Leben in Berlin teilnehmen würden. Werden wir wieder zu Anwälten des Lebens!

Frau Bundeskanzlerin, für Ihre vierte Amtszeit wünsche ich Ihnen viel Kraft und eine gute Vision für unseren gemeinsamen Weg. Meine Damen und Herren, besinnen wir uns auf die besondere Verantwortung, die aus dem C kommt. Hören wir bei unseren Bürgern wieder genau hin. Nehmen wir ihre Ängste und Sorgen ernst. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Abler. Als Nächster spricht Professor Dr. Reinhart und danach Christian Baldauf aus Rheinland-Pfalz.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart: Liebe Freundinnen und Freunde der Union Deutschlands, verehrte Frau Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren! Zunächst Ihnen herzlichen Dank für die neue Tonalität in dieser Rede, auch was die Innere Sicherheit betrifft, auch mit dem korrigierten Antrag. Das ist für uns ein wichtiges Zeichen in die richtige Richtung, dass für uns Sicherheit und Freiheit zusammengehören und die Innere Sicherheit im Mittelpunkt steht, gerade in dieser schwierigen Zeit.

Anfang dieses Jahres, liebe Freundinnen und Freunde, wurde in Davos eine Ländervergleichsstudie des Magazins U.S. News & World Report vorgestellt. Ergebnis: Deutschland ist das beste Land der Welt. Man kann natürlich solche Rankings so und so betrachten, aber es ist schon richtig, Deutschland hat in den vergangenen elf Jahren eine außerordentliche und weltweit bestaunte Entwicklung genommen.

Vor elf Jahren, als Sie begonnen haben als Kanzlerin, waren wir der kranke Mann Europas, wie es im Economist zu lesen war. Und nun zum internationalen Musterland für Reform, Dynamik, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftskraft und Lebensqualität. Deutschland heute, das ist ein starkes, ein wohlhabendes, ein intaktes, ein freies und ein lebenswertes und angesehenes Land. Das ist ein großer gesamtgesellschaftlicher Erfolg der letzten elf Jahre. Es ist auch die Bilanz von elf Jahren CDU-geführter Politik und Bilanz von unserer Kanzlerin. Ich glaube, das sollten wir intensiv unterstreichen und betonen, gerade in den kommenden Monaten.

(Beifall)

Wir können darauf stolz sein, und das können wir auch mit Selbstbewusstsein in Angriff nehmen.

Doch vor diese Erfolgsgeschichte schiebt sich derzeit auch der Schatten neuer Krisen und Risiken vor allem des Populismus, der die liberale Demokratie und auch Europa insgesamt aktuell herausfordert. Die Abstimmung in Italien gestern, der Brexit, aber auch die US-Wahl mit Trump. Udo Di Fabio spricht vom schwankenden Westen in beunruhigender Klarsichtigkeit.

Nach einer aktuellen Harvard-Studie halten es vor allem die Jüngeren, die Generation der Millennials, zu großen Teilen gar nicht mehr für wichtig, in einer Demokratie zu leben. Viele Menschen in den reifen westlichen Demokratien fühlen sich von den tragenden demokratischen Kräften und Parteien offenbar nicht mehr ausreichend vertreten. Sie finden, der Diskurs der etablierten Politik laufe an ihren Meinungen, Problemen und Erwartungen vorbei. Sie zweifeln an Leitwerten und Regeln der offenen Gesellschaft. Erstaunlich ist ja, dass trotzdem neuerdings wieder viel mehr Menschen wählen gehen, in Mecklenburg-Vorpommern, sieben Prozent in Berlin, in Baden-Württemberg dieses Jahr im März eine 17 Prozent höhere Wahlbeteiligung gegenüber 2006, als Günther Öttinger zum Ministerpräsident gewählt wurde.

Ganz offensichtlich haben uns die Menschen etwas mitzuteilen. Und sie tun das nicht mehr wie früher durch Passivität, sondern durch die Wahl einer Partei, die sie mehr, als wir das wünschen, als eine aus ihrer Sicht Systemalternative begreifen.

Wohin das führt, erleben wir täglich auch im Landtag bei uns in Baden-Württemberg. Diese Welt hat sich vom offenen Wettbewerb der Ideen und vom nationalen Ringen um das bessere Argument losgelöst. Deshalb müssen wir die Menschen in den nächsten Monaten wieder aus diesen Meinungsblasen zurückholen. Wir müssen sie zurückgewinnen für den offenen und für den aufgeklärten Diskurs. Das ist unsere Aufgabe als Union. Nur wir können diese Abgewanderten überhaupt erreichen. Darum geht es, wenn wir als Union-Volkspartei überleben und die Union insgesamt erfolgreich bleiben will. Dazu gehört auch – der Kollege Scheuer ist jetzt gerade nicht vorne in der ersten Reihe – die Gemeinsamkeit, der Verbund von CDU und CSU. Die Doppelkonstruktion wurde angesprochen.

Wir sollten deshalb alles daran setzen, als starke und einige Union in den Bundeswahlkampf zu gehen. Das können CDU und CSU nur gemeinsam. Deshalb bitte ich die Freunde in München, jetzt muss Schluss sein mit Kritik. Ab jetzt muss wieder an einem Strang gezogen werden. Ich finde, unser Papier reicht und weist in die richtige Richtung.

(Beifall)

Die Zeit der Eigenprofilierung ist vorbei. Jetzt ist Geschlossenheit gefragt, und das muss für beide Seiten gelten. Wir müssen die Herausforderung annehmen, den Wettbewerb der politischen Ideen und Alternativen wieder mutiger und engagierter führen, dass auch die Unterschiede wieder sichtbar werden. Die Menschen im Land sollen sehen, sie brauchen keine AfD, um Alternativen zu haben. Dazu muss auch die Union ihr programmatisches Profil klären, schärfen und vor allen Dingen vermitteln. Dazu muss dieser Parteitag dieser Tage beitragen. Die klassischen Kompetenzfelder Wirtschaft, Sicherheit, Familie, Europa, das muss die Union wieder in Führungsaufgabe übernehmen. Nicht nur Recht setzen, sondern auch Recht umsetzen, muss in den Ländern gelten. Stärken stärken, selbstbewusst mit Antworten auch der populistischen Gefahr begegnen!

Das sage ich deshalb, weil ich glaube, es war gut, dass die Kanzlerin im September in Afrika war. Wir stehen erst am Anfang der Migration von dort. Wir können nicht jedem den Fisch in Deutschland geben. Wir müssen die Angel vor Ort geben. Das muss eine der Antworten sein, Hilfe zur Selbsthilfe, vor Ort mit der Bekämpfung der Fluchtursachen. Zeigen wir die Richtung auf, nehmen wir die Chance dieses Parteitags, zeigen wir unsere Inhalte mit unseren Ideen und unseren Werten als christliche Demokraten!

Liebe Freundinnen und Freunde, das Bekenntnis zur Europäischen Union scheint immer weniger mehrheitsfähig. Mittlerweile ist es ja Methode, auf Europa zu schimpfen. Vor elf Jahren hat es Deutschland anders gemacht. Deutschland hat Reformen eingeleitet, auch mit Unterstützung der Union und der Agenda, aber wir haben nicht Europa kritisiert. Wir haben selbst gehandelt. Das können wir auch von den Partnern in Europa fordern. Auch das muss eine Botschaft sein, die von diesem Parteitag ausgeht: nicht der Weg zurück in den rückwärtsgewandten Nationalismus, sondern die Zukunft offensiv annehmen. Dann bin ich überzeugt, was Kollege Daul heute gesagt hat, Ängste und Sorgen in Hoffnung wandeln.

Zeigen wir uns auch in den sozialen Netzwerken. Treten wir dem Geist der Spaltung beherrzt entgegen. Die Union Deutschlands, die Kraft und die Chance als vitale, als kampagnenfähige, als kämpferische Volkspartei im 21. Jahrhundert. Dann können wir es schaffen, wir müssen es nur wollen. Und das gilt die nächsten zehn Monate ganz besonders. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Professor Wolfgang Reinhart. Als Nächster spricht Christian Baldauf und in seiner Folge dann Frank Oesterhelweg aus dem Landesverband Braunschweig.

Christian Baldauf: Guten Morgen. Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wenn wir uns die aktuelle Situation betrachten, dann bin ich überzeugt, dass die Kritik an der Flüchtlingspolitik auch ein Ventil ist, wo sich Sorgen Luft machen, in mancher politischen Diskussion manchmal klein erscheinen, die vor Ort vor allem in Dörfern in strukturschwachen Regionen aber gewaltig sind. Man spürt dort unmittelbar, was fehlt. Hier der Bus, dort die Grundschule, im Gewerbegebiet das schnelle Internet, der Arzt, der Supermarkt, das Schwimmbad und der Musikverein, der sein letztes Konzert gibt.

Mehr als zwei Millionen Wohnungen stehen in Deutschland leer. Wie bitter ist es, wenn sich jemand 20 Jahre mühsam sein Häuschen abgespart hat und das am Ende dann noch kaum etwas wert ist. Es ist wichtig, dass die Leute uns das sagen, und ich betone, genauso wichtig ist es, dass wir den Leuten zuhören.

Wir müssen uns mehr Gedanken in der Partei um praktische, spürbare, konkrete Lösungen im Alltag machen für unsere Familien, Kinder, Alten, für die Mitte der Gesellschaft. Ich glaube, wir

haben auch bei den Anträgen, die morgen beraten werden, das eine oder andere – ich verweise nur auf einen der Frauen Union –, die das nach vorne bringen.

Die einfachen Wünsche vieler Menschen wieder mehr beachten: eine unbefristete Arbeitsstelle in einem ordentlichen Beruf, eine bezahlbare Wohnung oder in einem Dorf zu leben, das nicht allmählich herunterkommt, das aber vielleicht gerade in der Kombination niedriger Mieten, schnellem Glasfaserausbau und kreativem Engagement neue Attraktivität finden kann.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, wir haben in Deutschland allen Grund zum Optimismus. Wir dürfen kein Optimismus-Vakuum entstehen lassen. Ansonsten stärken wir die Populisten am rechten und am linken Rand. Ja, uns geht es in Deutschland gut, viel besser als in den meisten anderen Ländern. Wir haben hohe attraktive Sozialstandards und doch brechen seit Jahren in vielen Leben kleine Anker weg, Sicherheiten, Verlässlichkeiten. Genau dafür müssen wir einen neuen Blick gewinnen in Zeiten, die uns fordern, Heimat schaffen, Heimat sein, Heimat bleiben. Darum werbe ich. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Baldauf. Als Nächster hat das Wort Herr Oesterhelweg und danach Christine Arlt-Palmer aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Frank Oesterhelweg: Frau Vorsitzende, liebe Unionsfreunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor Ihnen steht jemand, der fast 39 Jahre lang Mitglied der Union ist. Und ich sage es Ihnen ganz offen, weil die Kanzlerin auch von den Zumutungen des vergangenen Jahres sprach, dass ich meinen Mitgliedsausweis des Öfteren mal in der Hand gehabt habe und mich selber, der ich in vielen Funktionen arbeiten durfte in der Union, gefragt habe: Bist du hier noch richtig? Bist du noch richtig bei der Christlich Demokratischen Union? Ich habe viele als Kreisvorsitzender gehen sehen, die gesagt haben: Wo ist das Konservative in der Union? Wo sind wir? Wo finden wir uns wieder?

Und ich bin mit einem ziemlichen Groll hier nach Essen gekommen. Ich sage es mal so ganz offen, wie ich es denke. Ich hatte mir schon vorgenommen, ziemlich auf den Putz zu hauen. Aber ich muss sagen – ja, das gehört zur Ehrlichkeit dazu, und ich glaube, einige sehen es auch genauso, die sagen es vielleicht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen –: Ich bin begeistert von der Rede der Kanzlerin und ich bin dankbar für die Rede der Kanzlerin, weil auch mal mit Emotionen auf die Menschen zugegangen wurde. Wir arbeiten viel zu viel, glaube ich, nur mit dem Kopf und etwas zu wenig mit dem Herzen.

Wenn ich auf meinen Mitgliedsausweis schaue, dann sehe ich Konrad Adenauer. Ich glaube, die ganz, ganz große Leistung dieses wunderbaren Mannes, dessen Todestag wir im April begehen, war sozial Bewegte, Liberale, Konservative unter das Dach der Union zu holen und

eine politische Heimat für diese Menschen zu schaffen. Ich frage mich manchmal: Haben viele Konservative uns oder haben wir nicht vielmehr diesen konservativen Menschen in der Union den Rücken zugekehrt? Ich halte es für eine äußerst verhängnisvolle Entwicklung, und das passiert mir jede Woche mehrmals, wenn mir Menschen auf der Straße, ob ich sie nun kenne oder nicht, sagen: Ja, wir sagen eigentlich schon gar nichts mehr, du hast ja recht, aber man darf es ja nicht so deutlich sagen. Wo sind wir eigentlich hingekommen, wenn viele Menschen sagen: Mensch, wir sagen unsere Meinung nicht mehr so deutlich, wie wir es eigentlich wollen. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir sprechen oft von Wutbürgern. Ist das denn richtig, von Wutbürgern zu sprechen? Sollten wir uns nicht vielmehr sehr intensiv mit den Problemen dieser Menschen auch beschäftigen? Natürlich nicht auf die Rezepte derjenigen hören, die vorwegmarschieren, wo auch immer. Aber die Probleme der Menschen sind es doch, denen wir uns zuwenden müssen, gerade vielleicht auch als Konservative.

Es gibt eine Menge Stichworte. Sind die, die für eine bessere Landesverteidigung sind, für den Schutz unserer Grenzen sind, bei uns noch gut aufgehoben? Fühlen sie sich bei uns gut aufgehoben? Sind diejenigen bei uns gut aufgehoben, die sagen – das hat ein Kollege vorhin gesagt – der Islam gehört nicht zu Deutschland, aber die gut integrierten Muslime gehören zu Deutschland. Sind sie bei uns noch gut aufgehoben, meine sehr verehrten Damen und Herren? Sind die noch bei uns aufgehoben, die sagen, wir wollen eben diese Parallelgesellschaften in diesem Lande nicht, die sich überall im Lande bilden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, meine Damen und Herren. Ich will diese Parallelgesellschaften auch nicht. Hier gilt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Wir erwarten die Achtung unserer Kultur und in diesem Land wird Deutsch gesprochen. Ich glaube, das wird man doch noch mal sagen dürfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(vereinzelt Beifall)

Ich finde den Grundsatz der Australier nicht so ganz falsch, die in Bezug auf Migranten, die in ihr Land gekommen sind, ganz klar gesagt haben und sagen: „Love it or leave it.“ Lerne es lieben, lerne es schätzen, lerne es zu akzeptieren, unser Land, oder verlasse es. Das muss man auch in der Union sagen dürfen. Es geht hier – und wir können es uns wirklich alle als Delegierte ständig anschauen – um unsere Werte und unsere Zukunft. Ja, es geht um unsere Werte, die wir in diesem Land verteidigen und auch durchsetzen müssen. Lassen Sie uns diese Werte gemeinsam vertreten.

Ich habe wieder so ein bisschen Mut geschöpft auch angesichts der Rede der Kanzlerin. Ich will das gerne glauben, was sie gesagt hat, und ich will auch die Emotionalität gerne mitnehmen. Wenn wir das so ein bisschen beherzigen und wenn wir alle auch mal wieder in der Union zu

Wort kommen lassen, Liberale, sozial Bewegte und Konservative, dann ist mir um die Wahlen im nächsten Jahr nicht bange. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Die nächste Rednerin ist Christine Arlt-Palmer. Danach spricht Dr. Christean Wagner aus dem Landesverband Hessen.

Christine Arlt-Palmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es fällt mir ehrlicherweise nicht leicht hier zu stehen und etwas zu sagen. Aber ich hatte mir vorgenommen, heute zu diesem Parteitag zu fahren und vielleicht auch etwas Kritisches anzumerken.

Ich kann diese Euphorie, die vorher in diesem Saal herrschte, leider nicht teilen. Auch in den Wandelgängen dieses Parteitags und wer die Regionalkonferenzen erlebt hat, die Strategie zu sagen, die Flüchtlingsfrage spiele keine Rolle mehr und dieses Thema kann unter dem Deckel gehalten werden, auch diesem kann ich nicht zustimmen. Wer das denkt, hat meines Erachtens den Kontakt zu den Menschen, und zwar in der Breite verloren.

(vereinzelt Beifall)

Die Kanzlerin hat gesagt – und das hat sie zu Recht gesagt –, das, was letztes Jahr 2015 passiert ist in unserem Land, das darf sich nicht wiederholen. Und ich füge an, es hätte nie so passieren dürfen. Das ist meine feste Überzeugung. Der Kontrollverlust über die Grenzen, den wir zugelassen haben, ist meines Erachtens unverantwortlich gewesen, und wir machen ja jetzt mit unserem Leitantrag auch diesbezüglich eine Rolle rückwärts.

Ich hätte mir gewünscht, wir hätten so etwas letztes Jahr beschlossen und nicht nur in diesem Jahr. Wir haben Österreich und Mazedonien beschimpft, als sie die Grenze geschlossen haben. Wir haben Herrn Seehofer – man kann ihn ja durchaus kritisch sehen, auch in manchen Formulierungen, gar keine Frage – aber letztlich gegen die Wand laufen lassen, Monat für Monat und müssen doch heute feststellen, dass sich die Bayern in allem, was sie gesagt haben, bis auf die Obergrenze, durchgesetzt haben. Das ist einfach etwas, was zu einem ehrlichen Diskurs dazugehört.

(vereinzelt Beifall)

Das finde ich ein bisschen schwierig hier, dass wir einen Leitantrag diskutieren und so tun, als ob wir letztes Jahr nicht völlig anders gesprochen hätten und nicht völlig anders gehandelt hätten.

Nun, wenn die Folgen für die CDU im Rahmen blieben, wäre auch nichts dagegen einzuwenden, nur das sind sie nicht. Die CDU hat dieses Jahr Landtagswahl für Landtagswahl krachend verloren. Wir haben es ermöglicht mit unserer Politik – sicherlich ist das nicht nur diese Frage –, aber wir haben es mit unserer Politik ermöglicht, dass sich am rechten Rand die AfD mit allen

ihren Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten – und das ist harmlos ausgedrückt –, mit allen Problemen gebildet hat. Ich kann sagen, dieses Terrain werden wir nicht zurückgewinnen. Ich halte das Terrain für verloren. Das sind Folgen einer Politik, die ich leider nicht im Ganzen teilen kann.

Aber nicht nur das irritiert unsere Klientel. Das müssen wir auch einfach ehrlicherweise sagen. Es irritiert einen ganz großen Stammwählerbereich – sofern man da noch einen hat, aber wir haben ihn –, aber auf den muss man ja zuerst setzen. Man muss erst die eigenen Leute hinter sich scharen, bevor man nach links schießt, um neue Gruppen für sich zu gewinnen.

Ich sehe auch in der Wirtschaftspolitik kein Profil der CDU. Ich kann es nicht erkennen. Wolfgang Schäuble hat vor kurzem gesagt – und da ist noch mal so was aufgeblitzt, wo ich sagen muss, recht hat er –: Wenn über 50 Prozent des Bundeshaushaltes in Sozialausgaben, in den Sozialtransfer gehen, dann muss es doch einen Aufschrei der CDU geben, dass es so nicht weitergehen kann. 50 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes gehen in den Sozialtransfer. Das ist ein Unding aus meiner Sicht.

Wir haben als CDU mitgemacht, gut, den Mindestlohn. Wir haben die Rente mit 63 mitgemacht. Da fehlt mir das Profil der CDU. Jetzt kommt ja die Frau Nahles mit neueren Vorschlägen, auch da möchte ich eigentlich einen Aufschrei der Führungselite der CDU hören, weil das ist klassische CDU-Politik, wenn sie sagt so nonchalant, ja, 25 Prozent. Stärker dürfte der Beitrag zur Rente des monatlichen Gehaltes nicht steigen. Ich finde 25 Prozent eines Monatsgehaltes zum Ausgeben für die Rente ein Unding. Hier muss es auch andere Konzepte geben. Hier muss es auch von der CDU andere Hinweise geben, dass so etwas mit uns nicht funktioniert.

Das sind jetzt nur einige wenige Punkte. Ich habe noch einen letzten Punkt, den ich auch noch hier kritisch anmerken möchte. Ich finde, wie die Bundespräsidentenwahl beziehungsweise der Vorschlag zu dem Kandidaten Steinmeier, gegen den nichts einzuwenden ist, gelaufen ist, auch etwas, was ich nicht nachvollziehen kann. Die CDU/CSU stellt mit Abstand die größte Fraktion in der Bundesversammlung. Wie man so einen Führungsanspruch aufgeben kann, nicht einmal den Versuch unternimmt, mit einem Kandidaten anzutreten bei der Wahl, das entzieht sich meiner Vorstellungskraft, dafür habe ich kein Verständnis. Wie es gelaufen ist im Ganzen, finde ich nicht gut, und ich finde, das macht für die CDU auch kein gutes Bild und ist eigentlich für mich ein großes Zeichen der Schwäche oder dass es einem auch ein Stück weit eigentlich egal ist.

Gut. Ich will es damit lassen.

(vereinzelt Beifall)

Es waren jetzt kritische Anmerkungen, gar keine Frage. Aber wir haben ja nun die Debatte zurzeit in unserer Bevölkerung. Nicht nur da, das ist weltweit eine Debatte, dass Politik nicht mehr

authentisch ist, dass Politik sich nicht mehr traut, Dinge klar beim Namen zu nennen. Das waren ja harmlose Dinge, die ich jetzt gerade gesagt habe. Es kann ja keine Revolution bedeuten. Aber, dass wir immer nur noch verklausuliert sprechen und überall irgendwie so eine Harmoniesoße drüber gießen und überhaupt nicht mehr in der Lage sind, politische Diskurse zu führen, das finde ich ganz, ganz traurig. Da wünsche ich mir, dass die CDU sich aufmacht zu neuen Ufern und dieses ändert. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christine Arlt-Palmer! Aber damit wir auch mal wissen, wo wir gewonnen haben. In Sachsen-Anhalt haben wir eine Landtagswahl gewonnen und sind froh, dass Reiner Haseloff unser Ministerpräsident ist. Auch in Niedersachsen haben wir ein sehr gutes Kommunalwahlergebnis gehabt. Das gehört einfach zur Vollständigkeit noch dazu. So. Jetzt kommt Christean Wagner und danach übergebe ich das Tagungspräsidium an Christina Schwarzer.

Dr. Christean Wagner: Frau Tagungspräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich halte sehr viel davon, dass wir auf unseren Parteitagen unsere Leistungen für unser Land herausstellen. Ich halte aber auch sehr viel davon, dass wir nüchtern die Realität betrachten und uns fragen, wo wir besser werden müssen.

Unzweifelhaft, und das können wir gar nicht häufig genug betonen, sind alle wesentlichen strategischen Entscheidungen, die Deutschland Freiheit und Wohlstand gebracht haben, unter CDU-geführten Bundesregierungen gefallen. Ich nenne z. B. die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft unter Ludwig Erhard, übrigens gegen den heftigen Widerstand der SPD. Das haben die allermeisten heute vergessen. Ich erinnere daran, dass es Konrad Adenauer war, der die Bundesrepublik Deutschland in das westliche Sicherheitsbündnis geführt und mit der Aufstellung der Bundeswehr eine wichtige Grundlage für unsere äußere Sicherheit geschaffen hat, übrigens damals auch gegen den erbitterten Widerstand der SPD. Ich erinnere daran, dass Helmut Kohl mit seinem mutigen Eintreten für den NATO-Doppelbeschluss, an dem Helmut Schmidt in seiner Partei kläglich gescheitert war, einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes geleistet hat.

Meine lieben Parteifreunde, ich nenne die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, die ohne eine CDU-geführte Bundesregierung nicht stattgefunden hätte. Liebe Freunde, die SPD hatte damals schon jahrelang die Wiedervereinigung abgeschrieben und verächtlich gemacht. Sechs Wochen vor dem Fall der Mauer sagte Gerhard Schröder damals, nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man die neue Generation nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Weitere Spitzenvertreter der SPD bezeichneten noch im Dezember 1989 das Streben nach Wiedervereinigung als historischen Schwachsinn.

Liebe Freunde, wir als CDU können mit Stolz sagen, dass alle wesentlichen Fundamente des Staates, auf dem wir heute stehen, von der Union geschaffen und gegen den erbitterten Widerstand der Genossen politisch durchgesetzt wurden. Wir können deshalb mit Selbstbewusstsein feststellen, dass unser Land, dass Deutschland, die Union braucht.

Umso besorgter bin ich über die gegenwärtige Lage. Die CDU hat in den letzten zehn Jahren sechs Ministerpräsidentenpositionen verloren, ohne dass wir in dieser Zeit nur eine einzige Position zurückerobert oder gar neu dazugewonnen hätten. Hinzu kommen, das gehört zur Realität dazu, schlimme Niederlagen bei den Landtagswahlen. Z. B hatten wir Ergebnisse von unter 20 Prozent zu beklagen und waren teilweise nur noch die drittstärkste Kraft geworden. Liebe Freunde, das macht mir als ein Mitglied unserer Partei, das viele Jahrzehnte in dieser Partei arbeitet, große, große Sorgen. Drei wichtige Landtagswahlen stehen uns Anfang 2017 bevor, ist bereits gesagt worden: Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Saarland.

Liebe Freunde, auch die Umfrageergebnisse der Union auf Bundesebene machen mir Sorgen. In den letzten Monaten haben wir zeitweise ein Viertel unserer Anhängerschaft eingebüßt. Bei den Zahlen müssen wir im Übrigen den CSU-Anteil von rund sechs Prozent berücksichtigen, um die reale Stärke unserer Partei der CDU korrekt zu bewerten.

Liebe Freunde, zur gleichen Zeit – ist bereits angesprochen worden – ist eine neue Partei rechts von der Union, die AfD, entstanden, die inzwischen mit überwiegend zweistelligen Ergebnissen in zahlreichen Landtagen sitzt. Als Mitte letzten Jahres die AfD sich spaltete und keiner mehr dieser Partei eine Chance gab, war ich erleichtert. Umso besorgniserregender ist der Wiederanstieg der AfD seit Sommer 2015.

Übrigens, das will ich am Rande noch hinzufügen, weil das aus meiner Sicht viel zu wenig angesprochen wird: Ich finde es einen Skandal, dass die SPD ohne jegliche Scheu eine gemeinsame Bundesregierung mit der Linkspartei nicht ausschließt, obwohl die Linkspartei von der politischen Mitte doch genauso weit entfernt ist wie die AfD auf der anderen Seite.

(Beifall)

Im Übrigen bin ich – meine Vorrednerin hat es bereits angesprochen, ich will das noch mal wiederholen – auch nicht zufrieden damit, dass die Union keinen eigenen Bundespräsidentenkandidaten aufgestellt hat, obwohl die CDU/CSU rund 43 Prozent der Mitglieder der Bundesversammlung stellt. Liebe Freunde, das ist ein ungewöhnlicher Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in unserer eigenen Parteigeschichte.

Liebe Freunde, wir müssen als Partei wieder besser werden. Unser Ziel für die nächste Bundestagswahl muss heißen: 40 + x. Unser Land Deutschland braucht eine starke CDU. Ich frage deshalb, liebe Parteifreunde, sehr ernsthaft und in großer Besorgnis unsere Bundes-

vorsitzende, mit welcher Strategie wollen Sie den Abwärtstrend unserer Partei stoppen und unsere Partei wieder zu starken parlamentarischen Mehrheiten führen? Herzlichen Dank!

(Beifall)

Christina Schwarzer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Wagner. Es folgt nun Annette Widmann-Mauz und anschließend hält sich bitte Tim Peters bereit.

Annette Widmann-Mauz: Sehr geehrtes Präsidium, liebe Freundinnen und liebe Freunde! Als unsere Parteivorsitzende Angela Merkel hier im April des Jahres 2000 zum ersten Mal zur Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt wurde, war das eine Sensation. Fünf Jahre später war sie die erste Bundeskanzlerin unseres Landes. Das war ein Dammbbruch, und es war insbesondere ein Dammbbruch für die Gleichberechtigung von Frauen in unserem Land. Es wirkt bis zum heutigen Tag nach, und manche haben sich ja schon daran gewöhnt. Viele Frauen aus anderen Ländern beneiden uns darum. Und ich sage nicht nur Frauen, wenn ich insbesondere an den amerikanischen Wahlkampf denke und an die politische Kultur im Umgang.

Auch bei uns gibt es im Land Kräfte, die das Land und das Rad gerne wieder zurückdrehen würden. Aber es gibt Gott sei Dank viele, und es werden jeden Tag mehr, die auf die Klugheit, auf die Sachlichkeit, die Aufrichtigkeit und die Uneitelkeit unserer Kanzlerin bauen. Seit ihrer Verkündung, dass sie wieder bereit ist, als Kanzlerkandidatin für uns anzutreten, geht es in den Umfragen bergauf. Das ist, liebe Freundinnen und Freunde, kein Wunder, sondern es ist ein ermutigendes Zeichen, denn wir können mit einem starken Wahlergebnis diese Bewegung auch weiter nach vorne geben und damit den Menschen die Orientierung bieten, sowohl in der Person wie in unserer Programmatik, auf die so viele in unserem Land setzen.

Von der SPD ist nichts zu erwarten. Sie ist so kraftlos wie die SPD hier in der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Wenn ich daran denke, wie gerade die Ministerpräsidentin dieses Landes, die Frauen in der Silvesternacht, die Opfer in Stich gelassen hat, dann ist das ein Armutszeugnis und kann auch so nicht hingenommen werden.

(Beifall)

Aber liebe Freundinnen, liebe Freunde, es geht auch anders. Schauen wir zum Beispiel ins Saarland. Dort regiert auch eine Frau als Ministerpräsidentin. Sie zeigt, dass Integration und Konsequenz auch in der Frage, wie wir mit denjenigen umgehen, die kein Bleiberecht haben, zusammenkommen kann. Das ist der richtige Kurs und den sollten wir auch ganz klar unterstützen.

Die Themen, die sich um die Frauenfrage drehen, sind aktueller denn je. Es ist kein Jahr her, dass sozusagen über die Silvesternacht das Thema sexuelle Selbstbestimmung und Gewalt gegen Frauen auf einmal mit voller Wucht auf der politischen Agenda gestanden haben. Die CDU Deutschlands hat nicht zugeschaut, wie in Nordrhein-Westfalen, sondern wir haben gehandelt.

Von Mainz, der Bundesvorstandsklausur der CDU, ist die Bewegung in Gang gekommen, die im Sommer dieses Jahres dazu geführt hat, dass das „Nein heißt nein“ in unserem Sexualstrafrecht verankert ist und endlich nicht nur Handyklauen bestraft wird, sondern auch das Grapschen und das Bedrängen aus der Menge heraus. Das sind unsere Erfolge, denn ohne unseren Druck wären sie nicht zustande gekommen.

(vereinzelt Beifall)

Liebe Parteifreunde, ja, auch das Thema Vollverschleierung bewegt uns. Wir wissen und wir müssen dazu stehen, dass sich auch die Migrantinnen und Migranten zu unseren Werten bekennen. Deshalb ist die Gretchenfrage der Integration die Gleichberechtigung und die Frage des Respekts im Umgang mit anderen und insbesondere Frauen. Das sind Themen, die wir in der Integrationsgesetzgebung und bei den Integrationskursen ganz selbstverständlich auch zur Grundlage wählen müssen und sie auch immer wieder vermitteln müssen.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Sprache und Werte sind das eine. Wir müssen die Menschen in Ausbildung, in Berufstätigkeit bringen, egal ob sie Kinder haben oder nicht. Denn es entlastet unsere sozialen Sicherungssysteme und es führt im Ergebnis dazu, dass wir Frauen stark machen. Welche Konsequenzen das hat, wenn junge Mädchen z. B. gar niemals die Chance erhalten auf eine Ausbildung, auf Schule und damit auf Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, können wir erkennen bei dem Thema, das uns ebenfalls beschäftigt, nämlich die Frage des Umgangs mit Kinderehen. Ich sage ganz deutlich, Ehefrauen müssen Frauen sein und Kinder gehören in die Schule, aber nicht vor den Traualtar. Auch dafür müssen wir noch kräftig kämpfen, damit wir auch diese gesetzlichen Regelungen in unserem Land verändern.

Wenn wir heute und morgen über unsere Werte und über unsere zukünftige programmatische Ausrichtung und Orientierung in schwierigen Zeiten sprechen, dann gehört zum Profil der Union genau das Thema, das hier in Essen Kultur hat, nämlich die neue Partnerschaft, die Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen und vor allen Dingen auch für die Familien in unserem Land dazu. Und zwar nicht in einer Ideologie, die uns zurückführt in die 50er-Jahre, sondern eine, die die Lebenswirklichkeit von Menschen, von Familien in unserem Land, in den Mittelpunkt rückt.

Da sind natürlich die Herausforderungen des demografischen Wandels, und es ist auch das, was mit der Digitalisierung an Veränderung an die Arbeitswirklichkeit von uns gestellt wird. Aber deshalb kommt es darauf an – und ich bin der Bundeskanzlerin sehr dankbar, dass sie in ihrer Rede auch genau diese menschliche Komponente, nämlich in den direkten Auswirkungen auf unser Leben und Arbeiten dargestellt hat –, wie wir mit den Themen umgehen.

Wir dürfen die Menschen nicht allein lassen in schwierigen Lebenssituationen. Da gehören natürlich Frauen, die nahe an der Grundsicherung im Alter, nahe an der Armutsgrenze leben,

auch in unseren Blickwinkel. Deshalb muss es uns darum gehen, auch für sie zielgerichtete und damit auch spezifische Antworten zu geben, wie wir dieses auch morgen in der Antragsberatung und heute tun werden. Deshalb müssen wir erreichen, dass Kindererziehungszeiten bei der Grundsicherung im Alter nicht mehr mit angerechnet werden und damit auch gleichgestellt werden dem, was wir an Unterstützung für die betriebliche und private Vorsorge uns vornehmen.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt aufgreifen. Wir haben heute sehr viel auch schon über die Leistungsträger in unserer Gesellschaft gesprochen. Die Familien sind die Leistungsträger in unserer Gesellschaft und deshalb müssen wir ihnen helfen mit Zeit, mit Geld und mit Infrastruktur, dass sie ihr Leben flexibel im Lebensverlauf leben können und damit Verantwortung übernehmen für die Kinder und für die Eltern. Das ist eine große Aufgabe, die man nicht löst wie die SPD, indem man die Familien in ein Zwangskorsett steckt, sondern indem wir ihnen den Freiraum zum Atmen, zum Leben und zum Arbeiten geben.

Deshalb müssen wir sie auch unterstützen, wenn sie leistungsbereit sind. Deshalb nehmen wir uns Themen an, die auch Frauen wieder den Weg aus der Teilzeit in eine vollzeitnahe Beschäftigung eröffnen. Es darf doch nicht sein, dass wir diejenigen, die mehr arbeiten wollen, die mehr vorsorgen wollen, auch für das Alter, in den nicht sozialversicherungspflichtigen Minijobs durch die Steuerklasse V dauerhaft festhalten. Diese Frauen wollen einen größeren Beitrag leisten. Lassen wir sie auch diesen Beitrag leisten und geben wir ihnen die Unterstützung, die sie brauchen, damit sie genau den Beitrag dann auch insgesamt zustande bringen.

Wir sind uns einig, Parallelgesellschaften wollen wir in unserem Land nicht hinnehmen. Das gilt für die Frage im Umgang mit Migrantinnen und Migranten. Das gilt aber genauso für die Frage des sozialen Auseinanderdriftens, und es muss auch darum gehen, dass wir kein technologisches Auseinanderdriften und damit Parallelgesellschaften in unserem Land zulassen.

Wenn ich manche Sprache derer höre, weil sie auch schon mit dem Smartphone zur Welt gekommen sind, dann ist das für viele Menschen in unserem Land eine Fremdsprache, die sie nicht verstehen. Deshalb ist es unsere Aufgabe als CDU, ihnen diese Technologie in ihre Lebenswirklichkeit, in ihren Alltag zu übersetzen und ihnen damit auch die Chancen, die damit verbunden sind, noch viel, viel stärker vor Augen zu führen. Das ist sicherlich nicht für jede Frau in ihrem Alltag das selbstfahrende Auto, in dem man Computerspiele mit den entsprechenden Virtual-Reality-Brillen anschaut, sondern es sind die Fragen: Wie kann ich im Alter noch selbstständig zum Arzt kommen? Wie kommt der Arzt via Telemedizin zu mir nach Hause? Und wie erreiche ich mehr Arzneimittelsicherheit in der Verordnung? Dann, wenn es darum geht, auch im Alter z. B. mein Leben zu gestalten. Es sind all die Fragen, die mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabhängig von Ort und Zeit besser möglich sind.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich glaube, dieser Einsatz lohnt sich, mit Herz und Verstand genau die Themen anzupacken, die wir an diesem Parteitag im Leitantrag und in den allgemeinen Anträgen beraten. Unser Ziel muss der Mensch und Menschlichkeit für unser Land bleiben. Dafür lohnt unser Einsatz und dafür ist Angela Merkel die beste Wahl.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz. Ich gebe Ihnen zur Kenntnis, dass wir noch acht weitere Redner haben, und mit Ihrem Einverständnis würden wir jetzt die Rednerliste schließen. Ich glaube, Sie sind damit einverstanden. Sehr schön. Dann bitte ich jetzt Tim Peters ans Mikrofon und anschließend macht sich bitte Thomas Rachel bereit.

Dr. Tim Peters: Liebe Frau Bundeskanzlerin, liebe Parteifreunde. Mein Name ist Tim Peters, ich bin der Vorsitzende des Kreisverbands der CDU in Brüssel, dem einzigen Auslandsverband, den wir haben. Frau Merkel, nicht nur in Deutschland, auch in Brüssel sind Sie ein Aushängeschild der CDU, auf das wir stolz sein können.

Ich selber bin 1987 politisch in die Unionsfamilie gekommen auf einem Landesschülerkongress in Hamburg. Neben dem, was man alles so in der Schülerunion und Jungen Union macht, wie um Posten kämpfen, auch mal ein Bier trinken, haben wir auch sehr viel Wert auf politische Bildung gelegt und dabei auch unter anderem die Parteiprogramme unserer Gegner ausführlich analysiert. Ein Punkt, der mir da in Erinnerung geblieben ist, der war eigentlich immer bei der PDS und bei den Grünen, dass die sich eingesetzt haben für komplett offene Grenzen. Da habe ich immer gesagt: Das ist doch verrückt, das kann man doch nicht machen, gut, dass ich in der Jungen Union bin.

Jetzt können Sie vielleicht verstehen, wie schwierig es für mich seit dem letzten Jahr ist zu verstehen, was für eine Flüchtlingspolitik wir als CDU machen. Ich bin natürlich in mich gegangen, habe überlegt: Gibt es vielleicht gute Gründe? Müssen wir da vielleicht unseren politischen Ansatz ändern? Ich muss sagen, klar, es gab eine humanitäre Ausnahmesituation. Ich glaube, da werden auch die Wenigsten sagen, dass wir da nicht hätten helfen sollen. Aber dass wir über so lange Zeit die Außen- und auch die Binnengrenzen, unsere Grenzen offen gelassen haben, das ist für mich nicht nachvollziehbar, und da gab es auch keine guten Argumente.

Natürlich brauchen wir mittel- bis langfristig eine europäische Lösung. Davon bin ich als Vorsitzender der CDU Brüssel überzeugt. Wichtig ist aber auch, dass wir eine europäische Lösung haben, die Sinn macht. Eine reine Umverteilung von den Flüchtlingen innerhalb Europa, die wird das Problem nicht lösen.

Meine Freunde und Kollegen in Brüssel, die aus den baltischen Ländern kommen, Südeuropa, Osteuropa, die sagen, die Flüchtlinge sind hier kurz umverteilt und dann wollen sie alle weiter

nach Deutschland. Deswegen glaube ich, eine europäische Lösung muss darauf setzen, zentral die Außengrenzen zu schützen, sodass illegale Zuwanderung gar nicht erst stattfindet. Da ist es richtig, dass wir eine europäische Grenz- und Küstenschutzwache gegründet haben, einen europäischen Grenz- und Küstenschutz. Das haben Sie erwähnt, Frau Merkel. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg.

Wichtig ist aber auch, dass der europäische Grenz- und Küstenschutz nicht nur an der Grenze besser registriert und umverteilt, sondern dass er tatsächlich auch zurückweist, oder, wenn auf dem Mittelmeer gerettet wird, die geretteten Flüchtlinge zurückbringt nach dahin, wo sie herkommen oder eben in andere Länder Nordafrikas. Ich glaube, das ist von zentraler Bedeutung. Solange die Rettung auf dem Mittelmeer dafür sorgt, dass man Zugang zum Asylsystem in Deutschland und in anderen mitteleuropäischen Ländern hat, werden wir das Problem nicht lösen.

Überall in Europa – das wurde heute auch schon erwähnt – sind Rechtspopulisten, aber auch Linkspopulisten auf dem Vormarsch. Ich würde sie auch Sozialnationalisten nennen, die große soziale Wohltaten versprechen und gleichzeitig eine komplette Abschottung, keinen Freihandel, keine Marktwirtschaft, aber auch überhaupt keine Zuwanderung und auch kein Europa. Damit diese Parteien nicht noch weiter wachsen, müssen wir als proeuropäische politische Mitte die Probleme der Menschen lösen. Ein zentrales Problem der Menschen in Europa – und ich denke, vielleicht in der ganzen westlichen Industriegesellschaft, das haben die Abstimmungen zum Brexit, aber auch die Präsidentschaftswahlen in den USA gezeigt – ist das Thema Zuwanderung. Wenn wir als politische Mitte das Problem nicht lösen, dann werden leider Parteien gewählt – und das passiert schon in anderen EU-Staaten –, die die europäische Flüchtlingspolitik nicht verschärfen wollen, sondern die Europa komplett abschaffen wollen. Ich glaube, das darf nicht in unserem Interesse sein.

Daher möchte ich an Sie appellieren, Frau Merkel, in Zukunft noch mehr bei der Begrenzung der Zuwanderungspolitik auf unsere Schwesterparteien in der EVP zu setzen, die bereits in ihrer großen Mehrheit eine deutlich schärfere Regelung oder Begrenzung der illegalen Zuwanderung wünschen. Wenn ich die EVP-Schwesterparteien meine, meine ich viele, aber insbesondere die ÖVP und die CSU. Ich freue mich, dass wir im Leit Antrag geschrieben haben und wir auch beschließen werden, dass wir eine Verschärfung der Abschiebung wollen, dass wir insgesamt die Flüchtlingspolitik schärfer gestalten wollen. Aber es ist auch richtig, nur mit einer stärkeren Abschiebung werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen.

Es gibt so hohe rechtliche, politische und tatsächliche Hürden bei der Abschiebung, dass es nicht gelingen wird, alle abzuschieben, wenn wir erst mal alle reinlassen. Deswegen glaube ich, zentral muss sein: Illegale Flüchtlinge dürfen gar nicht erst nach Deutschland oder in die EU hereinkommen. Wenn das ein zentrales Ziel der Regierungspolitik wird in den kommenden

Monaten, denke ich brauchen wir uns um die nächste Bundestagswahl keine Sorgen zu machen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Peters. Der nächste Redner ist Thomas Rachel und danach Volker Bouffier.

Thomas Rachel: Frau Bundesvorsitzende, liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle spüren, dass wir uns in bewegten Zeiten befinden. Was ist aber eigentlich der Kompass in dieser schwierigen Zeit? In einer Zeit des wachsenden Populismus, der uns Sorge macht? Was ist die Rolle der Christdemokratie? Es ist der Kompass des christlichen Menschenbildes, des Cs. Wir sind eben nicht irgendeine konservative demokratische Partei Deutschlands, sondern wir sind aus gutem Grund die einzige Christlich Demokratische Union Deutschlands, wir sind Volkspartei, wir sind Partei für alle Menschen in diesem Lande.

(Beifall)

Ich glaube, wir können die Krisenherausforderung unserer Zeit am besten auf der Basis unserer Werte politisch mit Maß, Mitte und auch Verantwortung angehen. Denn das Erstarken des Extremismus, übrigens von links wie von rechts, gefährdet auf Dauer den Zusammenhalt, die Solidarität und auch den Frieden in unserem Lande. Ist es nicht auffällig, wie sich derzeit die extreme Linke und auch die extreme Rechte gegenseitig die Bälle zuschieben?

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern sind auch die Wählerwanderungen ganz aufschlussreich. 19 000 Stimmen erhielt die AfD von der NPD, 18 000 Stimmen erhielt die AfD von der Linkspartei. Das zeigt, die Übergänge an den radikalen Fronten sind längst fließend geworden. Ich denke, das sollte uns alle stutzig machen, wenn die politische Rechte und die Linkspartei gleichermaßen leichtfertig Putin hinterherlaufen und Fundamentalkritik am NATO-Westbündnis und der Europäischen Union äußern. Dieser Populismus lebt von dem Geschäftsmodell des Dagegen-Seins. Und das macht ihn so gefährlich. Der Aufstieg des Populismus ist ein Sieg der Ressentiments über die Vernunft. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Hier könnte der Verlust der Mitte drohen. Das muss uns alarmieren. Denn wir brauchen in unserer Gesellschaft eine ausgewogene politische Mitte und die Christlich Demokratische Union, sie ist es und sie bleibt die Partei der bürgerlichen Mitte. Wo andere spalten, versöhnen wir. Wo andere Ideologie betreiben, bleiben wir realistisch.

Was hat das alles mit unserem C in unserem Parteinamen zu tun? Dieses C, es ist einladend, es ist nicht ausgrenzend. Es ist letztlich die entscheidende Klammer, Brücken zu bauen, wo andere polarisieren, spalten oder Menschen ausgrenzen, weil sie anders sind. Das C, liebe Freunde,

ist das Gegenmittel gegen Ideologie und auch Totalitarismus. Das C, es ist der wahre Schatz der Union und er ist in dieser Weise auch Selbstverpflichtung für uns. Wenn wir ihn bewahren, werden wir Orientierung haben für unsere Politik. Das sollten wir niemals vergessen und dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. Das Wort hat jetzt Ministerpräsident Volker Bouffier. Danach spricht Ernst Brenning aus dem Landesverband Berlin.

Volker Bouffier: Frau Tagungspräsidentin, liebe Parteifreunde! Ich möchte mich zunächst einmal an diejenigen wenden, die hier oben gesprochen haben und die sich kritisch mit unserer Politik auseinandergesetzt haben. Das ist völlig in Ordnung. Ich habe überhaupt nicht verstanden, warum sich die meisten bei ihrem Beitrag entschuldigt haben und gesagt haben, es ist so eine großartige Stimmung, aber jetzt möchte ich auch noch was sagen. Liebe Freunde, wir sind auf diesem Parteitag zusammengekommen, weil wir Antworten geben wollen, weil wir Orientierung in schwieriger Zeit geben wollen. Dann ist es richtig und auch notwendig, dass alles angesprochen wird und dass auch diejenigen sich melden, die glauben, dass ihre Sicht der Dinge vielleicht zu kurz kommt. Ich möchte deshalb sagen, das ist schon in Ordnung.

Ich will aber eins hinzufügen gleich zur Begrüßung. Eine Kollegin, eine Delegierte hat gesagt – Zitat: Ich habe genug von der Harmoniesoße. Ich weiß nicht genau, was das sein soll. Wenn es bedeuten soll, dass wir klaren Standpunkt beziehen und den auch klar und deutlich machen, dann bin ich sehr dabei. Wenn es bedeuten soll, eine Absage an unsere Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuhalten, dann muss man klar sagen, es ist die Aufgabe der Union, die Bevölkerung nicht zu spalten, sondern die Bevölkerung zusammenzuhalten. Es ist kein Gegensatz, klare Kante, klare Worte und respektvoll miteinander umgehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir zeichnen uns aus durch eine Kultur des Respekts. Das unterscheidet uns von den Krawallmachern. Das unterscheidet uns von den Extremisten und das unterscheidet uns auch von denen, die glauben, dass man die Welt in 140 Zeichen erklären kann. Deshalb ist es so, wie Thomas Rachel gerade gesagt hat: Wir sind als Union das politische Angebot für die gesamte Bevölkerung und deshalb nicht Harmoniesoße, sondern beides: klare Haltung, klare Position und das Bemühen um alle.

Dazu will ich zwei Bemerkungen hinzufügen: Die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen, Deutschland steht sehr gut da. Das hat viel auch mit unserer Politik zu tun. Gleichzeitig verweist sie darauf, dass viele den Eindruck haben, es ist alles irgendwie durcheinandergeraten. Das ist kein Gegensatz.

Ich möchte das an zwei Beispielen aufgreifen: Meine Damen und Herren, es geht doch nicht nur uns so. Wo Sie hinkommen, möchten die Menschen gerne eine Antwort haben. Sie bestreiten nicht, wenn wir sagen, Deutschland geht es so gut wie nie. Das ist die schlichte Wahrheit. Wir sollten auf gar keinen Fall uns selbst in die Krise runterreden, senden und schreiben lassen, dass alle sozusagen nur noch über die Verlierer reden, über die Wutbürger. Das bedeutet nicht mangelnde Sensibilität, aber das bedeutet schon den Blick halten auf die Dinge, wie sie sind. Deshalb bestreitet ernsthaft keiner, uns geht es gut.

Das Problem ist ein anderes. Die Menschen haben Sorgen, ob es so bleibt. Sie haben Sorgen für ihre Kinder, und sie haben teilweise auch Sorgen für sich. Das ist der entscheidende Punkt und darum geht es. Wir streiten nicht darum, dass Deutschland heute bewundert wird in der Welt. Sondern der Streit oder, wenn Sie wollen, die Auseinandersetzung muss darum gehen: Haben wir einen Kompass? Können wir den Menschen sagen, ja, es geht uns nicht nur heute gut, es geht uns auch morgen gut? Wir verfrühstücken heute nicht das, was die nächste Generation in Zukunft bezahlen soll.

Stichwort Rente, ein schönes Beispiel. Wir dürfen heute nicht eine Politik machen auf Kosten der nächsten Generation, als gäbe es kein Morgen. Und das, meine Damen und Herren, gehört auch zur Orientierung. Deshalb möchte ich uns sehr davor warnen, in einen Rentenwahlkampf einzutreten, in dem die Parteien sich überbieten. Die Menschen wissen sehr genau zu unterscheiden zwischen zügellosem Angebot und einer sehr verantworteten Politik.

Deshalb, wenn es um die spannende Frage geht, haben meine Kinder auch noch eine gute Zukunft, möchte ich uns ganz einfach gemeinsam auf eine Untersuchung hinweisen. Es ist eigentlich erstaunlich, dass die so wenig bekannt ist. Die ist abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen am 21. Oktober. Die ist überschrieben: Die jungen Deutschen haben die besten Chancen aller Länder auf der Welt. Meine Damen und Herren, es mag überraschend klingen: Das ist eine Untersuchung der britischen Regierung. Die britische Regierung hat 183 Länder untersucht und kam zu dem Ergebnis, Deutschland hat die besten Chancen für seine jungen Leute. Die USA ist auf Platz 23 interessanterweise und China auf Platz 118. Warum sage ich das? Wenn uns bescheinigt wird von einer Regierung, die sogar aus diesem Europa austreten will, dass die junge Generation in diesem Land die besten Chancen hat, die sie jemals hatte, dann muss man dies gelegentlich auch sagen, damit wir nicht im Kulturpessimismus ersticken. Wir wissen, dass wir uns anstrengen müssen auch für die Zukunft. Aber wir müssen gelegentlich auch mal sagen, dass wir hervorragende Voraussetzungen haben für die, die heute jung sind.

(Beifall)

Ein Zweites, das ich ansprechen will, haben ja auch einige vor mir angesprochen. Mancher fragt sich: Wohin geht dieses Land? Schaffen wir das mit der Integration der Flüchtlinge? Überfordert uns das vielleicht? Werden wir fremd im eigenen Land? Das ist doch das, was viele Menschen

bewegt. Dazu muss man und kann man, wie ich finde, klare Antworten geben. Kein Land hat so viel an humanitärer Verpflichtung erfüllt wie die Bundesrepublik Deutschland. Das gilt vor Ort, zur Hilfe für Syrien und für Jordanien, das gilt aber auch hier in unserem Land. Wir haben eine Fülle von Angeboten gemacht, und das war auch richtig so. Gelingende Integration bedeutet Angebot und Annahme, und es bedeutet auch einen klaren Kompass.

Meine Damen und Herren, warum sprechen wir es nicht klar aus? Viele Menschen sorgen sich, ob wir einen Weg in ein islamisches Land gehen. Klare Antwort: Nein, wir sind kein islamisches Land und wir wollen es auch nicht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das ist doch völlig klar. Aber eins ist auch klar, wir sind ein offenes Land. Jeder gehört zu uns, der sich zu uns bekennt und der unsere Regeln akzeptiert. Das heißt, wer bei uns leben will, der muss auch mit uns leben, meine Damen und Herren. Das ist mehr als das formelhafte Bekenntnis zum Grundgesetz. Das bedeutet, dass Abschottung und Verhüllung gelingende Integration ausschließen. Deshalb sagen wir, Verhüllung, in welcher Form auch immer, ist kein kreativer Fortschritt unserer Gesellschaft, sondern es ist die Absage an gelingende Integration, und deshalb muss man dagegen sein, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Schluss machen. Mancher hat gefragt: Habt ihr ein Konzept? Natürlich, wir haben ein Konzept. Ich habe zwei Beispiele genannt. Wir brauchen keine Belehrung von den Lautsprechern, wir brauchen keine Belehrung von den Extremen, und wir brauchen schon gar keine Belehrung von der AfD.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mir liegt sehr am Herzen, dass wir mal mit einer Geschichte aufräumen. Die AfD versucht – und da und dort vielleicht auch nicht ohne Erfolg – so zu tun, als sei sie heute das, was die Union früher war. Meine Damen und Herren, das ist politische Erbschleicherei und das muss auch deutlich gemacht werden. Das dürfen wir nicht zulassen. Es ist grober Unsinn. So wie die waren wir nie und so wollen wir auch nicht werden, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall)

Damit das klar ist, die AfD hetzt gegen Amerika, sie ist unkritisch zu Russland, sie klatscht Beifall, wenn sogenannte Wutbürger rufen: Putin nach Berlin, Merkel nach Sibirien. Das ist die AfD. Meine Damen und Herren, eins muss klar sein, gerade auch im Hinblick auf die letzten Ereignisse in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir, gerade wir Deutschen verdanken Amerika unsere Freiheit, und das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall)

Wir haben ein gemeinsames Wertefundament. Dieses Wertefundament muss auch die eine oder andere Besonderheit überdauern. Deshalb werbe ich dafür, dass wir uns nicht von denen einlullen lassen in einem Antiamerikanismus, den es im Westen gab, den es im Osten schon immer gab und der jetzt wieder fröhliche Urstände feiert. Man muss nicht ein Freund von Herrn Trump sein, man muss den dortigen Wahlkampf auch nicht gut finden, aber man muss auf jeden Fall darauf bestehen, dass wir nicht vergessen, wer dieses Land befreit hat, wer unseren Aufbau mitgestaltet hat und wer unsere Freiheit bis zum Fall der Mauer auch garantiert hat. Es waren die Amerikaner, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Letzter Punkt: Die AfD hetzt gegen Europa. Damit ist sie in Gemeinschaft mit vielen. Das war nie die Position der CDU. Die CDU war immer für das vereinte Europa und niemand mehr als Helmut Kohl hat uns immer gelehrt: Deutsche Interessen und europäische Interessen sind kein Gegensatz. Die bedingen sich gegenseitig. Ohne die europäische Einigung hätte es die deutsche Wiedervereinigung nie gegeben.

Deshalb, meine Damen und Herren, die europäische Einheit ist die Zukunft auch unseres Landes. Wer dafür eintritt, der zieht die Lehren aus dem vergangenen Jahrhundert. Überstiegener Nationalismus und Extremismus hat die Völker Europas zwei Mal in die Katastrophe getrieben. Deshalb dürfen wir, auch wenn es schwierig wird, auch wenn es unübersichtlich wird, nicht vergessen, was die Unterschiede sind zwischen denen und uns. Wir nehmen deutsche Interessen wahr und wissen, dass sie nur in Europa gemeinsam erfüllt werden können. Das ist kein Verrat an deutschen Interessen. Das ist kluge Politik, wie sie die Union seit Konrad Adenauer bis Angela Merkel durchgezogen hat, liebe Freunde. Und deshalb bleibt es dabei.

(Beifall)

So wie die waren wir nie. So wie die wollen wir auch nicht werden. Wir werden ihnen auch nicht hinterherlaufen. Wir werden uns aber um jeden bemühen, dem wir in schwieriger Zeit Orientierung geben können, mit Klarheit, mit Mut und mit Zuversicht. So bleiben wir erfolgreich und so kann man auch Wahlen gewinnen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Bouffier. Jetzt das Wort Ernst Brenning aus dem Landesverband Berlin und danach Fritz Böhringer aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Ernst Brenning: Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren! Ich finde, wir sollten uns zunächst einmal bedanken für eine klare und sehr emotionale Rede, die Sie uns heute gehalten haben. Ich finde, sie macht deutlich, dass Sie wissen – und man spürt es – vor einer wie großen

Aufgabe Sie sich auch fühlen. Wir sind, glaube ich, alle sehr glücklich, dass Sie das erneut auf sich genommen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es wird immer von Flüchtlingskrise gesprochen. Krise ist eigentlich ein produktiver Begriff, wenn man den Beigeschmack der Katastrophe weglässt. Das hat Max Frisch gesagt und übrigens die neue Landesvorsitzende Monika Grütters in Berlin. Da hat man tatsächlich nach der Wahl gerade so eine Krise hinter sich, die wir in der CDU und die wir in Deutschland nicht haben.

Es ist einfach nicht richtig, wenn man das, was im Zusammenhang mit den Geflüchteten vor sich geht, mit einer Harmoniesoße glaubt überschüttet zu sehen. Tatsächlich betrachten wir doch die Realität. Die Realität ist, es gibt im letzten Jahr unter einer Million Geflüchtete in unser Land. Das sind weniger oder etwa ein Prozent unserer Gesamtbevölkerung. Eine solche Anzahl soll ein wohlorganisiertes reiches Land wie wir nicht bewältigen können? Es ist eine Aufgabe, die zu lösen ist. Lassen wir uns deshalb nicht von Leuten aus dem Süden irremachen.

Wir haben riesige Integrationserfolge, die uns ermutigen sollten, die bestehenden Probleme, alle bestehenden Probleme fröhlich und zuversichtlich anzugehen. Eine jüdische Autorin, Tochter von Auschwitz-Überlebenden aus New York, Lily Brett, war kürzlich in Berlin. Sie hat berichtet, wie viele Menschen aus den USA ihre Freude ausdrückten, dass sie in eines der letzten Länder fahren würde, deren Oberhaupt noch bei Verstand sei. Viele von außen wissen doch, wir haben eine erfolgreiche, eine bedachte und im Grunde die einzig wählbare Kanzlerin. Das müssen wir allen unseren Landsleuten, allen und überall erklären, auch im Süden und auch im Norden, wo sie vernünftigerweise in einer alten früher großen Volkspartei keinen eignen Kandidaten aufstellen wollten.

Wir von der CDU sind die rechten Patrioten. Wir haben sehr viele Probleme in unserem wunderbaren Land gelöst, und wir werden auch weiter erfolgreich sein mit unserer Parteivorsitzenden als zukünftige und weitere Kanzlerin. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brenning! Jetzt kommt Herr Böhringer und danach spricht Jenovan Krishnan.

Fritz Böhringer: Liebe Frau Merkel. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Dies gilt aber nicht für die Konzerne, aber dies gilt für die unteren zwei Drittel der Arbeitnehmer, und das finde ich schlimm. Wer nichts geerbt hat und nur einen einfachen Job und damit die Welt und den Laden am Laufen hält, der ist heute ziemlich übel dran. Wenn er mehr Arbeit leistet – und nur Arbeit kann er benutzen, dass er mehr Vermögen

ansammeln kann –, da bleibt ihm fast nichts übrig. Die Belastung für die normalen Arbeitnehmer liegt zu hoch, und das kann man ändern.

Das war vor 120 Jahren anders. Erst im Jahr 1891 haben die Sozialisten und die Liberalen gegen die damaligen Schwarzen diese Grenzbelastung, diese Mehrbestrafung für Mehrarbeit eingeführt, und das ist nicht zu ändern. Sie haben gesagt, Leistung muss sich wieder lohnen, und das gilt vor allem für diese große Wählergruppe.

Wenn wir aus den Krisen stärker herauskommen wollen, dann brauchen wir Änderung. Denn unter den jetzigen Rahmenbedingungen haben wir teilweise falsche Ergebnisse bekommen. Änderungen oder Reform, wieder zurück zu der alten Zeit, in der die Mehrarbeit kaum bestraft war. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Böhringer. Jetzt hat Jenovan Krishnan das Wort und dann Kai Wegner aus dem Landesverband Berlin.

Jenovan Krishnan: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! Letztes Jahr stand ich auf dem Bundesparteitag, und wir haben über eine Politik des Förderns und Forderns gesprochen. Wir haben es in Gesetze gegossen und haben gezeigt, wofür die CDU steht. In den vergangenen Monaten habe ich häufig Gespräche geführt, in denen die Leute nicht verstanden haben, wofür wir als CDU, wofür Sie, Frau Bundeskanzlerin stehen. Deshalb bin ich froh, dass Sie heute eine tolle Rede gehalten haben, indem Sie gezeigt haben, wofür die CDU steht. Sie haben sich klar dafür ausgesprochen oder dagegen ausgesprochen, gegen eine Vollverschleierung in Deutschland, weil die Vollverschleierung in einem Land wie Deutschland nichts verloren hat. Das ist wichtig, dass wir zeigen: Wir wollen alles dafür tun, dass das verboten wird.

Ich fand es auch gut, dass Sie in Ihrer Rede gesagt haben, dass wir für eine anspruchsvolle und leistungsorientierte Bildungspolitik stehen. Die SPD oder die Grünen versuchen, Standards abzusenken und Abschlüsse zu verwässern. Das darf nicht der Anspruch der CDU sein, und deswegen unterstütze ich Sie auch in diesem Vorhaben, liebe Bundeskanzlerin.

Als Drittes möchte ich noch den Punkt der Digitalisierung ansprechen. Sie brennen ja für das Thema der Digitalisierung. Das ist auch wichtig, weil das ein Zukunftsthema ist, und das haben Sie klar erkannt. Auf dem Bildungsgipfel haben Sie über eine digitale Lehre gesprochen, wie Lehre in der Zukunft aussehen kann. Da sprechen wir über Whiteboards, wir sprechen über intuitive Lernsysteme, damit junge Menschen neue Wege kennenlernen, um Bildung aufzunehmen.

Allerdings ist es ein klassischer Gegensatz, dass ab dem 01.01.2017 Werke nicht mehr online gestellt werden können, dass Studenten nicht mehr die Möglichkeit haben, ihre Texte auf

Online-Plattformen zu lesen, weil das verboten werden soll. Das führt dazu, dass der Studienalltag sich verändert, dass Studenten nun Zeit damit verbringen müssen, alles zu kopieren, dass Dozenten nicht mehr die Möglichkeit haben, ihre Texte online zu stellen. Das ist ein wesentliches Problem, und da bitte ich Sie, Frau Bundeskanzlerin oder Frau Wanka, dagegen anzukämpfen, dass wir auch eine digitale Lehre haben, dass Lehre auch zukunftsfähig ist. Als RCDS-Bundsvorsitzender setze ich mich dafür ein, und wir möchten im kommenden Jahr bei der Bundestagswahl eine starke CDU, ein starkes Ergebnis.

Sie haben es auch klar erkannt, das wird kein einfacher Wahlkampf. Das wird schwer. Wir dürfen ja auch nicht nach diesem Parteitag in Euphorie verfallen, wir müssen erkennen, dass es ein harter Kampf wird. Nachdem wir gekämpft haben, können wir auch gemeinsam siegen, liebe Freundinnen und Freunde. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Krishnan. Jetzt hat Kai Wegner das Wort, und danach hält sich bitte Thomas Stritzl aus Schleswig-Holstein bereit.

Kai Wegner: Frau Tagungspräsidentin, Frau Bundeskanzlerin, liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Frau Bundeskanzlerin, herzlichen Dank für Ihre Worte. Ich finde, sie hat uns Motivation gegeben, und ja, in der Tat, ich finde – und das sollten wir auch jedem in diesem Lande sagen, der hier lebt –, wir sollten stolz und dankbar sein, in unserem Land leben zu dürfen, liebe Freundinnen und Freunde. Nicht jedem Menschen in Europa und in der Welt geht es so gut wie unserem Land. Liebe Freundinnen und Freunde, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, das sehen wir in den Ländern, wo die CDU nicht regiert.

Ich komme aus dem Landesverband Berlin, wo wir ja in Zukunft eine rot-rot-grüne Regierung haben werden. Und die Frau Bundeskanzlerin sprach auch die Gefahr von Rot-Rot-Grün an. Wir erleben nun in Berlin, am kommenden Donnerstag wird der neue Senat ins Amt gewählt, erleben, was Rot-Rot-Grün bedeutet in praktischer Politik. Da geht es nicht um pragmatische Lösung für die Menschen, da geht es um Ideologien, und das Ganze zulasten der wachsenden Stadt Berlin, aber vor allem, liebe Freundinnen und Freunde, zulasten der zukünftigen Generationen, denn die dürfen diese ideologischen Spielchen bezahlen.

Aber meine Damen und Herren, worum geht es noch? Rot-Rot-Grün hat in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass Abschiebung, Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive keine Regel, sondern die Ausnahme sein sollte. Meine Damen und Herren, ich glaube, das erwarten die Menschen zu Recht und deswegen bin ich auch dankbar, dass es in unserem Leitantrag sehr konkret auch drin steht, dass die Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, die Menschen, die keinen Fluchtgrund hatten, auch schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Das, was Rot-Rot-Grün in Berlin macht, gefährdet die Integrationsbereitschaft der Menschen. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, es gefährdet vor allem auch das Vertrauen der Menschen in unseren Rechtsstaat, wenn unsere Gesetze und unser Rechtsstaat nicht konsequent angewendet werden, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen ist Rot-Rot-Grün nicht nur eine Gefahr für Berlin, sondern vor allem im nächsten Jahr auch ein hohes Risiko für unser Land.

Meine Damen und Herren, wir sind in Essen, und Thomas Kufen hat ja nicht nur im letzten Wahlkampf, sondern auch, seitdem er Oberbürgermeister von Essen ist, deutlich gemacht, die CDU kann auch Großstadt. Und ja, die Menschen in großen Städten brauchen eine starke Union, insbesondere wenn es um die Themen Zusammenhalt, um Sicherheit und um Sauberkeit geht.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, wir brauchen auch Städte, um Volkspartei bleiben zu können. Wir sind die letzte verbliebene Volkspartei in unserem Land, und das werden wir nur bleiben, wenn wir im Land und in der Stadt stark sind. Wenn ich aktuelle Studien auch vom heutigen Tage lese, dass gerade das Armutsrisko in Städten besonders groß ist, dann müssen wir hier als Union Antworten geben. Dann müssen wir hier auch als Union für Zusammenhalt sorgen. Städte haben große Herausforderungen in unserem Land. Städte sind attraktiv, sie wachsen, aber für viele Menschen sind Städte eben nicht nur abgehängte Stadtteile oder Gettos, sondern Städte sind Sehnsuchtsorte für viele Menschen in unserem Land. Deshalb brauchen wir dort auch klare Regeln und eine starke Union.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir uns im kommenden Jahr auf den ländlichen Raum, aber eben auch auf die Städte konzentrieren, wenn wir die Menschen mitnehmen, die Herausforderung annehmen und die richtigen Lösungen bieten, dann bin ich optimistisch, liebe Frau Bundeskanzlerin, dass wir eine starke Kanzlerin behalten und dass Deutschland ein starkes Land in Europa bleibt, auf das wir alle stolz sein können. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kai Wegner! Jetzt hat Thomas Stritzl aus Schleswig-Holstein das Wort, und der letzte Redner in der Aussprache ist dann Otto Wulff.

Thomas Stritzl: Sehr geehrte Frau Tagespräsidentin, Frau Bundeskanzlerin! Herr Wagner hat vorhin gesagt, er erwartet eine Strategie der CDU aus der Krise. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich finde, dass diese Leitlinie, die eingefordert worden ist, sich heute in hervorragender Reichweite in der Rede von Angela Merkel wiedergefunden hat. Mich hat diese Rede erreicht, und sie hat deutlich gemacht, dass man in dieser Republik in Deutschland gut beraten ist, erstens Grundsätze zu haben und zweitens zu erkennen, dass zum Regieren und Gestalten auch Mehrheiten gehören.

Wenn ich mir die Wahlergebnisse angucke, dann wird man sehen, dass es absolute Mehrheiten in Deutschland nicht mehr gibt. Dann gibt es auch Notwendigkeiten, politische Entscheidungen zu treffen, die man vielleicht ursprünglich anders wollte. Das ist die Frage beim Atomausstieg

gewesen, es ist die Frage beim Aussetzen der Wehrpflicht gewesen. Beide Situationen, die notwendig wurden, weil die gesellschaftlichen Mehrheiten sich drastisch verändert hatten.

Das ist für mich auch ein Stück die Antwort auf die Frage, weil es kritisiert wurde, dass die CDU sich entscheidet, Herrn Steinmeier mitzutragen. Wenn ich mir die aktuelle Situation anschau und mir die zur Verfügung stehenden Kandidaten im Zeitpunkt der Entscheidung anschau, dann finde ich, ist die Entscheidung für Herrn Steinmeier eine durchaus respektable Entscheidung, die wir auch sehr gut mittragen können. Denn 43,5 Prozent sind eben nicht die Mehrheit in der Bundesversammlung. Eins ist doch klar, AfD und andere hätten das Verfahren bis zur Bundesversammlung massiv bis zum dritten Wahlgang chaotisiert. Das hätte dem Land geschadet, das hätte uns nichts genutzt. Insofern glaube ich, war es eine sehr kluge Entscheidung, eine mutige Entscheidung, zum richtigen Zeitpunkt dieses auch zu erkennen.

Nebenbei gesagt, wenn ich mir die Führungsdiskussion in der SPD heute anschau, dann ist wahrscheinlich Herr Gabriel ab und zu dabei sich zu überlegen, ob das Glück nicht auch in der Nichterfüllung der Wünsche liegen kann.

Eine der zentralen Botschaften war, dass wir gemeinsam und entschieden kämpfen. Für mich heißt das in Sachen Gesundheitspolitik: Wir müssen den Angriff von Rot-Rot-Grün auf die Wurzeln unseres hervorragenden Gesundheitssystems gemeinsam und entschieden abwehren. Das, was unter der Maske der Bürgerversicherung daherkommt, ist nichts anderes als ein Einheitssystem. Es bedeutet im Ergebnis nichts anderes als eine Verschlechterung unserer Gesundheitsleistung, die wir in Deutschland anbieten können. Kein Einheitssystem dieser Welt hat ein besseres Ergebnis in Sachen Gesundheit als Deutschland. Wir sind diejenigen, die mit die Weltspitze im Fortschritt für jedermann sicherstellen. Das schafft der Wettbewerb im System, das sollten wir erhalten.

An die Adresse von Herrn Gabriel: Wer sich bei Tengelmann hinstellt und für 15 000 Arbeitsplätze, was ich jedem Einzelnen von denen gönne, bereit ist, das Wirtschaftsrecht zu beugen, der darf sich nicht hinstellen und in der privaten Krankenversicherungswirtschaft über 50 000 Arbeitsplätze vernichten. Denn das ist das, was uns die Gutachten sagen: Arbeitsplatzverluste im zehntausender Maßstab. Dem darf die SPD, dem darf Rot-Rot-Grün bitte nicht nachgehen – aber nur dann, wenn wir das entschieden ablehnen.

Eins sage ich sehr deutlich: Wenn ein Mann wie Gabriel bei Tengelmann 15 000 Arbeitsplätze zum Maßstab macht, dann muss er sie auch bei der PKV zum Maßstab machen. Sie haben den gleichen Schutzanspruch auf Arbeit und Versorgung ihrer Familie wie die im Einzelhandel oder bei Kaiser's Tengelmann, auch wenn das in Nordrhein-Westfalen liegt. Also gleiches Recht für alle! Wenn er hier kneift und sagt, zu diesem Deal, der zehntausende Arbeitsplätze kosten wird, gibt er die Hand, dann finde ich, kann er auch gleich wieder den Hut nehmen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Stritzl. Als letzter Redner in der Aussprache hat jetzt Otto Wulff, der Vorsitzende der Senioren-Union, das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Otto Wulff: Frau Tagungspräsidentin, meine sehr verehrten Freundinnen und Freunde! Es tut mir leid, wenn ich einige sehr persönliche Antworten noch geben will auf die großartige, auch emotionale Rede unserer Bundeskanzlerin. Meine Freundinnen und Freunde, wenn ich hier stehe als Vorsitzender der älteren Generation, dann möchte ich an jene Älteren draußen im Lande, die uns jetzt sehen und hören, einige Worte sagen als ein Mitglied der CDU über 64 Jahre und dessen Vater unsere große stolze Union mitgegründet hat.

Meine Freundinnen und Freunde, als ich Mitte September 1945 im Sommer, einem sehr heißen Monat, hier nach Essen kam, da habe ich als Heranwachsender ein Land gesehen, das einer Wüste gleichkam. Trümmerfelder, hin und wieder war ein Ofenrohr zu sehen, und man merkte, in irgendeinem Keller wurde gekocht. Das war das Land und die Wahrheit, wie wir es damals im Jahre 1945 vorgefunden haben.

Dann stand eine Union auf im Jahre 1945, deren Ziel es vorrangig war, in die westliche Demokratie und Wertegemeinschaft eingegliedert zu werden, weil wir wussten, dass eine Eingliederung und ein Aufbau nur geschehen konnten, indem die Grenzen heruntergerissen wurden, die Menschen sich sahen, sich verständigten, Freundschaft schlossen und an die Arbeit für ein gemeinsames Europa gingen. Das ist die Arbeit, die diese Union als Friedenspartei über 70 Jahre geleistet hat, und Europa war vor allem und insbesondere immer ein Friedensobjekt. Dieses Friedensprojekt ist vornehmlich das Produkt und die Arbeit unserer großen, der stolzesten Europäischen Volkspartei, der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich sage den Älteren im Lande von hier aus: Meine Freundinnen und Altersgenossinnen und Altersgenossen, bitte bedenkt, dass wir jetzt eine Partei haben, die Grenzpfähle errichten und all das wieder niedermachen will, was wir in 70 Jahren aufgebaut haben. Niemand von euch, die ihr das geleistet habt, kann es verantworten, dass jemals wieder Nationalisten unsere Politik bestimmen. Das werden wir verhindern.

(Beifall, vereinzelt Rufe)

Insbesondere meine Freunde in der Senioren-Union: Wir als Teil der großen und stolzen CDU werden es nicht zulassen, dass die Nationalisten in diesem Wahlkampf Punkte machen! Wir werden uns nicht nur wehren, wir werden sie stellen und wir werden sie in die Schranken weisen!

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde! Was wir jetzt zeigen müssen, ist mehr Mumm, Überzeugungsarbeit. Mutlose und Pessimisten wählt man nicht. Stellen wir uns doch etwas offener und auch mit Freude im Wahlkampf dar! Das ist etwas, womit wir werben können. Wir müssen authentisch sein, die Leute müssen merken, dass sie glauben, was wir ihnen sagen. Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Die Wahl – und ich habe viele mitgemacht, die mir große Freude gemacht haben – gewinnen wir nur, wenn wir auch mal hin und wieder an den eckigen, zugigen Plätzen auf den Märkten stehen und uns dem Bürger stellen – nicht nur aus den warmen klimatisierten Räumen der Talkshows.

(Beifall)

Die Union muss sich stellen, meine Damen und Herren, dann ziehen Sie sich einen Pullover mehr an. Aber der Pullover wird noch helfen können, unsere Meinung unter das Volk zu bringen. So werden wir den Wahlkampf führen, und ich verspreche Ihnen: Die Senioren-Union wird für die Kandidaten kämpfen! Das garantiert ihr Vorsitzender. Herzlichen Dank!

(Beifall mit Rufen)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser zupackenden Rede beenden wir die Aussprache. Ich bedanke mich für zwanzig konstruktive Beiträge und Ihre Aufmerksamkeit und übergebe an meinen Kollegen Michael Kretschmer.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und Vorlage des
Rechenschaftsberichtes 2014 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz

Ich übergebe das Wort an unseren Bundesschatzmeister Philipp Murmann.

Dr. Philipp Murmann, Bundesschatzmeister: Herr Präsident, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel, lieber Generalsekretär, lieber Peter Tauber, liebe Schatzmeisterinnen und Schatzmeister, liebe Delegierte, Parteifreundinnen und Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt heute der finanzielle Rechenschaftsbericht der CDU für das Jahr 2014 vor. Er wurde mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen und fristgerecht beim Bundestagspräsidenten eingereicht und veröffentlicht. Ich hatte Ihnen ja auf dem vergangenen Parteitag in Karlsruhe bereits über die finanzielle Entwicklung in 2014 berichtet. Es liegt ja auch schon etwas zurück. Den vorliegenden Zahlen können Sie jetzt noch einmal entnehmen, dass wir wegen der hohen Wahlkampfausgaben für die Europawahl und eine Reihe von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen für die gesamte Partei zwar ein Minus ausweisen mussten, das Defizit konnte aber auf 7,7 Millionen Euro begrenzt werden. Bei der Bundespartei konnten wir sogar dank sparsamer Haushaltsführung und auch einiger erfreulicher Spenden-

einnahmen einen geringen Überschuss erzielen. Man muss sagen: In Anbetracht der außerordentlichen Belastungen in diesem Jahr mit dem Europawahlkampf war das ein ordentliches Ergebnis.

In 2015 haben wir wieder vergleichsweise geringe Wahlkampfausgaben gehabt und konnten daher das Jahr 2015 mit einem Überschuss von 22 Millionen Euro abschließen, und der verteilt sich etwa zur Hälfte auf die Bundespartei und zur Hälfte auf die Landesverbände, also jeweils etwa 11 Millionen. Die Bundespartei wird das in vollem Umfang in die Rücklage für die kommenden Wahlkämpfe einstellen. Als Bundesschatzmeister freut es mich natürlich besonders, dass auch zu diesem Ergebnis steigende Spendeneinnahmen beigetragen haben, und zwar auch auf allen Ebenen. Insofern auch noch mal Dank an alle, die da mitgeholfen haben!

Insgesamt konnten wir also den soliden Finanzkurs der Vorjahre fortsetzen und die Vermögenslage weiter stabilisieren. Der Rechenschaftsbericht für 2015 wurde auch schon fertiggestellt, und wir haben ihn im Bundesvorstand auch bereits verabschiedet. Da er aber noch nicht von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wurde, kann ich Ihnen diesen heute auch noch nicht vorlegen. Das werden wir dann beim nächsten Mal in gewohnter Weise machen.

Liebe Freunde! Solide Finanzen und die nachhaltige Wahrung des finanziellen Gleichgewichts, das bestimmt nicht nur unser Handeln in Parlament und Regierung, das gilt auch für die Führung unserer Finanzen in der Partei. Und das ermöglicht es dem Bundesschatzmeister seit nunmehr vielen Jahren – auch meinem Vorgänger Helmut Linssen, den ich auch herzlich begrüße, ich glaube, er ist irgendwo unter uns –, den Bundesparteitag trotz struktureller Probleme, die wir haben, über die ich auch gleich noch kurz sprechen werde, stets einen soliden Abschluss für die Bundespartei vorlegen zu können.

Mein besonderer Dank gilt auch in diesem Jahr natürlich dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer und unserer Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus für eine wirtschaftliche, sparsame und umsichtige Haushaltsführung und einen wirklich sehr verantwortungsvollen Umgang mit unseren Finanzmitteln. Vielen Dank dafür! Ich denke, da kann man auch mal kurz klatschen, –

(Beifall)

– weil man sich nicht vorstellt, wie viel im Hintergrund auch eines solchen Parteitages natürlich Finanzen eine wichtige Rolle spielen.

Der Vollständigkeit halber möchte ich auch noch ergänzen: Auch für das laufende Jahr liegen wir in der Bundesgeschäftsstelle im Plan, und aller Voraussicht nach werden wir auch in diesem Jahr unsere Etatvorgaben einhalten können. Und das ist auch wichtig. Denn nur so können wir die Bundestagswahl im nächsten Jahr und auch die kommende Europawahl aus eigener Kraft und ohne Aufnahme von Krediten bestreiten, und Sie wissen: Das ist ja eine Vorgabe, die wir uns selbst gegeben haben.

Für die Zeit danach – und das will ich Ihnen nicht verschweigen – gibt es aber auch Risiken und Schwierigkeiten, auf die wir uns einstellen müssen. Der letzte Parteitag hat mit der Partei-reform neue Aufgaben für die Bundespartei beschlossen, die zusätzliches Geld kosten. Gleich-zeitig haben wir auf der Einnahmenseite aber nicht alles beschlossen, was vorgeschlagen war. Insofern tut sich hier eine Finanzierungslücke auf, die in den kommenden Jahren nur mit einer zusätzlichen Kraftanstrengung geschlossen werden kann. Der Haushaltsausschuss der Bundes-partei hat daher ausdrücklich angemahnt, dass das finanzielle Gleichgewicht der Bundespartei nachhaltig gesichert werden muss. Spielräume für zusätzliche Aufgaben oder Ausgaben gibt es für die Bundespartei auf absehbare Zeit nicht. Wir werden vielmehr weiterhin sorgsam und sehr sparsam wirtschaften müssen.

Liebe Freunde! Als Bundesschatzmeister unserer Partei gilt mein besonderes Augenmerk natürlich auch immer unseren Unterstützern und unseren Spendern. Und es ist erfreulich, dass wir in den letzten Jahren bei der Bundespartei wieder steigende Spendeneinnahmen verbuchen konnten. Wir haben im vergangenen Jahr deutlich mehr Spenden erhalten, als es geplant war, und auch für dieses Jahr zeichnet sich ein ordentliches Spendenergebnis ab. Wir konnten auch neue Spender für die CDU gewinnen, die zu diesem Ergebnis beitragen, und das ist umso bemerkenswerter, als dass die politischen Umstände – wie wir ja schon besprochen haben – nicht immer einfach sind.

(Vereinzelt Beifall)

Dass wir dennoch so viel Unterstützung von Bürgern wie auch von Unternehmen erfahren, kann uns auch mit Stolz erfüllen. Viele Spender stehen auch in schwierigen Zeiten zu uns und möch-ten ihren Beitrag zur Stärkung der Demokratie, aber ganz besonders auch zur Stärkung der CDU leisten. Allen Spendern und allen Unterstützern, die sich finanziell und auch persönlich einbrin-gen, und auch all denjenigen, die sich zur Unterstützung der CDU und ihrer Grundpositionen und Werte bekennen und auch bereit sind, wenn es drauf ankommt, ihre Stimme zu erheben – und das sind zum Glück viele –, all diesen sage ich im Namen der CDU und auch im Namen von uns allen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe Ihnen auch von hier aus zu: Deutschland braucht eben auch eine stabile und verlässliche Regierung, und deswegen brauchen wir die Unterstützung in der CDU, die Unterstützung für Angela Merkel, damit wir gemeinsam einen engagierten und erfolgreichen Wahlkampf führen können.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde! Deutschland muss stark bleiben. Und der Garant dafür, das sind wir, das ist die CDU. Das war schon in der Vergangenheit so, und dafür werden wir auch in Zukunft hart

arbeiten. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Finanzlage unserer Partei ist geordnet. Wir gehen finanziell gut vorbereitet in das Bundestagswahljahr und inhaltlich – wie wir heute gehört haben – ebenso.

Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss, er gilt unserem Finanzbeauftragten, dem Revisionsbeauftragten und auch unseren Wirtschaftsprüfern für ihre geleistete Arbeit. Ein besonderer Dank für ihr Engagement gilt natürlich auch unseren ehrenamtlichen Rechnungsprüfern für ihre Tätigkeit. Ihr Bericht wird gleich folgen.

Abschließend danke ich im Namen der Bundespartei den Landes- und Kreisverbänden, also Ihnen allen für die gute und jederzeit konstruktive Zusammenarbeit. Ich denke, alle, wir Schatzmeister wissen, die Arbeit ist nicht immer einfach, aber umso mehr muss ich all denen danken, die ehrenamtlich diese Arbeit auf sich nehmen und am Ende ja auch für unsere Demokratie und die parlamentarische Arbeit in den Kommunen, in den Ländern und eben auch auf Bundesebene arbeiten. Insofern herzlichen Dank, lassen Sie uns nun gemeinsam kämpfen, damit Deutschland stark bleibt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank unserem Bundesschatzmeister Philipp Murmann für seinen Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts. Gibt es zu diesem Bericht und zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters sowie dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014 zustimmen möchten. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmhaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich bitte um den Bericht und gebe das Wort an Peter Jacoby. Bitteschön.

Peter Jacoby: Frau Vorsitzende, Herr Tagungspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr möchte ich mich sehr kurz fassen. Ich möchte das aufgreifen, was der Bundesschatzmeister gesagt hat: Sowohl der Rechenschaftsbericht 2014, der Ihnen vorliegt, wie der Rechenschaftsbericht 2015, der verabschiedet ist, genauso wie der Vollzug 2016 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahre 2020 verdienen das Prädikat solide, ausgewogen, seriös und im Rahmen der Leitplanken, die wir uns vorgenommen haben.

Ich finde, die Kombination aus Kostenbewusstsein aller Beteiligten im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Parteitages vom vergangenen Jahr lassen erwarten, dass wir auch die vor uns liegenden Herausforderungen, die, wie es der Bundesschatzmeister gesagt hat, insbesondere auch finanzielle Herausforderungen sind für die Bundespartei, aber auch die Landesverbände.

Sie lassen erwarten, dass das so bewältigt werden kann, wie das auch mit Blick auf die zurückliegenden Jahre der Fall gewesen ist. Deshalb möchte ich die Entlastung des Bundesvorstandes für die Jahre 2013 und 2014 beantragen. 2013 deshalb, weil wir im vergangenen Jahr keine Bundesvorstandswahlen hatten, weswegen dort auch keine Entlastung für das Jahr 2013 gegeben werden konnte. Ich möchte mich abschließend bedanken bei all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle, die mit der Regelung der Finanzen zu tun hatten. Es war eine jederzeit konstruktive Zusammenarbeit mit den Rechnungsprüfern. Wir hatten dann, wenn wir Detailinformationen gebraucht haben, sie jederzeit erhalten, und das lässt uns, wie gesagt, diesen Entlastungsvorschlag hier so formulieren, wie ich es soeben getan habe. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Lieber Peter Jacoby, Ihnen und Ihren Kollegen herzlichen Dank für die wertvolle Arbeit als Rechnungsprüfer. Wir kommen dann zu TAGESORDNUNGSPUNKT 15

Entlastung des Bundesvorstandes

Die Entlastung ist von den Rechnungsprüfern für die Jahre 2013 und 2014 beantragt worden. Wir gehen davon aus, dass sie mit einer gemeinsamen Entlastung auf dieser Grundlage einverstanden sind. Das ist der Fall. Wer der Entlastung des Bundesvorstands zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Bundesvorstand für die zwei Jahre entlastet.

(Beifall)

Bevor jetzt die entlasteten Mitglieder das Präsidium hier oben verlassen und sich unter die Delegierten mischen, bis sie wieder gewählt werden, übergebe ich das Wort unserer Bundesvorsitzenden. Bitteschön!

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, bevor es zur Wahl des Bundesvorstandes kommt, möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die heute nicht erneut für den Bundesvorstand und das Präsidium kandidieren. Ich möchte zuerst Emine Demirbükten-Wegner danken, die seit 2010 Mitglied im Bundesvorstand und seit 2012 Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands war. Sie hat sich in den beiden Gremien und darüber hinaus unter anderem sehr erfolgreich in der Integrationspolitik eingesetzt. Sie kann heute nicht bei uns sein, weil sie erkrankt ist. Aber wir senden ihr alle herzlichen Grüße und danken ihr für ihre Arbeit.

(Beifall)

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei Stanislaw Tillich, der seit 2010 Mitglied des Präsidiums war. Er kandidiert nicht erneut. In guter Tradition der CDU-Ministerpräsidenten hat sich Sachsen mit ihm weiter zu einem starken Wirtschaftsort, zu einem Standort, zu einem innovativen Wirtschaftsstandort und einem Musterland in den neuen Bundesländern entwickelt. Vielen Dank, lieber Stanislaw, für dein Engagement, und wir werden weiter gut zusammenarbeiten. Denn du wirst beratend im Präsidium dabei sein.

(Beifall)

Ich möchte mich bedanken bei Michael Fuchs, der auch aus Krankheitsgründen heute leider nicht bei uns sein kann und der seit 2006 im Bundesvorstand war, stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Wirtschaft, Mittelstand, Tourismus ist, langjähriger Vorsitzender des Parlamentskreis Mittelstand, immer eine starke Stimme für den Mittelstand: Herzlichen Dank, lieber Michael Fuchs und herzliche Grüße – ich bitte jemanden aus dem rheinland-pfälzischen Landesverband, ihm das auszurichten – und gute Gesundheit, möglichst schnell.

(Beifall)

Ich möchte mich bei Regina Görner bedanken, die seit 2000 Mitglied des CDU-Bundesvorstands war, immer eine engagierte Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht nur in unserem Bundesvorstand, sondern auch im Bundesvorstand der CDA. Sie gehört dem Bundesvorstand der CDA – man höre und staune – seit rund vier Jahrzehnten an! Herzlichen Dank, Regina Görner.

(Beifall)

Ich möchte Franz Josef Jung danken, 18 Jahre Mitglied des Bundesvorstands, 45 Jahre in der Politik, seit 2005 Mitglied des Bundestages, 2005 bis 2009 im Kabinett, heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Seine Expertise, seine Erfahrung wird uns fehlen. Lieber Franz Josef Jung, von Herzen ein Dankeschön für deine Arbeit. Du bist ein treue Seele im wahrsten Sinne des Wortes!

(Beifall)

Last but not least möchte ich den früheren Hamburger Senator Dietrich Wersich danken, der sich jetzt als Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft für die Belange seiner Heimatstadt einsetzt: Herzlichen Dank! Natürlich auch herzlichen Dank all den Mitgliedern, die sich jetzt wieder zur Wahl stellen, für die bereits geleistete Arbeit. Dankeschön!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Bundesvorsitzende! Ich bitte die Mitglieder des Bundesvorstands, jetzt bei den Delegierten Platz zu nehmen. Wir kommen

in wenigen Minuten dann auch zur Wahl des Bundesvorstandes. Deswegen der Hinweis an alle Delegierten, die jetzt noch nicht im Raum sind, jetzt langsam wieder hier im Tagungsraum ihre Plätze einzunehmen.

Zunächst aber folgt TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich bitte für die Mandatsprüfungskommission Herrn Christian Post hier zu uns auf die Bühne.

(Beifall)

Christian Post, Mandatsprüfungskommission: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 29. Bundesparteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14:20 Uhr 991 Delegierte anwesend. Der 29. Parteitag ist somit beschlussfähig. Vielen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Christian Post, vielen Dank. Einen weiteren Hinweis noch mal für die Arbeit der Antragskommission: Wir hatten uns ja vorgenommen, uns um 16:00 Uhr zur Beratung zusammenzufinden. Wir würden jetzt folgendermaßen verfahren: Wir steigen jetzt gleich in den Wahlgang zur Bundesvorsitzenden ein, unterbrechen den Parteitag bis zur Auszählung und zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses und würden uns dann im Anschluss daran direkt in der Antragskommission zusammenfinden.

Jetzt wechselt das Tagespräsidium zu Armin Laschet.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich rufe dann auf TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

Wahl des Bundesvorstandes

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge möchte ich auf Folgendes hinweisen: Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstands der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit, sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen. In § 15 unseres Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an, also auch bei diesem Bundesparteitag, ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit der Wahlgang gültig ist.

Viertens: Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Die stehen hier vorne links und hier vorne rechts jeweils entlang des Saales.

Fünftens: Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurnen, welche durch die Reihen getragen werden.

Sechstens: Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Urne werfen. Also das ist diese orange Karte hier, – die Sie dann jeweils vorweisen, wenn Sie einwerfen.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1:

Wahl des Vorsitzenden

Vorgeschlagen ist Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Rhythmischer Beifall)

So wir in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem grünen Stimmzettel Nummer 1 durchführen, also in diesem Block diesen Zettel. Wenn Sie für Frau Dr. Angela Merkel stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder den Namen auf den Stimmzettel, andernfalls „Nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie „Enthaltung“ oder lassen Sie den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig. Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben. Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, ab sofort die großen Stimmzettel – die gelben – für die Stellvertreterwahl im Büro der Stimmzählkommission abzuholen. Der Wahlgang ist eröffnet.

(Unterbrechung für fünf Minuten)

So, darf ich mal vorsichtig fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind? – Nein, ruft da jemand. Jemand hält Schilder hoch. Wo ist nein? Wer hat noch seinen Stimmzettel nicht abgegeben? – Hat jeder jetzt seinen Stimmzettel abgegeben? Bitte laut „Nein“ schreien. – Letzte Frage: Hat jetzt jeder seinen Stimmzettel abgegeben? Vielleicht mal mit Handzeichen, wo nicht. Also müssten alle ihren Stimmzettel abgegeben haben. Dann schließe ich den Wahlgang, bitte die Stimmen auszuzählen und unterbreche den Parteitag für 15 Minuten. Wir treffen uns wieder Punkt 16:00 Uhr hier im Saal. Parteitag ist unterbrochen.

(Unterbrechung für 14 Minuten)

So, liebe Freunde, ich bitte Platz zu nehmen. Das Wahlergebnis liegt vor. Es ging um die Wahl der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands: Abgegebene Stimmen 949, ungültige Stimmen 1,

Enthaltungen 4. Das bedeutet 944 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 473. Es wurden abgegeben für Dr. Angela Merkel 845 Stimmen, das sind 89,5 Prozent.

(Langanhaltender Beifall)

Somit – um es zu vervollständigen – mit ‚Nein‘ haben gestimmt 99 Delegierte, gleich 10 Prozent. So, und jetzt frage ich Angela Merkel: Nimmst du die Wahl an?

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Armin Laschet, liebe Delegierte! Ich nehme die Wahl an und freue mich über das Ergebnis. Herzlichen Dank für das Vertrauen!

(Anhaltender Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Bevor ich jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2:

Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden

aufrufe, kommt von mir noch mal der Hinweis, dass sich jetzt zu diesem Zeitpunkt die Antragskommission trifft. Ich bitte alle Mitglieder der Antragskommission, sich dort entsprechend zu versammeln.

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge vorlese: 1. Volker Bouffier, 2. Julia Klöckner, 3. Armin Laschet, 4. Thomas Strobl und 5. Dr. Ursula von der Leyen. Wir kommen jetzt zur Vorstellung der Kandidaten in der alphabetischen Reihenfolge, und als Erstes bitte ich Volker Bouffier vorne ans Rednerpult.

Volker Bouffier: Sehr geehrter Tagungspräsident, liebe Parteifreunde! Volker Bouffier, verheiratet, drei Kinder, zwei stolze Enkel, hessischer CDU-Landesvorsitzender und mit großer Freude CDU-Ministerpräsident im einstigen roten Hessen. Meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ich möchte auch weiter dazu beitragen, dass die CDU klare Antworten gibt, dass wir Orientierung geben, gerade in schwieriger Zeit, und dass wir so stark werden, insbesondere bei der kommenden Bundestagswahl als Union – und da meine ich CDU und CSU –, dass uns ein rot-rot-grünes Politabenteuer erspart bleibt, dass die Union klar stärkste Partei wird, dass wir die Bundesregierung stellen, dass Angela Merkel die nächste Bundeskanzlerin wieder sein wird und dass wir unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Nicht um unser selbst willen, sondern um die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen, damit Deutschland stark bleibt, damit die Menschen mit Zuversicht in die Zukunft gehen. So wollen wir Wahlen gewinnen: Ich bitte Sie erneut um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Dann hat als Nächstes Julia Klöckner das Wort, und dann kann sich Armin Laschet schon mal vorbereiten.

Julia Klöckner: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, liebe Angela Merkel, liebe Freundinnen und Freunde! Julia Klöckner ist mein Name. Ich bin noch einige Tage 43 Jahre alt, komme aus Rheinland-Pfalz und ja, ich gebe es zu, ich wäre gerne als Ministerpräsidentin nach unserer Landtagswahl hierhergekommen. Es sollte nicht sein, und eine Wahlniederlage ist auch hart, aber entscheidend ist, was man danach macht: Gibt man auf, oder steht man auf und kämpft weiter, weil wir weiterhin ein gemeinsames Ziel haben, nämlich Wahlen zu gewinnen und auch den wahlkämpfenden Landesverbänden alle Unterstützung und alle Solidarität mitzugeben? Liebe Freunde, wir haben uns entschieden, in Rheinland-Pfalz das Ziel vor Augen zu behalten mit einer tollen Truppe. Wir sind geschlossen und vereint, und ich kann Ihnen sagen – und das sage ich auch der Staatskanzlei in Mainz – man sieht sich im Leben immer mehrfach, und wir nehmen wieder Anlauf.

(Beifall)

Wir sind deshalb so entschlossen und auch kämpferisch, weil wir wollen, dass im Bundestagswahljahr 2017 ein starkes Signal, ein starkes Zeichen auch aus Rheinland-Pfalz entsandt wird.

Ich will Ihnen abschließend noch sagen, was mir inhaltlich wichtig ist, was mich umtreibt. Das ist die Frage nach der Selbstvergewisserung unserer Partei, von uns, die hier in diesem Land leben, ist die Frage nach der Identität, und in welchem Land wir in Zukunft leben wollen. Wir sind als CDU keine reaktionäre Partei. Wir wollen nicht zurück zu einem vormodernen Zustand. Wir sind auch keine stur traditionalistische Partei, weil wir nicht wollen, dass sich irgendwas ändert. Wir sind im besten Sinne, liebe Freunde, konservativ. Wir gestalten den Wandel so, dass er den Schrecken für die Menschen verliert. Aber dazu gehört auch, klar zu sagen, was man nicht will: Weder eine Verrohung der Sprache und der Sitten im Internet noch einen Rückfall in der Frauenrechtsfrage.

Deshalb, liebe Freunde, werde ich mich weiterhin in der Integrationsfrage so einsetzen, wie ich das bisher getan habe: Wer nach Deutschland kommt, wer Deutschland als Ziel seiner Träume sieht, der muss wissen: Deutschland ist deshalb zu einem solchen Land geworden, weil es hier Regeln gibt. Bei uns gibt man Frauen die Hand, man akzeptiert Frauen, auch als Lehrerinnen. Wir akzeptieren nicht, wenn Frauen verhüllt werden sollen. Wenn ein Mann nicht ertragen kann, eine Frau anzuschauen, dann soll er sich eine Augenbinde nehmen, aber die Frau nicht zwangsverhüllen.

(Beifall)

Das ist das, woran ich mit aller Kraft mitarbeiten will, und sagen will: Es kommt auf den langen Atem, auf den langen Lauf an, aber vor allen Dingen auf die Überzeugung, Christdemokratin zu

sein. Und deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. Wir brauchen Ihre Unterstützung, damit wir Sie unterstützen können überall dort, wo Wahlen sind. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Als Nächstes hat das Wort Armin Laschet und dann kann Thomas Strobl sich schon mal bereithalten.

Armin Laschet: Liebe Frau Bundesvorsitzende, meine lieben Parteifreunde! Mein Name ist Armin Laschet, bin 55 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, bin Fraktions- und Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und seit 2012 stellvertretender Bundesvorsitzender. Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen 160 Tage – also nicht mehr allzu lang – vor einer wichtigen Landtagswahl, und alle Delegierten, die hier sitzen, alle 54 Kreisverbände, alle Kandidaten vor Ort haben ein einziges Ziel: Wir wollen Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai beenden.

(Beifall)

Das geht dann, wenn wir geschlossen antreten. Ich wünsche uns allen, der deutschen CDU, dass am 14. Mai, 18:00 Uhr der schwarze Balken nach oben geht und dann der Ball zugespielt wird an die Kollegen, die dafür kämpfen, dass wir auch bei der Bundestagswahl nicht Rot-Grün und erst recht nicht Rot-Rot-Grün in Deutschland erleben. Das ist die Aufgabe, vor der wir für das nächste Jahr stehen.

(Beifall)

Dann fragt man: Was ist denn bei euch so anders? Wieso ist denn plötzlich Nordrhein-Westfalen Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum? Das wird einer unserer Schwerpunkte sein. Annegret Kramp-Karrenbauer, Saarland, auch Strukturwandel, Land von Kohle und Stahl, hat im Jahr 2015 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum, Deutschland hat 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum, Nordrhein-Westfalen hat null Wachstum. Das liegt daran, dass der falsche wirtschaftspolitische Ansatz gewählt wird. Deshalb wollen wir, dass wir von erfolgreichen, unionsregierten Ländern auch in Nordrhein-Westfalen lernen.

Zweites Thema: Innere Sicherheit. Ihr habt alle die Kölner Silvesternacht erlebt. Ich ärgere mich bis heute noch über das Versagen der Polizei in dieser Silvesternacht, weil sie das gesamte Klima der Flüchtlings- und Integrationspolitik beschädigt haben durch einen falschen Einsatz. Wir wissen inzwischen, dass Polizei-Experten gesagt haben: Hätte man am Anfang, in der ersten Stunde durchgegriffen, wäre es so nicht eskaliert. Würde man keine No Go Areas im Ruhrgebiet zulassen, wird die Lage nicht eskalieren. Deshalb ist es unser Thema als CDU zu sagen: Wir sind zu denen, die schutzbedürftig sind, hilfsbereit. Wir wollen, dass der, der verfolgt ist, zu uns kommt. Aber wir greifen auch durch, wenn Täter sich nicht an geltendes Recht halten. Das gehört beides zusammen, und das wollen wir in Nordrhein-Westfalen wieder möglich machen.

(Beifall)

Da muss ich Respekt äußern vor dem Koalitionsvertrag in Hessen und Baden-Württemberg. Beides Länder mit den Grünen regiert, aber klare Aussagen zur Inneren Sicherheit; Body Cams, Schleierfahndung, kontrollierte Videoüberwachung, alles das, was hier in Nordrhein-Westfalen nicht möglich ist, machen Peter Beuth und Thomas Strobl als Innenminister in Koalitionen mit den Grünen. Deshalb ist meine Botschaft: Wir müssen in den Wahlkampf gehen, nicht mit Rücksicht auf Koalitionspartner, sondern mit CDU pur. Was ist unsere Position? Nicht schielen auf Koalitionen, dann sind wir am stärksten, und dafür bitte ich um Ihre Rückendeckung heute bei der Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Es folgt als Nächstes Thomas Strobl und danach Ursula von der Leyen.

(Beifall)

Thomas Strobl: Liebe Freundinnen und Freunde! Mit Ihrer Unterstützung und Ihrem Vertrauen würde ich gerne weiterhin als stellvertretender Bundesvorsitzender im Team mitarbeiten und mich einbringen. Ich möchte zwei Themen, die mir bedeutend erscheinen, ansprechen. Erstens: Wie sichern wir in Deutschland das Erreichte ab angesichts der großen Umbrüche, die wir haben um uns herum: Krieg vor den Toren Europas, im Nahen Osten, in der Ukraine, die Probleme in der Europäischen Union selber und die rasende Geschwindigkeit, wie die Digitalisierung die Welt verändert.

Die Digitalisierung verändert die Welt, und daran knüpft sich die zweite Frage: Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen angesichts der Tatsache, dass viele Menschen Ängste haben und dass es populistische Scheinangebote gibt. Auf beide dieser großen Fragen hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands die besseren Antworten. Wir bieten Lösungen an, wo andere polemisieren. Deutschland braucht Führung, Deutschland braucht Orientierung, und vor allem brauchen wir Verlässlichkeit. Wir haben eine krisenerprobte Bundeskanzlerin, wir positionieren uns hier in Essen inhaltlich sehr klar: Deutschland braucht Angela Merkel, und Deutschland braucht die Christlich Demokratische Union, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Am 13. März war in Baden-Württemberg Landtagswahl. Die CDU und die Grünen, wir haben uns nicht gesucht, aber wir haben uns gefunden. Obwohl der Ministerpräsident in Baden-Württemberg für unsere Bundeskanzlerin betet – was schön ist –, ist es nicht immer ganz einfach. Aber Armin Laschet hat das gerade zu Recht erwähnt: Wir machen eine Politik, die über ein schieres Zweckbündnis hinausgeht. Beispielsweise im Bereich der Inneren Sicherheit, wo wir unsere Polizistinnen und Polizisten personell stärken, in der Ausrüstung stärken – Stichwort Body Cams – und in den Möglichkeiten stärken. Oder dass wir diese sinnlosen Auseinander-

setzungen in der Schulpolitik über die Gemeinschaftsschule beendet haben und die Kinder in Baden-Württemberg wieder ordentlich Rechnen, Schreiben und Lesen lernen. Schon allein deswegen ist es wichtig, dass die CDU wieder dabei ist.

(Beifall)

Im kommenden Bundestagswahlkampf, das ist klar, kämpft jeder für sich und wir zu allererst für uns selber. Für den Tag nach der Wahl, das möchte ich hier doch sagen, brauchen wir mehr als die Option Große Koalition, weiter so. Das ist eine Frage auch der strategischen Klugheit.

(Beifall)

Vorher, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir aber Wahlen, zunächst im Saarland. Ich wünsche mir und werde alles, alles dafür tun, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihre erfolgreiche und tolle Arbeit als saarländische Ministerpräsidentin fortsetzen kann.

(Beifall)

Auch in Schleswig-Holstein, lieber Kollege Günther, es soll ein Rückenwind aus dem deutschen Süden für den hohen Norden nicht fehlen. Alles Gute für eine erfolgreiche Landtagswahl.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, jetzt sind wir hier in Nordrhein-Westfalen, und das möchte ich als jemand, der aus dem Süden kommt, einfach sagen. Es ist ja wirklich bemerkenswert, wie so ein großes und starkes Land wie Nordrhein-Westfalen inzwischen nahezu überall auf den letzten Plätzen rangiert: In der wirtschaftlichen Entwicklung, bei den Arbeitsplätzen, bei den Bildungschancen, in der Inneren Sicherheit. Das hat dieses bevölkerungsstärkste Land in Deutschland nicht verdient, und deswegen braucht Nordrhein-Westfalen wieder richtige Kraft. Armin Laschet als Ministerpräsident ist diese richtige Kraft für Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit der CDU. Wir werden euch unterstützen, wo immer wir nur können.

(Beifall)

Christlich Demokratische Union, das steht für unser christliches Menschenbild. Liebe Freundinnen und Freunde! Lasst uns für dieses christliche Menschenbild offensiv eintreten. Wir müssen das nicht verstecken. Das Bekenntnis dazu ist vielleicht sogar nötiger denn je. Demokratisch, lasst uns für unsere Demokratie eintreten und kämpfen gegen Rassismus, Nationalismus, Hass und Lüge. Wir heißen Christlich Demokratische Union, und die CSU heißt Christlich Soziale Union. Lasst uns den Unionsgedanken miteinander pflegen. Liebe Gerda, lieber Schraubinger Max, lieber Generalsekretär von der CSU, Andi Scheuer, lieber Manfred Weber! Gemeinsam sind wir nämlich stark, und gemeinsam werden wir das nächste Jahr auch

packen, die Christlich Demokratische Union gemeinsam mit der Christlich Sozialen Union. Auf geht's, packen wir es an!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Nun folgt Ursula von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Als ich mich zum ersten Mal auf einem Parteitag vorgestellt habe, habe ich gesagt, Ursula von der Leyen, verheiratet, sieben Kinder. Daran hat sich nichts geändert. Es hat sich viel geändert in der Zwischenzeit, nicht nur die Ämter, die ich bekleidet habe, sondern vor allen Dingen die Welt um uns herum. Die Bundesvorsitzende hat es vorhin skizziert, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, die Flüchtlingskrise, der Brexit, die Wahl in den USA, die Wahl in Österreich und jetzt Italien.

Wir sollten bei diesen Debatten niemals vergessen, wo wir auch hergekommen sind: Wir sind die Partei des Wiederaufbaus. Wir sind die Partei des Wirtschaftswunders. Wir wissen wie keine andere Partei, dass Leistungsbereitschaft und Ausgleich zusammengehören. Der soziale Ausgleich hat unser Land stark gemacht, hat Gemeinschaft geschaffen. Das unterscheidet übrigens Deutschland von den USA. Aber wir wissen auch wie keine andere Partei, dass wenn man etwas verteilen will, dann muss man es vorher auch erarbeiten. Das ist eine Grundregel der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Wir sind die Partei Europas. Es hat sich tief eingebrannt in unser Gedächtnis das Bild von Helmut Kohl und François Mitterrand über den Gräbern von Verdun. Wir sind die Partei der Einheit. Wir haben niemals den Glauben an die Einheit aufgegeben, während es andere gegeben hat, vor allen Dingen einen ultralinken Saarländer, der gesagt hat: Das wird nichts mehr. Wir haben immer daran geglaubt.

Jetzt, meine Damen und Herren, jetzt müssen wir die Partei sein, die Deutschland und die Europa wetterfest macht für die Globalisierung und für die Digitalisierung. Wir sind die Partei, die wie keine andere verstanden hat, dass unser Wohlstand auch davon abhängt, dass wir ein offenes Land sind und dass wir die Meinungsvielfalt haben. Die Bundesvorsitzende hat Recht: Es ist unerträglich, wenn man PEGIDA sieht, wie sie da diese Schilder hochhalten, „Wir sind das Volk“ und damit so tun, als könnten sie entscheiden, diese kleine Gruppe ist das Volk, und die hat eine Meinung. Nein! 80 Millionen Deutsche sind das Volk, und die haben viele unterschiedliche Meinungen. Das ist unsere Stärke, darauf sind wir stolz, denn das entsteht nur durch Freiheit.

(Beifall)

Die Populisten, und das ist ganz egal, ob von links oder von rechts, die kennen nur ihre Parolen: Abschotten, Abgrenzen. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, dadurch gewinnen wir nicht

Deutschlands Zukunft. Wir gewinnen Deutschlands Zukunft durch Neugierde, durch Offenheit, durch Bildungshunger, durch Forschergeist, durch Leistungsbereitschaft. Da rein müssen wir investieren und nicht ins Einigeln.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind die Partei der Sicherheit. Es war richtig, in diesem Jahr den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu diskutieren und durchzusetzen. Es ist vollkommen klar, dass unsere Polizei hervorragend ausgerüstet und ausgestattet sein muss. Aber wir haben Paris gesehen, wir haben Brüssel gesehen, und wenn es einen schweren Terroranschlag gibt katastrophischen Ausmaßes und die Polizei gerät an ihre Grenzen, dann wäre es doch absurd, wenn wir die französischen Streitkräfte oder das österreichische Bundesheer zur Hilfe holen würden. Das könnten wir nämlich, aber unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr würden in den Kasernen sitzen. Das würden die Menschen doch in keiner Form verstehen, und deshalb war es richtig, den Einsatz der Bundeswehr auch durchzusetzen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde! Wir sind ein großzügiges Land, wir sind ein großherziges Land, aber wir wollen auch Ordnung und Regeln. Genau das spiegelt dieser Leitantrag auch wider. Wir sind eben nicht die Grünen, die sicherlich jedes Problem am schönsten beschreiben können, aber wenn es dann darauf ankommt, Innere Sicherheit auch tatsächlich konkret durchzubuchstabieren, dann sind die Grünen hasenfüßig und kommen nicht ans Handeln. Wir wissen, was konkretes Handeln ist, die Grünen können nur beschreiben, und sie haben Angst vorm Handeln.

(Beifall)

Wir sind nicht wie die AfD, die Angstmacher, die Spalter, die Destruktiven. Wir sind nicht eine Partei wie die SPD, die sich wunderbar mit sich selbst, mit der Partei beschäftigen kann und darüber das Land vergisst. Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind vor allen Dingen nicht wie die Linken, die ja die personifizierte Empörung sind, wenn es darum geht, Einsätze der Bundeswehr im Ausland zu mandatieren. Aber wenn es darum geht, Russland zu fragen, wie es sich verhält, wenn es darum geht, das Bombardement in Aleppo zu stoppen, wenn es darum geht, dass Russland im Weltsicherheitsrat eine Waffenruhe in Aleppo mit China blockiert, meine Damen und Herren, dann bricht bei den Linken das große Schweigen aus, und das können wir nicht länger tolerieren.

(Beifall)

Ich bin fest überzeugt, dass wir gut gerüstet sind für das kommende Jahr. Wir sind eine Partei, die den Wandel sieht, die ihn aufnimmt, die ihn strittig diskutiert, aber die den Wandel sicher gestaltet. Wir sollten uns nicht kirre machen lassen, unsere Werte kommen nicht aus der Mode. Anstand kommt nicht aus der Mode. Gemeinschaft und Mitmenschlichkeit kommen nicht aus der Mode, die sind zeitlos, genauso wenig Leistungsbereitschaft. Wir wissen, was es heißt, den

Rahmen zu schaffen, dass Menschen aus eigener Kraft Verantwortung übernehmen können für sich und ihre Familie und aus eigener Kraft etwas schaffen können.

Meine Damen und Herren, deshalb sollten wir im kommenden Wahljahr nicht vergessen, dass wir immer noch diejenigen sind, die am besten das Kreuz durchdrücken können, die zusammenstehen, die wissen, wie man die Dinge zusammenhält, wenn es hart kommt, sowohl in Deutschland als auch in Europa. Dafür vertrauen uns die Menschen. Meine Damen und Herren, ich möchte mit Ihnen im nächsten Jahr dafür kämpfen, und deshalb bitte ich heute um Ihr Vertrauen dafür. Dankeschön.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Vor der Eröffnung des Wahlgangs darf ich noch auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen gelben Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Diese erhalten Sie von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer. Zweitens: Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden, also drei. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, in diesem Fall also fünf. Der Stimmzettel ist somit gültig, wenn entweder drei, vier oder fünf Kreuze gemacht worden sind. Drittens: Wie bereits erwähnt, ist in § 15 Statut ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge müssen ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und diese Wahl gültig ist. Dies sind bei fünf gewählten stellvertretenden Vorsitzenden mindestens zwei Frauen. Viertens: Ich darf nun fragen, ob alle Delegierten den großen gelben Stimmzettel erhalten haben. Wenn dies der Fall ist, eröffne ich jetzt den Wahlgang.

(Unterbrechung für vier Minuten)

Haben alle Delegierten die Chance gehabt, die Stimmzettel abzugeben? Sonst bitte ich die Stimmzettel noch mal hochzuhalten. – Da hinten links, bei der Nummer 1 sehe ich noch einen Stimmzettel. – Jetzt sehe ich von hier vorne keine Hinweise mehr und schließe damit den Wahlgang. Die Auszählung der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Deswegen unterbreiten wir Ihnen hier vom Tagungspräsidium aus den Vorschlag, während der Auszählung bereits die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen.

(Beifall)

Gibt es zu diesem Vorschlag Gegenstimmen? – Das sehe ich, ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist Dr. Philipp Murmann. Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie noch um Aufmerksamkeit für folgenden Hinweis: Erstens: Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem

orangefarbenen Stimmzettel mit der Nummer 2 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Um das zu illustrieren, das ist der orangene Stimmzettel mit der Nummer 2. Zweitens: Gültig sind Stimmzettel, auf die „Ja“ oder der Name „Philipp Murmann“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Drittens: Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig. Ich eröffne den Wahlgang.

(Unterbrechung für sieben Minuten)

Gibt es irgendwo noch Stimmzettel mit der Nummer 2, die noch nicht abgegeben wurden? – Ich sehe jetzt keine Hinweise mehr, dann schließe ich den Wahlgang für den Bundesschatzmeister. Ich bekam gerade eben den Hinweis, dass die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden auch schon ausgezählt ist und die Ergebnisse gleich hier vorne landen. Von daher werde ich sie auch gleich verkünden können.

(Unterbrechung für fünf Minuten)

Das angekündigte Ergebnis für die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden liegt vor. Wir hatten abgegebene Stimmen 963, ungültige Stimmen 3, gültige Stimmen 960. Die erforderliche Mehrheit beträgt 481 Stimmen. Um die Spannung zu nehmen, die Zahl haben alle Kandidaten erreicht. Ich lese jetzt in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen die Ergebnisse vor: Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Julia Klöckner mit 827 Stimmen und 86,15 Prozent Zustimmung.

(Beifall)

Volker Bouffier mit 820 Stimmen und einer Zustimmung von 85,42 Prozent.

(Beifall)

Armin Laschet mit 786 Stimmen, 81,88 Prozent Zustimmung.

(Beifall)

Thomas Strobl mit 709 Stimmen, 73,85 Prozent Zustimmung.

(Beifall)

Ursula von der Leyen mit 695 Stimmen und 72,4 Prozent Zustimmung.

(Beifall)

Ich frage jetzt die fünf Bewerber, ob sie die Wahl annehmen, ich gehe mal davon aus. Julia Klöckner? – Volker Bouffier? – Armin Laschet? – Thomas Strobl? – Ursula von der Leyen? Hier sind fünfmal „Ja“ vorne angekommen. Ich gratuliere im Namen des Tagungspräsidiums herzlich zur Wahl.

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Wir kommen dann zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4:

Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Für diese Wahl sind folgende Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen: Professor Monika Grütters, Annegret Kramp-Karrenbauer, Karl-Josef Laumann, Dr. Thomas de Maizière, David McAllister, Dr. Wolfgang Schäuble und Jens Spahn. Ich darf, bevor wir mit der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten beginnen, noch mal die Landesgeschäftsführer darauf hinweisen, dass im Büro der Stimmzählkommission jetzt die großen blauen Stimmzettel abzuholen sind, also bitte bei der Stimmzählkommission entsprechend die Unterlagen abzuholen. Ich gehe auch davon aus, dass eine Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gewünscht ist, und deshalb darf ich die Bewerberinnen und Bewerber um eine kurze Vorstellung in alphabetischer Reihenfolge bitten. Deshalb beginnt Professor Monika Grütters.

Prof. Monika Grütters: Liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren! Wir haben heute unsere Bundesvorsitzende mit einem sehr starken Ergebnis wiedergewählt. Ich habe die Freude und die Ehre, unter unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel als Staatsministerin für Kultur und Medien in der Regierung arbeiten zu dürfen. Mein Name ist Monika Grütters. Ich bin 54 Jahre alt und davon 37 Jahre in der CDU. Vor Ihnen steht eine bodenständige Bürgerliche, die im katholisch geprägten Münster in einer Großfamilie aufgewachsen ist. Vor Ihnen steht aber auch eine weltoffene Heimatverbundene, die die Metropole Berlin zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht hat. Und vor Ihnen steht ein bisschen sowas wie ein Münsteraner Herz mit Berliner Schnauze. Mein Vater sagt immer, ich sei immer herzlich, aber hart, wenn es mal drauf ankommt. Im Leben und in der Politik gibt mir die Orientierung am christlichen Menschenbild inneren Halt. Deshalb bin ich in der CDU, und deshalb engagiere ich mich auch im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Denn bei aller Freude und bei dem Stolz darauf, dass bei uns in dieser Gesellschaft in Deutschland, auch in Berlin so viel Vielfalt auch friedlich möglich ist, ich weiß wohl, dass viele das als Bedrohung empfinden. Ich glaube, wer seine eigenen Wurzeln und Werte kennt, deshalb ja auch das Motto unseres Parteitag, wer seine Werte kennt, der kann dem anderen und auch dem Fremden Raum geben, ohne sich dadurch bedroht zu fühlen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde! Meine CDU Berlin hat mich gerade zu ihrer neuen Landesvorsitzenden gewählt. Wir haben viel zu tun.

(Beifall)

Dankeschön. Wir haben viel zu tun. Es ist auch eine große Herausforderung, sich als Partei der Mitte zwischen linken Ideologien und rechten Ressentiments zu positionieren. Wir als CDU Berlin werden alles dransetzen, gegen Rot-Rot-Grün die bürgerliche Opposition zu sein. Wir

werden nicht schweigen, wenn Rot-Rot-Grün den Verkehr lahmlegt, Gymnasien schleift oder schlicht Gesetze bricht, weil ausreisepflichtige Asylbewerber nicht mehr abgeschoben werden sollen.

Ich bin sicher, dass die CDU Berlin wieder vorankommt und eine starke Stimme in der Hauptstadt sein wird. Natürlich hilft dabei die Verankerung in der Bundespartei. Dafür bitte ich Sie um Ihre Stimme. Vielen Dank!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Monika Grütters. Jetzt stellt sich Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer vor.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer: Frau Tagungspräsidentin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich heiße Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich bin Ministerpräsidentin des Saarlandes, und diese Arbeit will ich auch nach dem 26. März 2017 fortsetzen.

(Beifall)

Ich will sie fortsetzen, nicht weil es um mich geht, sondern weil es darum geht, dass wir, was wir als CDU in langen Regierungsjahren im Saarland positiv vorangetrieben haben, diese Arbeit fortsetzen können im Interesse der Menschen im Saarland, und dass wir dieses Land nicht Rot-Rot-Grün überlassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich engagiere mich innen für unsere Partei im Präsidium als stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union und als Landesvorsitzende der CDU Saar. Das tue ich deshalb, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir gemeinsam nur erfolgreich sein können, wenn wir stark auf allen Ebenen sind, auf der Bundesebene, auf den Länderebenen und vor Ort in den Kommunen. Dafür müssen wir gemeinsam antreten, gerade im Jahr 2017, denn wir spüren: Es kommt auf uns an, und wir dürfen das Land nicht den anderen überlassen.

Die Rede unserer Vorsitzenden heute Morgen, die ehrliche Aussprache, aber auch das Ergebnis von Angela Merkel, die Stimmung auf diesem Parteitag, sie geben uns im Saarland, sie geben mir den Rückenwind, den wir brauchen, um die Wahl erfolgreich gestalten zu können. Liebe Freundinnen und Freunde, ich kann euch eins versichern: Mit diesem Rückenwind werden wir im Saarland alles daran setzen, damit wir am 26. März gewinnen, und damit wir sagen können: Das ist die Steilvorlage für die Freundinnen und Freunde in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, und das ist die Steilvorlage für Angela Merkel und für uns alle bei der Bundestagswahl 2017. Vielen Dank!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annegret Kramp-Karrenbauer, und jetzt kommt Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Mein Name ist Karl-Josef Laumann. An meinen Daten hat sich seit dem letzten Parteitag nicht viel verändert. Ich bin, Gott sei Dank, immer noch verheiratet. Meine drei Kinder sind auch noch da. Neu ist, dass ich seit dem 2. August auch ein kleines Enkelkind habe.

(Beifall)

Parteipolitisch engagiere ich mich als CDA-Bundesvorsitzender im Präsidium und als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen. In den letzten drei Jahren war der Schwerpunkt meiner Arbeit, dass ich mich um die Pflegereform gekümmert habe. Ich finde, an diesem Beispiel kann man sehr gut deutlich machen, was der Unterschied einer CDU-Sozialpolitik zu einer SPD-Sozialpolitik ist. Die SPD rennt immer zu denjenigen, die am lautesten schreien, wir gehen zu denjenigen, die die meiste Hilfe brauchen.

(Beifall)

Ich habe in diesen drei Jahren auch gelernt, dass wir auch als Politiker gut beraten sind, viel Anerkennung und Respekt für die Menschen zu haben, die sich in Deutschland um die 2,7 Millionen pflegebedürftigen Menschen kümmern, ob sie das in den Familien tun oder beruflich. Wenn wir übers Gesundheitssystem reden, dann glaube ich, sollten wir nicht immer nur über Ärzte und Apotheker reden. Auch die Pflegekräfte sind ein ganz wichtiger Bestandteil des Gesundheitssystems in Deutschland.

(Beifall)

Was ich in den nächsten neun Monaten machen werde, ist: Ich werde fleißig unterwegs sein. Es gibt in Deutschland 1,2 Millionen Pflegekräfte, und ich finde, unser Ziel muss sein, dass möglichst viele davon auch die CDU bei den Wahlen in den Ländern und im Bund ankreuzen.

Zweiter Punkt ist – der mich sehr umtreibt –, das ist die Frage der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Immer, wenn ich in den ländlichen Regionen unterwegs bin, in den Dörfern, wird man auf das Thema angesprochen, dass oft zwei Drittel der Hausärzte über 60 Jahre alt sind. Wir haben dazu morgen ja auch Anträge vorliegen. Wir müssen in den Bundesländern etwas tun, dass wir aus dem medizinischen Ausbildungssystem mehr Allgemeinmediziner bekommen, als wir bislang hatten. Und wir als CDU müssen auch Garant dafür sein, dass die Landbevölkerung genauso gut ärztlich versorgt ist wie die Stadtbevölkerung. Das ist ein großer Auftrag, den wir gemeinsam lösen müssen.

(Beifall)

Dann will ich gerne einen dritten Punkt ansprechen, der mich umtreibt. Ich finde, wir als CDU müssen immer stärker auch in Deutschland Anwalt der industriellen, der gewerblichen Arbeitsplätze sein. Ich finde, deswegen muss für uns in der Politik klar sein, dass die duale Ausbildung und die Ausstattung der Berufsschulen für CDU genauso viel Priorität hat wie die Studierenden an Universitäten und die Ausstattung der Universitäten.

(Beifall)

Dann will ich einen weiteren Punkt sagen: Wenn ich an den Parteitag der Grünen in Münster denke, was die alles zu Wirtschaft und Industrie vorgeschlagen haben, das würde am Ende uns viele industrielle Arbeitsplätze kosten. Aber industrielle Arbeitsplätze sind in der Regel Arbeitsplätze mit einer hohen Wertschöpfung, mit guten Löhnen, die einen Riesenbeitrag auch zur Finanzierung unseres sozialen Sicherungssystems leisten. Ich finde, CDU muss für gewerbliche Wirtschaft und industrielle Arbeitsplätze in diesem Land stehen, ohne Wenn und Aber, weil es eben auch gute Arbeitsplätze sind.

(Beifall)

Dann gehört auch dazu, dass wenn wir erfolgreich sein wollen, wenn wir exportieren wollen, dann müssen wir auch für ein weltoffenes Deutschland sein und für freien Handel in Europa. Wir Deutschen profitieren sehr von diesen freien Märkten, und auch unsere Wohlstandsfrage hängt daran, wie es in Europa weitergeht. Deswegen ist Europapolitik ganz konkrete Wirtschaftspolitik und auch Arbeitnehmerpolitik.

(Beifall)

Für diese Themen möchte ich gerne in den nächsten Jahren arbeiten. Wenn Sie denken, dass so eine Type wie ich im Präsidium mit dabei sein soll, dann müssen Sie mich halt auch ankreuzen. Schönen Dank!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. Jetzt stellt sich vor Dr. Thomas de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière: Liebe Freunde! Ich bin Thomas de Maizière, 62 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, bin Bundesminister des Innern. Ich möchte für das Präsidium kandidieren, weil ich glaube, ich kann einen Beitrag leisten, und ich will das auch tun, in unserem obersten Führungsgremium für Sicherheit zum Thema Flüchtlinge und zum Thema Schutz Rechtsstaat und Freiheit im Internet. Das werden – wir haben es heute gehört – zentrale Themen des Wahlkampfes, und es sind zentrale Themen für unsere Zukunft. Ich möchte gar nicht so jetzt über Inhalte reden – das werden wir vielleicht morgen noch tun –, sondern zwei Bemerkungen machen, wie wir Politik verstehen und wie ich Politik verstehe.

Die erste Bemerkung bezieht sich auf die sogenannte postfaktische Gesellschaft. Da gibt es Leute, die sagen, wir leben in der postfaktischen Gesellschaft. Liebe Freunde, lassen wir uns das nicht einreden. Manche möchten vielleicht, dass wir in einer postfaktischen Gesellschaft leben. Ich möchte das nicht, und wir leben nicht in einer postfaktischen Gesellschaft.

(Beifall)

Natürlich können wir, die Bundeskanzlerin und ich und andere, vielleicht ein bisschen emotionaler sein. Der Bischoff Overbeck hat uns heute gesagt, wir sollen viele Geschichten erzählen. Das ist wahr, biblische Geschichten, da kann man viel dran lernen. Aber Wahrheit bleibt Wahrheit, und Lüge bleibt Lüge. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, dass wir diese Unterscheidung aufgeben.

(vereinzelt Beifall)

Ich möchte auch nicht, dass wir in einer Welt leben, in der nur Algorithmen politische Meinungen bestimmen. Ich finde, wir müssen weiter daran arbeiten, dass hinter jeder Meinung ein Mensch steht und keine Maschine.

(Beifall)

Die zweite Bemerkung hat ein bisschen damit zu tun. Ich glaube, in dem Wahlverfahren, in den Wahlergebnissen in Amerika, anderswo, in Italien, in England, da liegt auch eine Chance für uns, wenn wir sie richtig nutzen. Was meine ich damit? Ich glaube, es gibt eine Mehrheit in Deutschland, die möchte, dass es in Deutschland anders ist und anders bleibt. Ich glaube, dass es eine Mehrheit in Deutschland gibt, die will, dass wir anständig miteinander umgehen, dass wir Respekt voreinander haben, auch im Wahlkampf, auch mit dem politischen Gegner. Davon bin ich fest überzeugt. Ich glaube, dass wir eine Renaissance der Volksparteien erleben können. Ich glaube nicht, dass wir in Deutschland wollen, dass jeder nur an sich denkt, sondern dass es Volksparteien gibt, die das Ganze in den Blick nehmen, die nicht Einzelinteressen bedienen, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft eintreten. Ich glaube daran. Wenn die SPD nicht mitmacht, dann sind wir eben nur noch die einzige große Volkspartei in Deutschland, aber es ist unsere historische Aufgabe.

(Beifall)

Ich glaube, dass in schwierigen Zeiten, in denen wir sind, auch in Wahlen, Zuverlässigkeit zählt, Ergebnisse und Seriosität zählen. Das lasse ich mir von keiner modernen Werbeagentur ausreden. Ich will einen Beitrag dazu leisten, so wie ich es kann, hart und konsequent in der Sache, wenn und wo es nötig ist, fair und kameradschaftlich im Umgang miteinander, vor allem unter uns, fest verankert im christlichen Glauben, stolz auf unser Land, neugierig auf Zukunft. Ich habe keine Angst vor der Zukunft. Wer Angst schürt, stiftet kein Vertrauen. Ich bin Bundes-

minister des Innern, ich habe verdammt viele Sorgen, glauben Sie mir das, viel mehr als Sie vielleicht, aber keine Angst, sondern ich bin neugierig auf Zukunft. Mich trägt die Zuversicht, die Zuversicht von Freiheit und Sicherheit.

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidentin: Herzlichen Dank, Minister Dr. de Maizière. Jetzt spricht David McAllister zu uns.

(Beifall)

David McAllister: Frau Präsidentin, Frau Bundeskanzlerin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe CDU-Freunde! Mein Name ist David McAllister, ich bin 45 Jahre alt, verheiratet, meine Frau und ich, wir haben zwei Töchter und wir leben im Landkreis Cuxhaven an der niedersächsischen Nordseeküste. Ich bin Abgeordneter des Europäischen Parlaments und seit 28 Jahren Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Letztes Wochenende am Samstag in Hameln habe ich nach acht Jahren den Landesvorsitz der CDU in Niedersachsen abgegeben, und kaum einer im Saal hat sich so sehr gefreut wie ich selber, dass mein Nachfolger Bernd Althusmann, unser früherer Kultusminister, mit einem sensationellen Ergebnis von über 98 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden der CDU Niedersachsen gewählt wurde.

(Starker Beifall)

Ich bitte Sie und euch alle aus den anderen Landesverbänden, dass Sie Bernd Althusmann als neuen Vorsitzenden der CDU Niedersachsen genauso herzlich aufnehmen, wie ich das vor acht Jahren hier in der Bundespartei erleben durfte. Wir kämpfen dafür, dass es am 14. Januar 2018 bei der ersten großen wichtigen Landtagswahl im Jahre 2018 dann auch einen Regierungswechsel in Niedersachsen gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde! Seit nunmehr fast zweieinhalb Jahren darf ich Mitglied als Beisitzer im Präsidium sein. Ich kümmere mich in dieser Funktion vor allen Dingen um unsere internationalen Kontakte zu den europäischen Schwesterparteien, aber auch zu den Parteien außerhalb des europäischen Kontinents. Diese Aufgabe im Präsidium lässt sich gut verbinden mit der großen Ehre, einer der Vizepräsidenten der europäischen Volkspartei und der International Democrat Union zu sein. Was viele Delegierte nicht notwendigerweise sofort mitbekommen: Auch auf diesem Parteitag sind über 160 Gäste aus vielen Ländern Europas und darüber hinaus aus der ganzen Welt zu Gast, Abgeordnete, Staatssekretäre, Minister. Ich möchte an dieser Stelle ein ausdrückliches Wort des Dankes sagen an das internationale Sekretariat in der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit Bertil Wenger, aber auch an unsere Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, dass sie die-

se internationalen Kontakte ermöglichen. Alle internationalen Gäste sind uns ganz herzlich willkommen im Kreise der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Liebe Freunde! Ich engagiere mich im Europäischen Parlament und bin im CDU-Präsidium zusammen mit unserem CDU/CSU-Gruppenvorsitzenden Herbert Reul und unserem Kommissar Günther Oettinger auch eine Schnittstelle zwischen der Bundes-CDU und unserer Arbeit als EVP in Brüssel und Straßburg. Wir haben es heute von Joseph Daul, Angela Merkel und anderen gehört, die Lage der Europäischen Union, sie ist nicht einfach. Nein, die Europäische Union befindet sich in einer schwierigen Lage: Russland, Türkei, der Nahe Osten, die Lage im nördlichen Afrika, die Migrationswellen, die ungelösten ökonomischen Probleme in Teilen der Euro-Zone, der wachsende Populismus und der Nationalismus, das sind alles große Herausforderungen für uns in Deutschland und für uns in der Europäischen Union.

Hinzugekommen ist seit dem 23. Juni auch die knappe Mehrheit der Abstimmungsberechtigten im Vereinigten Königreich, die die Europäische Union verlassen wollen. Ich schaue meinen Freund Greg Hands an – an dir hat es ja nicht gelegen, du hast ja auf der richtigen Seite gekämpft. Aber wenn wir immer sagen in Deutschland, es war eine knappe Mehrheit der Briten, die sich entschieden haben, wir sollten schon präzise sein, es war eine knappe Mehrheit der Engländer, die uns das eingebracht hat. Denn die Schotten haben mit 62 Prozent für Europa gestimmt, und das sind eben auch ordentliche und gute Leute.

(Beifall)

Deshalb setze ich mich mit anderen Kollegen aus dem Europäischen Parlament und aus den anderen Ebenen dafür ein, dass die Europäische Union jetzt die Prioritäten richtig setzt für Wachstum und Arbeit, den Binnenmarkt zu vollenden, weitere Freihandelsabkommen abzuschließen, Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen, die Digitalisierung des Binnenmarktes voranzubringen, die Energieunion voranzubringen, mehr Gemeinsamkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr Gemeinsamkeit im Kampf gegen den internationalen Terror.

Ich sage euch und Ihnen eines: Wir, die Christlich Demokratische Union sind stolz darauf, dass wir die Europa-Partei Nummer Eins in Deutschland sind. Wir sind die Partei von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel. Und all denjenigen, den Populisten von ganz links wie von ganz rechts, sagen wir: Wir können über Details der Europa-Politik diskutieren – ja, Europa muss in manchem besser werden –, aber was wir nicht akzeptieren, ist, dass dieses großartige Projekt der Europäischen Union, dieses Projekt des Friedens, der Freiheit und des wirtschaftlichen Wohlstandes von Links- und Rechtspopulisten in diesem Land kaputtgeredet wird. Da stehen wir Christdemokraten auf und da kämpfen wir auch in diesem Wahljahr 2017. Vielen Dank!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, David McAllister. Jetzt wäre Dr. Wolfgang Schäuble mit seiner Vorstellung dran. Er kann heute nicht hier sein, weil er bei der Euro-Gruppe und zum EcoFin in Brüssel ist, immer im Dienst für unser Land. Aber unsere Bundeskanzlerin und Vorsitzende will gerne ein paar Worte zu seiner Kandidatur sagen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Norbert Lammert hat mich gerade aufgefordert, etwas Nettes zu sagen.

(Heiterkeit)

Erstens hat mich Wolfgang Schäuble gebeten, Sie alle recht herzlich zu grüßen. Er wird heute am frühen Abend zu uns kommen. Er ist jetzt heute beim Rat für Wirtschaft und Finanzen. Sie alle kennen, und ich vermute, die allermeisten schätzen auch Wolfgang Schäuble. Er steht maßgeblich dafür, dass wir zum vierten Mal in Folge keine neuen Schulden machen im Jahre 2017, dass wir in die Zukunft investieren können, und das ist eine tolle Leistung.

(Beifall)

Ich darf ganz persönlich sagen, dass ich gerne mit Wolfgang Schäuble zusammenarbeite, sowohl im Bundeskabinett als auch im Präsidium der CDU. Mit seiner politischen Erfahrung, seinem klaren Wertekompass, seiner klugen Weitsicht ist er für uns im Präsidium, aber auch für die gesamte CDU ein großer Gewinn und eine verlässliche Größe. Für mich besteht kein Zweifel: Wolfgang Schäuble hat einen festen Platz im Präsidium der Christlich Demokratischen Union, und deshalb schlage ich ihn für eine weitere Amtsperiode als Beisitzer im Präsidium vor. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Dann kommen wir zur letzten Vorstellung in diesem Wahlgang, Jens Spahn hat das Wort.

(Beifall)

Jens Spahn: Frau Vorsitzende, liebe Freundinnen und Freunde! Wir spüren, es sind politische Zeiten – es ist schon mehrfach heute erwähnt worden – und auch polarisierte Zeiten. Es sind aber damit auch Zeiten, in denen wir die Chance haben mit klaren Aussagen und klaren Positionierungen und in denen wir auch die Unterschiede herausarbeiten, Menschen wieder für uns zu begeistern. Man hört ja öfter mal, es wäre manchmal gar nicht mehr so leicht, die Unterschiede zu erkennen. Ich will Ihnen einfach nur mal ein paar Punkte sagen, wo ich es ziemlich leicht finde, Unterschiede zu erkennen. Rot-Rot-Grün will die Steuern erhöhen. Egal welche Art von Steuern, sie wollen die Steuern erhöhen, weil sie mit Rekordsteuereinnahmen nicht auskommen. Sie wollen die Bürger weiter schröpfen. Wir wollen Steuern senken. Wir wollen in Zeiten, wo wir Überschüsse haben, denjenigen, die hart arbeiten, die den Laden am Laufen

halten, Polizisten, Krankenschwester, Arbeiter, dann, wenn sie Überstunden machen und heute schon einen Spitzensteuersatz zahlen, mehr von ihrem Erarbeiteten lassen. Wir stehen dafür, dass Leistung sich lohnt, und das ist ein klarer Unterschied, für den man kämpfen kann, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Rot-Grün macht hier in Nordrhein-Westfalen Schulden. In Zeiten von Rekordeinnahmen und niedrigen Zinsen werden hier Schulden gemacht, als gäbe es kein Morgen. Das ist in anderen Ländern, wo Rot-Grün regiert und Rot-Rot-Grün regiert, genauso. Wir zeigen in Berlin, dass wir nach 45 Jahren, in denen wir jedes Jahr Schulden gemacht haben, es geschafft haben, mittlerweile im dritten Jahr infolge nicht nur keine Schulden zu machen, sondern Überschüsse zu machen. Unsere Finanzplanung sagt, dass wir sieben Jahre in Folge bis 2020 keine Schulden machen werden, Überschüsse machen werden. Und zwar nicht, weil die schwarze Null für uns irgendein Fetisch ist, sondern weil es dabei um Generationengerechtigkeit geht, weil es darum geht, künftigen Generationen Spielraum zu lassen, gerade in Zeiten, wo es gut läuft. Und wer wissen will, wie es einen Unterschied macht, ob Christdemokraten den Finanzminister stellen oder Sozialdemokraten, der muss nur Düsseldorf und Berlin vergleichen, und schon sieht man den Unterschied. Auch auf den sollten wir öfter hinweisen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn hier in Nordrhein-Westfalen ein Polizist in den Einsatz geht, und es wird mal hart und knibbelig, es geht vielleicht auch mal etwas schief, dann kann sich der Polizist in Nordrhein-Westfalen auf eins verlassen: Sein Dienstherr, der Innenminister wird der Erste sein, der mit dem Finger auf ihn zeigt. Wenn in Baden-Württemberg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Bayern oder auch in Hessen ein Polizist in den Einsatz geht, dann kann er sich darauf verlassen, dass sein Innenminister, dass Peter Beuth, dass Thomas Strobl, dass Lorenz Caffier am Ende hinter ihm stehen, und all die anderen Minister, die wir haben, weil wir wissen, diese Polizisten halten für uns den Kopf hin. Die einen wollen eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten, weil sie sie für die eigentlichen Täter halten. Wir wissen, dass die Polizisten diejenigen sind, die gerade die Schwächeren schützen. Wir stehen hinter ihnen, und das ist ein klarer Unterschied zu Rot-Rot-Grün, und auch den kann man deutlich machen.

(Beifall)

Es gibt Abgeordnete der Grünen im Bundestag, die sagen zu Deutschen, die sagen, ich kann in meiner Straße, in meinem Viertel manchmal gar nicht mehr verstehen, was gesagt wird: Dann lernt doch Arabisch. Wir sagen, dass Sprache, dass Deutschlernen Voraussetzung dafür ist, dass Integration gelingen kann. Wissen Sie, jemand, der hier nach Deutschland kommt als Flüchtling oder auch als jemand, der hier einwandert, der kommt in ein Land, das so viele Chancen bietet.

Aus einem syrischen Flüchtlingskind kann in diesem Land eigentlich alles werden, weil wir viele, viele Chancen bieten, aber ich finde, dafür dürfen wir auch etwas erwarten. Dafür dürfen wir erwarten, dass die Regeln, die wir hier haben, eingehalten werden.

Aber das ist auch noch nicht genug. Wissen Sie, an Recht und Gesetz muss sich jeder Tourist halten. Es geht darum, ob man sich als Teil der Gemeinschaft verstehen will, ob man dazugehören will, ob man mitmachen will. Das drückt sich auch darin aus, ob man die deutsche Sprache lernen will. Wir wollen die Leitkultur als einigendes Band für unsere Gesellschaft, die anderen wollen Multikulti. Klarer Unterschied, kann man im Wahlkampf rausarbeiten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Im Grunde geht es ja beim Personal weiter. Wissen Sie, wenn Sie Rot-Rot-Grün kriegen, kriegen Sie Sigmar Gabriel als Kanzler, Sahra Wagenknecht als Finanzministerin, Ralf Stegner als Innenminister und Claudia Roth als Verteidigungsministerin.

(Pfiffe)

Wenn Sie CDU/CSU wählen, kriegen Sie Angela Merkel als Kanzlerin, Thomas de Maizière als Innenminister, Wolfgang Schäuble als Finanzminister und Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin. Das ist eine Alternative und wir haben die bessere, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall mit Pfiffen)

Abschließend noch einen Punkt, ist schon öfter angesprochen worden. Die Populisten von links und rechts wollen Angst schüren: Rentenangst, Angst vor Überfremdung, Zukunftsangst. Sie wollen am Ende über Probleme reden, um sie auszuschlachten. Wir reden über Probleme, wir wollen Probleme klar und deutlich und auch ehrlich, wo es sein muss, benennen, um sie zu lösen und am Ende mit der nötigen Zuversicht, mit dem Willen zu gestalten, auch Veränderung zu gestalten, daran gehen. Lassen Sie uns gegen den Pessimismus der Populisten den Optimismus der Tüchtigen setzen, diejenigen, die mit Zuversicht daran gehen. Dann, glaube ich, können wir auch wieder verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen, weiteres Vertrauen hinzugewinnen und vor allem einen Unterschied machen zu den anderen, und dann werden wir am Ende in den nächsten zehn Monaten auch erfolgreich sein. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Die Vorstellung ist damit abgeschlossen. Ich darf, bevor wir in den Wahlgang eintreten, Ihnen noch folgende Hinweise geben: Zunächst, die Wahl erfolgt auf dem großen blauen Stimmzettel. Ich gehe davon aus, dass mittlerweile alle Delegierten den blauen Stimmzettel erhalten haben. Wenn

nicht, bitte bei Ihrem Landesgeschäftsführer melden. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Das sind bei der Wahl der Beisitzer im Präsidium vier Kandidaten. Sie dürfen höchstens so viele Kandidaten ankreuzen, wie zu wählen sind, also in diesem Fall sieben Personen. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn Sie vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten ankreuzen. Bitte denken Sie auch hier daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit wir auch das Frauenquorum erfüllen. Das wäre bei diesem Wahlgang bei mindestens zwei Frauen der Fall. Bitte treffen Sie Ihre Wahl, und dann bitte ich die Stimmzählkommission mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Ich eröffne den Wahlgang.

(Unterbrechung für vier Minuten)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Darf ich Sie mal bitten, einfach die blauen Stimmzettel hochzuhalten, wenn noch welche im Raum sind, die nicht abgeholt wurden. Dann schließe ich diesen Wahlgang und bitte die Stimmzählkommission, mit dem Auszählen zu beginnen.

Ich darf Ihnen ein Wahlergebnis bekanntgeben, das Wahlergebnis zur Wahl des Bundesschatzmeisters: Abgegebene Stimmen 805, ungültige Stimmen hatten wir keine, es gab 4 Enthaltungen und damit gültige abgegebene Stimmen 801. Die erforderliche Mehrheit beträgt 401 Stimmen. Auf Philipp Murmann entfielen 795 Ja-Stimmen, das sind 99,3 Prozent.

(Jubel und Beifall)

Der Ordnung halber 6 Nein-Stimmen. Damit ist Dr. Philipp Murmann zum Bundesschatzmeister gewählt, und ich darf Philipp Murmann fragen, ob er die Wahl annimmt. – Er hat. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute für dieses verantwortungsvolle Amt und damit auch für die Sicherheit der Finanzierung unserer Arbeit.

Liebe Delegierte! Die Auszählung der Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums wird jetzt einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb schlägt Ihnen das Tagungspräsidium vor, dass wir während der Auszählung bereits die Wahl des Mitgliederbeauftragten durchführen, den wir ja nach unserem Parteitagsbeschluss „Meine CDU 2017“ im letzten Jahr beschlossen haben. Ich darf Sie fragen, ob Sie dagegen Einwände haben, dass wir das tun. Nein, das ist nicht der Fall. Dann darf ich das Tagungspräsidium übergeben an meine Kollegin Christina Schwarzer.

Christina Schwarzer, Tagungspräsidium: Ich rufe auf den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.5:

Wahl des Mitgliederbeauftragten

Vorgeschlagen ist hier unser Freund Henning Otte. Ich gehe davon aus, dass eine kurze Vorstellung von ihm gewünscht ist und bitte Henning Otte, sich kurz vorzustellen.

(Vereinzelt Beifall)

Henning Otte: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Damen und Herren Delegierte des 29. Bundesparteitages! Ich bin Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Kreisverbandes in Celle. Mit meiner Frau habe ich vier Kinder, und wir leben in der Lüneburger Heide. Ich bewerbe mich heute bei Ihnen als Mitgliederbeauftragter der Bundes-CDU, weil ich davon überzeugt bin, dass wir die Mitglieder unserer CDU jetzt und zukünftig noch stärker in den Mittelpunkt unserer Parteiarbeit stellen, denn sie sind das Herzstück unserer Partei, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich will in dieser Funktion meinen Beitrag dazu leisten, dass wir als CDU in Deutschland zukünftig die Volkspartei bleiben und die Regierungspartei Nummer Eins bleiben. Dies geht nur, wenn wir in allen Landesverbänden, in den Städten und im ländlichen Raum gleichermaßen feste und aktive Mitgliederstrukturen gewährleisten können. Zusammen mit den Mitgliederbeauftragten in den Kreisverbänden, Ortsverbänden, aber insbesondere mit den Beauftragten der Landesverbände möchte ich zusammen mit Frank Niebuhr, dass wir im Konrad-Adenauer-Haus nachhaltige Konzepte weiterentwickeln, damit sich unsere Mitglieder noch besser eingebunden fühlen und wir neue Mitglieder gewinnen. Liebe Delegierte, insbesondere beim Werben um noch mehr junge Leute und noch mehr Frauen müssen wir als Partei besser und attraktiver werden. Da setze ich auch auf die Zusammenarbeit mit der Frauen Union und mit der Jungen Union, damit wir dieses gemeinsam erreichen.

(Beifall)

Auf einer jährlichen Mitgliederkonferenz wollen wir neue Instrumente zur Parteiarbeit entwickeln oder weiterentwickeln. Hier hat unser Generalsekretär Peter Tauber im Bereich der neuen Medien insbesondere bereits viele wichtige Akzente gesetzt. Wir haben in Niedersachsen durchaus in stürmischen Zeiten wieder erreicht, dass wir stärkste politische Kraft bei der Kommunalwahl geworden sind, und wir haben in meiner Kreisstadt Celle wieder das Amt des Oberbürgermeisters zurückerobert, auch weil wir zugehört haben, und das müssen wir mit den Mitgliedern auch erreichen. Ich danke Ihnen, Frau Bundeskanzlerin und Vorsitzende, sehr herzlich für Ihren persönlichen Beitrag und Ihre Unterstützung bei diesem Wahlkampf.

Es bleibt dabei: Immer wenn die CDU regiert, dann geht es den Menschen in unserem Land besser. Reichte vielleicht früher die Devise, Vater, Mutter, Tochter und auch Sohn, alle wählen die Union, dann müssen wir heute weiterdenken. Wir müssen mutiger denken. Wir brauchen den Input unserer Mitglieder aus allen gesellschaftspolitischen Teilen, progressive wie konservative, von den jungen Eltern und auch der alleinerziehenden Mutter, die beide neben der Arbeit liebevoll ihre Kinder umsorgen, über den Neustaatsbürger und den ehrenamtlichen Vorsitzenden des Traditionsvereins vor Ort.

Liebe Delegierte! Wir haben diese Potenziale in unserer Partei. Ich nenne hier beispielhaft meine Kollegen Cemile Giousouf und Heinrich Zertik, denen es durch ihr eigenes Beispiel gelungen ist, Menschen für uns zu gewinnen, und die unsere Partei bereichern. Dazu zählt für mich in ganz besonderer Weise jemand, der mich seit meinen ersten Kindheitsschritten begleitet, und dessen Kreisvorsitzender ich heute sein darf, nämlich unser Gründungsmitglied Günter-Helge Strickstrack. Lieber Helge, schön dass du da bist.

(Vereinzelt Beifall)

Uns verbinden gemeinsam die Werte für Freiheit, für Verantwortung, und wir wollen, dass wir weiterhin als CDU stark bleiben für ein starkes Deutschland in Europa. Ich weiß aber auch als langjähriger Verbandsvorsitzender, dass es nicht immer leicht ist, neue Mitglieder zu gewinnen. Es ist anspruchsvoll, aber umso mehr setzen wir auf Ihre Erfahrung. Wir setzen auf die guten Beispiele und wollen dies im Konrad-Adenauer-Haus weiter koordinieren. Sie, meine Damen und Herren, sind als Delegierte Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Sie leisten eine sehr wertvolle und wichtige Arbeit für die Demokratie, für unser Land und für unsere Partei, die CDU. Wenn auch Sie wie ich der Meinung sind, dass Mitglied der CDU zu sein, eines der schönsten Gefühle ist, die man haben kann, und wir dieses Gefühl mit vielen Menschen teilen wollen, dann bitte ich um Ihr Vertrauen, um Ihre Stimme und Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christina Schwarzer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Henning Otte. Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise: Die Wahl des Mitgliederbeauftragten wird mit dem roten Stimmzettel Nummer 3 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen „Ja“ oder der Name, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig. Ich eröffne daher den Wahlgang.

(Unterbrechung für drei Minuten)

Gibt es noch Delegierte, die noch ihren Zettel haben? Ich sehe keine roten Zettel mehr, dann schließe ich hiermit den Wahlgang und bitte um Auszählung. Da uns das Ergebnis zur Wahl des Präsidiums noch nicht vorliegt, unterbreche ich kurz den Parteitag. Aber ich bitte alle Delegierten im Saal zu bleiben.

(Unterbrechung für acht Minuten)

Sie dürfen sich alle wieder Ihren Platz suchen. Ich habe ein Ergebnis zu verkünden. Es geht um die sieben Mitglieder des Präsidiums. Wir haben insgesamt 936 abgegebene Stimmen, 1 ungültige Stimme, d. h. wir haben 935 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 468. Die

gute Nachricht ist, alle haben diese Anzahl erreicht. Genau, kleiner Beifall ist schon mal ganz gut.

(Beifall)

Als Präsidiumsmitglieder wurden gewählt: Dr. Wolfgang Schäuble, auf ihn entfielen 829 Stimmen. Wolfgang Schäuble wurde gewählt mit 88,6 Prozent.

(Beifall)

Frau Annegret Kramp-Karrenbauer wurde gewählt mit 797 Stimmen, 85,24 Prozent.

(Beifall und Rufe)

David McAllister wurde gewählt mit 769 Stimmen und 82,25 Prozent.

(Beifall und Rufe)

Dr. Thomas de Maizière wurde gewählt mit 750 Stimmen, 80,21 Prozent.

(Beifall)

Karl-Joseph Laumann wurde gewählt mit 731 Stimmen, 78,18 Prozent.

(Beifall)

Jens Spahn wurde gewählt mit 659 Stimmen, 70,48 Prozent.

(Beifall)

Frau Professor Monika Grütters wurde gewählt mit 658 Stimmen, 70,37 Prozent.

(Beifall)

Das Tagungspräsidium gratuliert recht herzlich. Frage kurz: – Wolfgang Schäuble hat sicherlich schriftlich erklärt, dass er annimmt – Frau Kramp-Karrenbauer, Sie nehmen an? – David, du nimmst auch an? – Herr de Maizière? – Nimmt auch an. Herr Laumann? – Eine laute Stimme. Jens Spahn? – Ja. Und Moni Grütters? – Ich sehe dich winken, sehr gut. Dann herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Die Stimmzählkommission war sehr fleißig. Wir haben auch ein Ergebnis zur Wahl des Mitgliederbeauftragten. Hier haben wir 719 abgegebene Stimmen. Leider waren vier ungültig, Enthaltungen gab es 14. Somit hatten wir 701 gültige Stimmen. Die Mehrheit beträgt daher 351 Stimmen. Auf den Kandidaten Henning Otte entfielen 642 Stimmen, das macht 91,6 Prozent. Lieber Henning Otte, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Nehmen Sie die Wahl an? – Da, jetzt sehe ich Sie. Sehr gut. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Ich gebe jetzt weiter an Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich rufe jetzt auf TAGESORDNUNGS-PUNKT 16.6:

Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes liegen uns die Bewerbungen vor, die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten befinden sich in Ihren Tagungsunterlagen. Wir möchten allen Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit geben, sich den Delegierten kurz vorzustellen. Aufgrund der Vielzahl der Kandidaten bitte ich die jeweiligen, die sich vorstellen, ihre Redezeit auf ca. zwei Minuten zu begrenzen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren. Ich bitte die jeweils zwei folgenden Kandidaten, sich in der Nähe des Rednerpultes aufzuhalten, sodass wir mit der Vorstellung zügig weitermachen und beginnen können. Wir beginnen nun mit der Vorstellung, und ich darf als Erstes aufrufen Peter Altmaier, vorgeschlagen von der CDU Saar, und darf bitten, sich bereitzuhalten, Christian Baldauf und Peter Beuth.

Peter Altmaier: Guten Abend! Mein Name ist Peter Altmaier, 58 Jahre alt, Saarländer, seit 40 Jahren in der CDU, seit 22 Jahren im deutschen Bundestag mit wechselnden Arbeitsaufträgen in der Fraktion und in der Bundesregierung. Über meinen derzeitigen Arbeitsvertrag im Kanzleramt sollte man nicht so viel und nicht so viel öffentlich reden, aber es ist kein Geheimnis, dass die Arbeit auch dort nicht weniger geworden ist. Sie macht aber Spaß, weil es eine Arbeit ist für die gemeinsame Sache, weil es eine Arbeit ist für die Bundeskanzlerin, die in vielen, vielen Ländern in Europa, in der ganzen Welt bewundert wird.

Unser Land wird beneidet für das, was in den letzten zehn, zwölf Jahren geschafft und erreicht worden ist. Ich möchte gerne mit dem ganzen Gewicht meiner Persönlichkeit mit dazu beitragen, dass wir auch in Zukunft eine gute Arbeit abliefern, handwerklich gut, inhaltlich gut. Ich bin überzeugt, dass die Volkspartei CDU Wahlen gewinnen kann, dass wir allen Menschen ein Angebot machen müssen, aber dass wir vor allen Dingen auch den Menschen in der Mitte zeigen müssen, dass wir ihre Partei sind, dass wir ihre Probleme annehmen und nicht nur ein oder zwei Themen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Ich freue mich darauf, im Bundestagswahlkampf mit möglichst vielen von Ihnen wieder aktiv zu diskutieren und zu streiten. Gerade in schwierigen Zeiten muss man bereit sein, für die eigene Sache einzustehen. Das möchte ich gerne tun, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf nun Christian Baldauf nach vorne bitten und darf Peter Beuth und Michael Boddenberg bitten, sich bereitzuhalten.

Christian Baldauf: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Christian Baldauf, 49 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, Rechtsanwalt, stellvertretender Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Meine Damen und Herren! Kein Populist fällt über Nacht vom Himmel, weder in Deutschland noch sonst wo. Mit falschen Antworten können Populisten nur dann Erfolg haben, wenn Ihnen Probleme, Defizite in die Arme spielen. Umso mehr ist es doch unsere Aufgabe, ehrlich und offen das aufzuarbeiten, was wirklich bewegt. Das kann man aus meiner Sicht nicht alleine durch Facebook-Likes, Mind Roboter und Software-Agenten. Nicht die definieren, was die Leute bewegt. Viel zu oft, so meine ich, diskutieren wir Dinge, die nicht politisch korrekt angesehen werden, nicht in diesem Umfange mehr. Wer sich anfangs um unsere Grenzen sorgte, wurde gleich in die rechte Schublade gesteckt. Wer kritisiert, dass auf Elternabenden stundenlang über Schweinefleisch im Schulessen statt über Klassenprojekte geredet wird, ist sofort Islam-Hasser. Haben wir keine anderen Probleme, als über Unisex-Toiletten zu diskutieren? Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rede lieber über die wichtigen Probleme, nämlich beispielsweise darüber, dass Kinderehen verboten gehören.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss doch auch mal ein paar Zentimeter vom politischen Mainstream abweichen dürfen, ohne sofort als undemokratisch angegriffen zu werden.

(Vereinzelt Beifall)

Die Leute wollen doch nicht etwas vorgemacht bekommen, wenn sie längst das Gefühl haben, dass etwas schief läuft. Es irritiert mich deshalb auch sehr, wenn die Tagesschau die mutmaßliche Ermordung einer jungen Studentin durch einen Flüchtling einfach verschweigt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb brauchen wir wieder mehr offene Diskussionen, ohne selbst auferlegte Beschränkungen. Aus innerer Überzeugung und einer glaubwürdigen Haltung heraus in den Dialog gehen für unsere Überzeugungen und damit für die Demokratie ringen mit mehr Vertrauen und weniger Misstrauen, das ist mir persönlich sehr wichtig auf jeder Ebene in der CDU. Deshalb stehe ich für eine Entlastung der Familien, das Vertrauen in Familien, klare Regeln wie bei der Integration von Zuwanderern und für eine unternehmer- und arbeitnehmerfreundliche Politik. Dafür will ich mich in der Partei weiterhin engagieren, weiter im Bundesvorstand engagieren und bitte herzlich um Ihre Unterstützung. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ein herzliches Dankeschön. Bevor ich Peter Beuth das Wort erteile, darf ich noch einmal daran erinnern, auch als Gebot der Fairness an die,

die nachher kommen, sich bitte an die Zwei-Minuten-Grenze zu halten. Das ist, glaube ich, für uns alle ganz wichtig. Peter Beuth hat das Wort.

Peter Beuth: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Peter Beuth. Ich bin hessischer Innenminister und Vorsitzender des Bundesfachausschusses der CDU Deutschlands. Ich bewerbe mich für den Bundesvorstand als Beisitzer, weil mir die Partei wichtig ist wie Ihnen allen, den Delegierten hier im Raum. Seit 1983 gehöre ich zur Unionsfamilie aktiv mit dazu, in der Parteiarbeit vor allen Dingen, aber natürlich auch in der Kommunalpolitik. Seit 17 Jahren bin ich Mitglied des hessischen Landtages und konnte in dieser Zeit auch fünf Jahre als Generalsekretär der hessischen CDU dienen und dort die Organisation einer modernen Parteiarbeit für unsere Kreisverbände, für unsere Stadt- und Gemeindeverbände und Ortsverbände mit auf den Weg bringen. Ja, meine Damen und Herren, am Ende hatte ich auch die Verantwortung für die Landtagswahl 2013, die uns zumindest ein sehr spannendes Ergebnis, eine spannende Regierung in Hessen beschert hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne einen Beitrag leisten, die Union in ihrem Kern erkennbar zu halten. Und zu diesem besonderen Kern gehört – das hat Thomas de Maizière eben schon mal deutlich gemacht – eben gerade die Innere Sicherheit. Hierzu würde ich gerne im Bundesvorstand meinen Beitrag leisten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen uns im Bereich der Inneren Sicherheit, und wir müssen als Union alles daran setzen, dass das genauso bleibt, dass die Bürgerinnen und Bürger uns weiterhin genau an dieser Stelle vertrauen.

Wir haben dafür gesorgt, dass das Personal ausgebaut wird in der Polizei. Wir haben Ausrüstung und Ausstattung ertüchtigt, liebe Freundinnen und Freunde, wir passen den rechtlichen Werkzeugkasten ständig an. Meine Damen und Herren, das tun wir im Bund unter Verantwortung der Union, und wir tun es in den Ländern, in denen die CDU die Verantwortung trägt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Leute vertrauen uns – Jens Spahn hat es gesagt –, weil die Union hinter den Einsatzkräften steht und ihnen politischen Rückhalt bietet. Die Leute vertrauen uns, weil wir hinter unserer Polizei, hinter unseren Nachrichtendiensten stehen, weil wir wissen, wie wichtig sie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sind und, meine Damen und Herren, weil wir uns um den Schutz der Einsatzkräfte, insbesondere in unserem Lande kümmern. Ich würde mich gerne beharrlich für die Themen der Inneren Sicherheit auch im Bundesvorstand einbringen und werbe für Ihr Vertrauen. Vielen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzliches Dankeschön an Peter Beuth, und ich darf jetzt Michael Boddenberg nach vorne bitten und darf Dr. Ralf Brauksiepe und Elmar Brok schon bitten, sich bereitzuhalten.

Michael Boddenberg: Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Michael Boddenberg. Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, bin seit 1999 Mitglied im hessischen Landtag für die Stadt Frankfurt am Main, war acht Jahre Generalsekretär, fünf Jahre Minister für Bundesangelegenheiten in den Kabinetten Roland Koch und dann Volker Bouffier.

Ich bin seit knapp drei Jahren Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion im hessischen Landtag in einer Koalition mit den Grünen. Es ist heute – wie ich finde völlig zu Recht – sehr massiv kritisiert worden, was wir aus rot-grüner Politik erfahren in diesem Land. Ich darf sagen – das hat Peter Beuth gerade für den Bereich der Inneren Sicherheit festgestellt – dass das in Hessen ganz gut geht. Wir sind nicht nur im Bereich der Inneren Sicherheit gut aufgestellt, sondern wir bauen in Hessen sogar weiter einen Flughafen und Bundesautobahnen. Das geht in einer solchen Koalition, aber ich will sagen, eine solche Koalition mit den Grünen ist auch sehr anstrengend. Insofern will ich nur eines für uns als Ziel in Hessen festschreiben oder festlegen: Wir wollen in drei Jahren oder in zwei Jahren am Ende der Legislaturperiode da hinkommen, dass es eine normale Option wird, mit den Grünen eine Koalition einzugehen. Ich glaube, es wäre klug, wenn wir eine solche Option auch im Bund nicht ausschließen, obwohl die Parteitagsbeschlüsse der Grünen sicherlich massiv zu kritisieren sind.

Ein letzter Hinweis: Mein Beruf, mein Ursprungsberuf ist Fleischermeister. Hin und wieder habe ich mir die etwas ironische Bemerkung erlaubt, ich habe mal etwas Ordentliches gelernt. Ich bin, wenn es die Zeit zulässt, mit meiner Frau im gemeinsamen Unternehmen tätig, einer privaten Fachschule. Ich würde im Bundesvorstand gerne dazu beitragen, dass der Mittelstand, dass das Handwerk, dass die Familienunternehmen wissen, dass sie bei der CDU gut aufgehoben sind. Ich wäre dankbar, wenn Sie mich dabei unterstützen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank und ich darf jetzt Dr. Ralf Brauksiepe zum Mikrofon bitten.

Dr. Ralf Brauksiepe: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Ralf Brauksiepe, ich bin hier in der schönen Stadt Essen fast zu Hause, komme aus der Nachbarschaft Hattingen im Ennepe-Ruhr-Kreis und darf diesen Wahlkreis seit 1998 im deutschen Bundestag vertreten. Ich bin parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung. Das ist gerade in diesen herausfordernden Zeiten eine spannende Aufgabe. Ich bin jeden Tag bei dieser Arbeit froh, dass in diesen herausfordernden Zeiten es die CDU ist, die dieses Land regiert. Denn, liebe Freunde, wir wissen: Freiheit und Sicherheit sind nicht selbstverständlich, sind nicht zum Nulltarif zu haben. Freiheit und Sicherheit müssen uns etwas wert sein, und sie sind es wert, verteidigt zu werden. Niemand steht so seit Jahrzehnten für die Werte Demokratie wie wir als Christlich Demokratische Union, liebe Freunde. Daran arbeite ich gerne mit.

(Vereinzelt Beifall)

Als CDA-Mitglied ist mein zweiter Schwerpunkt der Bereich Arbeit und Soziales, aber es ist für mich kein Gegensatz zur Wirtschaftspolitik, im Gegenteil: Dank unserer seit langem erfolgreichen Wirtschaftspolitik können wir uns auch einen weltweit vorbildlichen Sozialstaat leisten. Es ist gut, dass wir diesen Sozialstaat heute haben. Als Vater von vier Kindern ist mir aber auch wichtig, dass dies so bleibt, dass wir diesen Sozialstaat zukunftsfähig weiterentwickeln, dass unsere sozialen Sicherungssysteme nachhaltig organisiert sind, dass es gerecht zugeht innerhalb und zwischen den Generationen. Für diese Themen stehe ich im Bundesvorstand. Ich durfte in den letzten Jahren mit Ihrer Stimme diese Themen verarbeiten, und ich bitte Sie um Ihre Stimme, damit ich das auch in Zukunft tun kann. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf jetzt Elmar Brok zum Mikrofon bitten und darf bitten, sich bereitzuhalten, Hermann Gröhe und Serap Güler.

(Vereinzelt Beifall)

Elmar Brok: Frau Präsidentin, liebe Parteifreunde! Ich hätte es niemals für möglich gehalten, dass wir in Deutschland und in vielen europäischen Ländern wieder eine Debatte über Europa oder Nationalismus führen müssen. Wir sind in einer Situation, dass Gruppen in manchen Ländern vorangehen, die Demokratie infrage stellen, die einen Systemwandel wollen, die Völkerrechtsverletzungen von Putin für eine gute Angelegenheit halten. Ich glaube, wir, die Volkspartei CDU, die alle Schichten der Gesellschaft vertritt – dies machen wir in unserem Programm, das wir heute beschließen, auch noch einmal deutlich – sind diejenigen, die diesem widerstehen und deutlich machen können, dass die parlamentarische Demokratie, dass der Rechtsstaat, dass die Soziale Marktwirtschaft und Europa die Antwort sind, auch neue Krisen zu bewältigen, wie wir das immer wieder bewiesen haben. Und das sollten wir mit Selbstbewusstsein tun.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Europa ist der Weg, im Rahmen der Globalisierung Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu bieten, auch Sicherheit zu bieten durch mehr Wettbewerbsfähigkeit, durch den regionalen Binnenmarkt. Nur gemeinsam können wir den Terror besiegen. Angela Merkel und die EU haben bewiesen, dass die Immigrationszahlen zurückgehen, weil man neue Lösungen findet, Instrumente findet, die bisher Europa verweigert wurden, von Grenzkontrollen bis Vereinbarungen mit anderen Ländern, um Flüchtlingen dort zu Hause zu helfen, dort in der Nachbarschaft zu helfen und sie nicht alle nach Europa kommen zu lassen. Lassen Sie es uns doch sagen: Aus der Türkei kam pro Tag vor einem Jahr 10 000, jetzt 100. Lasst uns doch mal die Erfolge deutlich machen und nicht auf der Diskussionslage von Oktober

vorigen Jahres diskutieren. Wir haben die Sache im Griff und versuchen, sie weiter in den Griff zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Selbstbewusstsein ist, glaube ich, das Wichtige. Ich meine, dass wir deutlich machen müssen, wir stehen für Offenheit und Sicherheit. Beides beieinander müssen wir in einer freien Gesellschaft vereinbaren, und ich glaube, „Offenheit und Sicherheit“ muss der Slogan sein. Wir sind gegen dumpfen Nationalismus. Wenn ich mich im Europäischen Parlament umschaue, wenn wir Abstimmungen haben, dann stimmen Le Pen und die Kommunisten immer gemeinsam ab, zu 90 Prozent gemeinsam ab. Die Seelenverwandtschaft von Frauke Petry und Sahra Wagenknecht muss dekuviert werden, wir müssen das deutlich machen, dass dies die Feinde der Demokratie sind, gleicherweise.

(Beifall)

Frau Bundeskanzlerin, herzlichen Dank, dass Sie die klare Grenze zur AfD gezogen haben. Ich warte, dass die SPD die Gratlinie zur Linken zieht, das sind genauso Antidemokraten, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Österreich hat gezeigt, dass man mit einem Bekenntnis zu Europa, einem selbstbewussten Bekenntnis zu Europa Wahlen gewinnen kann. Wir müssen nicht ein bisschen AfD machen, wir müssen stolz unsere inhaltliche Position, unsere Grundsätze deutlich machen. Dann können wir die Herausforderungen der Zukunft gewinnen und gleichzeitig unsere Bürger für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat gewinnen in einem gemeinsamen Europa. Dafür möchte ich in den nächsten zwei Jahren kämpfen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank – wir haben gesehen, dass in Brüssel die Uhren manchmal etwas anders gehen – lieber Elmar, für deine Vorstellung, jetzt darf ich das Mikrofon für Hermann Gröhe freigeben.

Hermann Gröhe: Frau Tagungspräsidentin, liebe Freundinnen, liebe Freunde! Name Hermann Gröhe, 55 Jahre alt. Meine Frau und ich haben vier Kinder. Von 2009 bis 2013 durfte ich Generalsekretär dieser starken Volkspartei sein, mit Ihnen gemeinsam für unseren Wahlerfolg 2013 kämpfen. Ich bin überzeugt davon, wir haben 2017 große Chancen. Wir haben große Chancen, wenn wir Prinzipientreue und Menschennähe miteinander verbinden. Ja, wir brauchen ein klares Profil in Fragen der Inneren Sicherheit, der äußeren Sicherheit, des Wirtschaftswachstums, der Eckpfeiler eines erfolgreichen Gemeinwesens. Wir müssen stark sein in den Themen, die die Alltagssorgen der Menschen ausmachen, die sie diskutieren, wenn sie im Familien-, im Freundeskreis in diesen Tagen, im Advent, Weihnachten, zwischen den Jahren zusammenkom-

men. Und ja, da spielen oft Fragen der Gesundheit, der Versorgung im Alter, der Pflege eine Rolle. Sie kennen es aus Ihren Familien, aus der Nachbarschaft. Ich bin stolz darauf, dass wir zum 1. Januar des nächsten Jahres eine umfassende Verbesserung für 2,7 Millionen Pflegebedürftige in diesem Land durchsetzen.

(Beifall)

Das ist eine gute Nachricht für diese Pflegebedürftigen, für ihre Angehörigen und für die Pflegekräfte. Es ist wie unsere Arbeit im Bereich der Palliativmedizin und der Hospiz-Versorgung ein klares Bekenntnis zu unseren christlichen Wurzeln, meine Damen, meine Herren. Die Pflegeversicherung wurde durchgesetzt von Norbert Blüm. Wir entwickeln sie jetzt weiter. Das ist Politik für den sozialen Zusammenhalt mit der klaren Handschrift der Union. Menschennähe und klares Profil, dafür muss die Union stehen, dafür will ich auch weiterhin meinen Beitrag leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe. Ich darf jetzt Serap Güler nach vorne bitten und Elke Hannack und Dr. Stephan Harbarth, sich bereitzuhalten.

Serap Güler: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Meine Haarfarbe ist rein zufällig schwarz, mein Parteibuch ist es nicht. Das habe ich mir ganz bewusst ausgesucht aus vielerlei Gründen, einer, steht da oben, sind unsere Werte. Denn wir sprechen nicht nur über unsere Werte und sind stolz auf sie. Nein, wir sind auch bereit, wenn es darauf ankommt, für unsere Werte zu streiten. Denken Sie an die aktuelle Debatte rund um das Thema Kinderehen. Und denken Sie daran, wie die Sozialdemokraten da rumgeeiert haben. Ich sage ganz klar: Da kann es kein eventuell, vielleicht oder unter Umständen geben. Die Antwort darauf ist ein klares Nein!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich auch froh, dass wir in unserem aktuellen Leitantrag den Begriff der Leitkultur aufgenommen haben. Darunter verstehe ich nicht Oktoberfest und Weißbier, als Kölnerin mag ich Karneval und Kölsch lieber. Darunter verstehe ich auch nicht nur das Grundgesetz. Das ist ohne Zweifel das Fundament unserer Leitkultur, ist aber alleine eben zu wenig. Denn auch das Ehrenamt, die Soziale Marktwirtschaft und das Siegel „Made in Germany“ gehören genauso zu unserer Leitkultur wie die Meinungs- oder Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung. Die Religionsfreiheit gilt auch für Kinder. Deshalb finde ich es auch als Muslimin unerträglich und unvereinbar mit unseren Werten, wenn Eltern oder salafistische Sittenwächter ihre Töchter, Mädchen im Kita- oder Grundschulalter dazu motivieren oder gar zwingen, ein Kopftuch aufzusetzen. Ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich:

(Beifall)

Das grenzt für mich an Perversion. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass all die jungen Mädchen und Frauen das genießen, was ich genießen durfte, die Möglichkeit, frei und selbstständig zu entscheiden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich kandidiere erneut für den Bundesvorstand. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung, die mir auch Rückenwind für den anstehenden Landtagswahlkampf hier in Nordrhein-Westfalen geben würde. Ich bin Mitglied des aktuellen Landtags und möchte gerne noch mal kandidieren. Ich kandidiere noch mal, weil ich nicht nur will, dass Deutschland vorankommt, sondern ab Mai auch endlich wieder Nordrhein-Westfalen. Mein Name ist Serap Güler, ich bin 36 Jahre alt, verheiratet und mag meine Haarfarbe. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf jetzt Elke Hannack nach vorne bitten, und danach kommt Dr. Stephan Harbarth.

Elke Hannack: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Elke Hannack. Ich bin seit mehr als 35 Jahren aktives Mitglied unserer CDU, und ich arbeite seit gut 25 Jahren hauptamtlich bei Gewerkschaften. Und beides geht – und beides geht gut. Seit 2013 bin ich, auch dank meiner CDU stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Liebe Freundinnen und Freunde, der DGB ist ja 1949 mit großer Unterstützung vieler namhafter Christdemokraten und Christlich-Sozialer als Einheitsgewerkschaft gegründet worden, mit dem Ziel nämlich, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine gewerkschaftliche Heimat zu bieten, und zwar unabhängig davon, in welcher Partei sie sind und welche Parteinähe jemand hat. Deshalb ist diese Einheitsgewerkschaft auch ein klein wenig unsere gemeinsame Einheitsgewerkschaft, die es zu schützen und zu bewahren gilt. Wir Christlich-Sozialen bauen seit Jahrzehnten die Brücken zwischen der Mutterpartei und den Gewerkschaften. Und das ist wichtig, denn die Themen, die doch die Erwerbstätigen in Deutschland bewegen, müssen sich auch in der Programmatik einer so großen Volkspartei wiederfinden wie der unseren. Dann wählen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch wieder unsere CDU. Dann wählen auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wieder unsere CDU, und dafür will ich in diesem Bundestagswahlkampf kämpfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich möchte die Themen der Arbeitnehmerschaft in den Bundesvorstand wieder einbringen in den nächsten zwei Jahren. Sie haben mir vor zwei Jahren das Vertrauen ausgesprochen, ich würde mich sehr über Ihre Stimme freuen. Ich werde mit Überzeugung die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten und in der Gewissheit, die wahre soziale Partei in Deutschland, das ist unsere CDU. Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung. Vielen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke Hannack. Bevor Dr. Stephan Harbarth jetzt das Wort ergreift, darf ich zum einen Dr. Reiner Haseloff und Dr. Stefan Heck bitten, sich bereitzuhalten und darf die Landesgeschäftsführer, sofern es noch nicht geschehen ist, bitten, dass sie den entsprechenden großen grünen Stimmzettel im Büro der Stimmzählkommission für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes abholen. Und jetzt hat Herr Dr. Stephan Harbarth das Wort.

(Beifall)

Dr. Stephan Harbarth: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Delegierte unseres Bundesparteitags! Mein Name ist Stephan Harbarth, 44 Jahre, selbstständiger Rechtsanwalt, CDU-Kreisvorsitzender. Ich komme aus dem schönen Dreiländereck von Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und vertrete den baden-württembergischen Wahlkreis Rhein-Neckar im Deutschen Bundestag. Dort habe ich die Ehre, in unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zu dienen, zuständig für die Bereiche Innen und Recht, und hier möchte ich auch im Bundesvorstand meine Schwerpunkte setzen. Warum?

Innere Sicherheit ist seit jeher eine berechtigte Kernerwartung der Bürgerinnen und Bürger an ihren Staat. Wir sind die Partei der Inneren Sicherheit immer gewesen, und wir sind es auch heute. Für mich bedeutet Innere Sicherheit nicht nur Resozialisierung durch Erlebnispädagogik, sondern auch mehr Polizisten, bessere Ausrüstung, bessere Gesetze. Dafür arbeiten wir in Berlin, und wenn die Grünen uns deshalb vorwerfen, Anschläge auf die Bürgerrechte zu begehen, dann sage ich ganz entspannt: Lasst die Wähler im Herbst entscheiden, welches Modell der Inneren Sicherheit sie wünschen.

(Beifall)

Es geht in der Innen- und Rechtspolitik auch um die Frage, nach welcher Ordnung wir unser Land gestalten. Es geht um die Frage, gestalten wir es nach den Ordnungen, die Menschen aus ihren Heimatländern mit zu uns bringen oder nach unserer eigenen Ordnung. Auch hier habe ich eine klare Auffassung. Ich will sie Ihnen an einem Beispiel verdeutlichen, an dem Beispiel, für das ich seit Monaten mehr arbeite als für alle anderen Themen, auch mit vielen von Ihnen gemeinsam, etwa mit der Frauen Union, das ist das Verbot von Kinderehen. Ein 13- oder 14-jähriges Mädchen gehört nicht in die Ehe, es gehört in die Schule.

(Beifall)

Und wenn es groß ist, dann soll es selbst entscheiden, wen es heiratet, und nicht sein Familien-Clan. Wir als Union werden nicht früher ruhen, bis die SPD sich hier in Wallung gebracht hat und ihrer Verantwortung für die betroffenen Minderjährigen endlich gerecht geworden ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Die CDU hat dieses Land mehr geprägt als jede andere Partei. Ein Teil der großen Prägung ist unser unverkennbares Profil in den Bereichen Innen und Recht. Ich möchte, dass dieses Profil so klar, wie es immer war, auch in Zukunft erhalten bleibt. Dafür möchte ich im Bundesvorstand arbeiten. Wenn Sie dies auch so sehen, bitte ich Sie um Ihre Stimme, um Ihr Kreuz bei Ziffer 10, Stephan Harbarth. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Harbarth. Jetzt erteile ich das Wort an Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff.

Dr. Reiner Haseloff: Liebe Annegret, liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Reiner Haseloff. Ich bin 62, verheiratet, habe zwei Kinder und vier Enkelkinder, zwei im Westen, zwei im Osten. Deutsche Einheit kann gelingen und ist ein Zeichen dafür, dass wir auch für die nachwachsende Generation alles als Union so gestalten können, dass sie eine Zukunft hat. Wir hatten im März dieses Jahres Wahl. Die Wahlkämpfe – die Kanzlerin hat es schon gesagt – waren schwer. Wir sind froh darüber, dass wir unsere Wahl gewonnen haben und ich zum zweiten Mal Ministerpräsident werden konnte, auch dank der Bundes-CDU, der ich herzlich danken möchte.

(Beifall)

Ich wohne in Lutherstadt Wittenberg, bin katholisch, aber ökumenisch erzogen. Sachsen-Anhalt ist das Land der Reformation. Im nächsten Jahr haben wir das 500. Jubiläum des Thesenanschlags Martin Luthers. Wir haben als Land sehr viel vorbereitet, wir haben viel investiert. Wir haben vier UNESCO-Welterbe-Stätten, die einladen, und ich möchte Sie bitten, auch als Union, als Christlich Demokratische Union dafür zu werben, dass wir dieses nationale Gedenken im nächsten Jahr, auch europäische Gedenken, adäquat und würdig gemeinsam begehen. Ich lade Sie alle ganz, ganz herzlich ein: Kommen Sie nach Wittenberg, kommen Sie zu uns nach Sachsen-Anhalt. Ich führe Sie dann persönlich und würde Sie gerne als Ministerpräsident und auch als gewähltes Bundesvorstandsmitglied herzlich begrüßen: Herzlich willkommen!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf jetzt Dr. Stefan Heck ans Mikrofon bitten und darf bitten, Mechthild Heil und Elisabeth Heister-Neumann sich bereitzuhalten.

Dr. Stefan Heck: Liebe Freunde! Es ist wichtig, dass wir uns als Volkspartei breit aufstellen. Es ist eine gute Tradition, dass unseren Vorständen auch ein Vertreter der jungen Generation, der Jungen Union angehört. Mein Name ist Stefan Heck.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin Bundestagsabgeordneter, JU-Landesvorsitzender und heute der einzige Kandidat aus den Reihen der Jungen Union für den Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Wir wollen als Junge Union mit unseren über 110 000 Mitgliedern im nächsten Jahr einen Beitrag zu unserem gemeinsamen Erfolg leisten. Für uns als Junge Union ist der Wahlkampf die schönste Jahreszeit. Wir verstehen uns auch als inhaltlicher Motor der Union. Wir haben heute über 35 Anträge zu diesem Parteitag eingebracht.

Es ist für das Jahr 2017 vielleicht am wichtigsten: Wir haben als Junge Union das Privileg, dass wir Positionen der Union vertreten können, ohne auf aktuelle oder künftige Koalitionspartner Rücksicht nehmen zu müssen. Gerade im nächsten Jahr müssen wir als Union erkennbar bleiben und auch Unterschiede deutlich herausarbeiten.

Wo diese Unterschiede liegen, liebe Freunde, das erlebe ich jeden Tag, jede Woche im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages. Statt für wirksamen Schutz unserer Sicherheitskräfte zu sorgen, unterstützt Bundesjustizminister Heiko Maas linksextreme Musiker und unterstützt die auf Facebook. Statt bei Zuwanderern für ein klares Bekenntnis zu unseren Werten und unserem Rechtsstaat zu werben, eiert Heiko Maas beim Kampf gegen Vollverschleierung und Kindererhen seit Monaten herum. Statt sich um die Opfer von schweren und schwersten Straftaten wirksam zu kümmern, fordern Heiko Maas und die SPD, den Mordparagrafen im Strafgesetzbuch abzuschaffen. Liebe Freunde, dieser Justizminister und diese SPD sind Geisterfahrer in allen wichtigen gesellschaftspolitischen Themen.

(Beifall)

Das müssen wir in den nächsten Monaten deutlich herausarbeiten. Dazu will die Junge Union ihren Beitrag leisten. Dazu will ich im Bundesvorstand meinen Beitrag leisten, und dazu bitte ich Sie heute um Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Stefan Heck! Jetzt hat das Wort Mechthild Heil.

Mechthild Heil: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde der CDU! Mein Name ist Mechthild Heil. Ich bin 55 Jahre alt, katholisch, verheiratet, wir haben drei erwachsene Söhne. Ich komme vom Rhein, aus dem Rheinland. Mein Wahlkreis liegt zwischen dem Rhein, der Mosel und der Ahr. Ich bin Diplom-Ingenieurin, ich bin Architektin, wir haben ein eigenes Architekturbüro. Meine Vorfahren haben als Maurer und selbstständig angefangen, ein reines Familienunternehmen in der vierten Generation. Ich bin verankert in der Politik: Ich bin Stadtverbandsvorsitzende, ich bin im Kreistag, ich bin natürlich auch im Stadtrat und seit 2009 im Deutschen Bundestag. Dort bin ich für den Verbraucherschutz zuständig, die Verbraucherschutzbeauftragte unserer Fraktion. Ich sitze heute im Rechtsausschuss. Ich möchte es nicht zu lange machen,

weil wir Frauen wissen: Es kommt darauf an, was nachher rauskommt, nicht wie lange man spricht. Ich bin eine Frau der Tat: Ich gewinne meine Wahlkreise, und ich möchte, dass die CDU, genauso wie ich in meinem Wahlkreis gewonnen habe, auch die nächste Bundestagswahl hervorragend gewinnt. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam Angela Merkel unterstützen und die CDU. Es wäre schön, wenn Sie mich in den Bundesvorstand wählen würden. Vielen Dank.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Jetzt darf ich Elisabeth Heister-Neumann nach vorne bitten und darf Gudrun Heute-Bluhm und Dr. Peter Liese bitten, sich bereitzuhalten.

Elisabeth Heister-Neumann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die stolze CDU in Niedersachsen hat mich als einzige Bewerberin in diese Beisitzerwahl ins Rennen gebracht. Das ist für mich Ehre und Verpflichtung zugleich. Was kann ich für die Arbeit im Bundesvorstand in den nächsten zwei Jahren einbringen? Ich sage, das ist meine langjährige Erfahrung als Landesministerin im Flächenland Niedersachsen, das ist eine Elf-Jahre-Tätigkeit als Chefin einer Kreisstadt, das ist die aktive Arbeit als Wirtschaftsmediatorin und natürlich die herausragende Aufgabe als Kreisvorsitzende in Niedersachsen.

Mein Motto lautet: „Klar in der Sache, aber moderat im Umgang“. Dieses Motto, meine Damen und Herren, hat mich schon durch manche Herausforderung gebracht und zuletzt durch die Kommunalwahl in Niedersachsen am 11. September dieses Jahres. Da ist es uns gelungen, in einem stark sozialdemokratisch geprägten Umfeld von Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter nicht nur ein wirklich gutes CDU-Ergebnis zu erzielen, sondern auch die Menschen davon zu überzeugen, dass sie nach vielen Jahren endlich wieder einen konservativen Landrat gewählt haben.

Meine Damen und Herren, was an der Basis Sinn macht, macht auch Sinn auf Landes- und Bundesebene. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir erfolgreiche Botschafter unserer Politik sein können, wenn wir die Lebenswirklichkeit der Menschen jenseits des allgemeinen Politikbetriebes wahrnehmen, wenn wir die Menschen im Gespräch nicht zu schnell zutexten, sondern vielleicht zuerst einmal wirklich aufmerksam zuhören, wenn wir unser gutes Programm mit einer glaubwürdigen Haltung verbinden und schließlich und endlich, meine Damen und Herren, wenn wir das mit Überzeugung, Begeisterung und viel Fleiß bei der Kärnnerarbeit auch an die Menschen herantragen. Mein Name ist Elisabeth Heister-Neumann. Ich bin 61 Jahre alt, verheiratet, habe zwei erwachsene Töchter und bin überaus glückliche Oma seit einigen Wochen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich würde mich hier und heute freuen, wenn Sie mich unterstützen würden für die Wahl in den Bundesvorstand. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank für die Vorstellung! Ich darf das Wort weiterreichen an Gudrun Heute-Bluhm.

Gudrun Heute-Bluhm: Frau Tagungspräsidentin, liebe Freundinnen, liebe Freunde! 59 Jahre bin ich alt, Gudrun Heute-Bluhm. Geboren bin ich ganz in der Nähe, in Wanne-Eickel, habe aber meinen Mann dann beim Studium in Baden kennengelernt, bin mit ihm dort geblieben und unser Sohn ist wieder zurück nach Nordrhein-Westfalen und die Familie sozusagen bundesweit wieder aufgestellt. Dort lebt er mit zwei wunderbaren Enkelinnen, also auch ich bin glückliche Großmama, wie sie sagen. Das ist eine neue Dimension, hat aber gleichwohl natürlich an meinem Engagement für die CDU, aber vor allen Dingen für die kommunale Sache, der ich sehr eng verbunden bin, keinen Abbruch geleistet.

Mein Mann hat viel Geduld aufgebracht, mich in 25 Jahren kommunaler Arbeit zu begleiten, 20 Jahre davon als Oberbürgermeisterin in Lörrach. Das heißt, an der Schweiz und an der französischen Grenze, das war Kommunalarbeit mit Grenzbezug, Kommunalarbeit mitten in Europa. Mein Vater hat mich sehr geprägt, auch er war in der Kommunalverwaltung tätig, aber ich bin in die Kommunalpolitik gewechselt. In der Zwischenzeit vertrete ich die Interessen unserer 185 Mitgliedsstädte als Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg.

Damit bringe ich ganz viel praktische Erfahrung ein, die praktische Erfahrung der kommunalen Basis in dem Bundesvorstand, dem ich seit vier Jahren angehören darf. Wenn wir über kommunale Basis reden, dann heißt das im vergangenen Jahr Aufnahme der Flüchtlinge, Unterbringung von Flüchtlingen und immer wieder auch den Ausgleich zu schaffen zwischen denen, die da sind, und denen, die gekommen sind.

Es wird in den nächsten Jahren heißen Integrationsarbeit, und auch wenn wir als modernes Land eine moderne digitalisierte Verwaltung wollen, dann brauchen wir den Schulterchluss zwischen den drei Ebenen, zwischen den Kommunen, zwischen den Ländern und zwischen dem Bund. Das möchte ich auch gerne im Bundesvorstand weiter voranbringen. Dort gibt es immer wieder Reibungspunkte, und die müssen wir im guten Gespräch ausgleichen und mit viel, viel praktischer Erfahrung mehr als mit nur den Worten, den politischen Zielsetzungen.

Deswegen bitte ich um Ihr Vertrauen, dass ich auch in Zukunft im Bundesvorstand tätig sein darf, um genau diesen Schulterchluss herzustellen, ein Schulterchluss, der für unsere Bürgerinnen und Bürger gerade, glaube ich auch, bei der CDU sehr wichtig ist, der CDU, der ich seit mittlerweile fast einem Vierteljahrhundert angehöre. Ich danke Ihnen fürs Zuhören und bitte um Ihre Stimme. Danke!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gudrun Heute-Bluhm! Darf nun nach vorne bitten Dr. Peter Liese und darf Dr. Michael Meister und Mike Mohring bitten, sich bereitzuhalten.

Dr. Peter Liese: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Peter Liese, und ich komme hier aus Nordrhein-Westfalen. Das ist der erste Grund, warum ich heute um Ihre Stimme bitte: Bitte geben Sie uns Rückenwind für diesen schwierigen Landtagswahlkampf. Wir wollen den Wechsel im Mai in Nordrhein-Westfalen schaffen, und dafür helfen Sie allen Kandidaten aus NRW mit einem guten Ergebnis. Darüber würden wir uns freuen.

(Beifall)

Von Beruf bin ich Arzt und habe u. a. Erfahrung gesammelt in dem Entwicklungsland Guatemala, in der Humangenetik und in einer Praxis für Allgemeinmedizin. Meine politische Arbeit habe ich auf kommunaler Ebene im Gemeinderat begonnen und bin jetzt seit vielen Jahren für meinen schönen Wahlkreis Südwestfalen Vertreter im Europäischen Parlament. Im Europäischen Parlament spreche ich auch für die gesamte Christdemokratische Fraktion im Bereich Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Dabei ist mir das, was hier oben steht, unsere Werte, ganz besonders wichtig. Ich lege großen Wert auf das C in unserem Parteinamen CDU, auch in der modernen Biotechnologie und in der Medizin.

Noch mal ein Wort zu meinem Beruf: Bevor ich ins Europäische Parlament gewählt wurde, war ich in einer Kinderklinik als Stationsarzt tätig. Das ist sicher ein ungewöhnlicher Beruf für jemanden, der dann hauptamtlich in die Politik geht. Aber ich habe dort viel gelernt, was ich auch jetzt brauche. Medizinische Sachverhalte sind oft kompliziert, und gerade wenn ein Kind krank ist, sind die Eltern und die Angehörigen oft sehr aufgeregt und besorgt. Da heißt es, Ruhe bewahren, da heißt es, die Dinge so auszusprechen, dass die Menschen es verstehen können und nicht so viel Fachchinesisch zu benutzen. Da heißt es, einfühlsam sein, aber wenn nötig ist, auch klar sagen, wo es hingehet, klare Ansagen machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie glauben, dass wir das auch in der Politik brauchen, dann unterstützen Sie mich, Peter Liese, Nummer 16. Vielen Dank für Ihr Vertrauen!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Liese. Ich darf jetzt Dr. Michael Meister nach vorne bitten.

Dr. Michael Meister: Frau Tagungspräsidentin, liebe Parteifreunde! Michael Meister, 55 Jahre alt, verheiratet, zwei Söhne. Ich bin von Beruf her Mathematiker, also ein Exot in der Politik, und ich glaube, Politik braucht auch Exoten. Ich möchte als Staatssekretär bei Wolfgang Schäuble im Finanzministerium dafür sorgen, dass diese Partei auch in Zukunft für eine seriöse Finanzpolitik steht. Nicht mehr Geld ausgeben, als man einnimmt, ist, glaube ich, ein gutes Prinzip und kein Selbstzweck, weil es dafür sorgt, dass wir auf Herausforderungen vorbereitet sind und dass wir

auch künftigen Generationen die Chance geben, selbst noch ihre Weichenstellungen treffen zu können. Deutschland ist erfolgreich, weil wir viele Familienunternehmen haben. Familienunternehmen – diese Kultur sollten wir diesem Land bewahren, und deshalb möchte ich eine Steuerpolitik machen, die dafür sorgt, dass diese außergewöhnliche Stellung Deutschlands mit der Vielzahl von erfolgreichen Familienunternehmen erhalten bleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir kennen in Deutschland das Wörtchen Ordnungspolitik. Ordnungspolitik gibt es in anderen Sprachen nicht. Ich möchte, dass wir Europa und Deutschland entlang der ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gestalten. Dafür möchte ich die nächsten zwei Jahre im Bundesvorstand weiterarbeiten. Ich bitte um Ihre Stimme. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich darf jetzt Mike Mohring nach vorne bitten und darf bitten, Elisabeth Motschmann und Lucia Puttrich, sich bereitzuhalten.

Mike Mohring: Liebe Freunde! Mein Name ist Mike Mohring. Ich bin 44 Jahre, komme aus Thüringen, bin Jurist und bin Landesvorsitzender meines CDU-Landesverbandes. Ich bin Chef der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU/CSU und darf auch die Haushalts- und Finanzpolitik unserer Landtagsfraktion koordinieren. In Thüringen kämpfen wir seit zwei Jahren gegen Rot-Rot-Grün, und ich glaube nicht ganz unerfolgreich: Die letzten drei Umfragen haben gezeigt, diese Koalition hat keine Mehrheit mehr, zuletzt sind 41 Prozent für Rot-Rot-Grün gemessen. Wenn jetzt Landtagswahlen wären, wären die ohne Mehrheit. Ein Stück ist es unsere Arbeit der letzten zwei Jahre.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, eben weil es nur Umfragen sind und kein Wahlergebnis, muss man den Leuten auch zeigen, was bedeutet Rot-Rot-Grün in einem Bundesland und was kann Rot-Rot-Grün für die Bundesrepublik bedeuten. Die Rot-Rot-Grünen kommen an die Regierung, stellen den Verfassungsschutz infrage und stellen sich vor linksextremistische Gewaltaufrufer und sagen: „Alle Polizisten sind Bastarde“. Wir aber sagen, wir wollen uns vor unsere Polizei, wir wollen uns vor unsere Rettungseinsatzkräfte stellen, weil die ersten Menschen, die in der ersten Reihe stehen und für Sicherheit kämpfen, die haben unseren Dank und nicht die Beleidigung verdient. Das unterscheidet uns von Linksregierungen in diesem Land.

(Beifall)

Die, die von Rot-Rot-Grün ins Amt kommen, die sagen, jeder Flüchtling ist in Deutschland willkommen, jeder darf herein, egal ob illegal, ob Grund, egal ob Fluchtgrund oder Asylgrund, egal

ob aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten oder aus welchen noch anderen. Und weil ihnen das nicht reicht, sagen die – z. B. der linke Ministerpräsident –, es soll jeder Flüchtling auch die deutsche Staatsbürgerschaft geschenkt bekommen. Wir aber sagen, die Staatsbürgerschaft muss am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen und jedenfalls nicht auf die illegale Zuflucht als Geschenk. Das unterscheidet uns von den anderen, und da machen wir einen deutlichen Strich dazu.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir als Partei der Deutschen Einheit, wir wissen um den Wert der Solidarität, die wir in den neuen Ländern seit 26 Jahren erfahren haben. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir am Tag der Deutschen Einheit, am 3. Oktober, uns dieses Glücks immer wieder bewusst sind. Was macht Rot-Rot-Grün in Thüringen? Die schaffen den Festakt zum 3. Oktober ab, wir aber sind dankbar für die Solidarität. Wir sind stolz auf die Deutsche Einheit, wir wollen das feiern und nicht wie Rot-Rot-Grün an der Ecke verschmäht sein, sondern dankbar sein, dass es die Deutsche Einheit gibt. Das unterscheidet uns von diesen Leuten.

(Beifall)

Liebe Freunde! Aus diesem kleinen Erfahrungsblick kann ich nur zurufen: Wir haben genug Erfahrung gesammelt von Rot-Rot-Grün, wir haben keinen Bock auf Linkscoalition, weder in Thüringen noch in Deutschland. Wenn Sie und ihr uns ein Stück helfen könnt, dann bitte ich euch gern um Rückenwind und Ihre Stimme, damit wir zu Hause den Kampf erfolgreich führen können. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich darf jetzt Elisabeth Motschmann nach vorne bitten, danach Lucia Puttrich.

Elisabeth Motschmann: Frau Präsidentin, liebe Parteifreunde! Ich bin Elisabeth Motschmann, 64 Jahre alt, verheiratet, und wir haben drei Kinder. Aber was ich ganz toll finde, wir haben inzwischen sieben und demnächst acht Enkelkinder. So viel zum demografischen Wandel. Ich bin Mitglied des Deutschen Bundestages und habe da den klaren Schwerpunkt Außenpolitik, was im Augenblick ja wirklich auch eine große Herausforderung ist. Ich komme aus der Stadt Bremen, wahrhaftig kein leichtes Pflaster für die CDU. Diese Stadt ist schlecht regiert, aber eigentlich wunderschön. Aber durch die Schwierigkeit haben wir uns, meine Freunde und ich, niemals entmutigen lassen, auch in dieser Stadt für unsere Partei zu kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin langjährig stellvertretende Landesvorsitzende in Bremen, seit 1990 mit kurzer Unterbrechung und war acht Jahre Staatsrätin, Staatssekretärin und bin seit vier Jahren im Bundes-

vorstand. Was ist mein politischer Kompass? Das sind unsere Werte. Das ist Politik aus christlicher Verantwortung. Das bedeutet für mich Verlässlichkeit, Berechenbarkeit in allen politischen Feldern, in der Innenpolitik und Außenpolitik. Ich denke, es ist wichtig, dass wir uns um unsere treuen Wähler kümmern müssen. Denn wer treue Wähler will, muss selber treu zu seinen Grundsätzen stehen, so wie es im Leitantrag auch der Fall ist.

(Beifall)

Wir brauchen klare Ansagen nach rechts, aber auch nach links. Ich möchte in keinem Land leben, das von Rot-Rot-Grün regiert wird, und deshalb kämpfe ich natürlich dafür, dass das nicht passiert. Und schließlich, Worte und Tat müssen bei uns übereinstimmen. Auch das finde ich wichtig, Vorbild sein, das, was wir sagen, auch in politisches Handeln umsetzen. Schließlich und endlich finde ich es wichtig, dass wir auch mit Freude und Fröhlichkeit an die Arbeit gehen. In Bremen hat die Junge Union im Bürgerschaftswahlkampf, der ja so schlecht für die CDU gar nicht gelaufen ist, liebevoll mit dem Slogan geworben: „Motschi macht's“. Und das könnte auch die Zusammenfassung meiner kurzen Vorstellung sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elisabeth Motschmann! Wir nähern uns der Zielgerade der Vorstellungen. Ich darf aus gegebenem Anlass noch mal an die Redezeiten erinnern, darf Lucia Puttrich nach vorne bitten und Katherina Reiche und Professor Dr. Dagmar Schipanski bitten, sich bereitzuhalten.

Lucia Puttrich: Lucia Puttrich, 55 Jahre alt, zwei erwachsene Töchter und inzwischen auch ein Enkelkind. Hoffe, dass da noch ein paar mehr kommen. Ich bin Mitglied der Regierungsmannschaft von Volker Bouffier, war dort über viereinhalb Jahre Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft, bin jetzt zuständig für den Bereich Bund und Europa, also Bundesrat und Europa und gerade auf der B-Seite immer bemüht, eine B-Linie zu vertreten. Damit wir eine gute Politik auch im Bundesrat machen können, wenn die Länder ihre Interessen umsetzen können.

Ich bin von Haus aus, von Familie aus komme ich aus einem Handwerkerhaushalt, bin geprägt von der Tätigkeit meines Vaters als Handwerker. Ich weiß, wie schwierig Selbstständigkeit ist, komme selbst familiär aus einem mittelständischen Betrieb und insofern drei Schwerpunkte. Das eine selbstverständlich Mittelstand: Wir sind die Mittelstandspartei, wir sind diejenigen, die wissen, was Soziale Marktwirtschaft bedeutet. Wir wissen, was es bedeutet, Risiko zu tragen, wir sind diejenigen, die Rahmenbedingungen schaffen. Das Zweite ist: Wir leben in einer Zeit, die ist schwierig. Ja, das ist so, und ich bin fest davon überzeugt, dass wir zu schwierigen Sachverhalten die richtigen Antworten geben können und müssen und nicht das Feld den Populisten überlassen. Ich bin davon überzeugt, dass wir starke Kommunen brauchen. Ich war viele Jahre Bürgermeisterin, ich bin überzeugt, dass wir starke Kommunen brauchen. Starke Kommunen

machen ein starkes Bundesland. Deutschland ist stark durch 16 starke Bundesländer. Ich bin zuständig auch für Europa als hessische Ministerin, und wir haben ein starkes Europa, wenn wir starke Mitgliedsstaaten haben. Insofern ein erfolgreiches Deutschland innerhalb eines starken Europas. Ich bedanke mich bei Ihnen und hoffe, dass ich zwei Minuten fast nicht überschritten habe.

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Diszipliniert wie immer, vielen Dank, Lucia Puttrich. Ich darf Katherina Reiche nach vorne bitten.

Katherina Reiche: Frau Tagungspräsidentin, liebe Freunde! Katherina Reiche, 43 Jahre alt, verheiratet, Chemikerin von Beruf. Mein Mann und ich, wir haben drei Kinder. Ich komme aus Brandenburg, wo ich nach der Wende zunächst in die Junge Union und dann in die CDU eingetreten bin. Von 1998 an habe ich den Wahlkreis Potsdam im Deutschen Bundestag vertreten. Ich konnte in verschiedenen Funktionen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion arbeiten, von 2009 an auch in der Bundesregierung unter Angela Merkel als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und danach im Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Vor einem Jahr habe ich die Bundesebene durch die Kommunalebene ersetzt. Ich kümmere mich im Verband kommunaler Unternehmen um Infrastruktur, um Daseinsvorsorge und um Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Für das, was wir Heimat nennen, spielen unsere Städte und Gemeinden eine überragende Rolle. Das Bedürfnis, irgendwo zu Hause zu sein, ist ein ganz vitales Bedürfnis. In Zeiten von Globalisierung, von Krisen, von rasanten Entwicklungen sind es die Städte und Gemeinden, die Fixpunkte sind, die Orte, wo sich die Bürgerinnen und Bürger auskennen, wo es noch Übersicht gibt, Heimat eben.

Die Union war immer stark als Kommunalpartei, sie ist Kommunalpartei, und ich glaube, dass die Union ganz besonders stark ist, wenn alle Ebenen gut zusammenarbeiten. So würde ich in den nächsten zwei Jahren gern einen Beitrag leisten, dass kommunale Belange im Bundesvorstand eine weitere Stimme haben. Ich bedanke mich für die Unterstützung der KPV, der Mittelstandsvereinigung meines eigenen Landesverbandes und bitte auch Sie um diese Unterstützung.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Katherina Reiche. Ich darf Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski nach vorne bitten und darf André Trepoll und Arnold Vaatz bitten, sich bereitzuhalten.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Liebe Delegierte! Mein Name ist Dagmar Schipanski, Jahrgang 43, bin seit 50 Jahren verheiratet, Mutter von drei erwachsenen Kindern und von zwei Enkelkindern Oma. Ich bin studierte Physikerin wie unsere Bundeskanzlerin, derzeit emeritierte Professorin

für Festkörperelektronik und seit 1990 aktiv in der Politik. Ich war 1999 Kandidatin der CDU/CSU für die Bundespräsidentin und wurde das erste Mal in das Präsidium gewählt, hier in Essen zu dem legendären Parteitag, an dem auch Sie, Frau Merkel, zur Vorsitzenden gewählt wurden.

Seit 16 Jahren stehe ich für Wissenschaftspolitik in der CDU ein, und ich möchte das fortsetzen mit meiner Arbeit im Bundesvorstand. Ich möchte aber auch für die nächsten Jahre bestimmte Schwerpunkte setzen, die sich mit unserem Motto, dass wir uns auf unsere Werte beziehen wollen, befassen. Ich möchte als Mitglied der Senioren-Union meine Erfahrungen bei der Werteerziehung der jungen Generation einbringen. Ich glaube, in den letzten Jahren wurde diese Werteerziehung vernachlässigt. Ich bin aktiv bei „Jugend debattiert“, bei „Jugend forscht“, bei „Jugend unternimmt“ und leitete ein europäisches Jugendkolleg. Hier werden die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für das Deutschland und Europa der Zukunft gelegt.

Mein Anliegen: Besinnung auf unsere christlichen Fundamente verbunden mit innerer Offenheit für fremde Kulturen. Das ist eine Aufgabe für die CDU in den nächsten Jahren, die wir intensiv vertreten wollen. Ich möchte im Bundesvorstand auch deshalb weiter arbeiten, um in Zeiten lautstarken Protestes aus den neuen Ländern, der gerade unserer CDU-Politik entgegenschlägt, meine Erfahrungen aus dem Wiedervereinigungsprozess unseres Landes einzubringen. Auch damals, vor vielen Jahren in den 90ern, gab es Vorurteile zwischen Ost und West. Wir haben uns konstant bemüht, diese Vorurteile abzubauen. Ich bin im Moment sehr beunruhigt, dass diese Spannungen wieder wachsen.

Liebe Delegierte! Ich habe 40 Jahre in der DDR gelebt, ich kenne die Hintergründe und die lautstarken Parolen, die derzeit von links und von rechts kommen. Ich kenne auch die Drahtzieher, die das Volk für diese Parolen aufwiegeln und sie für sich gewinnen wollen. Ich weiß, dass wir mit unseren Erfahrungen, die wir im Wiedervereinigungsprozess gewonnen haben, hier entgegenstehen können, dass wir diskutieren, dass wir die volksverhetzenden Parolen entkräften können. Dafür möchte ich mich im Bundesvorstand in den nächsten zwei Jahren einsetzen.

Liebe Delegierte! Den Parteitag hat sehr häufig die Frage der Migranten und der Flüchtlinge beschäftigt. Ich stehe dafür ein, dass wir eine aktive Migrationspolitik betreiben auf der Grundlage unserer Ordnung, unserer Rechtsstaatlichkeit und unserer Werte. Ich bin aber auch für barmherziges Asyl für Kriegsflüchtlinge, egal aus welcher Krisenregion dieser Welt sie kommen. Deshalb möchte ich als Mitglied der Frauen Union gerade den Frauen, die hierher geflüchtet kommen, helfen, ich möchte sie unterstützen. Ich möchte sie aber auch gewinnen für unsere Werte. Denn ich glaube, dass sie dann, wenn sie in ihre Heimatländer zurückgehen, ihre Werteerfahrung in die Heimat mitnehmen können und dort vielleicht zur gesellschaftlichen Veränderung beitragen. Denn gerade Frauen sind der Mittelpunkt dieser Familien, und sie können ihre Werte weitervermitteln.

Liebe Delegierte! Ich möchte für die nächsten zwei Jahre sehr gern im Bundesvorstand mitarbeiten, um die Politik von Angela Merkel weiter umzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass wir aus der jetzigen Flüchtlingskrise gestärkt hervorgehen, so wie wir gestärkt hervorgegangen sind aus dem Wiedervereinigungsprozess. Wir sind ein blühendes Land, wir wollen dieses blühende Land mit der CDU weiterentwickeln. Dafür bitte ich um Ihre Stimme für den Bundesvorstand.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Dr. Schipanski. Ich weiß, das Herz ist voll, es gibt viel zu sagen bei der Vorstellung, und zwei Minuten sind kurz, aber wir haben jetzt bald alle Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt. Ich darf noch mal herzlich daran erinnern und bitten, dass man sich an die Vorgaben hält. Ich darf jetzt André Trepoll ans Mikrofon bitten und danach Arnold Vaatz.

André Trepoll: Frau Tagungspräsidentin, meine Damen und Herren, Moin, Moin aus Hamburg! André Trepoll, 39 Jahre alt, verheiratet, mit meiner Frau zusammen haben wir zwei Kinder. Die sind zwei und drei Jahre alt. Da ist also noch ordentlich Leben in der Bude.

Sie werden sich vielleicht erinnern, im letzten Jahr war das Ergebnis der Hamburger CDU bei den Landtagswahlen in der Hansestadt leider unterdurchschnittlich. Mein Auftrag als Oppositionsführer in der Hamburgischen Bürgerschaft ist, das auch wieder zu ändern. Ich glaube, wir machen da eine gute, eine angriffslustige Oppositionspolitik, der Trend zeigt wieder nach oben, meine Damen und Herren. Über meinen Gegenspieler, der Mann heißt Olaf Scholz, wird jetzt gesagt, dass er angeblich wieder in die Bundespolitik wechseln will. Außer der Noch-Ministerpräsidentin Frau Kraft weiß das niemand so genau, sie will es uns nicht verraten.

Das ist aber auch egal, meine Damen und Herren, denn wir sehen in Hamburg wie in vielen anderen Bundesländern, was sechs Jahre Rot-Grün anrichten kann. Ich will Ihnen nur ein kurzes Beispiel nennen: Hamburg ist jetzt aktuell in der letzten Woche wieder offiziell zur Stauhauptstadt Nummer Eins in Deutschland erklärt worden. Die Staufalle Nummer Eins befindet sich in Hamburg, und als Antwort der rot-grünen Landesregierung gibt es jetzt Fahrradstraßen durch die ganze Stadt, Hauptverkehrsstraßen werden zu Fahrradstraßen entwickelt. Wir müssen deutlich machen, meine Damen und Herren, dass Verkehrspolitik eben auch Wirtschaftspolitik ist.

Ob das Verkehr ist, ob das Wirtschaft ist, ob das Kriminalität ist, ob in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in Niedersachsen oder bei unseren Freunden in Schleswig-Holstein, in den Ländern zeigt Rot-Grün tagtäglich, dass sie es nicht können oder dass sie es nicht wollen. Das müssen wir ändern, egal ob Land oder Großstadt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben heute viel darüber gesprochen: Die CDU ist die Partei, die für gute Werte, für die richtigen Werte steht, die für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Fortschritt steht wie keine andere Partei in unserer Republik. Ich glaube, wir können mit Mut und Zuversicht in die nächsten Landtagswahlen, aber auch in die anstehende Bundestagswahl gehen für das Geleistete, für das, was wir noch vorhaben. Ich will das gerne machen bei meiner Aufgabe in Hamburg und auch gerne im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Sie wissen es, wenn Sie sportinteressiert sind: Die Hamburger haben es aktuell nicht besonders leicht, wenn Sie auf die Bundesligatabellen schauen. Aber ich glaube, eine Fußball-Bundesliga ohne den HSV, das wäre genauso schade wie ein Bundesvorstand ohne einen Hamburger Vertreter, und deshalb freuen wir uns über Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf jetzt Arnold Vaatz ans Mikrofon bitten, und als nächste Redner sich bereithalten, Dr. Johann David Wadepuhl und Sabine Weiss.

Arnold Vaatz: Liebe Freunde! Da wir gerade beim Verkehr sind, ich bin stellvertretender Fraktionsvorsitzender unserer Bundestagsfraktion und zuständig für dasselbige Thema. Sie erinnern sich ja, dass wir vor einigen Jahren drüber gesprochen haben, ob eine Steuererklärung auf einen Bierdeckel passen könnte. Wenn wir weiter so machen mit der Länge unserer Verfahren, dann werden wir uns in ein paar Jahren fragen, ob ein Menschenleben ausreicht, um von einer Planung einer Straße bis zur Inbetriebnahme zu kommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir an dieser Stelle etwas ändern. Wir müssen diese Endlosschleifen beseitigen. Wir müssen uns wieder erinnern, dass wir ein Industrieland sind, das ohne Infrastruktur nicht existieren kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich stehe aber auch noch für ein anderes Thema. Ich muss erinnern an die leidenschaftliche Rede von Elmar Brok. Lieber Elmar, es ist richtig, dass wir uns in der Sache gnadenlos und entschieden mit rechts und links auseinandersetzen, aber es ist auch notwendig zu fragen, wie diese Situation überhaupt entstehen konnte. Ich glaube, dass die Öffentlichkeit in Deutschland auch drauf wartet, ob wir uns nicht mal die Frage stellen, ob wir nicht auch ein ganz kleines Quäntchen Mitschuld an dieser Entwicklung tragen. So entschieden, wie wir uns nämlich gegen diese politischen Ränder wehren müssen, genauso entschieden müssen wir drum kämpfen, dass jeder, der sich von uns abgewandt hat, wieder den Weg zurück zu uns findet, sonst sind wir keine Volkspartei mehr.

(Beifall)

Das bedeutet, dass die Debatten, die sich in der Gesellschaft abspielen, auch in unserer Partei abgebildet werden müssen. Und zwar müssen wir mit Argumenten kämpfen, nicht mit Beleh-

rungen und auch nicht mit moralischer Überlegenheit und auch nicht mit der leichtfertigen Geste, jemand, der uns nicht passt, sofort in die linke oder in die rechte Ecke zu stecken. Wir müssen offen auf die Menschen zugehen. Wir müssen deutlich machen, dass uns kein einziger egal ist, und dass wir bereit sind, jede Meinung anzuhören, und am Ende müssen wir die besseren Argumente haben. Nur das überzeugt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich bewerbe mich wieder für den Bundesvorstand der CDU, und zwar auch mit Blick auf Ida, Alma, Samea, Enna und den kleinen Edwin, der jetzt 17 Tage alt ist. Das sind meine fünf Enkel. Wissen Sie, ich spüre jetzt dieses Grundvertrauen von Kindern. Ich will, dass dieses Grundvertrauen dieser Generation in uns niemals enttäuscht wird, sondern dass die kommende Generation aus dem berechtigten Vertrauen auf uns selbst den Ehrgeiz entwickelt, auch für ihre Nachkommen wieder vertrauenswürdig zu sein. Das bedeutet, wir müssen klar und ehrlich miteinander umgehen. Ich hoffe, dass meine Enkel mal ähnliche Lebensanteile haben können wie ich, und ich hoffe, dass ihnen eines nie wieder passiert: Das ist das, was heute auf den Tag genau vor 27 Jahren mir passiert ist, als ich nämlich Angst um mein Leben hatte, während wir die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Dresden erstürmt, besetzt und entwaffnet haben. Ich hoffe, dass unsere Kinder eine demokratische Zukunft behalten, und dafür können wir sehr viel tun. Vielen Dank. Ich heiße Arnold Vaatz.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Arnold Vaatz. Ich darf jetzt Dr. Johann Wadepuhl nach vorne bitten, danach Sabine Weiss, dann Annette Widmann-Mauz und Monica Wüllner.

Dr. Johann Wadepuhl: Moin, meine Damen und Herren! Ich bin das Nordlicht unter den Kandidatinnen und Kandidaten, der Kandidat der schleswig-holsteinischen CDU, trete als nördlichster Kandidat an und möchte mein Bundesland hier im Bundesvorstand wieder vertreten. Ich bin Außenpolitiker; wir Außenpolitiker sind Europapolitiker, ist mehrfach gesagt worden. Europa ist nicht nur die richtige Lehre aus der Vergangenheit, Europa ist auch die richtige Antwort auf die Fragen der Zukunft.

Wenn wir in Norddeutschland, in Nordeuropa nach Osten blicken, dann blicken wir ins Baltikum. Dann sind da Staaten, die haben sich für Europa entschieden. Dass das einmal geschehen würde, war nie klar. Das müssen wir heute verteidigen, und deswegen sage ich auch als CDU-Außenpolitiker: Es befremdet mich, dass der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland ein Nato-Manöver im Baltikum, welches defensiv ist, welches unsere Werte verteidigt, kritisiert und von Säbelrasseln spricht. Das ist die falsche Sprache, das ist nicht CDU-Außenpolitik. Das kritisieren wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen zu unseren Freunden.

Wir wissen, wer unsere wichtigsten Bündnispartner sind, und das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Vergessen wir nicht, sie haben uns befreit von den Nazis, sie haben den Marshall-Plan entwickelt. Es waren am Ende Ronald Reagan und George Bush, die dafür gesorgt haben, dass Deutschland wiedervereinigt ist. Deswegen verstehe ich nicht: Wenn ein Präsident Putin wiedergewählt wird, ist die deutsche Linke entspannt und hat keinen Kommentar dazu. Aber wenn ein Trump gewählt wird, den vielleicht viele von uns auch nicht wählen würden, dann gibt es in Deutschland an der Linken nur Kritik. Deswegen sage ich Ihnen, wir müssen zu unseren Bündnispartnern stehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine ältere Demokratie als Deutschland. Das sind unsere Freunde, an denen orientieren wir uns, und mit denen arbeiten wir zusammen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben wieder Landtagswahlen – ist angesprochen worden – am 7. Mai wählt Schleswig-Holstein. Wir wollen Ralf Stegner und Konsorten stoppen. Helfen Sie uns, unterstützen Sie auch meine Kandidatur auf Platz 25. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ein herzliches Dankeschön an den hohen Norden. Jetzt kommt Sabine Weiss an die Reihe, danach Annette Widmann-Mauz und dann Monica Wüllner.

Sabine Weiss: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe CDU-Familie! Mein Name ist Sabine Weiss, ich bin Vorsitzende des wunderschönen Kreisverbandes im Niederrhein Kreis Wesel hier in Nordrhein-Westfalen, nördlich des Ruhrgebietes.

(Heiterkeit)

Hallo Niederrhein! Seit 2009 bin ich nach zehn Jahren hauptamtlicher Bürgermeisterzeit Mitglied des Deutschen Bundestages und derzeit stellvertretende Fraktionsvorsitzende für die Bereiche Arbeit und Soziales und Entwicklungspolitik. Tja, und im nächsten Jahr werde ich zum dritten Mal für den Deutschen Bundestag kandidieren, und ich werde alles daran setzen, gemeinsam mit meinen Freunden in der Kreispartei zum dritten Male den ehemals roten Wahlkreis direkt für unsere Partei zu holen.

(Beifall)

Ebenso zum dritten Mal stehe ich heute hier und bewerbe mich für den Bundesvorstand. Ich möchte hier mich auch weiterhin gerne einbringen im Haushaltsausschuss, im Bundesfachausschuss für Arbeit und Soziales für unsere CDU und für die Menschen in unserem Lande.

Unsere Werte sind unsere Zukunft, und ich denke, das müssen wir noch deutlicher machen in den nächsten Zeiten, gemeinsam mit den Menschen, jeder von uns, jede von uns hier im Saal, wir alle zusammen, vielleicht noch mit ein bisschen mehr Geschlossenheit. Dafür möchte ich weiter stehen, möchte mich weiter einsetzen, und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank an Sabine Weiss. Jetzt hat das Wort Annette Widmann-Mauz, danach Monica Wüllner.

Annette Widmann-Mauz: Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Annette Widmann-Mauz, verheiratet. Ich komme aus Baden-Württemberg, bin dort stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg. Ich bin seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, direkt gewählt im Wahlkreis Tübingen. Ich freue mich sehr, dass ich bei Hermann Gröhe im Bundesgesundheitsministerium Parlamentarische Staatssekretärin sein und ihn in seiner Arbeit unterstützen darf.

Aber die größte Freude war im letzten Jahr, als mich die Frauen der CDU Deutschlands zu ihrer Bundesvorsitzenden gewählt haben. Liebe Frauen, das ist mir eine echte Verpflichtung, denn ich erinnere mich in diesen Tagen doch häufiger daran, wie es war, als ich mit 18 Jahren Anfang der 80er in die CDU eingetreten bin. Es war eine politisch aufgeladene und eine gesellschaftlich enorm konfliktreiche Zeit. Die Friedensdemos, wer erinnert sich nicht an die Räucherstäbchen, an die gelben Sonnenaufkleber, die Jutetaschen. Hitzige Debatten in der Schule, aber nicht nur da, vor allen Dingen auch in den Familien, es wurde gekämpft und gestritten.

Warum denke ich so oft daran? Weil ich mich frage, was war es eigentlich, was mich zur CDU gebracht hatte, und was mich von ihr begeistert hat. Es war die positive, die optimistische Einstellung, das christliche Menschenbild, das klare Bekenntnis zur Freiheit und unserer Art zu leben: selbstbestimmt, selbstbewusst, weltoffen, partnerschaftlich, verantwortungs- und wertebewusst. Die CDU hat damals nicht „Nein danke“ gesagt. Die CDU hat „Ja“ gesagt, auch wenn es damals Ängste und Befürchtungen gab. Damals waren die Themen: Ist mein Arbeitsplatz noch sicher durch Rationalisierung? Aber die CDU hat klargemacht, dass Angst keine Arbeitsplätze schafft und Angst auch keine Probleme löst. Und sie hat „Ja“ gesagt, „Ja“ gesagt zur Nato, sie hat „Ja“ gesagt zur Europäischen Union, zur Deutschen Einheit, zur Sozialen und ökologischen Marktwirtschaft und zu einer gelebten Partnerschaft zwischen Männern und Frauen.

Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bin jetzt 32 Jahre älter, aber ich bin noch genauso überzeugt und genauso motiviert. Ich habe Lust zu kämpfen, wieder, überall dort, wo wir gebraucht werden, und ich würde mich freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Annette. Jetzt hat das Wort Monica Wüllner, und ich darf dann als letzten Redner in der Reihenfolge Herrn Professor Dr. Otto Wulff, den Vorsitzenden der Senioren-Union bitten, sich bereitzuhalten.

Monica Wüllner: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Heute ist zwar Nikolaustag, aber ich kann nicht mit einem langen weißen Bart und auch nicht mit einer Mitra dienen, dafür aber mit einem ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit und Ohren, die gut zuhören können. Ich höre zu als Mutter eines achtjährigen Jungen und als Elternbeiratsvorsitzende an dessen Schule, vielen Kindern, Eltern und den Lehrern, als Gewerkschaftssekretärin der IG Metall und CDA-lerin zahlreichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land und natürlich auch vielen Betriebsräten. Als langjährige Regionalrätin habe ich meine Ohren in der Kommunalpolitik, und als stellvertretende Vorsitzende der Sportregion Stuttgart höre ich vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen zu, in den Fachverbänden und den Sportkreisen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Monica Wüllner, ich bin 47 Jahre alt, komme aus Stuttgart. Mein Papa kam aus Bochum, und ich kandidiere heute für meine dritte Amtszeit im CDU-Bundesvorstand. Ich stehe mitten im Leben und mitten in der Politik. Dort, wo auch die CDU steht als einzig verbliebene Volkspartei in Deutschland. Wir sind die Partei, die alle Menschen in Deutschland vertreten kann, ob jung oder alt, Mann oder Frau, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Diese Vielfalt und Unterschiedlichkeit macht uns aus, und sie macht uns stark. Diese Stärke können wir nutzen, vor allen Dingen im Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr. Wir müssen uns mit diesem positiven Denken auch absetzen von den vielen Populisten, die derzeit ihr Unwesen treiben.

Mein Motto lautet: „Zünde lieber ein Licht an, als in der Dunkelheit zu meckern“. Wenn Sie der Meinung sind, dass jemand mit einer positiven Lebenseinstellung, mit Ohren, die zum Zuhören da sind, und einem Herz am richtigen Fleck einen Platz im CDU-Bundesvorstand haben sollte, dann bitte ich um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Wüllner. Jetzt darf ich zu uns bitten Herrn Professor Dr. Otto Wulff.

(Beifall)

Prof. Dr. Otto Wulff: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Otto Wulff, bin verheiratet, habe zwei Söhne und zwei Enkelkinder. Und vor allen Dingen, was ich nicht verheimlichen möchte, ich bin jetzt 64 Jahre Mitglied dieser großartigen stolzen Christlich Demokratischen Union.

(Beifall, Rufe)

Meine Freundinnen und Freunde! Es waren schöne und bittere Jahre, aber es waren auch wunderschöne Jahre. Ich muss sagen, wenn hier gesprochen wird, unsere Werte, unsere Zukunft, dann bitte ich Sie, einem älteren Herren abzunehmen, dass unsere Zukunft Erfahrung braucht. Wir sind nicht nur eine Partei der Mitte – für die ich immer gestritten habe und mein Vater auch, der die Partei 1945 mitgegründet hat – wir sind auch eine Partei der Generationen, der Partei von Jung und Alt. Meine Freundinnen und Freunde, mein Kampf und mein Einsatz in der Union dreht sich auch darum, Jung und Alt aneinander zu binden, denn der Zusammenhalt und die Übereinstimmung in den Werten von Jung und Alt ist die bessere Versicherung für unser geliebtes deutsches Vaterland.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich weiß, dass die Lobby der Älteren nicht so stark ist.

(Empörte Rufe)

Langsam, ganz langsam. Aber ich weiß, dass die Älteren ein Drittel der Wählerschaft ausmachen, und ich gehöre auch zu den Älteren. Natürlich wollen wir Macht haben als Ältere, aber Macht wozu? Macht wozu? Auch mit den Jüngeren die Macht zu teilen, deren Interessen zu werten, aber auch nicht die Interessen der Älteren zu kurz kommen zu lassen. Meine Arbeit, liebe Freundinnen und Freunde, besteht darin: Die ältere Generation, die gehört werden will, die mitstreiten will, und die auch zu uns gehört, in der großen Mehrheit an die Union zu binden und für noch mehr Mitglieder für die Union zu sorgen. Das wird meine Aufgabe sein.

Ich versichere auch an dieser Stelle, ich habe kein Mandat. Aber nehmen Sie mir eines ab, ob Sie es glauben oder nicht – und hier stehe ich in den Fußstapfen auch von Konrad Adenauer, dem ich häufig begegnet bin, meine Freundinnen und Freunde, in meinem ganzen politischen Leben hat mir nichts mehr Freude bereitet, als Wahlkämpfe zu machen für unsere Union. Und so wird es auch im nächsten Jahr sein.

Ich möchte Ihnen beweisen, dass das Alter auch noch Neugierde hat, dass es begeisterungsfähig ist, dass es Mut hat und anderen auch Mut machen kann. Das möchte ich einsetzen für unsere Partei. Ich werde nicht pflaumenweich mit unseren politischen Gegnern reden. Wenn Sie in unsere Versammlung kommen und zusammen auch mit der Jungen Union, der großen Union der Generationen, dann kann ich Ihnen sagen, dann wird es lebendig.

(Heiterkeit)

Dann wird es sehr lebendig. Ich habe noch nie erlebt, dass die Menschen vor Ende der Versammlung gegangen sind. So muss es bleiben. So müssen wir das Programm unserer Union neugierig machen. Das wird mir Freude bereiten, und ich möchte Sie alle von Herzen bitten, mir weiter diese Freude zu schenken, auch und ganz besonders in Ihrem und im Interesse unserer großen Christlich Demokratischen Union.

Und letztlich, meine Freundinnen und Freunde, nehmen Sie einem überzeugten Demokraten ab, der in der Nazi-Zeit erlebt hat, in der Familie, was Gestapo-Gefängnisse bedeutet haben, und warum in dieser Familie der Gedanke der Christlich Demokratischen Union eine solche Heimat gefunden hat.

Die Senioren-Union singt immer am Schluss einer Veranstaltung das Deutschlandlied, und ich bekenne nach jeder Rede – und das tue ich auch hier vor dem höchsten Gremium meiner verehrten Christlich Demokratischen Union –, dass ich meine Arbeit einbinden möchte in den nächsten Jahren zu sagen, es lebe unser geliebtes deutsches Vaterland in einem vereinten, friedlichen und starken Europa. Herzlichen Dank für Ihre Geduld!

(Lebhafter Beifall, Rufe)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank an Otto Wulff. Das war ein beeindruckendes Ende unserer langen Reihe an Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundesvorstand.

Ich darf, bevor wir nun in die Wahlen eintreten, zuerst einmal fragen, ob alle Delegierten ihren Stimmzettel erhalten haben. Das scheint der Fall zu sein. Dann darf ich vor Eintritt in die Wahl auf folgende Punkte hinweisen: Die Wahl erfolgt mit dem großen grünen Stimmzettel, der in alphabetischer Reihenfolge die Namen aller Kandidaten enthält. Sie haben ihn von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer erhalten, wie wir das eben festgestellt haben. Nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also 20 angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Also mindestens 20, höchstens 26, dann sind die Stimmzettel gültig.

Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei 26 weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes mindestens neun Frauen. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang nicht erfüllt, ist dieser Wahlgang ungültig. Es muss dann ein zweiter Wahlgang vorgenommen werden, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs ist unabhängig vom Frauenquorum gültig. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgender, ergänzender Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung. Ich sehe, das haben alle verstanden. Dann kann ich hiermit den Wahlgang eröffnen und darf die Stimmzähler bitten, ihres Amtes zu walten.

(Unterbrechung für drei Minuten)

Ich schaue in den Saal und darf fragen, bitte noch einmal ein kurzes Zeichen, wo die Stimmzettel noch nicht eingesammelt sind. Noch mal kurzes Handzeichen, wo es noch Stimmzettel gibt, die einzusammeln sind. Hat noch jemand Stimmzettel, die nicht eingesammelt sind? Dann bitte ich um ein kurzes Zeichen. Ich glaube, in den hinteren Reihen tut sich noch etwas. –

Ich darf jetzt noch mal fragen, sind alle Stimmzettel eingesammelt? Wenn nicht, dann bitte noch einmal ein kurzes Zeichen. Ja, hier rechts sind noch welche, und nachdem auch David McAllister seinen Stimmzettel eingereicht hat, können wir allmählich den Wahlgang schließen. Ich darf noch mal fragen: Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? Nein? Ich sehe, da ist noch Bedarf. –

Ich frage jetzt noch einmal, sind alle Stimmzettel eingesammelt? Das ist der Fall. Dann darf ich hiermit den Wahlgang schließen und darf, während die Stimmzählkommission nun das Ergebnis auszählt, das Wort zu weiteren Begrüßungen an David McAllister weitergeben.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde! Wir haben einen weiteren internationalen Gast zu begrüßen. Es ist mir eine besondere Freude zu begrüßen, aus Belgrad ange-reist, Frau Jadranka Joksimović, die serbische Ministerin für europäische Angelegenheiten und internationale Sekretärin der Serbischen Fortschrittspartei. Dobro došli, Jadranka.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren! Auf diesem Parteitag vergeben wir zum ersten Mal einen Preis für innovative Parteiarbeit. Der Preis ist ein Bestandteil des Parteitagsbeschlusses „Meine CDU 2017“ des 28. Parteitages in Karlsruhe und soll ein Zeichen der Wertschätzung für die vielen Verbände und Ehrenamtlichen sein, die tagtäglich mit Tatkraft und Kreativität attraktive Angebote für Wähler und Mitglieder entwickeln, denn damit tragen sie zur Zukunftsfähigkeit unserer CDU vor Ort bei. Alles Weitere hier nun von unserem Generalsekretär Dr. Peter Tauber.

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Während wir mit Spannung auf das Ergebnis der Wahl der Beisitzer warten, darf ich das Ergebnis eines Wettbewerbs verkünden, der uns durch die letzten Wochen begleitet hat. Es geht um innovative Parteiarbeit. Wir haben das auf dem letzten Parteitag im Rahmen der Parteireform beschlossen, dass wir das, was an der Basis geschieht an Innovationen, wertschätzen wollen und vor allem, dass wir es allen zeigen wollen, weil nicht jeder das Rad neu erfinden muss, sondern wir voneinander lernen können, wenn es darum geht, Menschen für die CDU zu begeistern. Dieser Preis ist ein Zeichen der Anerkennung und der Wertschätzung derjenigen, die heute hier vorgeschlagen sind. Ich finde, dass in den Vorschlägen viel Herzblut zum Ausdruck kommt, und es ist übrigens auch ein schönes Zeichen, dass es ursprünglich 75 Beiträge waren, die wir bewerten mussten in der Jury. Wir haben uns überlegt, wir laden alle 75 ein, aber das schien uns dann für den weiteren Ablauf des Parteitags nicht opportun.

Deswegen darf ich Ihnen jetzt die fünf aus unserer Sicht spannendsten Vorschläge präsentieren. Ich will deutlich sagen, die Auswahl fiel uns schwer. Wir haben auch viel über unsere eigene Partei gelernt. Die Arbeitsbeispiele, die Innovationen reichen wirklich von ganz modernen Elementen wie der Nutzung von WhatsApp bis hin zu eher traditionellen Formen der Parteiarbeit:

Ich wusste bis vor kurzem auch nicht, dass ein Stadtverband einen eigenen Chor hat. Vielleicht laden wir die mal zum Vorsingen ein.

Ich sage allen herzlichen Dank, die in der Jury mitgearbeitet haben, und komme jetzt zu den fünf Nominierten. Das ist ja quasi der CDU-Oskar, den wir hier vergeben. Ich beginne mit der CDU Langenselbold: Die hat im Rahmen des Kommunalwahlkampfes – eigentlich müssten wir da jetzt auch noch ein Bild gezeigt bekommen – auf etwas andere Art und Weise auf ihre Kandidaten aufmerksam gemacht mit einem großen Panoramaplakat, 60 Meter lang an der Hauptstraße, sodass man an der CDU nicht vorbeifahren konnte. Ein absoluter Blickfang: jeder einzelne Kandidat dort aufgelistet und mit einem Gesicht verbunden. So soll es eben auch sein, wir brauchen Menschen, die sich zur CDU bekennen, Gesicht zeigen. Verantwortlich für dieses Projekt ist der Vorsitzende Patrick Heck. Lieber Patrick, komm doch mal nach oben zu uns auf die Bühne!

(Beifall)

Wir haben einen zweiten Nominierten, und zwar den Kreisverband Ammerland. Der hat besonders sozial- oder – wie man ja auf Neudeutsch sagen muss – Social-Media-affine Mitglieder, und die kommen virtuell zusammen, nutzen auch die Möglichkeit zu Videokonferenzen, zu CDU Live, organisieren Public Viewing, wenn die Vorsitzende dort mit Mitgliedern online diskutiert und nutzen eben die Möglichkeiten der modernen Kommunikation. Man kann sehen, wie gut das funktioniert hier bei dem CDU Live mit Frau Wanka.

Das Schöne ist, alle können dabei mitmachen, Jung und Alt kommen zusammen, diskutieren vorher und danach, und es fördert den Austausch zwischen den Parteimitgliedern. Wir fanden, das war eine Nominierung wert, auch weil der Aufwand sich in Grenzen hält, man es schnell organisieren kann. Deswegen ist Ilka Studnik stellvertretend für den Kreisverband Ammerland – sie ist auch die Ideengeberin – nominiert. Bitte komm nach oben zu uns!

(Beifall)

Damit sind wir beim dritten Nominierten, dem CDU-Gemeindeverband Alpen. Dort hat das Wehner-Modell zur Mitgliederwerbung gegriffen und innerhalb von zwei Monaten haben die Freunde vor Ort ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Das, finde ich, ist nicht so schlecht.

(Beifall)

Es ist ein kleiner, feiner Verband, von 28 auf 50 Mitglieder oder knapp drüber, das ist in der Tat eine Leistung. Wie haben sie das gemacht? Sie haben sich selber verpflichtet. Sie haben Listen geschrieben mit Menschen, von denen sie glauben, es lohnt sich, die mal anzusprechen und für die CDU zu begeistern. Offensichtlich habt ihr sehr genau nachgeschaut, wer dann mit den Listen auch gearbeitet hat. Ihr habt eine besondere Form des Austauschs organisiert,

Neu-Mitglieder-Events organisiert und mit einem Konzept gearbeitet. Ich finde, das ist nachahmenswert. Wir wollen dringend mehr Mitglieder werben. Das wird auch Henning Otte als unser neuer Mitgliederbeauftragter nicht alleine schaffen. Das müssen wir alle zusammen tun. Da brauchen wir die Hilfe von allen, so ähnlich, wie es die Vorsitzende vorhin mit Blick auf die Wahl gesagt hat. Deswegen als bestes Beispiel für die Mitgliederwerbung nominiert und stellvertretend für die Freunde vor Ort, Frau Irmgard Höpfner.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zur vierten Nominierung. Das ist etwas ganz Besonderes. Nominiert ist die CDU Schwäbisch Hall. Dort erhalten alle Mitglieder, die Eltern werden, ein sogenanntes CDU-Schlaf-tier. Das ist ein Stofftier, das dort vor Ort genäht wird, überreicht wird, vorbeigebracht wird immer dann, wenn Nachwuchs ins Haus steht. Dann können die Kinder schon mit einem CDU-Stofftier einschlafen, wenn Mama oder Papa mal wieder auf einer Sitzung sind. Das, finde ich, ist etwas Versöhnendes und eine sehr schöne Geste, um zu zeigen: Das ist auch unser Anspruch, wir wollen Familienpartei sein. Stellvertretend für die Freunde aus Schwäbisch Hall ist die Kreisvorsitzende bei uns, die auch projektverantwortlich ist, Frau Katrin Heinritz.

(Beifall)

Last but not least die fünfte und letzte Nominierung: Der Kreisverband Helmstedt ist nominiert mit einer Veranstaltungsreihe, dem Café HEY oder hey – ja ich werde gleich korrigiert von den Freunden, sehr gut – und zwar ist das ein besonderes Veranstaltungsformat, ein World Café. Julia Klöckner hat das übrigens bei ihrer Arbeit in der Zukunftskommission ebenfalls schon genutzt. Dort kommen die Mitglieder aus den Arbeitskreisen der Kreispartei zusammen, um inhaltlich zu arbeiten mit einem Projektplan, einem Handbuch, um eben auch so ein bisschen die Mitglieder zu kitzeln, sie einzuladen, sich wirklich zu beteiligen, nicht nur Vorträge zu hören, selbst innovativ zu sein, Vorschläge zu machen. Damit ist auch das örtliche Wahlprogramm erarbeitet worden.

Also man sieht: Man kann eben nicht nur mit den Mitgliedern, sondern genau darüber hinaus auch noch mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen ein offenes Format, das auch die einlädt, die sonst vielleicht Berührungsängste mit der Partei und den klassischen Formen der Arbeit, wie wir sie sonst kennen, haben. Das hat super funktioniert, und deswegen ist heute für den Kreisverband Frau Elisabeth Heister-Neumann, die Kreisvorsitzende bei uns. Sie ist die fünfte Nominierende.

(Beifall)

Jetzt wird es nicht ganz so schick wie beim Oscar, aber es gibt natürlich einen von den Fünfen, der gewinnen kann. Alle bekommen etwas. Wir haben also einen kleinen Gutschein für die, die nicht den ersten Platz machen, für den neuen CDU-Fanshop in Höhe von 250 Euro. Damit kann

man vor Ort die Freunde ein bisschen aufmunitionieren, wenn es darum geht, die weitere Arbeit fortzusetzen.

Aber ich habe jetzt die große Ehre und Aufgabe, den ersten Preis, den Innovationspreis, zu verleihen. Der hat auch eine besondere Form, Frau Müller wird ihn mal nach vorne bringen. Also man sieht, es ist eine Glühbirne. Die funktioniert auch, ist eine Lampe, damit uns weiter gute Ideen aufgehen und ein Licht aufgeht. Das ist auch manchmal für die innovative Parteiarbeit gut. Jetzt will ich es aber nicht länger spannend machen. Gewonnen hat den ersten Preis für innovative Parteiarbeit der Kreisverband Ammerland.

(Beifall)

Sie bekommen natürlich auch alle was. Ich hoffe, da waren ein paar Anregungen dabei. Ich empfehle allen, die Ideenbörse auf CDUplus weiter zu nutzen. Dort findet man weitere tolle Vorschläge für die Parteiarbeit. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und gebe das Wort zurück ans Tagungspräsidium.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank an unseren Generalsekretär Peter Tauber. Ich hoffe, dass die Ideen der vielen Kreisverbände auch für Sie Ideen sein können für die Zukunft oder dass Sie sich auch im nächsten Jahr um diesen tollen Preis bewerben können. Ich gebe weiter an David.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde! Ich rufe auf TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei

Zunächst möchten wir den bisherigen Mitgliedern und ebenso den Stellvertretern im Vorstand der EVP für ihre politische Arbeit herzlich danken. Die insgesamt 14 statt bisher 13 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre Stellvertreter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, also für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018. Die Liste der Vorschläge für die Mitglieder im EVP-Vorstand ist vom Bundesvorstand unserer Partei erarbeitet worden und liegt Ihnen in den Tagungsunterlagen vor.

Ich schlage vor, diese Wahl per Akklamation vorzunehmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren. Ich bitte daher diejenigen um das Kartenzeichen, die diesem Gesamtvorschlag zustimmen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Ich gratuliere allen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der EVP und wünsche uns eine erfolgreiche Arbeit.

Ich rufe auf TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten
für den Kongress der Europäischen Volkspartei

Nach dem Vorschlag, der Ihnen ebenfalls in den Tagungsunterlagen vorliegt, sind die Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse unserer EVP für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2018 zu wählen. Dabei handelt es sich um 40 Delegierte gegenüber 39 in der ablaufenden Wahlperiode und logischerweise 40 stellvertretende Delegierte. Die vom Bundesvorstand unterbreiteten Vorschläge der zu wählenden Personen finden Sie in Ihren Unterlagen.

Auch hier schlage ich vor, diese Wahl per Akklamation vorzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann können wir so verfahren. Wer nun dem vorliegenden Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls so beschlossen. Die Liste der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP ist damit gewählt. Ich gratuliere sehr herzlich und wünsche uns eine erfolgreiche Arbeit. Wir sehen uns auf dem EVP-Parteitag am 29. und 30. März 2017 auf Malta.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

Ich kann Ihnen mitteilen, dass sich alle bisherigen Mitglieder des Bundesparteigerichts bereit erklärt haben, für eine weitere Wahlperiode zu kandidieren. Sie finden die Namen in Ihren Tagungsunterlagen am Platz.

Wir können diese Wahl per Akklamation durchführen, wenn sich hiergegen kein Widerspruch erhebt. Ich frage deshalb: Erhebt jemand dagegen Widerspruch? Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann bitte ich hiermit um die Zustimmung für die Wahl der Mitglieder unseres Bundesparteigerichts durch Hochheben Ihrer Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist ein einstimmiges Ergebnis. Ich gratuliere den neugewählten Mitgliedern des Bundesparteigerichts. Wir danken Ihnen für Ihr bisheriges Engagement und wünschen Ihnen auch für Ihre zukünftige Arbeit alles Gute. Herzlichen Dank im Namen des ganzen Parteitags.

(Vereinzelt Beifall)

Wir fahren fort in der Tagesordnung und ich übergebe das Wort an Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Liebe Delegierte, liebe Parteifreundinnen und freunde! Das Ergebnis zur Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes liegt noch nicht vor. Deswegen darf ich TAGESORDNUNGSPUNKT 11 aufrufen, den

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
und darf das Wort an unseren Freund Herbert Reul weitergeben.

(Beifall)

Herbert Reul: Frau Präsidentin, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Das ist mir eine besondere Ehre, für die CDU/CSU-Kollegen im Europäischen Parlament den Bericht zu erstatten. Erste Feststellung: Uns macht die Arbeit viel Freude, obwohl es eine stressige Zeit ist. Zweite Vorbemerkung: Der Bericht in seiner Fülle und Breite, damit Sie wissen, wie viel wir arbeiten, liegt schriftlich vor. Das können Sie in Ruhe lesen, ich vertraue auch darauf, dass Sie es lesen. Und deshalb – drittens – will ich mich nur auf einige wenige Gesichtspunkte hier konzentrieren.

Es ist heute viel geredet worden davon, dass wir in Zeiten von Populismus leben, in denen die Menschen Misstrauen gegenüber Politik haben, eben auch gegenüber dem, was wir in Europa machen. Deswegen will ich nur berichten, dass für uns als Parlamentarier im Europäischen Parlament so ein paar Anliegen ganz besonders wichtig waren und auch wichtig bleiben werden.

Erstens. Für uns ist wichtig, dass Politik verlässlich ist, und d. h., dass man sich an die Regeln, die man sich in der Politik gibt, auch hält. Das ist in unserem politischen Prozess in Brüssel und Straßburg nicht immer gegeben, leider. Das liegt manchmal daran, dass die Kommission nicht so spurt. Das liegt dann manchmal daran, dass wir im Parlament nicht die Mehrheiten kriegen, weil die Linken eine andere Meinung haben. Manchmal liegt es auch daran, dass im Rat nicht konsequent genug gehandelt wird. Ich will das an dem berühmten Beispiel festmachen: Stabilitätspolitik. Angela Merkel hat darauf schon hingewiesen heute. Die Glaubwürdigkeit der europäischen Politik hängt ganz wesentlich davon ab, ob wir in der Frage, wenn wir anderen helfen, dann auch sicher sein können, dass sich an die Regeln, die abgesprochen worden sind, auch alle anderen halten. Ob die Spanien heißen, ob die Portugal heißen, ob die Zypern heißen oder Griechenland, das gilt dann für alle. Für uns ist das elementar, und wir sind manchmal wirklich unzufrieden, dass das nicht in allen Institutionen so passiert.

Zweitens. Solidarität: Europäische Solidarität ist für uns schon ein wichtiges Wort, aber eben nicht nur so ein Spruch, sondern das muss dann auch realisiert werden. Das kann man nicht nur einfordern, wenn man Hilfe von anderen braucht, sondern die muss man auch geben, wenn andere die Hilfe brauchen. Das gilt für die Stabilitätspolitik genauso wie für die Frage der Flüchtlingspolitik: Es kann nicht sein, dass einige Staaten in Europa nicht mitmachen, wenn es um die Verteilung der Flüchtlinge in Europa geht. Das Spiel geht nur, jeder hilft jedem, aber dann gilt es für alle und nicht nur für einige. Rosinenpickerei geht nicht, das funktioniert nicht, dann bricht der Laden auseinander.

Drittens. Das ist vielleicht genauso wichtig noch als Punkt, der hier genannt werden muss: Es ist wichtig, dass wir auch handlungsfähig sind, dass wir effektiv werden in dem, was wir tun. Unsere

Gruppe, die CDU/CSU-Gruppe bemüht sich im Europäischen Parlament seit Jahren schon, mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg, dass wir uns auf die zentralen Sachen konzentrieren, nicht jeden Kleinschleiß mehr regulieren, dass wir weniger regeln, aber das, was wichtig ist. Die Leute kapieren sofort, das sind Fragen zu Flüchtlingen, das sind Fragen zur Inneren Sicherheit. Das sind Fragen zu Verteidigungsunion, wo europäisch gehandelt werden muss.

Aber sie verstehen nicht, wenn wir jede Kleinigkeit regeln von Brüssel, von Straßburg aus. Ich finde, an der Stelle könnte man noch konsequenter sein. Die Kommission Juncker ist da auf einem guten Weg, das muss man fairerweise sagen. Das werden alle Kollegen bestätigen, da passiert viel weniger Unsinn als früher, aber es passiert immer noch mancher. Deswegen müssen wir an den Stellen wachsamer sein. Die CDU/CSU-Gruppe ist da immer auf dem Damm.

Und last but not least: Liebe Kollegen, liebe Parteifreundinnen, Parteifreunde! Beim letzten Parteitag habe ich Ihnen was versprochen. Auf dem letzten Parteitag habe ich Ihnen versprochen, dass wir in der Frage Handlungsfähigkeit des Parlaments auch was liefern. Ich habe Ihnen gesagt, wir sorgen dafür, dass der nächste Parlamentspräsident nicht mehr Schulz heißt. Und der heißt nicht mehr Schulz, das Problem ist gelöst.

(Beifall)

Es war anstrengend und nicht immer angenehm, und so mancher Querschläger, der jetzt passiert in Berlin, den haben wir nicht gewollt. Dafür können wir leider nicht, aber man kann nicht auf alles Rücksicht nehmen und an alles denken. Aber an der Stelle im Europäischen Parlament besteht jetzt die Chance, dass die Regeln wieder gelten, dass zwischen den großen Parteien gewechselt wird. Das ist wichtig.

Ich hoffe, dass es uns auch gelingt – last but not least, einen guten Kandidaten oder eine Kandidatin der EVP als Parlamentspräsidentin demnächst zu präsentieren, und – was viel wichtiger ist – dass es uns wieder gelingt, die Zusammenarbeit der großen Fraktionen hinzukriegen. Denn ich will das mal schildern: Das ist schon erschreckend, wenn Sie da sitzen, und die großen Parteien haben sich nicht geeinigt, und Links und Rechts blockieren jede Entscheidungsfindung und stehen auf links und rechts im Parlament, die Extremisten, und freuen sich höllisch, dass sie nur zerstört haben.

Wenn Sie das mal erlebt haben, wissen Sie, warum es wichtig ist, dass die Parteien in solchen Fragen, dass sie europafreundlich und positiv sind, zusammenhalten, zusammenstehen. Ich hoffe, dass uns das, wenn die Aufregung sich in den nächsten Tagen wieder gelegt hat, auch gelingt, die EVP und die Sozialisten wieder zusammenzubringen. Nicht in jeder Frage, aber eben in zentralen Fragen, damit im Europäischen Parlament Entscheidungen getroffen werden. Denn das Allerwichtigste von Politik sind nicht gute Ideen und gute Sprüche und laute Reden, sondern Taten, und an der Stelle gibt es noch etwas zu tun. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Lieber Herbert Reul, vielen Dank für diesen engagierten Bericht, nicht nur für den Bericht, sondern auch für die engagierte Arbeit als Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Unsere Tagungsfolge sähe heute eigentlich noch TOP 21, Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU, sowie TOP 22, Beratung und Beschlussfassung der sonstigen Anträge vor. In Anbetracht der Tatsache, dass es schon spät geworden ist und wir doch etwas hinter dem eigentlich vorgesehenen Zeitplan hinterherbleiben, möchte das Tagungspräsidium Ihnen Folgendes gerne vorschlagen, nämlich unseren Parteitag heute nach Tagesordnungspunkt 21, Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU, zu beenden und unsere Beratungen morgen früh um 09:00 Uhr mit der Beratung der sonstigen Anträge und danach der Beratung des Leitantes fortzusetzen. Findet dieser Verfahrensvorschlag Ihre Zustimmung, dann bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit mit überwältigender Mehrheit angenommen, und ich darf jetzt das Wort weitergeben an den Kollegen Kretschmer.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Wir kommen damit zu TAGES-ORDNUNGSPUNKT 21:

Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Änderung des Statuts und
der Geschäftsordnung der CDU

Das ist der einzige Tagesordnungspunkt, in dem wir heute über Anträge beraten wollen. Es geht um Anträge zu unserer Satzung und Geschäftsordnung. Für Änderungen ist die absolute Mehrheit der Delegierten des Parteitages notwendig, das bedeutet 501 Stimmen. Wir haben zwei Anträge, B1 und B2. Der Antrag B1 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Deswegen kommen wir zur Beratung des Antrags B2. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen, aber einer sehr deutlichen Mehrheit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Damit sind wir schon am Ende dieses Tagesordnungspunkts. Armin Laschet hat das letzte Wort für heute.

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Liebe Freunde! Wir sind jetzt am Ende der Tagesordnung, aber wir warten noch auf das Ergebnis. Da wir nicht wissen, ob da noch Stichwahlen oder Ähnliches nötig sind, machen wir jetzt noch mal eine kleine Unterbrechung, aber wirklich alle im Saal bleiben, damit wir nicht nachher nicht beschlussfähig sind.

Ich kann vielleicht schon mal erläutern, wie das danach weitergeht. Der Nordrhein-Westfalen-Abend findet in diesem Jahr auf einem Flugplatz statt, nämlich auf dem Flughafen Essen/

Mülheim. Hier liegen die Städte alle ganz eng beieinander im Ruhrgebiet, also das sind nur 15 Minuten mit dem Busshuttle, der dann sofort nach Bekanntgabe des Ergebnisses losfährt. Vom Gelände des Flughafens später zurück ist ebenfalls ein Busshuttle eingerichtet, der regelmäßig zum Essener Hauptbahnhof fährt.

Persönliche Wertsachen und persönliche Unterlagen sollten Sie mitnehmen, also nicht hier liegen lassen. Parteitagspapiere können auf den Tischen liegen bleiben. Was auf dem Tisch liegt, wird nicht weggeräumt, was auf dem Boden liegt, wird von freundlichen Menschen in der Nacht weggeräumt. Also alle Unterlagen auf dem Tisch lassen, auf den Boden kann der Abfall gelegt werden. Wir sehen uns morgen pünktlich um 09:00 Uhr hier zum zweiten Plenartag dann wieder. Jetzt warten wir noch die fünf Minuten und dann fahren wir zum Nordrhein-Westfalen-Abend.

(Unterbrechung für zwölf Minuten)

Annegret Kamp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir bitten noch um etwas Geduld, aber es kann sich nur noch um eine ganz, ganz kurze Zeitspanne handeln, ein bis zwei Minuten, dann wird das Ergebnis vorliegen.

(Unterbrechung für fünf Minuten)

Das Ergebnis liegt schon vor, es wird gerade noch in Form gebracht. Insofern dauert es nochmal ein bis zwei Minuten.

(Rufe)

Aber das ist auch okay, denn das war ja auch die Zeitspanne für die jeweiligen Vorstellungen. Auch die sind etwas kreativ nach oben entwickelt worden. Insofern ist es nicht mehr als richtig, dass wir jetzt auch denjenigen, die heute den ganzen Tag schon so fleißig gezählt haben, vielleicht hier erstmal einen kräftigen Applaus schenken.

(Beifall)

Ich sehe den Bundesgeschäftsführer schon eilen, insofern handelt es sich jetzt nur noch um Sekunden. –

Ich darf das Ergebnis zur Wahl der weiteren Beisitzer und Mitglieder im Bundesvorstand bekannt geben. Abgegebene Stimmen: 929, ungültige Stimmen: 14, gültige Stimmen: 915. Die erforderliche Mehrheit beträgt 458 Stimmen.

Als Mitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt: Hermann Gröhe mit 849 Stimmen, Peter Altmaier mit 846 Stimmen,

(Beifall)

Professor Dr. Otto Wulff mit 820 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Reiner Haseloff mit 771 Stimmen, Annette Widmann-Mauz mit 770 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Michael Meister, 753 Stimmen,

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Stefan Heck, 739 Stimmen,

(Beifall)

Elmar Brok, 725 Stimmen, Sabine Weiß, 713 Stimmen,

(Beifall)

Mechthild Heil, 705 Stimmen,

(Beifall)

Arnold Vaatz, 701 Stimmen,

(Beifall)

Serap Güler, 681 Stimmen, Mike Mohring, 678 Stimmen, Elisabeth Motschmann, 676 Stimmen,

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Peter Liese, 675 Stimmen, Dr. Johann David Wadephul, 674 Stimmen,

(Beifall und Rufe)

Elisabeth Heister-Neumann, 654 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Ralf Brauksiepe, 650 Stimmen, Monica Wüllner, 640 Stimmen, Professor Dr. Dagmar Schipanski, 627 Stimmen,

(Beifall)

Christian Baldauf, 624 Stimmen

(Beifall)

Lucia Puttrich, 622 Stimmen,

(Beifall)

Elke Hannack, 616 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Stephan Harbarth, 598 Stimmen, Gudrun Heute-Bluhm, 589 Stimmen und Peter Beuth, 570 Stimmen.

(Beifall)

Nicht gewählt wurden Katharina Reiche, Michael Boddenberg und André Trepoll.

Damit haben alle die erforderliche Mehrheit erhalten. Das Frauenquorum ist erfüllt, und wir brauchen keinen weiteren Wahlgang. Ich darf jetzt zum Abschluss noch einmal für den ersten Plenartag das Wort an den Landesvorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen geben. Aber zuerst frage ich noch einmal, ob alle die Wahl annehmen. Ich frage die, die gewählt sind, ob irgendjemand die Wahl nicht annimmt. Das ist weder akustisch noch optisch der Fall. Insofern darf ich das Wort jetzt noch einmal kurz an Armin Laschet weitergeben. Herzlichen Dank!

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Also noch einmal die herzliche Einladung zum Nordrhein-Westfalen-Abend. Die Busse stehen bereit. Wir sehen uns morgen um 09:00 Uhr hier im Saal wieder. Der Parteitag ist bis morgen unterbrochen. Schönes Feiern heute Abend!

(Schluss: 20.06 Uhr)

Dienstag, 7. Dezember 2016
Zweite Plenarsitzung
(Beginn: 9.06 Uhr)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine Damen und Herren!

Wir steigen ein in den TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

Sonstige Anträge – Beratung und Beschlussfassung

Ich schlage vor, dass wir blockweise vorgehen, um etwas effizienter zu sein und vielleicht auch etwas zügiger. Wer ist damit einverstanden, dass wir die Anträge blockweise beraten, den bitte ich um das Kartenzeichen. Vielen Dank! Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Anträge C1 bis C5 auf. Sie finden sie auf den Seiten 27 bis 38 in der Antragsbroschüre. Wir haben dazu eine Wortmeldung, und zwar von Karl-Josef Laumann, zu Antrag C3. Bitte, Karl-Josef!

Karl-Josef Laumann: Sehr geehrte Damen und Herren! Hier geht es um den so genannten Industrieantrag, bei dem wir als CDA noch mal sehr deutlich umschrieben haben, wie wir auch die Rahmenbedingungen für industrielle Arbeitsplätze und industrielle Fertigung, auch im Spannungsfeld zwischen Sozialem, Umweltschutz und der Effizienz der Arbeitsplätze, gestalten wollen. Ein zentraler Punkt, den finden sie unter der Zeile 6, Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit in Einklang bringen, war, dass wir als CDA gesagt haben, wir hätten gerne dann, wenn Umweltmaßnahmen gemacht werden, dass es auch in diesem Bereich ein Arbeitsblatt dafür gibt, was das für die Entwicklung der Arbeitsplätze bedeutet. Genau diesen Punkt, sondern er ist auch der einzige, den hat die Antragskommission rausgeschmissen.

Ich möchte ganz gerne für uns als Antragsteller beantragen, diesen Punkt wieder in den Antrag aufzunehmen, weil es ja so ist, dass immer dann, wenn wir über Umweltmaßnahmen reden, die Umweltseite sagt: Ja, durch Umweltschutz entstehen Arbeitsplätze. Aber ich meine, dass es deswegen nicht mehr als fair ist, wenn man dann auch eine objektive Überlegung anstellt, was dieses für die Arbeitsplätze bedeutet. Denn wenn man darüber Transparenz erstellt hat, kann man auch mit Blick auf Arbeitsplätze entscheiden, ob man das will oder nicht. Deswegen verstehe ich nicht, dass man diese Transparenz aus diesem Antrag schlicht und ergreifend rausgeschmissen hat.

Man kann sich ja dennoch für die Umweltstandards entscheiden. Aber ich habe es immer so verstanden, dass für uns die Soziale Marktwirtschaft auch daraus besteht, dass wir immer das Soziale bedenken, dass wir natürlich das Ökologische bedenken, aber dass wir auch bedenken, was das für den Markt bedeutet. Deswegen meine ich, dass diese beiden Seiten zusammen-

gehören. Deswegen möchte ich hier gerne beantragen, dass hier in der ursprünglichen Form des Antragstellers entschieden wird. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. Wir machen jetzt folgendes Verfahren: Zum Antrag C3 haben wir ein anderes Votum als das der Antragskommission. Dann stimmen wir erst einmal über die Anträge C1 und C2 ab. Da gibt es kein anders lautendes Votum oder einen Gesprächsbedarf. Wer dem Votum der Antragskommission für die Anträge C1 und C2 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann hat die Antragskommission für den Antrag C3 das Wort, um noch einmal zu begründen, warum man zu diesem Votum gekommen ist. Sabine Weiss, bitte du hast das Wort!

Sabine Weiss, Antragskommission: Meine Damen und Herren, lieber Karl-Josef Laumann, zum Antrag C3: Weitestgehend entspricht dieser Antrag der CDU-Programmatik. Deswegen haben wir ihn auch nur in der Formulierung etwas abgeändert, aber Karl-Josef, du hast recht, gestrichen wurde der Arbeitsplatzcheck, wie ihr ihn benennt. Die Antragskommission sieht hier eine weitere Bürokratisierung von Entscheidungsverfahren. Wir sagen, dass wir grundsätzlich eben nicht nur die Erstrundeneffekte beurteilen können. Deswegen können in einer nachgelagerten Entscheidung nachgelagerte Effekte eben in einer Arbeitsplatzfolgeschätzung nicht abgebildet werden. Deswegen spricht sich die Antragskommission gegen so einen Arbeitsplatzcheck aus, weil die zusätzliche Bürokratisierung die positiven Effekte hier nicht aufwiegen würde.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herr Dr. Christian Bäumler!

Dr. Christian Bäumler: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Delegierte, ich spreche ebenfalls für den Antragsteller zu C3, wo es darum geht, industrielle Zukunft für Deutschland zu bewahren. Bei dem Punkt, um den es uns in der CDA Deutschland geht, ist die Frage, inwieweit bei Entscheidungen über Umweltstandards Arbeitsplätze berücksichtigt werden. Wir sind mit der Antragskommission und mit der Partei insgesamt völlig in Übereinstimmung, dass die Bewahrung der Schöpfung wichtig ist. Wir sind als CDA auch nicht gegen Umweltstandards, wir sind für die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Wir wissen, dass diese Erde uns nicht geschenkt wurde, sondern dass wir sie von unseren Kindern geliehen haben.

Trotzdem muss es nach unserer Auffassung möglich sein, dass man auch Arbeitsplätze bei Entscheidungen über den Klimaschutz berücksichtigt. Nicht in dem Sinne, dass Arbeitsplätze Vorrang hätten vor Umweltschutz, sondern in dem Sinne, dass man eine ganzheitliche Betrachtung hat, welche Auswirkungen Umweltentscheidungen haben, welche Auswirkungen auch

die Dekarbonisierung auf Deutschland hat. Ich halte es für wenig nachvollziehbar, wenn wir im Bereich der Kohle Arbeitsplätze abbauen und gleichzeitig Kohle aus Ländern importieren, wo Kinder in den Stollen arbeiten.

Deswegen sind wir der Auffassung, wir sollten bei solchen Entscheidungen ausdrücklich auch die Auswirkungen auf Arbeitsplätze berücksichtigen. Ich appelliere an die Antragskommission, hier ihr Votum nochmal zu überdenken, dass man wenigstens eine Formulierung drin hat, dass bei solchen Entscheidungen auch Arbeitsplätze berücksichtigt werden. Dankeschön!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Dankeschön! Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war eine Mehrheit, deswegen kommen wir zum –

(Zwischenrufe)

Doch! Kommen wir zum Antrag C4.

(Zwischenrufe)

Nein, wir machen keinen Hammersprung. Es war eindeutig eine Mehrheit. Wir können das gerne noch mal wiederholen. Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Dankeschön! Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Also das Erste war die deutliche Mehrheit.

Kommen wir zum Antrag C4. Hier liegt eine Wortmeldung vor von Bianca Seeger. Bitte, Frau Seeger!

Bianca Seeger: Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrtes Präsidium, liebe Delegierte! Wie ein roter Faden setzt sich die Unterstützung von Familien und Kindern in unseren Leitträgen, in unseren C-Anträgen, durch die ganze Antragsmappe. Das ist gut, denn unsere Familien vermitteln Werte und sind unsere Zukunft. In einer Expertengruppe haben wir diesen Antrag zu C4, den ich jetzt hier bewerben möchte, entwickelt. Vom Bund der Steuerzahler unterstützt, am Tag der Vereinigung mit großem Applaus entgegengenommen, werben wir dafür, heute Zeichen zu setzen, heute konkrete unbürokratische Mittel, die direkt dort ankommen, wo wir sie haben möchten, nämlich bei den Familien, zu unterstützen, und nicht zu überweisen, sondern heute wirklich eine Entscheidung zu fällen. Ich bitte Sie alle, die Familien unterstützen und unsere guten Instrumente, die sich schon bewährt haben, zu verbessern, heute zu verabschieden. Vielen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Michael Meister hat das Wort für die Antragskommission. Michael, bitte!

Dr. Michael Meister, Antragskommission: Herr Präsident, liebe Parteifreunde! Es ist sicherlich im Sinne von uns allen, wenn wir in den nächsten vier Jahren ein klares Signal setzen, die Familien in Deutschland zu stärken und besserzustellen. Und dies sollten wir auch deutlich in unserer Beschlussfassung zum Ausdruck bringen. Der Antrag, der hier vorliegt, nennt allerdings konkrete Zahlen. Ich glaube, dass es klug ist, dass wir ein klares Signal aussenden zur Stärkung der Familien, aber nicht in den Leitplanken für ein Wahlprogramm konkrete Eurobeträge nennen.

Deshalb empfiehlt die Antragskommission, diesen Antrag zu unterstützen, ihn allerdings an den zuständigen Bundesfachausschuss zu überweisen, um dort klare Vorgaben zu machen, die auch ein abgestimmtes Konzept mit dem Rest unserer Steuerpolitik ermöglichen und in diesem Sinne dann einen konstruktiven Beitrag zu leisten, ein Steuerkonzept und eine Stärkung der Familien vorzubringen. Deshalb werbe ich dafür, dem Votum der Antragskommission zu folgen und diesen Antrag an den zuständigen Bundesfachausschuss zu verweisen.

Michael Kretschmer, Tagespräsidium: Vielen Dank, Michael Meister! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, eine doch.

Bianca Seeger: Ich muss das noch mal ergänzen. Konkrete Zahlen liegen nicht vor, wir haben nur den Höchstbetrag von 4 000 Euro, den es schon gibt, festgelegt. Ansonsten sind keine konkreten Zahlen gefordert für Beiträge. Dankeschön!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission schlägt vor, dieses wichtige Anliegen aufzunehmen und es im Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend weiter zu beraten. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Anliegen so gefolgt.

Zu Antrag C5 haben wir drei Wortmeldungen. Wir fangen an mit Jana Schimke, und Annette Widmann-Mauz bereitet sich vor. Bitte, Jana!

Jana Schimke: Verehrtes Tagungspräsidium, meine Damen und Herren! Um es vorweg zu nehmen, ich unterstütze natürlich den Antrag der Frauen Union im weitesten Sinne. So sind dort mit dem Faktorverfahren oder auch den Vorschlägen zur betrieblichen Altersvorsorge gute und richtige und auch wichtige Dinge genannt. Es gibt allerdings im Rahmen dieses Antrags eine Forderung, die ich schon gerne zur Diskussion stellen möchte und der ich leider nicht folgen kann. Es geht hier insbesondere darum, wenn Rentner pflegende Angehörige haben, beispielsweise die Mutter, den Vater, und während ihres Rentenbezuges und ihres Rentendaseins eben diese Angehörigen pflegen, dass dann diese pflegerische Tätigkeit sich rentenerhöhend auswirken kann.

Ich möchte dazu sagen, dass unser Sozialstaat, unsere sozialen Leistungen in der Regel vornehmlich darauf abzielen, Ausfallzeiten während des Erwerbslebens abzusichern. Das heißt,

wenn man eine Familie gründet oder auch wenn man während des Erwerbslebens jemanden hat, der in der Familie plötzlich ein Pflegefall wird, auch das ist durch unsere so genannte Familienpflegezeit abgesichert.

Es ist aber völlig systemfremd, jetzt eine Regelung zu schaffen und auf diesem Bundesparteitag zu beschließen, die darauf abzielt, während des Rentenbezuges pflegerische Tätigkeit zu einer Erhöhung der Rente auch führen zu lassen. Ich will dazu sagen, dass diese Entscheidung dazu führen würde, dass wir versicherungsfremde Leistungen weiter ausweiten würden, die wohl-gemerkt nicht mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nichts mit der Absicherung des Einkommenswegfalls während der Erwerbstätigkeit zu tun hat.

Ich appelliere auch daran, dass wir immer wieder auch gerade bei der Sozial und Rentenpolitik an die Generationengerechtigkeit denken müssen. Menschen, die während der Rente ihre Angehörigen pflegen, zahlen nicht mehr in die sozialen Sicherungssysteme ein. Das heißt, dieser pflegerischen Tätigkeit stehen sozusagen keine Rentenbeiträge gegenüber, außer natürlich denjenigen, die dann die Erwerbstätigen zu zahlen haben und damit auch die junge Generation. Deswegen in diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich dafür plädieren, diese Passage im Antrag der Frauen Union abzulehnen, und freue mich auf Ihre Unterstützung. Vielen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz: Liebe Delegierte! Die Frauen Union hat diesen Antrag gestellt, weil wir in den letzten Wochen und Monaten intensiv darüber diskutiert haben, wie wir mehr Eigenverantwortung von Frauen für ihre Alterssicherung stärken können und wie wir den Blick dort, wo Frauen in prekäre Situationen kommen, auch schärfen und Ihnen helfen können.

Deshalb ist dieser Antrag in zwei Bereiche gegliedert, nämlich zum einen: Frauen stärken, dort wo sie eigenständig vorsorgen wollen. Da spielt das Thema, wie komme ich aus geringfügiger Beschäftigung oder in Teilzeit näher an Vollzeit, eine ganz wichtige Rolle. Denn das sind die Rentenpunkte, die am Ende fehlen, wenn wir darüber sprechen, ob Frauen über die Grund-sicherung kommen. Deshalb müssen wir die Lasten, die Ketten, die an der Beschäftigung von Frauen liegen und die häufig in der Steuerklasse V zum Ausdruck kommen, an dieser Stelle beenden.

Wir schaffen die Steuerklassenkombination III/V in unserem Antrag nicht ab. Aber wir wollen, dass Fairness die Grundregel ist, nämlich dass die Freibeträge entsprechend dem Einkommen, das die Ehepartner in der Ehe erwirtschaften, sich zunächst einmal auch über das Jahr im Netto auf dem Lohnzettel für die Frauen und die Männer gleichermaßen auswirkt. Und das hilft, das macht z. B. bei einem Ehepaar, wo der Mann 3 500 Euro im Monat verdient und die Frau 2 000 Euro, allein schon mal 1 500 Euro im Jahr weniger Belastung über das Jahr gerechnet bei

der Frau aus. Wenn ich jemand motivieren will, dass er mehr einzahlt und damit höhere Rentenbeiträge bekommt, dann muss ich ihm vom Netto auch etwas mehr lassen, damit er überhaupt die Bereitschaft hat, noch mehr zu arbeiten, früher aufzustehen und etwas zu tun. Das sind auch Leistungsträger in unserer Gesellschaft, es sind Trägerinnen, und denen müssen wir helfen, wenn wir die Last auf unsere Sozialsysteme insgesamt verringern wollen.

Liebe Delegierte, dann gibt es ein Modell, das wir ja auch gemeinsam begonnen haben, auf diesem Bundesparteitag in die Welt zu setzen, nämlich die Flexirente, die es älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, auch nach dem Renteneintritt noch Rentenpunkte zu sammeln und damit etwas für das Alter zu tun, aber auch beruflich tätig zu bleiben. Jetzt frage ich mich schon: Wenn eine Frau über unser Pflegegeld in der eigenen Familie und vielleicht auch in der Nachbarschaft und darüber hinaus pflegt und damit Dienst am Menschen tut, dafür Rentenpunkte erhält, warum wollen wir diese soziale Dienstleistung „Dienst am Menschen“ anders behandeln wie im Flexirentengesetz, wenn die Frau dann in die Fabrik geht und dort noch Rentenpunkte erwirtschaftet. Wie ernst nehmen wir es denn eigentlich mit dem, was wir sagen, jawohl, Verantwortung für andere stärken.

Deshalb kann ich Jana Schimke nicht zustimmen. Es geht darum, das Flexirentenmodell auch für diese, bereits heute rentenrechtlich relevanten Gruppen, auch über das Renteneintrittsalter hinweg dann auch anrechenbar zu machen. Deshalb bitte ich Sie sehr, diesen Antrag zu unterstützen. Ich sage ganz offen, die Empfehlung der Antragskommission ist zu 80 Prozent ok. Ich würde mir wünschen, dass wir über das Faktorverfahren nicht nur endlich immer wieder informieren wollen – das Informieren hat dazu geführt, dass ein Prozent der Steuerpflichtigen dieses Verfahren nutzen –, sondern dass wir es zur Regel machen, von der man abweichen kann. Aber die Regel muss heißen, faire Lasten und gleiche Verteilung und damit gleiche Chancen für Frauen und Männer in unserer Erwerbstätigkeit.

Notburga Kunert: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Delegierte! Ich darf zunächst Frau Dr. Merkel herzlich danken, dass sie trotz der ganzen Problematik, die es im Moment zu bewältigen gibt, auch das Thema Rente weiterhin bearbeitet und dort auch versucht, Schwerpunkte zu setzen. Denn so wie man die Arbeitswelt Schritt für Schritt nachjustieren muss, so muss das auch in der Altersversorgung sein. Hier gilt es auch, nicht Jung gegen Alt oder Alt gegen Jung auszuspielen, sondern eine Gerechtigkeit zu schaffen für alle Generationen.

In diesem Sinne möchte ich für den Antrag der Frauen Union plädieren, gerade auch weil es hier vielfach die älteren Frauen betrifft. So wie der dritte Punkt in der Mütterrente nach wie vor auf der Agenda steht, so unterstützt dieser Antrag, den wir jetzt hier stellen, auch gerade die älteren Frauen, und zwar darin, dass das Verrechnungsmodell mit der Grundsicherung im Alter nicht wirkt.

Ich darf aber da auch gleich anknüpfen an die erste Rednerin, die sich gegen die Anrechnung von Pflegezeiten ausgesprochen hat. Dem kann ich gar nicht folgen, denn es sind gerade wieder

diese älteren Frauen in der Regel, die zuhause pflegen. Und wenn wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, auch länger zu arbeiten und dafür auch die Renten zu erhöhen, dann sind es gerade diese Frauen, die dann auch zuhause pflegen und damit natürlich auch dem Staat teure Pflegekosten in Heimen ersparen. Deshalb bitte ich für die Annahme dieses Antrages der Frauen Union. Vielen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ralf Brauksiepe würde das das Votum der Antragskommission begründen. Bitteschön!

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Liebe Delegierte! Die Antragskommission schließt sich, was die Berücksichtigung von Pflegezeiten angeht, ausdrücklich Annette Widmann-Mauz und dem Antragsteller an. Wir haben in der Antragskommission einen Text erarbeitet, der glaube ich wohlabgewogen ist, der die allermeisten Anliegen der Frauen Union auch so übernimmt, und insbesondere auch beim Faktorverfahren bei Freibeträgen in der Grundsicherung die Anliegen aufgreift, die Interessen von Frauen in der Rentenversicherung bestärken. Deswegen plädiert die Antragskommission für die Annahme des Antrags in der Fassung, wie sie Ihnen vorliegt. Vielen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann kommen wir auch schon zur Abstimmung. Wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Votum so angenommen. Herzlichen Dank!

Wir kommen zum nächsten Eintrag, das ist der Antrag C6. Sie finden ihn auf den Seiten 38 bis 39 in unserer Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag C6 gemeinsam zu beraten mit dem C68 und C122 und in der Fassung des Antrags C6 anzunehmen. Es gibt bis jetzt keine Wortmeldungen. Wünscht jemand das Wort zu diesem Punkt? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über dieses Votum der Antragskommission ab. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine, dann ist das so beschlossen. Vielen Dank!

Der nächste Block sind die Anträge C7 bis C14 auf den Seiten 39 bis 42. Die erste Wortmeldung liegt vor für den Antrag C8. Wir stimmen also zunächst einmal über den Antrag C7 ab. Wird da noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Votum der Antragskommission für den Antrag C7 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Für den Antrag C8 hat es hat Sylvia Pantel das Wort. Bitteschön!

Sylvia Pantel: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe etliches Papier mitgenommen, denn dieser Antrag, der hier von der Frauen Union kommt, unser Zuhause, unsere Zukunft bzw. Wohneigentumsbildung von Familien durch staatliche Bürgschaften unterstützt, ist überfällig. Es ist erstmalig, dass die KAB schon im Vorhinein so viele Unterschriften gesammelt hat, dass dieser Antrag wirklich zum Tragen kommt. Hier unterscheidet sich auch CDU-Politik mal wieder ganz klar von SPD-Politik. Dass das eine gute Idee war, hat Frau Hendricks von der SPD auch gesehen und schnell eine Pressekonferenz gemacht. Allerdings will sie die Familien wieder einsortieren in Wohnen auf dem Land oder in der Stadt. Das wollen wir nicht und wir wollen auch nicht einschränken bzw. sortieren: Also, die verdienen jetzt 70 000 Euro, beide zusammen und deshalb kriegen sie nichts. Wir wollen Familien fördern und deshalb bitte ich Sie um volle Zustimmung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Dr. Michael Meister das Wort.

Dr. Michael Meister, Antragskommission: Wir haben als Antragskommission dieses Petikum der Frauen Union sehr gerne aufgegriffen, weil wir das Ziel absolut teilen, und deshalb an die Antragskommission hier eine Formulierung vorgeschlagen, die das Thema Bürgschaftsprogramm ausdrücklich unterstützt, was die Forderung des Antrags ist. Allerdings sind wir der Meinung, dass wir nicht nur über Bürgschaftsprogramme helfen sollten, sondern dass wir auch den Familien eine direkte Förderung in diesem Sinne zukommen lassen sollten, und schlagen deshalb additiv zu dem, was im Antrag beantragt ist, vor, dass sie auch überlegen wollen, ein Baukindergeld zu erreichen, dieses Ziel vorzusehen und zu entwickeln.

Deshalb bitte ich dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen, was eben vorsieht, sowohl ein Bürgschaftsprogramm und dazu ein Baukindergeld, weil wir glauben, dass die Kombination dieser Instrumente noch mehr zur Erreichung des Ziels dient. Dankeschön!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Danke, Michael Meister! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Zu Antrag C9 haben wir eine Wortmeldung von Paul Ziemiak. Bitteschön!

Paul Ziemiak: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, meine Damen und Herren. Ich würde die Delegierten bitten, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen, sondern für diesen Antrag zu stimmen, für eine allgemeine Dienstpflicht.

(Beifall)

Es geht auch darum, einem Land etwas zurückzugeben. Gerade erleben wir ja, dass wir junge Menschen brauchen bei der Bundeswehr, aber nicht nur da, sondern auch in der Pflege, in Sozialeinrichtungen, ein Stück seiner Lebenszeit diesem Land zur Verfügung zu stellen, dafür werbe ich, dafür wirbt die Junge Union. Ich würde Sie bitten, dem Antrag dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen und für eine Dienstpflicht zu stimmen.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Ralf Brauksiepe hat für die Antragskommission das Wort.

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Liebe Delegierte, ich bitte doch, diesen Antrag und die Debatte auch in dem historischen Zusammenhang zu sehen. Wir haben jahrzehntelang die allgemeine Wehrpflicht gehabt, weil wir sie auch gebraucht haben. Die allgemeine Wehrpflicht ist ohne Frage ein massiver Eingriff in die Lebensplanung junger Menschen, die über Jahrzehnte gerechtfertigt war und sich in dieser Zeit auch bewährt hat. Wir haben die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt, weil wir sie unter dem Aspekt der Wehrgerechtigkeit mit den relativ kurzen Dienstzeiten, Wehrpflichtzeiten nicht mehr darstellen konnten, ja im Grunde über lange Zeit über jeden froh waren, den wir aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht einziehen mussten.

Wir wissen, dass sicherheitspolitische Umfeld hat sich verändert. Ich sage aber auch sehr deutlich, auch mit der Trendwende Personal, die wir bei der Bundeswehr eingeleitet haben, mit all den Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, sagen wir aus sicherheitspolitischer Sicht, wir brauchen die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht und damit zu diesem massiven Eingriff in die Lebensplanung junger Menschen nicht.

Vor diesem Hintergrund einer nicht benötigten Wehrpflicht einen solch massiven Einschnitt in die Lebensplanung junger Menschen auszudehnen auf alle Menschen, auch auf Frauen auszudehnen, die immer noch in vielerlei Hinsicht in der Gesellschaft eher benachteiligt sind, halten wir nicht für gerechtfertigt vor dem Hintergrund dieser Abwägung, einerseits etwas Sinnvolles für die Gesellschaft zu tun, andererseits aber damit zwanghaft massiv junge Menschen in ihrer Lebensplanung zu beeinträchtigen. Wir unterstützen jedes freiwillige Engagement, davon gibt es viele Unterstützungsmöglichkeiten. Es gibt den Bundesfreiwilligendienst und vieles andere. Aber eine Verpflichtung zu einer solchen Arbeitstätigkeit sehen wir unter Abwägung auch der entsprechenden Grundrechte der jungen Menschen nicht als gerechtfertigt an. Deswegen das Petikum der Antragskommission, diesen Antrag abzulehnen!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Florian Braun hat noch das Wort gewünscht zu diesem Punkt. Bitteschön!

Florian Braun: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Delegierte! Ich möchte gern noch einmal auf den gerade vorgebrachten Wortbeitrag eingehen, um explizit auch für den Antrag werben. Wir haben explizit eben nicht nur auf die Wehrpflicht abgestellt, sondern als Antragsteller ganz klar gesagt: Wir wollen eine allgemeine Dienstpflicht, die für alle gilt, um auch Chancengleichheit herzustellen und für dieses Land insgesamt etwas zu leisten und wieder zurückzugeben, diese Pflicht also fortzuentwickeln und eben nicht dabei zu bleiben, was es historisch vielleicht einmal war, und dahin wieder zurückzukehren.

Wir wollen nach vorne blicken und schauen: Was braucht unser Land und was kann auch die Jugend diesem Land geben? Ich habe selbst einmal Wehrdienst geleistet. Andere haben auch andere Dienste geleistet. Was kann dieses Jahr auch der Jugend bringen, um daraus zu lernen, sich selbst fortzuentwickeln und nochmal eine ganz andere Bindung zu ihrem Staat aufzubauen? Deswegen bitte auch ich um Zustimmung zu diesem Antrag und um Ablehnung des Votums der Antragskommission. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Peter Tauber hat noch einmal das Wort, bitte.

Paul Ziemiak: Ich denke, jetzt ist alles gesagt. Es sei denn, der Generalsekretär spricht jetzt noch dazu, dann spreche ich danach.

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Paul, du hattest schon das Wort, du musst deine Kräfte schonen. Wir haben noch ein anstrengendes Jahr vor uns. Deswegen erlaube mir noch eine Gegenrede. Ich glaube, es ist kein Geheimnis, dass ich als Sicherheitsreserveoffizier eine hohe Wertschätzung habe für diejenigen, die sich unserem Land verpflichten, sei es freiwillig oder sei es wie früher. Ich selber habe Wehrdienst geleistet in der Form eines Zwangsdienstes. Die Wahrheit ist aber auch, und das hat Ralf Brauksiepe schon begründet, dass wir eine völlig andere Ausgangslage haben, als wir sie zu der Zeit hatten, wo die Wehrpflicht noch scharfgeschaltet war.

Jetzt geht es um die spannende Frage, was ist eigentlich unser Ansatz und was ist unser Verständnis als Christdemokraten. Glauben wir, es ist wirklich geboten, Menschen ein Jahr zu zwingen, etwas zu tun, oder entspricht es nicht viel eher unserem Bild von Patriotismus, dass wir sagen, das machen Menschen freiwillig, ihrem Land zu dienen.

(Beifall)

Deswegen haben wir, obwohl wir bei der Bundeswehr inzwischen so ein hohes Maß an Spezialisierung haben, in den verschiedenen Tätigkeiten immer noch die Möglichkeit, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Deswegen haben wir in einem bisher ungekannten Maße die Freiwilligendienste ausgebaut und als CDU den Bundesfreiwilligendienst ins Leben gerufen, der

für Menschen jedes Alters und beiderlei Geschlechter offensteht. Ich glaube schon, dass das der Weg sein muss, den wir bestreiten müssen. Wir müssen sagen, wir wollen, dass Menschen aus eigenem Antrieb diesem Land dienen. Das ist das Erste, und deswegen glaube ich, obwohl ich früher ein Verfechter auch eines solchen Pflichtjahres war, dass das jetzt der richtige Weg ist.

Dann kommt noch ein zweiter Punkt hinzu, und den halte ich für relevant. Wenn man mit klugen Juristen – ich bin keiner – darüber diskutiert, dann sagen die, es gibt verfassungsrechtlich erhebliche Bedenken, dass so etwas Bestand hat. Ich glaube deswegen, dass es klug ist, auf den anderen Weg zu setzen, auf die Freiwilligkeit, auf die Anerkennung eines solchen Dienstes, wie er jetzt schon zu Hunderttausenden jedes Jahr von Menschen in unserem Land geleistet wird. Das auszubauen und zu überlegen, wo wir da mehr tun können, damit auch die alle einen Bundesfreiwilligendienst und ein freiwilliges soziales Jahr leisten können, die es nicht können, weil wir nicht genug Plätze finanzieren das wäre der richtige Weg. Vielleicht sollten wir in die Richtung noch einmal diskutieren. Ich werbe für das Votum der Antragskommission.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Die nächste Wortmeldung liegt vor für den Antrag C13. Das heißt, wir können über die Anträge C10, 11 und 12 jetzt im Block abstimmen, wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt. Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn sie für diese drei Anträge dem Votum der Antragskommission folgen möchten. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Zum Antrag C13 hat Axel Müller aus dem Landesverband Baden-Württemberg um das Wort gebeten. Bitteschön, Herr Müller! – Herr Müller, geben sie sich zu erkennen. Ansonsten gehen wir davon aus, dass sie kein Interesse mehr daran haben. Dann kommen wir zur Abstimmung über C13. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Zu C14 liegen keine Wortmeldungen vor. Stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann haben wir so darüber beschlossen.

Antrag C15. Eine Wortmeldung von Marian Wendt. Zu Antrag C15 hat die Antragskommission folgende Empfehlung: gemeinsame Behandlung mit dem Antrag C123. Marian, du hast das Wort.

Marian Wendt: Liebe Freunde, sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Für uns ist die Innere Sicherheit das A und O unserer DNA. Das haben wir gestern nicht nur in wohlfeilen Reden gehört – da haben wir kräftig mitapplaudiert – als von hier Jens Spahn sagte, dass wir nicht immer jeden Polizeieinsatz hinterfragen und hinter unseren Leuten stehen. Nun gilt es, aus diesen Worten auch Taten zu machen. Ich denke, dass wir mit zwei Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, nämlich dem Antrag der Jungen Union, der auf die individuelle Beleidigung von Polizisten und Sicherheitskräften abstellt, und auf den Antrag unseres Kreisverbandes Nordsachsen, der auf die institutionelle Beleidigung von Sicherheit und Polizeiorganen absetzt, den richtigen Weg gehen.

Ich möchte Sie deswegen bitten, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen und diese Anträge in dieser Form anzunehmen. Der Vorschlag der Antragskommission ist die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich kann mich als Abgeordneter dieser Fraktion und Mitglied des Innenausschusses grundsätzlich freuen. Aber ich finde es viel wichtiger, dass von diesem Parteitag ein Signal an die Sicherheitskräfte und Polizisten ausgeht, dass wir konkret zwei Maßnahmen vorschlagen, die die Beleidigung von Polizisten und Sicherheitskräften verbietet. Die Gewerkschaft der Polizei ist ja auch da hinter mir und deswegen möchte ich Sie bitten, den § 99c einzuführen, das Verbot von Symbolen wie „Soldaten sind Mörder“ oder „ACAB“ und konkret die individuelle Beleidigung nach § 185 StGB entsprechend auch zu verschärfen. Damit würden wir von diesem Parteitag wirklich ein Signal an unsere Sicherheitskräfte senden und nicht nur in allgemeinen Worthülsen und Überweisungen im nächsten und nächsten Verfahren uns ergeben. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Peter Beuth das Wort.

Peter Beuth, Antragskommission: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Wendt. Ich finde, von diesem Parteitag geht sehr deutlich aus, dass wir hinter unseren Einsatzkräften und hinter denen stehen, die tagtäglich für uns, für die Gesellschaft den Kopf hinhalten. Wir haben deswegen seitens der Antragskommission auch empfohlen, dass wir uns dem Anliegen, das Sie hier vorgetragen haben, auch entsprechend annehmen. Denn wir akzeptieren nicht, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, dass unsere Einsatzkräfte beleidigt werden, geschmäht werden, verunglimpft werden. Die CDU Deutschland akzeptiert das nicht und deswegen werden wir uns genau dieser Frage auch annehmen, meine Damen und Herren.

Wir haben darüber hinaus nicht nur die Beleidigungen, nicht nur die Schmähungen, sondern wir haben auch 60 000 tätliche Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte jedes Jahr zu beklagen. Auch das müssen wir sozusagen lösen. Da sind wir im Moment dabei. Die Sozialdemokraten, die man bei solchen Fragen immer zum Jagen tragen muss, müssen jetzt

einen Gesetzentwurf vorlegen, wo genau das niedergelegt ist, dass wir uns eben genau um den Schutz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, unserer Soldaten, unserer Einsatzkräfte kümmern.

Um das richtig zusammenzufassen und einzufassen, die Beleidigungstatbestände, die Frage, wie können wir den Schutz gegen tätliche Angriffe zusammenführen, schlagen wir Ihnen vor, dass wir die Bundestagsfraktion darum bitten, dass sie sich genau dieser Frage annimmt und das ordentlich und vernünftig zusammenfasst. Deswegen würde ich Sie bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Vielen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Danke, Peter Beuth, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C16 in Ihrer Antragsbroschüre, es liegt keine Wortmeldung vor. Stimmen wir darüber ab. Wer dem Votum der Antragskommission Folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C17 finden Sie in ihrer Unterlage auf den Seiten 42 und 43. Die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Behandlung mit C67. Wir haben in der Antragskommission noch einmal beraten und die Empfehlungen geändert. Die Anträge C17 und C67 sollen jetzt an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wer diesem Votum Folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Dankeschön! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Kommen wir zu den Anträgen C18 bis C21. Die erste Wortmeldung liegt vor für C20. Stimmen wir ab über 18 und 19. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C20, Peter Hauk hat das Wort, bitteschön!

Peter Hauk: Die Junge Union hat beantragt, hier meines Erachtens zu Recht, dass Web-Abofallen deutlich erschwert werden. Die Antragskommission empfiehlt jetzt, den Antrag etwas weichzuspülen, um allgemein das Thema zu formulieren. Ich meine, es ist gestern mehrfach von Anstand gesprochen worden, und Anstand bedeutet auch, wenn Vertragsverhältnisse da sind, dass man den Vertragsnehmer und auch den Einzelnen darüber aufklärt. Es ist selbstverständlich oder müsste selbstverständlich sein für jeden Anbieter, dass er eine Bestätigung per SMS oder wie auch immer einholt, damit solche Abofallen einfach nicht um sich greifen.

(Beifall)

Deshalb plädiere ich dafür, den Antrag wie in der ursprünglichen Fassung der Jungen Union anzunehmen.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Elisabeth Winkelmeier-Becker erklärt uns das Votum der Antragskommission.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Lieber Herr Präsident, meine lieben Delegierten und Kolleginnen und Kollegen! Sie entnehmen dem Votum der Antragskommission, dass wir das Anliegen sehr wohl sehen. Ich bin selbst mit rechtlichem Verbraucherschutz befasst. Sicherlich streiten wir mit den Sozialdemokraten öfter darum, wo die Grenze für verantwortlichen Verbraucherschutz liegt. Und eher gehen die immer in die Richtung mehr Schutz, mehr Kontrolle als wir. Aber bei dem Thema Verbraucherschutz im Internet sind wir uns eigentlich fast immer einig, weil wir dort sehr wohl erkennen, dass es da ein strukturelles Ungleichgewicht gibt zwischen den Anbietern und den Nutzern.

Deshalb sehen wir das Problem, das sie geschildert haben und das Sie hier dankenswerterweise aufgreifen, sehr wohl. Was die Antragskommission nun Ihnen vorschlägt, ist kein Weichspülen dieses Anliegens, sondern es geht darum, dass man noch offen diskutieren muss, welche Methode der richtige Ansatz ist, um hier den notwendigen Schutz herbeizuführen. Es gibt dazu bereits auch einen Vorschlag aus dem Land Baden-Württemberg, der einen anderen Weg geht, der ein Opt-In-Verfahren vorsieht. Diese Freiheit zu schauen und zu prüfen, was ist der richtige Weg, die wollen wir uns bewahren. Deshalb bitten wir einfach an der Stelle, die etwas offenere Fassung hier zu beschließen, also den regulatorischen Schutz zu bewerkstelligen, aber uns eben die Freiheit zu lassen, da den richtigen Weg noch zu suchen. In dem Sinne bitte ich für das Votum der Antragskommission.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – So beschlossen.

Antrag C21, es liegt keine Wortmeldung vor. Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist es so beschlossen.

Antrag C22 auf Seite 44 der Antragsbroschüre, die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Behandlung mit dem Antrag C135.

Dann kommen wir zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Anträge C23 bis C27, es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Antrag C28 auf Seite 45, die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Behandlung mit C89. Das Wort hat Bastian Schneider vom Landesverband Baden-Württemberg.

Bastian Schneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die Nachfahren eines Italieners, eines Deutschen, eines Spaniers, die vor 150 Jahren in die Vereinigten Staaten ausgewandert sind, sind heute Amerikaner. Sie sind nicht Deutsche, sie sind nicht Italiener, sie sind nicht Spanier, sie sind nicht Griechen, sie sind US-Amerikaner. Sie haben eine Staatsbürgerschaft, die amerikanische. Die Nachfahren der Hugenotten, die vor vielen 100 Jahren nach Deutschland gekommen sind als Vertriebene, haben nicht die französische Staatsbürgerschaft. Es sind Deutsche, sie sind integriert.

Integration heißt aus meiner Sicht, dass ein Mensch, der in ein neues Land kommt, und seine Nachfahren, sich für das Land entscheiden, für seine Gesellschaft, dass sie sich bewusst bekennen zu diesem Land. Und ich glaube, wir als CDU haben gut daran getan, nach langen Jahren auch einzusehen, dass jemand, der in Deutschland geboren wurde, in Deutschland aufgewachsen ist, in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, dass dieser Mensch die deutsche Staatsbürgerschaft haben soll.

Aber es stellt sich aus meiner Sicht dann schon die Frage, wozu dieser Mensch die Staatsbürgerschaft eines Landes braucht, in dem er nicht geboren wurde, nicht aufgewachsen ist und nicht seinen Lebensmittelpunkt hat. Wenn Ihr Vater aus Hessen kommt und Ihre Mutter aus Baden-Württemberg, dann sind Sie nicht Ihr Leben lang berechtigt, in beiden Ländern den Landtag zu wählen, und schon gar nicht ihre Kinder und Enkelkinder, und zwar zu Recht! Ich glaube, dass wir als CDU nicht der Versuchung erliegen sollten, einem medialen Mainstream, einem medialen Druck in der Frage der doppelten Staatsangehörigkeit nachzugeben.

(Beifall)

Die Frage der Optionspflicht betrifft allein solche Menschen, die, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, ob sie nach langen Jahren in Deutschland, nach Geburt in Deutschland, nach Aufwachsen in Deutschland, die deutsche Staatsbürgerschaft haben wollen oder die eines Landes, in dem sie nicht geboren wurden, nie lange gelebt haben und zu dem sie keinen Bezug haben, außer dass ihre Eltern dort geboren wurden. Ich glaube nicht, dass wir als CDU unsere Politik an diesen Menschen ausrichten sollten.

Wir sollten unsere Politik an der ganz überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Land ausrichten. Und die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Land braucht keine doppelte Staatsbürgerschaft. Ich will kein Land, in dem die Bevölkerung in Auch-Deutsche und Nur-Deutsche geteilt ist. Ich will ein Land, in dem jeder, der zu uns kommen will und die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, eine Chance hat, hier sein Glück zu finden, deutscher Staatsbürger werden kann. Aber ich glaube, gerade als offene Gesellschaft, die immer davon

spricht, dass wir fördern und fordern wollen, dürfen wir auch eine klare Entscheidung, ein klares Bekenntnis zu unserem offenen Land, zu unseren Werten, zu unserer Gesellschaft einfordern. Und das ist auch eine klare Entscheidung für die deutsche Staatsbürgerschaft. Und deswegen möchte ich Sie bitten, bei diesem Antrag C28 mit der Jungen Union zu stimmen, gegen das Votum der Antragskommission. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Sylvia Pantel, bitte.

Sylvia Pantel: Ich möchte diesen Antrag ausdrücklich unterstreichen, denn das war unsere CDU-Politik bis 2014. Wir sind dem nachgegangen, weil es in einer Koalition schon mal Dinge gibt, wo man dann über den eigenen Schatten springen muss. Aber das kann doch nicht sein, dass wir unsere Staatsbürgerschaft so einfach mit anderen teilen können und nicht von den jungen Leuten erwarten, dass sie sich damit auseinandersetzen wollen oder müssen, dass sie Deutsche sein wollen und dass man dann ein Entweder-Oder hat. Ich bitte hier ausdrücklich, den Antrag der Jungen Union zu unterstützen und nicht der Antragskommission zu folgen, damit wir auch im Land zeigen, wo wir stehen. Danke!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Dr. Rainer Jurk hat das Wort.

Dr. Rainer Jurk: Liebe Freunde und Freundinnen! Ich würde diesen Antrag auch voll unterstützen. Ich finde das, was gesagt ist, alles richtig. Aber wir vergeben uns damit eine, ich möchte sagen, historische Chance. Wir beraten noch über einen anderen Antrag, nämlich dass Menschen, die für den IS kämpfen und morden – besser müsste man sagen töten –, die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren. Diese Chance würden wir uns vergeben, wenn sie nur die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Denn staatenlos dürfen sie nicht werden. Wenn also ein Türke für den IS kämpft, dann können wir ihn ausweisen. Diese Chance sollten wir uns nicht vergeben.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat jetzt unser Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Freunde, wir dürfen bei dieser Debatte, glaube ich, nicht einem Missverständnis erliegen, als ginge es bei dem, was wir in der Koalition beschlossen haben, um ein Bekenntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft. Das haben einige propagandistisch so hinbekommen. Wahr ist, die CDU Deutschlands war und ist gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall, und das soll auch so bleiben. Das ist auch geltendes Recht, damit da gar kein Missverständnis aufkommt.

Wenn ein Jurist sagt, als Regelfall, dann kommt sofort das Argument auf: Ja was ist mit den Ausnahmen? Da haben wir eine Ausnahme, die ist im EU-Recht vorgesehen. Selbstverständ-

lich akzeptieren wir, und das ist bei EU-Recht vorgesehen, dass ein Österreicher, wenn er nach Deutschland kommt, die deutsche Staatsbürgerschaft annimmt und beide Staatsbürgerschaften haben kann. So wie der Antragsteller vorgetragen hat, wäre das eigentlich auch ein Problem, ist es aber nicht – Frau Pantel nickt –, weil wir der Meinung sind, EU ist eben etwas anderes. Zu Recht.

Was ist mit den anderen Staatsbürgerschaften? Da ist es auch so, dass wir im Regelfall bei Japanern, bei Amerikanern, bei Menschen, die aus Indonesien kommen, sagen: Nein, du musst dich entscheiden. Wenn es meinetwegen um eine Ehe geht mit einer deutschen Staatsangehörigen, mit einem amerikanischen Staatsbürger, dann kann es Ausnahmen geben. Wir möchten gerne auch Ausnahmen haben, denn wenn Deutsche nach Amerika heiraten und die amerikanische Staatsbürgerschaft beantragen, dann möchten wir sehr gerne, dass sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft behalten können. Da sind wir manchmal auch nicht so ganz astrein, wenn man so will.

Deswegen gilt auch in diesen Fällen der Grundsatz: keine doppelte Staatsbürgerschaft. Und das ist auch richtig so. Ich rate auch nicht, den Eindruck zu erwecken bei dem Thema Optionspflicht, auf das ich gleich komme, als wäre das Aufgabe der Position, wir finden generell doppelte Staatsbürgerschaften gut. Das ist nicht der Fall.

Jetzt geht es also um die Optionspflicht. Was ist das eigentlich? Das sind junge Menschen, die sind hier aufgewachsen. Deren Bindung an Deutschland ist größer als etwa in die Türkei. In Wahrheit ist es nämlich eigentlich eine verkappte Türkeidiskussion, wenn wir ehrlich sind. Bisher haben wir denen gesagt: Ihr müsst euch dann verpflichten, entweder Deutsche zu sein oder Türken. Was dann aber hieß, ehrlich gesagt, Aufenthaltsrecht in Deutschland. So war die alte Rechtslage mit der Folge, dass, wenn sie Deutsche wurden, nach Gesetzeslage automatisch die türkische Staatsbürgerschaft nach deutscher Rechtslage entfiel.

Dann haben die Türken hinter unserem Rücken diesen Menschen die türkische Staatsbürgerschaft wiedergegeben. Wenn die ihre Verwandten in der Türkei besucht haben, hieß das Einziehung zur Wehrpflicht oder Strafbarkeit wegen Entziehung der Wehrpflicht. Keine schöne Situation! Wir haben dann diese jungen Menschen auch dazu gezwungen, sich sozusagen zwischen Deutschland und ihrem Elternhaus zu entscheiden. Alles schwierige Situationen! Wir haben darüber eine leidenschaftliche Debatte in Deutschland gehabt. Wir haben das übrigens nicht erfunden, aber dann haben wir in der Koalition zugestimmt, in diesem Fall eine Ausnahme zu machen. Wir haben gesagt okay, wer hier lange aufgewachsen ist, wer hier lebt, der und nur der darf die doppelte Staatsbürgerschaft behalten. Und zwar gilt das erst für diejenigen, die ich glaube ab 2017 oder 2018 dann in das Alter der Volljährigkeit kommen.

Natürlich können wir in der Partei beschließen, das war falsch und das lassen wir wieder. Es ist ehrlich gesagt nicht so schön, wenn man einen Kompromiss beschlossen hat in der Regierung

und sagt: April April. Es gibt auch nirgendwo eine Mehrheit, dass wir das wieder umdrehen können. Ich kenne keinen Koalitionspartner, mit dem wir das machen können. Es ist aber so, dass wir einen Teil der Leute, die sich dazu bekennen, Deutsche werden zu wollen, vor den Kopf stoßen, weil wir ihnen sagen, ihr müsst leider nur Türke bleiben. Ich finde, das ist auch, wer für deutsche Staatsbürgerschaft kämpft, kein sehr starkes Argument.

Deswegen finde ich es richtig, lasst uns bei diesem Kompromiss bleiben. Er ist uns schwer gefallen, wir wollen das nicht rückabwickeln. Bleiben wir dabei, dass wir gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall sind, und bleiben wir dabei, dass wir zu dem, was wir als Kompromiss gemacht haben, jetzt als Ausnahmefall stehen, dabei bleiben, und das muss es dann auch sein.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Jens Spahn hat das Wort. Bitteschön!

Jens Spahn: Liebe Freundinnen und Freunde! Jetzt fühlte ich mich doch durch die Wortmeldungen ermuntert, doch noch mal was zu sagen. Denn natürlich muss man in Koalitionen Kompromisse machen, aber wir sind ja auf dem CDU-Bundesparteitag und reden darüber –

(Beifall)

–, was wir als Partei wollen. Jetzt geht es eben auch um die Frage – weil das ja auch gerade gesagt wurde –, ob man sich dazu bekennen möchte oder soll, Deutscher zu werden. Natürlich geht es vor allem um diejenigen, die in Deutschland geboren werden, und deren Eltern beide nicht Deutsche sind. Um die Fälle geht es. Da haben wir damals unter großen Debatten und unter damals schon Kompromissen gesagt, sie sollen beide Staatsbürgerschaften bekommen, auch die deutsche bekommen und die ihrer Eltern und sich dann zwischen 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, welche sie behalten wollen. Ich finde, diese Entscheidung kann man auch abverlangen von jemandem, der am Ende hier geboren wurde, der hier groß geworden ist.

(Beifall)

Die Frage ist doch, in der wievielten Generation muss ich am Ende in Deutschland geboren sein – in der zweiten, in der dritten oder in der vierten Generation – bevor ich irgendwann wirklich mal Deutscher bin, Teil der Gesellschaft bin und mich auch nur als Deutscher definiere. Ich kann doch die Kultur meiner Eltern, meiner Großeltern auch pflegen, ohne die entsprechende Staatsbürgerschaft zu haben. Deswegen möchte ich einfach dafür werben, dass das, was bis 2014 gegolten hat – was am Ende schon ein Kompromiss war, ein Kompromiss, der natürlich für den Einzelnen etwas abverlangt, eine bewusste Entscheidung nämlich, sich für ein Land zu entscheiden – dass wir am Ende für uns programmatisch jedenfalls sagen, wie wir es ja auch in unserem Wahlprogramm gesagt haben: Die Entscheidung, die wir da getroffen haben, die war richtig, und deswegen sollten wir dann auch dabei bleiben.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Peter Tauber.

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Ich bin in der Sache der festen Überzeugung, dass wir von jedem, der hier lebt, erwarten können, dass er sich zu diesem Land bekennt. Das war der Grund, warum wir in der Vergangenheit jegliche Ausnahmen außer die zahlreichen genannten bei der Europäischen Union, bei den Amerikanern, bei den Japanern – also man merkt schon, wie brüchig die Haltung ist, dass wir gegen doppelte Staatsbürgerschaft sind –, dass ich die vom Prinzip her so ähnlich, wie es Thomas de Maizière gesagt hat, richtig finde.

Nur wenn wir darüber jetzt so offen reden, dann sollten wir uns bitte mal ehrlich machen: Welcher Gedanke steht denn hinter dem Antrag? Hinter dem Antrag steht der Gedanke, dass wir dann zu einer Situation kommen, bei der junge Menschen in dem Moment, wo sie sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden müssen, automatisch ein Bekenntnis zu unseren Werten und Überzeugungen ablegen. Deswegen wollen wir sie vor diese Entscheidung stellen.

Zur historischen Wahrheit gehört, dass wir das vorher gemacht haben, und es hat nicht zu besserer Integration geführt. Die Probleme, über die wir reden, von jungen Deutschen, die für den IS kämpfen in Syrien, weil sie gesagt haben: Ich habe mich jetzt entschieden für den deutschen Pass, ich werde Deutscher. Die haben eben nicht mit der Übernahme der Staatsbürgerschaft unsere Werte und Überzeugungen geteilt. Da bin ich wieder bei der Frage: Wie schauen wir denn auf Menschen, wenn wir sie begeistern wollen für diese Republik? Indem wir das durch Zwang tun und sagen, du musst dich jetzt entscheiden, ob du Iraker oder Deutscher bist? Dann sagt der: Na ja, ich will hier leben; ich habe mehr Vorteile, wenn ich den deutschen Pass nehme. Dann ist es eine reine Güterabwägung, dann ist es keine Herzensentscheidung. Ich will aber, dass einer als Herzensentscheidung sagt, er will Bürger dieser Republik werden.

(Beifall)

Das erreiche ich nicht durch den Zwang. Diese Legende, mit der müssen wir dann bitte auch mal brechen. Die hat nämlich unsere Debatte in den letzten Jahren immer geprägt. Deswegen, glaube ich, ist es richtig, dass wir sagen: Wir sind grundsätzlich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, wir haben schon eine Reihe von Ausnahmen, und wir wollen Menschen ermutigen, Deutsche zu werden, unsere Werte anzunehmen. Das ist mit dem Optionsmodell, mit diesem Kompromiss in der Koalition gelungen. Ich finde, es ist kein Widerspruch zum Anspruch des Antragstellers. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Tauber. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Vielen Dank! Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das war keine Mehrheit, also keine erkennbare, zumindest nicht für mich.

(Raunen)

Man kann nicht erkennen, was von beiden die Mehrheit war. Deswegen müssen wir darüber aus meiner Sicht mit dem Kartenblock abstimmen.

(Beifall)

Sind wir soweit? Können wir das jetzt machen? Ja? Wir stimmen immer noch über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem zustimmen möchte, müsste von seinem Stimmkartenblock, hier bei den kleinen, „Ja“ – „Nein“ – „Enthaltung“ – die Nummer 1 einwerfen und dann jeweils entweder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“. Wenn wir so weit sind und wir die Wahlurnen haben – Einen Moment, es dauert einen Augenblick, bis die Stimmzählkommission mit den Wahlurnen da ist. –

Bis die Stimmzähler mit den Wahlurnen da sind, vielleicht noch einmal zum Verfahren: Jeder von Ihnen hat einen Stimmzettelblock, in der Mitte finden Sie die kleinen Stimmzettel. Wir haben die Stimmzettel mit der Nummer 1, „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“. Wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission, und das ist, bei der jetzigen Rechtslage zu bleiben, d. h. beide Anträge abzulehnen. Wenn man dem Votum der Antragskommission folgen möchte, muss man mit „Ja“ stimmen. Richtig. Ich sehe die ersten Wahlurnen, eröffne den Wahlgang und bitte Sie abzustimmen mit dem Stimmzettel Nummer 1: „Ja“, „Nein“, „Enthaltung“.

Bitteschön! –

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Während jetzt noch entsprechend eingesammelt wird, darf ich vielleicht, bevor wir mit der Antragsberatung weiterfahren, noch einmal um Aufmerksamkeit bitten und auf Folgendes hinweisen: Wir haben ja noch eine ganze Reihe von Einzelanträgen zu beraten und auch unseren großen Leitantrag. Es ist ja heute schon erkennbar, dass auch der Parteitag gut aus dem ersten Tag gekommen und sehr diskutierfreudig ist. Damit wir allen auch die Möglichkeit geben, wirklich zu diskutieren und auch die Anträge, die mit einer höheren Nummer später in der Tagesordnung zu behandeln sind, bitte ich alle, das Verfahren auch zu beachten. Das heißt, dass die Antragsteller, wenn sie zu ihrem Antrag reden wollen und gegen das Votum der Antragskommission, das bitte auch schriftlich vermelden. Sie können die Saalmikrofone nutzen, dass Sie sich auch bereithalten. Das Gleiche gilt auch für die Antragskommission, dass die Wortmeldungen der Antragsteller bitte abgegeben werden, zuerst erfolgen, danach das Votum der Antragskommission erfolgt, und dann kommen wir zur Abstimmung, weil wir ansonsten einfach von der Regie her nicht mehr eine ordentliche Antragsberatung gewährleisten können. Ich denke, das trifft Ihrer aller Zustimmung. Denn wir wollen ja insbesondere den Leitantrag auch so verabschieden, dass dieser Parteitag auch wirklich eindrucksvoll beisammen ist.

In diesem Sinne darf ich, wenn jetzt alle Stimmen eingesammelt sind, fortfahren in der weiteren Beratung und darf aufrufen die Anträge C29 bis C35. Es liegen Wortmeldungen vor zum Antrag C30 und C33. Das heißt, die übrigen Anträge können wir jetzt entsprechend dem Votum der

Antragskommission schon einmal abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission für die Anträge außer den Anträgen C30 und 33 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag C30. Da liegt mir vor eine Wortmeldung aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, Herr Günther.

Sind alle Stimmen eingesammelt? Das ist der Fall. Dann dürfen wir den Wahlgang, die Abstimmung hier schließen.

Ich rufe jetzt auf Herrn Günther, wenn ich das richtig lese, vom Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Serap Güler: Das ist Güler.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ah, Güler, Entschuldigung, Serap. Du hast undeutlich geschrieben.

Serap Güler: Kein Thema. Ich möchte hier gerne für den Antrag der Jungen Union werben, was die Kindergelderhöhung betrifft. Ich denke, wir denken, dass diese zwei Euro Kindergelderhöhung im Jahr weder den Eltern noch den Kindern wirklich nutzt, außer vielleicht eine gemischte Tüte mehr im Monat.

(Beifall)

Wir haben es mal ausgerechnet, diese zwei Euro pro Kind würde bedeuten 400 Millionen im Jahr, und wir glauben, dass diese 400 Millionen im Jahr den Ländern für die Schulsanierung, wenn man es zweckgebunden als Bund an die Länder gibt, viel richtiger aufgehoben wären als noch mal diese zwei Euro. Ich glaube, das würde eher dazu beitragen, dass Familien am Wochenende, Eltern, die statt Schulräume streichen müssen, Familien am Wochenende dieses mit ihren Kindern verbringen können. Deshalb werbe ich hier für diesen Antrag noch mal: Lieber in die Schulsanierung stecken statt für eine gemischte Tüte mehr im Monat. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission hat jetzt das Wort Elisabeth Motschmann.

Elisabeth Motschmann, Antragskommission: Liebe Delegierte, liebe Serap! Für die Antragskommission sagen wir, lehnen wir diesen Antrag ab, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben die Kindergelderhöhung bereits beschlossen in erster, zweiter und dritter Lesung. Das rückgängig zu machen, ist nicht besonders klug und auch schwer vermittelbar. Im Übrigen muss man hier auch mal ganz deutlich sagen: Der Bund tut ja nun schon enorm viel für die Investitionen in den Schulbau durch die Kommunalinvestitionsförderungsfonds. Der ist erhöht

von 3,5 Milliarden auf 7 Milliarden. Hier gibt es also schon ein deutliches Zeichen des Bundes. Man kann unserem Finanzminister nur danken, dass das möglich wurde. Im Übrigen gibt es darüber hinaus den Digitalpakt D, der für 40 000 Schulen, Grundschulen 5 Milliarden in die digitale Ausstattung gibt. Also die Verantwortung, die ja eigentlich bei den Ländern liegt für Schulen, übernimmt hier der Bund. Ich bitte darum, dass wir der Antragskommission folgen und diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann darf ich jetzt zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit, damit so angenommen im Votum der Antragskommission.

Wir kommen zum Antrag C33. Hier liegt eine Wortmeldung von Herrn Natterer aus Baden-Württemberg vor. Ich darf für die Antragskommission bitten, Herrn Murmann, sich bereitzuhalten. Herr Natterer!

Christian Natterer: Guten Morgen, Frau Bundeskanzlerin, Herr Tagungspräsident! Ein weniger politischer Antrag, es geht um die Beitragsanpassung auf Bundesparteitagen. Als jemand, der seit Kurzem dem JU-Alter entschwunden ist, werbe ich dafür, diesen Beitrag für Schüler, Auszubildende und Studenten und finanziell Schwache ein bisschen anzupassen in Form einer kleinen Senkung. Ich glaube, so ein Bundesparteitag lebt ja auch davon, dass wir eine gute Mischung haben aus jüngeren und älteren Delegierten und im Sinne einer guten Jugendförderung. Da so ein Parteitag ja von Anreise, Hotel auch nicht ganz günstig ist, würde ich einfach bitten, dem Antrag zuzustimmen und den Beitrag des Bundesparteitags für bestimmte Gruppen ein Stück weit zu senken und entsprechend anzupassen. Ich glaube, im Sinne einer guten Jugendförderung und Jugendpolitik wäre das eine ordentliche Sache. Vielen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Das Wort hat die Antragskommission, Herr Murmann. Da kommt er schon, unser Schatzmeister.

Dr. Philipp Murmann, Antragskommission: Vielen Dank! Natürlich freuen wir uns, dass so viele junge Leute auch bei unserem Parteitag dabei sind und wir wollen das auch weiterhin ermöglichen. Als Schatzmeister habe ich Ihnen ja schon die Lage der Kasse gestern dargestellt und dass wir natürlich einige finanzielle Risiken haben. Deswegen muss ich leider drauf bestehen, auch im Sinne der Antragskommission, dass wir natürlich Minderausgaben ohne eine Gegenfinanzierung so nicht machen können. Vielleicht gibt es ja aber bei den Landesverbänden – in einigen ist das jetzt schon der Fall, wenn es Jugendliche gibt, die sich vielleicht den Tagungsbeitrag nicht ganz leisten können – eine Patenschaftslösung oder andere Lösungen unterhalb dieser Sache. Ich bin dafür, dass wir bei der Regelung bleiben. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erstere war die Mehrheit, damit entsprechend angenommen.

Es liegt jetzt doch noch eine Wortmeldung vor zum Antrag C34, die hat mich verspätet erreicht. Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Haufler vom Landesverband Hamburg. Ich darf für die Antragskommission Herrn Wolf bitten, sich bereitzuhalten. Herr Haufler. Ist Herr Haufler da? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur Abstimmung noch mal kommen. Wer bei C34 dem Votum der Antragskommission folgen will, den darf ich ums Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Wir kommen dann zu den Anträgen C36, C59, 66, 88, 102 und C130. Sie finden C36 auf den Seiten 47 und 48. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu beraten. Allerdings ändert die Antragskommission ihre Empfehlung im Weiteren dahingehend, dass diese Anträge gemeinsam mit Antrag A41 des Bundesvorstandes beraten werden sollen. Denn auch im Antrag „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ findet sich eine Aussage zum Thema Vollverschleierung. Deswegen ist es sinnvoll, das an dieser Stelle gemeinsam zu beraten und durchzuführen. Findet das Ihre Zustimmung? Das ist der Fall. Dann, wenn Sie mit diesem Beratungsverfahren einverstanden sind, darf ich trotzdem der Form halber noch mal um ein Kartenzeichen bitten. – Jawohl, dann ist dieses so angenommen.

Ich rufe jetzt die Anträge C37 bis C40 auf. Sie finden sie auf den Seiten 49 bis 53 der Antragsbroschüre. Es liegt mir eine Wortmeldung vor zum Antrag C39, d. h. zu den übrigen nicht.

(Zuruf: „Doch, C40.“)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Dann können wir C37 und 38 schon abstimmen. Wer hier dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Dann kommen wir jetzt zur Wortmeldung Antrag C39, ist vom RCDS-Bundesvorstand, Herrn Krishnan, und ich darf für die Antragskommission Herrn Brauksiepe schon bitten, sich bereitzuhalten.

Jenovan Krishnan: Sehr geehrte Tagespräsidentin, liebe Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn vielleicht ein paar Fakten aufzählen. Seit der Einführung des Mindestlohns ist das Angebot für freiwillige Praktika von 70 Prozent auf 34 Prozent zurückgegangen und das Angebot für Pflichtpraktika von 62 Prozent auf 34 Prozent. Das ist eine Tendenz, die wir als Politik erkennen müssen. Ich bin der Auffassung, dass Politik Realität erkennen und dann handeln muss. Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir den Mindestlohn bei

Praktika abschaffen müssen, da es ein Hemmnis ist für Unternehmen, und da wir Studenten davon nicht profitieren, weil es eindeutig weniger Praktikumsplätze gibt. Deshalb empfehle ich, den Antrag in der vorliegenden Form anzunehmen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Herr Brauksiepe!

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Ich will für die Antragskommission gern bei dem Thema Realität beginnen. Wir haben eine Rechtslage, die Pflichtpraktika vom gesetzlichen Mindestlohn zu Recht ausschließt, weil wir sagen: Da geht es nicht um Arbeit, sondern da geht es drum, etwas zu lernen. Für Pflichtpraktika gibt es nicht die Mindestlohnregelung. Es gibt sie auch nicht für freiwillige Praktika, nach bestehender Rechtslage bis zu drei Monaten. Die einzige Lücke, die man gewissermaßen sehen kann, im Vergleich zur jetzigen Rechtslage, sind freiwillige Praktika von über drei Monaten Dauer. Mit dem, was die Antragskommission empfiehlt, wird an der Stelle dem Rechnung getragen, was der Antragsteller möchte, nämlich dass wir Praktika innerhalb der Ausbildung generell vom gesetzlichen Mindestlohn ausnehmen, was schon überwiegend der Fall ist.

Wo wir uns nicht dem Vorschlag des Antragstellers anschließen wollen, ist das Thema sozialversicherungsbeitragsfreie Arbeitsverhältnisse – also geringfügig Beschäftigte sind vor allem ja Mini-Jobs – hier vom Mindestlohn auszunehmen. Denn was bedeutet geringfügige Beschäftigung? Das bedeutet, dass Sozialversicherungsbeiträge pauschal vom Arbeitgeber entrichtet werden, der Arbeitnehmer legal sozusagen brutto wie netto eine bestimmte Summe bekommt. Das hat mit der Frage der Gerechtigkeit der Entlohnung überhaupt nichts zu tun, die Art und Weise wie Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden.

Wir sind alle in der Politik wie auch in den Gewerkschaften einen weiteren Weg gegangen, was den Mindestlohn angeht. Ich glaube, wir sind zu einer vernünftigen Kompromissregelung im Gesetz gekommen. Man muss nicht für einen Mindestlohn sein. Wir sind diesen Weg gegangen in der Regierung und im Deutschen Bundestag, man muss nicht dafür sein. Aber die Begründung, dass ein Beschäftigungsverhältnis sozialversicherungsbeitragsfrei ist, kann keine Begründung dafür sein, dass ein Mindestlohn hier nicht gilt. Also da, wo es eigentlich um Ausbildung geht, nicht wirklich um Arbeit, bei Praktika im Studium, da folgen wir dem Antragsteller. Ansonsten schlagen wir die Ablehnung des Antrags vor, weil die Begründung nicht stichhaltig ist. Die Frage, wer welche Sozialversicherungsbeiträge abführt, hat nichts mit der Frage einer gerechten Entlohnung zu tun.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann darf ich hier um die Abstimmung über das Votum der Antragskommission bitten. Wer dafür ist, bitte ich um das

Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen dann so angenommen.

Wir kommen zum Antrag C40. Hier liegen zwei Wortmeldungen vor, einmal noch von Herrn Krishnan vom RCDS-Bundesvorstand und von Herrn Müller aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Für die Antragskommission darf ich anschließend Frau Mark bitten, sich beitzuhalten.

Jenovan Krishnan: Vielen Dank! Es geht auch ganz kurz. Ich bin eigentlich im Großen und Ganzen zufrieden mit dem Votum der Antragskommission, bis auf einen Satz, der in der Originalfassung drin war, aber von der Antragskommission rausgestrichen wurde. Und zwar handelt es sich um den Satz: „Darüber hinaus lehnt die CDU Deutschlands insbesondere eine Frauenquote in der Wissenschaft ab“. Ich bin der Auffassung, dass wir uns als CDU immer nach dem Leistungsprinzip richten und keine Quotenregelung finden, weder für Frauen, weder für Migranten, noch irgendwo.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir als CDU Deutschlands keine Quotenregelung brauchen.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Jetzt Axel Müller aus Baden-Württemberg.

Axel Müller: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich beziehe mich weniger auf den Inhalt des Antrags, sondern mehr auf die Formulierung. Das betraf auch meine Wortmeldung zu C13 und auch meine Wortmeldung zu C43. Also wer mit seinem Antrag die deutsche Sprache ins Grundgesetz aufnehmen möchte, wie es C13 beinhaltet, der sollte bei C40 nicht von Tenure-Track-Verfahren sprechen oder bei C45 nicht von der No-Bailout-Klausel.

(Beifall)

Da kann man auch die Nicht-Beistandsklausel sagen oder den Anspruch auf Anstellung auf Lebenszeit. Dann passt es, sonst ist das Ganze etwas widersprüchlich. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Müller. Wir nehmen das als Anregung, das weitestgehend auch entsprechend so umzusetzen. Es gibt allerdings den einen oder anderen eingebürgerten Fachbegriff, an dem ist es etwas schwieriger zu übersetzen. Aber trotzdem, ich nehme das hier als Arbeitsauftrag für die entsprechende Formulierung in Zukunft auch mit.

Ich darf jetzt für die Antragskommission in der Sache Frau Maag noch mal das Wort geben.

Karin Maag, Antragskommission: Guten Morgen, liebe Delegierte! Für die Antragskommission nehmen wir die Anregung von Annegret Kramp-Karrenbauer gern auf. Im Wesentlichen, das wissen Sie, lieber Antragssteller, beschäftigen wir uns ja schon in der CDU mit der Chancengleichheit in der Wissenschaft seit Jahren. Ihnen geht es im Wesentlichen auch um den Satz mit der Quote. Das ist aber hier nicht die richtige Zielrichtung. Wir haben ja gesagt, wir gehen mit Ihrer Analyse einher und sagen deswegen: Wir nehmen den Antrag in der Fassung der Antragskommission an.

Begründung: In den höheren Besoldungsstufen sind immer noch wenige Wissenschaftlerinnen. Wir haben zwar von 1995 bis 2014 aufgestockt von 8,2 auf 22 Prozent. Gleichwohl haben nur 17,9 Prozent diese C4-Professur. Deswegen soll weiterhin Frauenförderung vorangetrieben werden. Das Thema Frauenquote ist in diesem Zusammenhang deshalb verzichtbar, weil es in die falsche Richtung führt. Über die Frauenquote könnte ich jetzt noch abendfüllend mit Ihnen diskutieren, aber in dem Bereich gilt schon seit Langem das sogenannte Kaskadenmodell. Die CDU vertritt das Kaskadenmodell. Insoweit glauben wir, dass die Fassung der Antragskommission die richtige ist. Dankeschön!

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit, damit so angenommen. Herzlichen Dank!

Bevor wir jetzt zu den nächsten Anträgen kommen, darf ich das Ergebnis zur Abstimmung über den Antrag C28 bekanntgeben. Sie erinnern sich: Abschaffung Optionspflicht Staatsbürgerschaft. Wir haben abgestimmt über das Votum der Antragskommission. Diesem Votum wollten 300 Delegierte folgen, das sind 48,47 Prozent. Mit „Nein“ haben gestimmt 319 Delegierte. Das sind 51,53 Prozent.

(Beifall)

Damit ist der Antrag C28 angenommen. Der Antrag C89 ist damit erledigt.

Wir kommen zu den Anträgen C41 bis C47. Hier liegen mir Wortmeldungen für die Anträge C42 und 44 vor, zu allen übrigen nicht. Deswegen lasse ich zuerst zu den übrigen Anträgen über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich das Kartenzeichen zu geben. – Dann Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist mit den anderen Anträgen dem Votum der Antragskommission entsprechend zu verfahren.

Ich rufe auf den Antrag C42. Hier liegt mir eine Wortmeldung vor von Herrn Ovens vom Landesverband Hamburg und darf die Antragskommission bitten, sich auch bereitzuhalten zu diesem

Punkt. Das wäre der Kollege Meister. Nach Herrn Ovens hat sich zu Wort gemeldet Herr Krishnan.

Carsten Ovens: Frau Tagespräsidentin, vielen Dank, meine Damen und Herren! Die Junge Union und der RCDS haben sich intensiv in diesem Jahr mit dem Thema auseinandergesetzt und festgestellt, dass wir hier nach wie vor eine Ungleichverhandlung haben für Auszubildende und für Studenten. Jetzt schlägt die Antragskommission vor, dass wir diesen Antrag an die Landtagsfraktionen unter anderem überweisen. Ich selber bin in der Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft für das Thema Medienpolitik zuständig. Da haben wir diesen Antrag bereits behandelt, beschlossen, ins Plenum eingebracht, und Rot-Grün scheut sich, wie so häufig, die richtigen Dinge zu tun. Jens Spahn hat es vorhin zu Recht gesagt: Es geht hier und heute darum, was wir als Partei wollen. Von daher plädiere ich dafür und bitte da um Ihre Unterstützung, dass wir den Antrag hier direkt beschließen und nicht wieder überweisen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann hat das Wort jetzt Herr Krishnan vom RCDS und danach für die Antragskommission Michael Meister.

Jenovan Krishnan: Beim Theater oder im Schwimmbad oder bei der Deutschen Bahn, da gibt es überall Angebote für Studenten und Auszubildende. Das Ziel dahinter ist, dass man junge Menschen beispielsweise für Kultur begeistern kann. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist das nicht der Fall, Studenten und Auszubildende müssen auch den vollen Beitrag bezahlen. Wir wollen ja auch – gerade mit dem Jahr 2016, wo der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Kritik auch steht –, dass wir langfristig junge Menschen, Studenten und Auszubildende für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch begeistern können. Dazu wäre ein erster Schritt, dass man den Rundfunkbeitrag für Studenten und Auszubildende reduziert. Das ist auch möglich, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch dementsprechend Überschüsse hat. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Dankeschön!

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf jetzt das Wort für die Antragskommission an Michael Meister weitergeben.

Dr. Michael Meister, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks ist solidarisch durch alle Beitragszahler zu leisten. Deshalb sieht der aktuelle Rundfunkstaatsvertrag vor, dass alle Beitragszahler, die volljährig sind und eine eigene Wohnung besitzen, den einheitlichen Rundfunkbeitrag zahlen.

Wir haben allerdings in der bestehenden Regelung, im bestehenden Rundfunkstaatsvertrag für diejenigen Studenten, die BAföG-Bezieher sind, und für Auszubildende eine abweichende

Regelung. Das heißt, dort, wo es aus sozialen Gründen erforderlich ist, den Beitrag abzusenken, ist es durch den bestehenden Rundfunkstaatsvertrag bereits möglich. Ich glaube, dass das eine ausgewogene Lösung ist. Denn man muss natürlich überlegen: Inwieweit ist denn für eine bestimmte Personengruppe eine Beitragsreduzierung gerechtfertigt? Das ist dann, wenn man abgrenzen kann, BAföG-Bezieher und Auszubildende, die ein bestimmtes soziales Erfordernis haben, möglich. Es führt aber dann in rechtliche Schwierigkeiten, wenn man sozusagen für eine bestimmte Gruppe generell sagt, dass man sie ausnimmt, unabhängig von der Frage, wie der sonstige Hintergrund ist. Deshalb ist die Antragskommission der Meinung, dass hier rechtlich weitere Prüfungen notwendig sind.

Zum Zweiten muss man überlegen: Ein Gesamtbudget finanzieren zu müssen, bedeutet, wenn man eine größere Gruppe ausnimmt, dass das auf Dauer gesehen bei den verbleibenden Beitragszahlern logischerweise zu höheren Belastungen führt. Das muss man bei der Beschlussfassung und Überlegung berücksichtigen. Deshalb empfehlen wir, diesen Antrag an die Landtagsfraktionen und Landesregierungen zu geben, weil dort auch die Zuständigkeit liegt, und sowohl die rechtlichen wie auch die finanziellen Fragen zu klären und dann einen Vorschlag zu machen.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Dann darf ich um Abstimmung bitten. Wer dem Votum der Antragskommission, wie es eben vorgetragen und begründet wurde, folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen dann zum Antrag C44. Hier liegt eine Wortmeldung von Hartmut Schauerte von Nordrhein-Westfalen vor. Ich darf für die Antragskommission Herrn Beuth bitten sich bereitzuhalten.

Hartmut Schauerte: Frau Präsidentin, meine lieben Freunde! Ich spreche hier für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU zum Antrag 44 von der Kommunalpolitischen Vereinigung. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland hängt ganz wesentlich von der intelligenten Zusammenwirkung von öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlicher Erledigung und insbesondere privater Erledigung von Aufgaben ab. Dieser Antrag ist etwas missglückt, weil er im Text einseitig ohne jeden Verweis auf die Mitwirkung auch Dritter, also des Mittelstandes z. B., die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge für sich alleine reklamiert. Das war bisher nicht unser Verständnis von dieser Zusammenarbeit.

Wir haben mehrfach auf Parteitagen beschlossen, das sogar Privat vor Staat geht: Was die Privaten können, sollen die Privaten machen, und was der Staat nur kann, soll der Staat machen. Deswegen müsste dieser Antrag korrigiert werden. Ich mache auch einen Vorschlag, einfach nur um die Einseitigkeit, die wir da haben, ein Stück aufzuheben. Der Vorschlag ist einfach so, dass ich den Wettbewerb einbezogen sehen will. Im späteren Verlauf des Antrags passiert das auch

mal, z. B. bei der Finanzwirtschaft. Da schreibt dieser Antrag – ich will das nicht verlängern – „Gleiches gilt für Sparkassen und Volksbanken bei der Versorgung mit Finanzdienstleistungen“. Die sind beide – der eine privat organisiert und der andere öffentlich – nebeneinandergestellt. Das gehört sich so in der Sozialen Marktwirtschaft. Denn wir wollen diesen Wettbewerb nutzen und die Vorteile aus diesem Wettbewerb volkswirtschaftlich sichern.

Deswegen empfehle ich hier einen Satz einzuschieben – ich hatte das mit der Antragskommission besprochen. Ich weiß nicht, ob die jetzt da sind und das bestätigen können –, der lautet: „Kommunen, ihre Stadtwerke und kommunale Unternehmen sind im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft entscheidende Akteure für eine zuverlässige Ver- und Entsorgung.“ Im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, das ist die Bindung an die Privatwirtschaft. Die fühlt sich sonst über diesen Antrag komplett rausgeschmissen aus diesem gesamten Komplex, und das können wir aus unserem Sozialen-Marktwirtschafts-Verständnis nicht akzeptieren.

Ich bin übrigens auch der Meinung, dass wenn es eine alleinige Besetzung dieses gesamten Sektors über die kommunale Wirtschaft gibt, würde der Bürger am Ende die Rechnung zahlen. Denn nur aus diesem Wettbewerb wird es auch wieder besser für uns alle. Deswegen bitte ich diesen ergänzenden Satz aufzunehmen, damit wir auch unnötigen Ärger in Gesprächen mit unserer Privatwirtschaft vor Ort erst gar nicht haben, weil wir sagen können: Wir haben das Thema schon richtig erkannt. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf jetzt Herrn Beuth für die Antragskommission bitten.

Peter Beuth, Antragskommission: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, es ist in dem Antrag der Kommunalpolitischen Vereinigung eine wunderbare kommunale Standortsbestimmung zu den Themen, die uns im Moment betreffen, gelungen. In der Tat haben wir, Herr Schauerte, in der Antragskommission sogar über diese Frage auch diskutiert. Natürlich haben Sie völlig Recht, dass wir ein großes Interesse daran haben, dass wir deutlich machen, dass wir zur Sozialen Marktwirtschaft, zur Privatwirtschaft und zum Wettbewerb auch entsprechend stehen. Nur hier im Antrag, an dieser Stelle, ging es um die konkrete Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden, und hier an dieser Stelle, war es uns wichtig, dass wir deutlich machen wollten, dass in kommunaler Selbstverwaltung eben die notwendige Infrastruktur in öffentliche Hände gehört. Das war das Votum der Antragskommission. Ich finde, dass wir damit das, was Sie hier vorgetragen haben, nicht grundsätzlich ausschließen. Deshalb würde ich Sie bitten, dem Votum der Antragskommission auch zu folgen. Vielen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Karzenteichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich darf noch mal darauf hinweisen: Bitte, wenn Sie zu einem Antrag schon wissen, dass Sie reden wollen, das frühzeitig auch vorne bei den Wortmeldungen deutlich zu machen, damit wir auch in der gebotenen Zeit hier bei einer guten Diskussion die Dinge händeln können.

Wir kommen jetzt zum Antrag C48. Sie finden ihn auf den Seiten 68 und 69 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag C48 zusammen mit C80, den Sie auf Seite 99 finden, gemeinsam zu behandeln, und zwar bei der Beratung und Beschlussfassung über den Leitantrag des Bundesvorstandes. Ich darf fragen, ob sich gegen diese Verfahrensweise Widerspruch erhebt. Das ist nicht der Fall, dann können wir so verfahren.

Ich darf aufrufen die Anträge C49 bis C52. Sie finden sie auf den Seiten 69 bis 71 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf dann über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich rufe Antrag C53 auf. Er befindet sich auf Seite 72 und 73 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C53 zusammen mit dem Antrag 103 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen: Wer dafür ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Liebe Delegierte! Wir kommen zu den Anträgen C54 bis C58 sowie C60 bis C65. Es liegen jetzt Wortmeldungen vor zu den Anträgen C55 und C60. Das heißt, zu den übrigen Anträgen keine Wortmeldungen. Ich lasse jetzt über die übrigen Anträge gemäß dem Votum der Antragskommission abstimmen: Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich komme zum Antrag C60, darf hier aufrufen Herrn Henke vom Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Entschuldigung, zuerst C55, Versehen der Regie. Hier hat das Wort gewünscht Herr Niedergesäß aus Berlin. Für die Antragskommission darf ich Herrn Wegner bitten, sich bereitzuhalten. Herr Niedergesäß, ja?

Fritz Niedergesäß: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Der Bundestag hat am 9. November 2007 auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin vorm Schloss zu errichten. Ich bin sehr erstaunt, dass man jetzt dazu kommt, dass eventuell wieder abzuwürgen und eine Diskussion darüber entstanden ist, die ich überhaupt nicht verstehen kann. Bauaufsichtlich ist das Denkmal bestätigt. Die sicherheitstechnischen Probleme sind gelöst. Letztendlich kommt es ja darauf an, dass wir bei den vielen Denkmälern, die wir in Deutschland stehen haben wie kein anderes Land der Welt, mit unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Nun haben wir mal endlich etwas Positives zu berichten und wollen

ein Freiheits- und Einheitsdenkmal bauen. Da wird nun rumgeeeiert, und am Ende wird das alles wieder infrage gestellt. Ich bitte darum, dass jetzt die Bundestagsfraktion energisch dafür eintritt, dass dieses Denkmal ohne Wenn und Aber und vor allen Dingen kurzfristig umgesetzt wird. Sonst wird es noch teurer. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission hat Herr Wegner das Wort.

Kai Wegner, Antragskommission: Frau Tagungspräsidentin, meine Damen und Herren, lieber Fritz Niedergesäß! So habe ich mich extra vorbereitet, um das Votum der Antragskommission zu begründen, aber du hast ja gar nichts Negatives gesagt, sondern nur Positives. Das freut mich sehr, und ich hoffe, dass wir diesen Antrag dann heute genau auch so beschließen können. Denn in der Tat, in unserer Bundeshauptstadt gibt es viele Denkmäler, viele Mahnmäler, die an die negative Geschichte in unserem Land erinnern. Das ist zweifelsohne richtig und wichtig, aber es gibt eben auch die friedliche Revolution, es gibt das Jahr 1989, und wir leben zum Glück in Freiheit und Demokratie. Liebe Freundinnen und Freunde, ich finde, diese Zeit unserer Geschichte sollten wir auch mit Stolz beleuchten und auch in unserer Bundeshauptstadt Berlin, liebe Freundinnen und Freunde.

Zum Zweiten – und das will ich an dieser Stelle auch sagen – ich bin dem Professor Wulf sehr dankbar und der Senioren-Union, dass sie diesen Antrag gestellt haben. Ich glaube, es ist auch wichtig, der nachfolgenden Generation, der jungen Generation zu sagen, was im November ‚89 passiert ist in unserem Land. Denn Freiheit und Demokratie, meine Damen und Herren – und das zeigen uns andere Länder aktuell sehr deutlich – sind eben keine Selbstverständlichkeit. Und es lohnt sich für Freiheit und Demokratie auf die Straßen zu gehen, denn eine Freiheitsbewegung kann auch erfolgreich sein, und das zeigt der November ‚89. Deshalb bittet die Antragskommission um Zustimmung. Herzlichen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann darf ich um Abstimmung bitten. Wer diesem Votum folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Komme zum Antrag C60. Hier liegen mir zwei Wortmeldungen vor, einmal von Rudolf Henke aus Nordrhein-Westfalen, von Peter Hauk aus Baden-Württemberg und darf Frau Maag bitten, sich für die Antragskommission bereitzuhalten.

Rudolf Henke: Frau Präsidentin, liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte Sie darum bitten, den Antrag C60, für dessen Annahme die Antragskommission wirbt, wo also Übereinstimmung besteht zwischen den Antragstellern und der Antragskommission, dennoch an die Bundestagsfraktion zu überweisen und hier nicht anzunehmen. Der Antrag hat das Ziel, dass wir uns für

eine Landarztquote im Medizinstudium aussprechen sollen und damit regeln wollen, dass eine bestimmte Anzahl von Studienplätzen für künftige Landärzte vorbehalten wird, also Menschen, die sich zu dem Zeitpunkt, wo sie sich für ein Studium bewerben, dann eine Pflicht eingehen sollen, dass sie nach der vollständig abgeschlossenen Ausbildung bereit sind, dann im ländlichen Raum zu praktizieren für eine bestimmte Zeit in einer unterversorgten Region.

Das klingt erst mal sehr gut, das klingt sehr sympathisch. Das klingt auch so, als ob es den Interessen der Menschen auf dem Land dient. Aber das ist ja eine Zielsetzung, die wir insgesamt auch haben. Wir wollen ja, dass das Leben auf dem Land genauso attraktiv ist wie das Leben in der Stadt. Deswegen ist das erst mal von seiner Intention her zu begrüßen und ist auch von mir begrüßt.

Aber jetzt fangen die Probleme im Detail an. Denn wir sprechen hier davon, dass das nach vollständig abgeschlossener Ausbildung sein soll. Wir haben aber im Sozialrecht, im Sozialgesetzbuch geregelt, dass sich nur niederlassen darf, und zwar auch als Hausarzt auf dem Land, auch als Landarzt, der eine Spezialisierung abgeschlossen hat, der also nicht seine Ausbildung bloß hinter sich hat, sondern der seine Weiterbildung abgeschlossen hat. Die Weiterbildung ist ein Teil der Berufstätigkeit. Das ist nicht mehr Ausbildung. Ausbildung bei den Medizinstudenten sind die sechs Jahre Studium, einschließlich eines praktischen Jahres, und die schließen sie dann ab mit dem Staatsexamen und erhalten auf Antrag die Anerkennung durch die Approbationsbehörde als Ärztin oder als Arzt.

Danach beginnt Berufstätigkeit bei einem Krankenhaus, in einer Praxis, in einem Gesundheitsamt oder wo auch immer. Während dieser Zeit findet dann eine Spezialisierung statt, Weiterbildung. Diese Weiterbildung ist Berufstätigkeit und niemals bloß Ausbildung. Deswegen, wir verpflichten hier dazu, dass der, der Berufseinsteiger ist, dann im Grunde genommen sagt, na ja, ich bin bereit, irgendwo in eine ländliche Region zu gehen. Damit kann er aber nach unserem Sozialrecht gar nicht als Landarzt praktizieren.

Zweiter Punkt die Frage, wie viele wird das denn betreffen? Wir haben heute round about 10 000 Studierende, die im Jahr neu zugelassen werden für das Medizinstudium. Wenn man sich die anderen Quoten, die es gibt, anschaut, dann weiß man, dass eine solche Landarztquote ja nur bei einer Anzahl von ein oder zwei Prozent zugelassener Plätze enden kann. Das heißt, wir reden am Ende über vielleicht 200 Ärzte, die einer solchen Pflicht unterworfen eine solche Absichtserklärung abgeben würden.

Ich sage Ihnen, was wir meines Erachtens brauchen: Meines Erachtens brauchen wir in dem gesellschaftlichen Wandel, in dem wir sind, wo auch junge Ärztinnen und Ärzte sagen: Ich möchte mein Leben so einteilen, dass ich auch einen Teil privates Leben, einen Teil Familienleben, einen Teil Partnerschaft erleben kann und nicht nur den Beruf. In dieser veränderten Welt und Wertschätzung von Arbeitszeitbelastungen brauchen wir mehr Ausbildungsplätze, mehr

Studienplätze, dem sich aber leider viele Bundesländer noch verweigern, insbesondere die Wissenschaftsminister verweigern. Deswegen glaube ich, dass das hier ein Stückchen ein Placebo ist, und wir in Wirklichkeit dafür eintreten müssen, mehr ärztliche Studienplätze zu schaffen.

Die letzte Bemerkung, die ich habe –

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Rudolf Henke: Ja.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Danke!

Rudolf Henke: Ich glaube, dass wir nicht nur einen Mangel bei Landärzten haben, sondern dass es auch viele Fachdisziplinen gibt, bei denen wir einen Mangel haben, etwa bei der Pathologie, etwa bei der Rechtsmedizin, etwa bei der Hygiene, etwa bei der Mikrobiologie, etwa in den chirurgischen Fächern, etwa bei bestimmten spezialisierten chirurgischen Orientierungen, bei den Rheumatologen. Wenn wir jetzt anfangen, für alles und jedes, wo wir einen Mangel identifizieren, zu sagen, da schaffen wir eine Quote, dann kommen wir aus dem Quotieren nicht mehr raus. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin dafür, das an die Bundestagsfraktion zu überweisen, und anders als Antragsteller und Antragskommission empfehlen, hier nicht anzunehmen.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf aus gegebenem Anlass noch mal darauf hinweisen, weil wir wirklich noch viele Wortmeldungen haben und viele Anträge, und jeder auch vor einem einigermaßen gefüllten Saal zu Wort kommen möchte, dass alle sich disziplinieren in den Reden zu den Anträgen. Das gilt auch für die Antragskommission. Meine herzliche Bitte ist in unser aller Interesse. Jetzt hat das Wort Peter Hauk und danach Herr Dr. Lanig aus Baden-Württemberg. Dann ist die Rednerliste geschlossen, und das Wort hat anschließend für die Antragskommission Frau Maag.

Peter Hauk: Ich werbe für die Annahme des Antrags, wie die Antragskommission es vorsieht, aus zwei Gründen: Erstens: Wir haben ein offensichtliches Problem. Wir haben nicht zu wenig Medizinstudenten. Aber wir haben zu wenig, die eine Praxis übernehmen wollen. Das trifft zum Teil in den Städten zu, aber auch vor allen Dingen auf dem Land. Zweitens: Wir haben auch eine deutlich höhere Frauenquote bei den Medizinerinnen mit 50 bis 60 Prozent mittlerweile, und deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder Umstände muss man ja genauso berücksichtigen. Aber das ist nicht Teil dessen, dass es ein Maßnahmenpaket und ein Ausschnitt aus dem Maßnahmenpaket ist. Weil wir eben die freie Berufswahl nicht beeinträchtigen wollen und weil wir den Landarzt oder den Arzt generell als Freien Beruf erhalten wollen, glauben wir, dass wir über Stipendien oder über eine gewisse Reservierung im Medizinstudium, bereits einhergehend mit einer Verpflichtung, einer zeitlich überschaubaren Verpflichtung, das Ziel auch erreichen können, dass wir eine ausgewogene Versorgung auch in den ländlichen Räumen auf Dauer sicherstellen können.

Natürlich haben Sie Recht, wenn Sie sagen, es geht da um die Frage der Weiterbildung. Wir haben bei uns in Baden-Württemberg das auch angegangen. Wir hatten ursprünglich zehn Jahre. Das muss man sich mal überlegen: Sie studieren 14 oder 12 Semester Medizin, sind fertig nach dem dritten Staatsexamen. Dann kommt die fachliche Weiterbildung zum Dr. med. für Allgemeinmedizin. Die Ausbildungszeit, die Weiterbildungszeit hat z. T. zehn Jahre gedauert, zehn Jahre. Da muss man sagen: Das ist einfach unerträglich.

Wir haben dann gemeinsam mit der Uni Heidelberg diese Weiterbildungszeiten versucht zu verkürzen, indem man einfach Ausbildungsinhalte etwas verschult, gestrafft haben, und kommen jetzt in der Größenordnung auf sechs Jahre. Immer noch lang, aber erträglicher als vorher zehn Jahre. Meines Erachtens ist es trotzdem notwendig, trotz verkürzter Fristen, trotz dem Angebot in der Frage der Kinderbetreuung, trotz des Angebotes in Gemeinschaftspraxen, glaube ich, brauchen wir auch einen gewissen Druck in Berlin. Das kann man, glaube ich, in der Zulassung erreichen im Medizinstudium, dass man auch dort als ergänzende Maßnahme eine Quote letztendlich auch vorsieht für die Landarztpraxen. Das schließt sich nicht aus, und da müssten, glaube ich, die Ärzte mal von ihrem Standesdünkel ein Stück weit runter und auch das akzeptieren, dass man Medizinstudienzulassungen nicht nur nach der Abi-Note macht, sondern auch nach der Bereitschaft, ob Menschen in eine bestimmte Räumlichkeit letztendlich gehen. Da ist doch nichts Verwerfliches dabei.

(Beifall)

Mein Gott, wo sind wir denn? Deshalb werbe ich für die Annahme des Antrags.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Jetzt liegt noch eine Wortmeldung vor von Herrn Dr. Lanig, von Herrn Liese und dann die Antragskommission.

Ich bitte noch mal, sich wirklich so kurz, wie es irgendwie geht und dem Anliegen angemessen ist, zu fassen.

Dr. Urban Lanig: Werde ich tun, Frau Ministerpräsidentin. Ich bin ein betroffener Landarzt. Ich möchte das noch mal auch betonen, was der Minister Hauk gerade gesagt hat. Wesentlich beim Medizinstudium ist die Note. Wir haben die hohe Frauenquote, weil die Damen etwas eher erkennen, dass sie im Abitur eine gute Note haben und die Männer noch mit etwas anderem beschäftigt sind, weil sie einfach in der Entwicklung etwas anders orientiert sind, was ja auch gut so ist.

Wir müssten als Erstes mal die Studienvoraussetzungen nicht nur nach Noten machen, sondern auch nach sozialer Kompetenz. Rettungssanitäter etc. wird völlig unterbewertet, sodass einer, der kein gutes Abitur hat – und da müssen wir wieder auch draufkommen: Warum gibt es gute und schlechte Abiture. Interessant ist, dass die süddeutschen Länder weniger Medizinstudenten stellen als die norddeutschen. Das heißt, wir bräuchten ein einheitliches Abitur für

alle. Nicht dass eine gute Ausbildung da ist und schlechte Noten, nur weil man jetzt in Baden-Württemberg, Hessen oder in Bayern wohnt. Das ist das Erste.

Das Zweite: Wir haben eine unwahrscheinlich hohe Quote von Medizinstudenten, die weiblich sind. Das heißt, auch nach der Statistik – und da gibt es Studien – drei ausgebildete Ärztinnen ersetzen einen männlichen Arzt. Das muss man auch mal sehen. Deswegen kommen wir in eine Bredouille, die vorherzusehen war. Baden-Württemberg versucht gegenzusteuern. Ich bitte aber, dass man wirklich jetzt auch die unterstützt, die im Ausland, und zwar haben wir über 10 000 im Ausland studierende Medizinstudenten, hauptsächlich männlich, die hier keinen Ausbildungsplatz bekommen. Das ist unerträglich, und wir können die Versorgung nicht aufrechterhalten. Ich warne davor, jetzt zu sagen, wir gehen auf Telemedizin. Das ist von der Politik her recht gut gemacht, wir machen Telemedizin. Aber bei der Telemedizin sind ein Drittel Fehldiagnosen da. Das muss man mal ganz deutlich sagen.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ich darf noch mal an die Redezeit erinnern.

Dr. Urban Lanig: Ja.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

Dr. Urban Lanig: Ich möchte jetzt dafür plädieren, dass wir dem zustimmen, und dass es auch bundesweit gemacht wird. Denn es gibt viele junge Mediziner, die Medizin machen wollen und in den Startlöchern stehen und die ins Ausland abwandern. Das wäre schade, wenn man jetzt den jungen Leuten nicht da die Chance gibt und somit auch die ländliche Versorgung aufrechterhält, nicht nur Allgemeinmedizin, sondern auch der Facharzt auf dem Land gehört ebenfalls gefördert. Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Jetzt hat das Wort Peter Liese vom Saalmikrofon 1, der sicherlich in der ihm eigenen Kürze auch reden wird.

Dr. Peter Liese: Absolut, ja. Vieles von dem, was Rudolf Henke gesagt hat, ist richtig. Ich glaube im Gegensatz zu Herrn Hauk, dass wir mehr Medizinstudienplätze brauchen. Es würde auch helfen, wenn wir die gerade in den Universitäten ansiedeln, die auch eher im ländlichen Raum liegen. Aber wir haben trotzdem das Problem, dass sich der Zugang zum Medizinstudium immer noch in erster Linie an der Schulnote orientiert und dass wir dadurch viele Menschen verlieren, die sich gerne auf dem Land niederlassen würden, die aber keinen Studienplatz bekommen. Deswegen plädiere ich für die Annahme des Antrags. Wir können ja darüber hinaus ein Konzept erarbeiten, um die anderen Ideen von Rudolf Henke auch noch einzubauen. Aber das machen wir dann in Ruhe. Jetzt bitte für diesen Antrag stimmen. Dankeschön!

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich glaube, Peter Liese hat eben hinreichend deutlich für den Antrag gesprochen, insofern erübrigt sich die Wortmeldung der Antragskommission. Ich darf jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine ganz deutliche Mehrheit, damit so angenommen.

Ich rufe auf die Anträge C69 und C70. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf um die Abstimmung für das Votum der Antragskommission bitten. Wer dafür ist, bitte die Karte zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe auf Antrag C71. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C71 mit dem Antrag C147 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich komme zur Abstimmung. Wer diesem Votum folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Jetzt rufen wir die Anträge C72 bis C79 sowie C81 auf. Wir haben hier zwei Wortmeldungen zum Antrag C79 und zum Antrag C81. Zu allen übrigen Anträgen liegen keine Wortmeldungen vor. Über die lasse ich jetzt abstimmen, und zwar über das Votum der Antragskommission: Wer diesem Votum folgen möchte, den darf ich um ein Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so angenommen.

Wir kommen jetzt zum Antrag C79. Hier liegt vor die Wortmeldung von Dr. Heinke aus Hamburg, und ich darf für die Antragskommission bitten, dass sich Michael Meister bereithält. Herr Heinke? Jawohl, da ist er. Heintze. Entschuldigung. Ja, üben noch an der Handschrift.

Dr. Roland Heintze: Guten Morgen, liebe Freundinnen und Freunde! An sich ist das Thema so wie Soli auch in den letzten Wochen schon viel diskutiert worden. Der Bundesfinanzminister hat auch schon in Aussicht gestellt, dass wir da bis 2030 etwas tun müssen. Ich persönlich – und deswegen sind wir gegen das Votum der Antragskommission – finde schon, dass es auf einen Bundesparteitag der CDU gehört und nicht in die Bundestagsfraktion, in einem solchen Thema noch einmal Stellung zu beziehen. Deswegen würden wir gerne, dass dieser Antrag hier heute abgestimmt wird und nicht zurück in die Bundestagsfraktion geht, sondern das Signal Abschmelzung in der nächsten Legislatur von diesem Bundesparteitag ausgeht.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt noch einen weiteren Grund, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen. Ich weiß nicht, ob sich noch jemand an die Beschlüsse des 28. Parteitags erinnert, des letzten. Da gab es den Antrag C32, und wenn Sie jetzt in Ihre Unterlagen gucken, was mit dem Antrag C32 – wo wir beschlossen haben, Soli abschmelzen bis 2019 – passiert ist. Da berichtet uns die Bundestagsfraktion, das sei alles sehr schwierig gewesen, deswegen hätte man ihn jetzt so

nicht umsetzen können, weil der Koalitionspartner nicht möchte. Das mag ja alles sein, aber bitte jetzt nicht noch mal in die Bundestagsfraktion überweisen, sondern hier heute vor den anstehenden Bundestagswahlen klar sagen: Wir wollen es abschmelzen. In der nächsten Legislatur ist Schluss. Das sollten wir heute beschließen, nicht schon wieder vertagen. Das wäre ein Fehler.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission hat Michael Meister das Wort.

Dr. Michael Meister, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Ich glaube, jeder von uns kann nachvollziehen, dass die Frage, wie lange haben wir den Soli noch, zu Recht gestellt wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir den Solidaritätszuschlag abschaffen sollen. Allerdings, glaube ich, sollten wir darüber unseren Anspruch nicht aufgeben, eine seriöse Finanzpolitik zu machen. Seriöse Finanzpolitik: Wir beschließen unter dem Leitanspruch des Bundesvorstandes, dass wir auch in der nächsten Wahlperiode anstreben, keine neue Schulden zu machen.

(Rufe)

Ich glaube, wir sollten bei den Beschlüssen, die wir ansonsten zur Finanzpolitik fassen, darauf achten, dass wir diesen Grundsatz einhalten können und damit in dem, was wir in dieser Wahlperiode angelegt haben, auch in der nächsten Wahlperiode glaubwürdig bleiben. Wenn wir über den Solidaritätszuschlag sprechen, dann reden wir über 16 Milliarden Euro, und ich glaube, es ist richtig, in der nächsten Wahlperiode den Einstieg in den Ausstieg des Solidaritätszuschlags zu beginnen und es klug mit der Haushaltspolitik und klug mit der sonstigen Steuerpolitik abzustimmen. Denn wir haben weitere Beschlüsse gefasst: Wir wollen natürlich nach wie vor im Bereich kalte Progression, wir wollen nach wie vor bei der Frage Leistungsgerechtigkeit der Einkommenssteuer tätig werden, und deshalb isolierte Beschlüsse zu fassen zu Einzelpunkten, halte ich nicht für angemessen. Sondern ich glaube, es ist richtig, wenn wir ein Gesamtkonzept haben, was insgesamt versucht, diese Ziele zu erreichen. Deshalb sollten wir den Solidaritätszuschlag anpacken, sollten aber die Frage, wie wir das tun, zeitlich und inhaltlich an die Bundestagsfraktion delegieren.

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Weitere Wortmeldungen sind nicht da, dann darf ich um Abstimmung bitten für das Votum der Antragskommission: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich muss kurz nachschauen, das war von hier oben etwas unübersichtlich. Es liegt auch daran, dass sich viele vor der Bühne tummeln. Ich darf vielleicht noch einmal wiederholen lassen: Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war eine knappe, aber war eine Mehrheit. Das ist hier oben auch einstimmig so gesehen worden. Damit so angenommen.

Dann darf ich zum Antrag C81 kommen. Hier liegt die Wortmeldung von Herrn Lämmel aus Sachsen vor. Ich darf ihn zum Mikrofon bitten und für die Antragskommission Ralf Brauksiepe.

Andreas Lämmel: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag, die Vorziehung von Sozialversicherungsbeiträgen rückabzuwickeln, ist ja ein Dauerbrenner hier auf unseren Parteitagen. Es gab, glaube ich, auf jedem der letzten Parteitage diesen Antrag, und wir stellen ihn auch wieder, weil es hierbei darum geht, ein Versprechen der Politik einzuhalten. Kurze Erinnerung: 2005 großes Loch in der Rentenkasse. Der Staat bediente sich in der Liquidität der Unternehmen, indem er 2005 nicht 12-mal Sozialversicherungskosten einkassierte, sondern 13 mal. Diese Vorziehung der Sozialversicherungsbeiträge war verbunden auch mit einer großen Bürokratie. Im zweiten Bürokratienteilungsgesetz haben wir jetzt den bürokratischen Teil etwas abgemildert, und in der Anhörung zum Bürokratienteilungsgesetz gab es auch weitere Vorschläge. Damit meinen viele, das Problem sei erledigt. Aber, meine Damen und Herren, aus Sicht der MIT und aus Sicht des Parlamentskreis Mittelstand ist das Problem im Kern nicht erledigt. Trotzdem stimmen wir heute dafür, dass das Vorhaben wieder in die Bundestagsfraktion überwiesen wird, weil es letztendlich dort auch weiter behandelt werden muss. Aber noch mal: Das Problem ist nicht erledigt, und wir bringen es auch wieder auf den Parteitag, wenn wir hier in der Sache Rückgabe der Liquidität in die Unternehmen nicht weiterkommen. Vielen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission hat das Wort Ralf Brauksiepe.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Ich habe den Antragsteller jetzt so verstanden, dass er ja im Ergebnis mit dem Votum der Antragskommission, Überweisung an die Bundestagsfraktion, einverstanden ist, und darum will ich mir auch weitere Ausführungen inhaltlich dazu sparen. Es ist ein komplizierter Abwägungsprozess. Klar ist, wir hätten diese Sache nie gemacht, den Unternehmen 13 Beiträge in einem Jahr abzuverlangen. Aber natürlich ist es auch schwierig, in einem Jahr, wo man zwölf-mal Rente zahlt, nur elf-mal Beiträge einzunehmen. Wichtig ist, dass wir uns den bürokratischen Fragen widmen. Da hat Helge Braun, das Kanzleramt auch eine Menge Initiativen entwickelt, und wir sind in einem Gesetzgebungsverfahren, wo es konkret darum geht, den unnötigen bürokratischen Aufwand für die Betriebe zu reduzieren. In diesem Sinne bitte ich darum, dass wir den Antrag überweisen, damit der eingespeist werden kann in diese laufende Gesetzesberatung. Danke!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Wer diesem Votum der Antragskommission folgen will, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen dann zu den Anträgen C82 sowie C108 und C112. Hierzu liegen mir zwei Wortmeldungen vor. Das eine ist die Wortmeldung unseres Bundestagspräsidenten Norbert Lammert sowie von Herrn Marc Henrichmann aus Nordrhein-Westfalen. Für die Antragskommission wird anschließend Michael Grosse-Brömer das Wort ergreifen.

Prof. Dr. Norbert Lammert: Liebe Parteifreunde! Die drei Anträge aus Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg unterstützen übereinstimmend das Bemühen, eine Wahlrechtsreform so rechtzeitig noch zu beschließen, dass sichergestellt wird, dass der Bundestag nicht weit über seine gesetzliche Mitgliederzahl hinaus explodiert. Die Formulierung ist eigentlich sehr übersichtlich. Die CDU Deutschlands spricht sich für eine Wahlrechtsänderung aus, die sicherstellt, dass bei der kommenden Bundestagswahl die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht, und ist so, wie ich denke, auch mühelos beschlussreif. Nun macht die Antragskommission einen sicher gut gemeinten Vorschlag, nämlich zu sagen, die CDU Deutschlands unterstützt die Initiative der Bundestagsfraktion für eine Wahlrechtsänderung, um sicherzustellen, dass usw., usw. Das ist sicher gut gemeint. Misslich ist nur, dass es eine solche Initiative der Bundestagsfraktion gar nicht gibt.

(Heiterkeit und Beifall)

Der zweite Schönheitsfehler ist, dass sie wahrscheinlich auch nicht zustande kommt, wie mir der Fraktionsvorsitzende gerade ausdrücklich bestätigt hat, weil wir nach den Vereinbarungen innerhalb der Koalition solche Initiativen entweder gemeinsam einbringen oder gar nicht. Was folgt daraus? Der Beschlussempfehlung der Antragskommission fehlt offenkundig die Geschäftsgrundlage. Also lasst uns beschließen, was die Antragssteller vorgeschlagen haben. Wenn jetzt die Antragskommission erklärt, das sähe sie ein, haben wir sogar noch Zeit gespart.

(Rufe und Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf jetzt ans Mikrofon Herrn Marc Henrichmann bitten.

Marc Henrichmann: Meine Damen und Herren! Wir vom Kreisverband Coesfeld unterstützen diese Initiative ausdrücklich. Die Antragskommission hat signalisiert, dem Anliegen zuzustimmen. Für uns aber ganz, ganz wichtig: Ein Wort ist rausgefallen, nämlich schnellstmöglich eine Umsetzung auf den Weg zu bringen, und für dieses Wort schnellstmöglich möchte ich ebenfalls werben, dass es nicht bei einer Absichtserklärung bleibt, sondern auch da klare Kante möglichst schon zur nächsten Wahl. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Jetzt für die Antragskommission.

Michael Grosse-Brömer, Antragskommission: Frau Präsidentin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Bei uns gilt ja der Grundsatz wie in jedem Parlament: „Der Präsident hat immer Recht.“

(Heiterkeit)

Es sei denn, die Fraktion hat Recht, das passiert da manchmal auch. In diesem Fall kann man drüber nachdenken, ob es eine Initiative der Fraktion ist. Ich lege schon Wert darauf, dass wir die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag sind, die gesagt haben, wir gehen voran, wir wollen genau das, was der Präsident des Bundestages auch gefordert hat, nämlich eine Erweiterung oder eine große Vergrößerung des Bundestages verhindern. Das ist unser gemeinsames Ziel. Man kann es Initiative nennen, man kann es Absichtserklärung nennen. Jedenfalls sind wir diejenigen, die sich sowieso schon drum kümmern. Deswegen wäre es ganz nett, wenn man mal drauf hinweist: Diese CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auf dem richtigen Weg, möchte genau das, was der Antragsteller eben auch will. Wie man das dann auch immer nennt. Aber um das abzukürzen: Der Bundestag ist auch jetzt schon nicht das größte Parlament in Europa, bezogen auf die Bevölkerungszahl. Aber der Präsident hat sich zu Wort gemeldet, der Präsident hat Recht, und dem Präsidenten sollen wir folgen.

(Heiterkeit und Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Michael, ich verstehe das jetzt als Abänderung des Votums der Antragskommission. Dann lasse ich jetzt über das geänderte Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich darf dann jetzt die Tagungsleitung weitergeben an Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Ich rufe jetzt auf den Antrag C90 des Bezirksverbands Nordwürttemberg. Mir liegt die Wortmeldung des Delegierten Christian Steck aus Baden-Württemberg vor.

Christian Steck: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin einer der Antragsteller, und ich glaube, dass die Ablehnung des Antrags auf der etwas falschen Annahme beruht, dass dieser Antrag wahnsinnig kritisch sei und alle Positionen der CDU im vergangenen Jahr ablehnt. Dem ist aber ausdrücklich nicht so.

Ich will die vermeintlich deutliche Sprache einfach erklären: Der Antrag wurde gestellt von JU- und CDU-Mitgliedern, die in Baden-Württemberg unter nicht ganz einfachen Bedingungen Landtagswahlkampf betrieben haben. Im Lichte dessen war es dann für uns schon vernichtend, dass letztlich bei der Landtagswahl ein solches Ergebnis herauskam. Da wünschen wir uns einfach – und haben wir uns damals gewünscht, stärker als es in den Wochen danach passiert

ist –, dass die CDU debattiert über dieses Ergebnis und ihre Positionen in gewisserlei Hinsicht schärft. Das ist mittlerweile geschehen.

Wir sind sehr, sehr glücklich über den Antrag, den Leitantrag, den wir nachher noch beraten werden, glauben aber, dass gleichwohl sich unser Antrag nicht erledigt hat, weil wir diesen Prozess gern gemeinsam weitergehen möchten.

Eben weil wir über die Sachen debattieren, noch ganz zum Schluss: Allein die Ablehnung der Antragskommission hat eine der größten Zeitungen des Landes Baden-Württemberg dazu verleitet, über diesen Antrag einen Artikel unter der Überschrift zu schreiben: „Bundes-CDU will keine Selbstbeschäftigung“. Ich glaube, das ist etwas vollkommen Falsches. Dass wir uns sehr wohl mit uns selbst beschäftigen, zeigt der heutige Parteitag. Deswegen möchte ich hier inständig Sie, liebe Delegierte, bitten, sich gegen das Votum der Antragskommission zu stellen und damit für den Antrag zu stimmen. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Steck! Jetzt hat das Wort Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer: Frau Tagungspräsidentin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte das Votum der Antragskommission ausdrücklich unterstreichen. Ich kann den Antragsteller sehr gut nachvollziehen. Aber ich glaube, für uns als CDU insgesamt galt und gilt und muss auch weiter gelten: Wir arbeiten zusammen, wir machen zusammen Politik, wir gewinnen zusammen oder aber auch, wir verlieren zusammen. Es ist deshalb die Aufgabe von jedem von uns, egal in welcher Gliederung er Verantwortung trägt, aus Wahlniederlagen, die wir ja zu vermeiden suchen, auch eine genaue Analyse zu machen und die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Das gilt, wenn wir auf kommunaler Ebene verlieren. Das gilt aber eben auch, wenn wir auf Landes- und auf Bundesebene verlieren.

Wir haben ein sehr schwieriges Jahr hinter uns, und ich weiß, weil ich selbst auch viel in den Landtagswahlkämpfen der Kolleginnen und Kollegen unterwegs war und ja auch jetzt bei meinem anstehenden Landtagswahlkampf auf die Solidarität und auf die Hilfe angewiesen bin, ich weiß, dass es immer unterschiedliche Einflüsse gibt, die ein Wahlergebnis am Ende des Tages auch so werden lassen, wie es dann ist. Das sind sowohl bundespolitische, aber eben auch landespolitische Einflüsse.

Diese Analyse, die sich dann daraus ergibt, im Positiven wie im Negativen, müssen wir alle gemeinsam miteinander leisten, und zwar auch auf den Länderebenen und der Bundesebene. Durch diesen Antrag, wie er jetzt gestellt worden ist, wird ein bisschen der Eindruck erweckt, als

ob das alles eine Sache der Bundesebene und des Bundesvorstandes ist. Liebe Freundinnen und Freunde! Das entspricht nicht dem Gedanken einer großen Union, die stark ist in allen Teilen. Deswegen würde ich herzlich bitten, nehmen wir die Aufgabe an –,

(Beifall)

– gemeinsam zu lernen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir mit Blick auf das Wahljahr 2017 dann nur noch Wahlen haben, die wir positiv analysieren können und müssen und nicht negativ. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich lasse dann abstimmen über das Votum der Antragskommission zu Antrag C90 und darf, wer sich dem anschließt, um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen jetzt zu Antrag C91 und 92. Hier liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich darf über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dafür ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So ist das Votum angenommen.

Ich übergebe wieder an Annegret Kramp-Karrenbauer zum Antrag C93.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ich rufe den Antrag C93 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C93 mit dem Antrag C116 gemeinsam zu behandeln und in der Empfehlung der Antragskommission anzunehmen. Dazu liegt eine Wortmeldung vor von Herrn Gerjets aus Baden-Württemberg, – ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen, – und für die Antragskommission dann Herr Rachel.

Daniel Gerjets: Kurze Nachfrage: Wird das jetzt angenommen? Weil in der Mappe steht noch, dass es überwiesen werden soll. Wenn es angenommen werden soll, brauche ich keinen Redebeitrag.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Nein, es bleibt bei der Empfehlung: Überweisung.

Daniel Gerjets: Dann ist zu sagen, dass unsere Mitglieder von der CDU erwarten, klare Kante zu zeigen. Gerade im Bereich der Gender Studies können wir zeigen, dass wir nicht den Grünen und Linken nachlaufen, die das sogenannte Gender-Sternchen am liebsten verpflichtend einführen würden.

(Beifall)

Wir sind die CDU, und wir wissen, dass Kinder mit einem biologischen Geschlecht zur Welt kommen und nicht erst durch die Erziehung zu Junge und Mädchen werden.

(Beifall)

Wir als CDU setzen uns auch dafür ein, dass Forschung ideologiefrei ist, und die sogenannten Gender Studies – das wissen Sie selber – sind oft alles andere, aber nicht ideologiefrei. Darum sollten wir uns hier und heute für eine unabhängige Evaluation einsetzen und diesen Antrag eben nicht überweisen, sondern das als CDU-Parteitag beschließen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann darf ich Thomas Rachel nach vorne bitten.

Thomas Rachel, Antragskommission: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag versucht, mit wenigen Sätzen ein relativ kompliziertes Thema letztlich in einer zu engen Tonalität zusammenzufassen. Wir haben die Situation, dass wir ganz unterschiedliche – beispielsweise in der medizinischen Forschung – Ausgangssituationen haben bei Krankheiten. Kinder und Erwachsene reagieren unterschiedlich, genauso wie Frauen und Männer unterschiedlich reagieren. Deswegen macht es Sinn, dass die jeweiligen Ausgangsvoraussetzungen – dazu gehört auch das Geschlecht bei der Erforschung von Krankheiten und Therapien – berücksichtigt werden, weil die Körper unterschiedlich reagieren.

Im Übrigen ist es auch falsch, wenn im Antrag der Eindruck erweckt wird, als wenn es keine wissenschaftliche externe Evaluation zu dem Thema gäbe: Sämtliche Forschungsprogramme, auch die, die sich im Bereich des Bundesforschungsministeriums in diesem Bereich befassen, werden extern evaluiert. Die Sachen sind also sehr viel komplizierter. Deswegen, glaube ich, ist es sachgemäß, dem Antrag der Antragskommission zu folgen, dieses an die Bundestagsfraktion bzw. an die Landtagsfraktionen zu überweisen. Herzlichen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erstere war die Mehrheit.

(Raunen)

Ich rufe die Anträge C94 und 95 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich darf, wer dem Votum der Antragskommission folgen will, um ein Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C96 auf. Er wird mit dem Antrag C31 gemeinsam behandelt. Die Empfehlung der Antragskommission lautet –

(Zuruf: „Ich stelle hiermit einen Geschäftsordnungsantrag zu der Gender- und Frühsexualisierungsdebatte für die Kinder. Das war mein Eindruck, ich sitze nämlich hinten rechts, eine andere Mehrheit. Ich bitte um eine andere Abstimmung mit Box.“)

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Ja. Vielen Dank! Also hier oben war der Eindruck ein anderer. Ich würde vorschlagen: Wir wiederholen den Wahlgang. Dann sehen wir, ob das eindeutig ist oder nicht. Wenn das nicht der Fall ist, dann würden wir den von ihm vorgeschlagenen Weg wählen. Ist das okay so?

(Zustimmung)

Dann darf ich noch mal den Antrag C93 aufrufen: Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erstere war hier nach dem Eindruck des gesamten Tagungspräsidiums die Mehrheit. Es war wirklich sehr eindeutig von hier oben zu erkennen. Vielen Dank!

(Beifall)

So akzeptiert, gut. Dann rufe ich jetzt auf die Anträge – 94 und 95 im Votum der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Zustimmung? – Gegenstimmen? – Enthaltung? – So angenommen.

Dann der Antrag C96 zusammen mit C130. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so angenommen.

Ich rufe auf die Anträge 97 und 99. Hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Ich rufe auf den Antrag C100. Er wird gemeinsam mit dem Antrag C101 behandelt. Ich habe hier eine Wortmeldung, und zwar von Herrn Husein aus Berlin, darf ihn bitten, zum Mikrofon zu kommen und darf Frau Winkelmeier-Becker für die Antragskommission bitten, sich bereitzuhalten.

Timur Husein: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Als CDU sind wir stolz darauf, dass in unserer Partei so viele leistungsbereite Menschen mit Migrationshintergrund aktiv sind. Ich selber z. B. habe auch einen Migrationshintergrund: Meine Mutter ist KroatIn, mein Vater ist türkischer Abstammung, und ich selber bin Deutscher und CDU-ler, CDU-ler seit 20 Jahren.

(Beifall)

Als Deutscher und als CDU-ler will ich nicht, dass eine der im Antrag genannten Parteien und Organisationen Einfluss auf die Politik in Deutschland hat.

(Beifall)

Dafür arbeite ich täglich auf den Straßen in Kreuzberg, wo ich Vorsitzender bin. Es ist aber ein Fakt, nicht nur in Kreuzberg, sondern auch in anderen Kreis- und Landesverbänden, dass Personen, die diesen Organisationen angehören, versuchen, in die CDU einzudringen und dort Einfluss zu nehmen. Man muss sich aber entscheiden, CDU oder AKP, CDU oder Millî Görüş, CDU oder UETD, CDU oder Gülen-Bewegung, CDU oder Graue Wölfe, CDU oder PKK. Beides geht meiner Überzeugung nach nicht.

(Beifall)

Die Antragskommission schlägt aber nur vor, einfach auf § 12 Nr. 2 des Statuts der CDU zu verweisen, nach dem die Mitgliedschaft in der CDU nicht vereinbar ist mit den Zielen und Grundsätzen. Der Verweis auf eine Rechtsgrundlage ersetzt aber keinen Beschluss. Ich sehe auch keinerlei überzeugende Argumente, die Unvereinbarkeit mit einer dieser konkreten Parteien und Organisationen nicht festzustellen. Rechtlich ist das überhaupt kein Problem. Wir kennen das ja: Die CDU hat bereits die Unvereinbarkeit mit Scientology beschlossen. Das Bundesverfassungsgericht selber hat ausdrücklich bestätigt, dass der Unvereinbarkeitsbeschluss rechtmäßig war. Es stimmt, dass jeder einzelne Ausschluss in einem individuellen rechtstaatlichen Verfahren erfolgen muss. Aber ein Unvereinbarkeitsbeschluss des Bundesparteitages schafft da klar Indizwirkung. Ein klarer Beschluss wäre auch ein deutliches politisches Signal nach außen, dass wir mit türkischem, bzw. kurdischem Nationalismus, Islamismus und Kommunismus nichts zu tun haben wollen. Daher bitte ich Sie, das Votum der Antragskommission abzulehnen und somit den Antrag C100 im Wortlaut anzunehmen. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Es gibt jetzt zu dem Antrag noch eine Wortmeldung von Sylvia Pantel und danach Frau Winkelmeier-Becker für die Antragskommission.

Sylvia Pantel: Liebe Delegierte! Wir haben in Nordrhein-Westfalen lange dafür gearbeitet, dass das, was jetzt in der Satzung drin steht, überhaupt aufgenommen wird. Ich habe damals schon gesagt: Es ist eigentlich zu wenig. Wir standen vor Wahlkämpfen. Wir wollten deshalb nicht großartig diskutieren. Ich halte diesen Antrag in der Klarheit für vollkommen richtig. Ich bitte die Delegierten, auch hiermit noch mal ein klares Zeichen zu setzen, dass wir mit bestimmten Gruppierungen, die wirklich nichts mit unseren freiheitlichen Grundsätzen zu tun haben, sagen, dass die in der CDU nichts zu suchen haben. Deshalb sollte man das auch so klar formulieren. Danke!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Das Wort hat jetzt noch Armin Laschet – Entschuldigung, der war hier noch dazwischen gerutscht.

Armin Laschet: Vielen Dank! Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Tat – Frau Pantel hat das gerade erwähnt – in Nordrhein-Westfalen eine intensive Debatte gehabt: Wer kann nicht mit in unserer Partei sein? Wir haben uns dann auf den klaren Standpunkt gestellt: Alle Organisationen, die im Bericht des Verfassungsschutzministers genannt werden, können nicht Mitglied unserer Partei sein. Wir haben dann nach dem Beschluss die Ersten auch aus der Partei ausgeschlossen, die nicht bereit waren, sich von ihrer Organisation zu trennen. Das ist klare CDU-Politik.

Ich warne nur davor – das ist in dem Antrag jetzt das Problem – einzelne Parteien in der Welt jetzt auf einem Bundesparteitag zu beschließen. Darf denn eigentlich jemand Mitglied werden, der in der Putin-Partei ist? Darf eigentlich jemand Mitglied sein, der in irgendeiner diktatorischen Partei in der Welt ist? Also wenn wir anfangen zu sagen, die eine Partei nicht, haben wir das Problem, dass irgendeiner sagt: Aber bei all den anderen, da darf man gerne als CDU-Mitglied sein. Deshalb ist der Beschluss der Antragskommission, zu sagen: Wir haben klare Prinzipien, Verfassungstreue, Grundgesetz. Unsere Regeln gelten. Wer sie nicht einhält, muss die CDU verlassen. Ein viel klügerer, als jetzt bei 180 Ländern der Welt zu definieren, welche Partei unvereinbar mit der CDU ist.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Vorredner hat gerade gesagt: Millî Görüş; Millî Görüş ist vom Verfassungsschutz beobachtet. Wer Mitglied bei Millî Görüş ist, kann nicht Mitglied der CDU sein. Da ist die Lage klar. Aber die ganze Welt auf Bundesparteitagen jetzt zu ordnen, halte ich für etwas schwierig. Deshalb muss unser Grundprinzip gelten. Das haben wir jetzt in der Satzung.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Frau Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Es ziemt sich ja kaum, diesen Worten des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden noch etwas hinzuzufügen. Trotzdem möchte ich für die Antragskommission noch ein wenig ergänzen. Ich denke, bei den genannten Organisationen, die vom Antragsteller aufgeführt werden, haben wir allen Grund, sehr genau hinzusehen, ob im Einzelfall eine Unvereinbarkeit mit unseren Grundsätzen besteht. Vieles spricht dafür. Aber eine konkrete Aufzählung hat eben auch ihre Nachteile. Armin Laschet hat das gerade dargestellt: In dem Moment, wo man konkrete Beispiele nennt, ist immer die Frage: Was ist mit den anderen? Können wir hier jetzt genau andersrum argumentieren, die also nicht? Dann würden uns sicherlich viele Organisationen weltweit einfallen, die eben diese Anforderungen genauso erfüllen, unvereinbar sind mit unseren Grundsätzen, und die dann ebenso e contrario argumentieren. Dafür wollen wir keine Grundlage bieten.

Allem Unmut und Unverständnis über das, was aktuell an der Spitze der AKP formuliert wird, wie dort mit der Opposition umgegangen wird, wie dort über die Wiedereinführung einer Todesstrafe nachgedacht wird. Dafür haben wir kein Verständnis. Aber wir müssen daran erinnern, dass die AKP nicht erst seit wenigen Jahren besteht. Vielleicht gibt es auch dort langjährige Mitglieder, die mit ganz anderen demokratischen Grundsätzen in diese Partei gegangen sind. Wieso sollten wir die vor den Kopf stoßen? Wenn wir hier sagen, wir wollen diesem Antrag nicht folgen, dann ist das keine Aussage, dass wir diese Organisationen mit unseren Werten vereinbar halten, sondern ganz im Gegenteil. Aber wir denken: Es muss einer Einzelfallprüfung vorbehalten bleiben, was genau passiert. Das macht unser Parteigericht, und dafür ist eben § 12 Nr. 2 des Statuts genau der richtige Aufhänger. Deshalb wollen wir diesen noch einmal hervorheben und in diesem Sinne mit dem Antrag umgehen. Vielen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Dann kommen wir zur Abstimmung: Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war eindeutig die Mehrheit. Herzlichen Dank!

Wir kommen dann zu den Anträgen C104 bis 107 sowie C109 bis 111. Wir haben hier Wortmeldungen vorliegen. Das Erste ist Herr Marc Henrichmann. Ich darf vielleicht zuerst fragen. Die Antragskommission empfiehlt ja Annahme in einer veränderten Fassung. Aus Ihrem Wortmeldezettel ging nicht hervor, ob Sie für den Ursprungsantrag sprechen. – Okay, alles klar. Dann darf ich Sie ans Mikrofon bitten und danach Herrn Dr. Katzidis vom Kreisverband Bonn. Dann darf ich die Vertreter der Antragskommission bitten, sich bereitzuhalten.

Marc Henrichmann: Meine Damen und Herren! Die Anträge 104 bis 107 befassen sich mit dem Komplex Innere Sicherheit. Auch hier signalisiert die Antragskommission grundsätzlich Zustimmung. Aber uns ist der Inhalt sehr, sehr wichtig, weil wir meinen, dass der Vorschlag der Antragskommission eher die Bewerbungsschrift – sehen Sie es mir nach – um den goldenen Pürrierstab ist.

Wir haben uns zusammengesetzt mit Polizeibeamten aus unserem Beritt, die in verschiedenen Bereichen Dienst tun. Die sagen uns ganz ausdrücklich: Ihr schreibt ständig: Wir müssen die Polizei unterstützen. Wir müssen den Beamten den Rücken stärken. Aber was heißt das ganz konkret? Dann haben wir gesagt: Dann setzt euch mal mit uns hin und macht mal Vorschläge, wie ihr euch das vorstellt, was ihr euch denkt. Daraus sind Anträge, wie ich finde, kurze und prägnante Anträge erwachsen mit ganz konkreten Vorschlägen. Wir haben gesagt: Bewährungsstrafen für Wiederholungstäter kategorisch abschaffen. Beispiel: Wenn der Polizeibeamte vor Ort zum fünften Mal den Einbrecher oder den Gewalttäter festnimmt und der immer wieder auf Bewährung rauskommt, dann ist das sicherlich auch für die Polizei frustrierend und das falsche Signal. Wir haben gesagt: Wir müssen den Strafenkatalog verschärft wissen. Wir müssen

die Behörden vernetzen. Auch da sagen uns die Beamten: Zusammenarbeit mit Bundeswehr zum Beispiel im Innern alles schön und gut. Aber Kommunikationsmittel, Kommunikationswege funktionieren unterschiedlich. Wir haben gesagt: Wir müssen die Polizisten entlasten. Über Verwaltungshelfer haben wir ganz konkret gesprochen und – auch in den 70er-Jahren schon erfolgreich praktiziert –: Regelung, dass zum Beispiel bei Bagatellen Schiedsleute wieder tätig werden, und nicht jedes Mal die Polizei zu Nachbarschaftsauseinandersetzungen anrücken muss. Kurzum: Polizei muss auf die Straße!

Wir haben dann auch abschließend für den ländlichen Raum formuliert, dass wir einen Flächenfaktor brauchen. Bei uns sagen die Beamten im ländlichen Bereich: Wenn wir gute Arbeit machen, wenn wir Aufklärungsquoten hochfahren und viele hinter Schloss und Riegel bringen, dann sinken natürlich die Fallzahlen mit der Folge, dass uns Personal abgezogen wird, das dann in der Zukunft nicht mehr zur Verfügung steht. Das geht einher mit Überlastung der Beamten. Sprich: Es sind ganz konkrete Vorschläge, die wir hier unterbreiten und die wir gerne verantworten wollen. Wenn ich mir das Votum der Antragskommission angucke: Wir wollen das Strafrecht den aktuellen Anforderungen anpassen. Wir wollen prüfen, in welchen Bereichen Entlastungen möglich sind. Polizei muss sichtbar sein. Verzeihen Sie mir, das ist Prosa. Ich glaube: Wir tun gut dran, im Bereich Innere Sicherheit unsere Kernkompetenz zu schärfen und da auch deutlich Kante zu zeigen mit konkreten Maßnahmen, um draußen auf der Straße sagen zu können: Das sind als Union unsere Vorschläge für den Bereich Innere Sicherheit. Ich werbe herzlich dafür, den Ursprungsantrag oder die Anträge 104 bis 107 zu unterstützen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt darf ich das Wort weitergeben an den Kollegen vom Kreisverband Bonn.

Dr. Christos Katzidis: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie befinden sich hier in Nordrhein-Westfalen im Einbruchsparadies der Bundesrepublik Deutschland. Stellen Sie sich bitte nur einmal vor, bei Ihnen zu Hause wäre eingebrochen worden. Stellen Sie sich weiter vor, dass der Täter ermittelt worden wäre. Es würde zur Gerichtsverhandlung kommen. In der Gerichtsverhandlung würde sich herausstellen, dass es sich um einen Bandentäter handelt, dem ungefähr zwei Dutzend Straftaten vorgeworfen werden, von denen ein Dutzend nachgewiesen werden können. Stellen Sie sich dann weiter vor, dieser Straftäter würde mit einer Freiheitsstrafe auf Bewährung davonkommen. Das ist rechtlich heutzutage möglich, und das hat es auch schon gegeben.

Ich habe es selbst erlebt, und zwar nicht als Einbruchopfer und damit Geschädigter und Zeuge, sondern als Polizeivollzugsbeamter, meine sehr geehrten Damen und Herren, der an dem Tatort beteiligt war in der Form der Tatortaufnahme und dem ganzen Verfahren. Da muss man ja die Frage stellen, was heutzutage in unserem Rechtsstaat alles möglich ist. Ich würde eindringlich

darum bitten, diesem Antrag des Kreisverbandes Coesfeld zuzustimmen, damit wir auch da mal drüber reden, dass wir in der Justiz tätig werden müssen. Wir haben nicht nur bei der Polizei ein Problem, sondern auch bei der Justiz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da müssen wir ran. Dankeschön!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf jetzt für die Antragskommission um das Votum bitten. Frau Winkelmeier-Becker und Herr Beuth sprechen sich, glaube ich, ab, wer zu welchem Aspekt etwas darlegen will.

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Liebe Delegierte! Ich rede nur zum Antrag 104 und darf zunächst dem Antragsteller Recht geben, dass die Verhängung von Bewährungsstrafen durchaus – zu Recht auch aus meiner Sicht – in die Kritik geraten ist. Deshalb ist das ein wichtiger Punkt, den Sie hier ansprechen. Es gibt teilweise Fälle, in denen sich drei Bewährungsüberlagerungen. Dann passiert noch eine Straftat. Dann wird immer noch über eine positive Sozialprognose nachgedacht. Das ist in der Tat unbefriedigend. Deshalb möchten wir diesen Aspekt auch seitens der Rechtspolitiker in der Partei aufgreifen, jedenfalls für ein Wahlprogramm.

Bei den anderen Punkten müssen wir differenzieren. Der generelle Führerscheinentzug, das Fahrverbot sind gerade Gegenstand eines aktuellen Gesetzgebungsverfahrens, ebenfalls die Verbesserungen bei der Vermögenseinziehung. Was ich allerdings für problematisch halte, wäre, den Aspekt Abschiebung von Straftätern, wo wir auch deutliche Verbesserungen, Erleichterungen verabschiedet haben, unter den Begriff der strafrechtlichen Sanktion zu fassen. Da vermischen wir die Kategorien in einer unzulässigen Art und Weise. Sanktion des Strafrechts ist die Reaktion auf das strafrechtliche Unrecht. Dann kann sich die Frage im Verwaltungsrecht anknüpfen, ob derjenige sein Aufenthaltsrecht in Deutschland verwirkt hat. Aber das sind zwei unterschiedliche Kategorien. Wir möchten nicht beides vermischen.

Schließlich der letzte Punkt: die erkennbar vermögenslosen Straftäter nicht mehr mit Geldstrafen zu belegen. Auch das sehen wir sehr problematisch. Es gibt übrigens, ich glaube aus Brandenburg, einen ähnlichen Vorschlag, ich denke, mit einer anderen Zielrichtung. Aber auch Menschen, die im Hartz-IV-Bezug sind, kann eine spürbare Geldstrafe aufoktroiert werden. Es ist dann natürlich ein geringerer Betrag. Aber auch der ist dann eben bei dem Geld, was vorhanden ist, spürbar. Wenn das nicht erbracht werden kann, dann können Ersatzfreiheitsstrafe oder andere Maßnahmen angeordnet werden.

Wir würden gerne dabei bleiben. Sonst hätten wir eine doch sehr schwer zu erklärende Ungleichbehandlung zwischen vermögenden Straftätern – die können da eine Geldstrafe bekommen, ob das jetzt positiv oder negativ ist, mag jeder selber beurteilen – und andere eben nicht. Das halten wir für sehr problematisch, deshalb Ablehnung. Mit diesen Vorschlägen möchten

wir in die weitere Diskussion gehen und in dem Votum der Antragskommission zum Ausdruck bringen. Vielen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Weil die Antragskommission die Annahme in veränderter Form empfohlen hat, geht es auch um die Anträge 105 ff. Deswegen darf ich hier für die Antragskommission Herrn Beuth noch mal das Wort erteilen.

Peter Beuth, Antragskommission: Ich bemühe mich, ganz kurz ein paar Bemerkungen zu machen. Ich finde das großartig, wenn Kolleginnen und Kollegen mit der Polizei vor Ort sich unmittelbar zusammensetzen, sich auseinandersetzen und natürlich deren konkreten Vorschläge auch mit in den Blick nehmen und in die politische Debatte mit hineinnehmen. Ich bitte nur darum zu akzeptieren, dass die Sichtweise aus der Dienststelle möglicherweise mal eine andere sein kann als die aus einem Polizeipräsidium oder aus einem Landespolizeipräsidium.

Das will ich an einem Punkt deutlich machen: Und zwar nehme ich meinen eigenen Landkreis, der der zweitsicherste Landkreis im Lande Hessen ist, der Rheingau-Taunus-Kreis. Ich kann nicht mit gutem Gewissen, auch wenn es ein Flächenkreis ist, dafür plädieren, dass dort eine größere Versorgung mit Polizei vorgenommen wird durch die entsprechenden Präsidien, während wir gleichzeitig eine viel, viel größere Belastung z. B. in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofes haben, wo wir die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich in einer ganz anderen Form brauchen. Ich will das nur als Beispiel nehmen und damit illustrieren, dass die Sichtweise aus einer Dienststelle im ländlichen Raum eine andere sein kann als die eines Landespolizeipräsidenten. Das führt dazu, dass man dort gelegentlich auch unterschiedlicher Auffassung ist.

Aber wir haben ausdrücklich in den Voten der Antragskommission diesen Punkt, dass die ländlichen Regionen eben mit Polizei ordentlich versorgt werden müssen, aufgenommen. Ich finde, wir haben es in einer sehr abgewogenen und guten Form gemacht.

Seien Sie uns nicht böse, dass wir in der Antragskommission die aktuelle Entwicklung bei den Innenthemen mit aufgegriffen haben. Wir haben vor wenigen Tagen in der Innenministerkonferenz einen bahnbrechenden Beschluss gefasst. Wir haben nämlich gesagt, dass die 16 Länder zukünftig bei den Themen der polizeilichen IT-Verfahren zusammenarbeiten wollen, was wir in den letzten fünf, sechs Jahrzehnten nie geschafft haben, dass wir eine solche Kooperation hinbekommen haben. Wir haben mit der Saarbrücker Agenda zur Informationsarchitektur der Polizei wirklich Bahnbrechendes erreicht. Das haben wir natürlich hier in das Votum der Antragskommission mit aufgenommen.

Den letzten Punkt, den ich aufgreifen möchte: Sie haben hier einen Vorschlag gemacht, dass wir insbesondere auch Schiedsleute bei Nachbarschaftsstreitigkeiten mit aufnehmen. Auch hier der Hinweis: Nach meinen Erkenntnissen gibt es das Schiedsmannswesen zumindest noch an der einen oder anderen Stelle im Land, aber die Schiedsleute als solche werden die Polizei nicht ent-

lasten, sondern es wird insgesamt darum gehen müssen, dass wir die Polizei von Verwaltungsaufgaben entlasten. Das geht weit über das hinaus, was Sie in Ihrem Antrag beschrieben haben.

Deswegen bitte ich auch hier, das Votum der Antragskommission, das ein bisschen weiter fasst, anzunehmen. Ich glaube, dass Sie sich doch in den Voten der Antragskommission selbst wiedererkennen können, weil Ihrem Anliegen, der Inneren Sicherheit, finde ich, hier ordentlich Rechnung getragen wird. Vielen Dank!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf dann zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission kommen. Empfehlung ist Annahme der Anträge in der von der Antragskommission formulierten Fassung. Wer diesem Votum folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war etwas unübersichtlich. Ich darf das noch mal wiederholen lassen. Es war nicht ganz eindeutig von hier oben. Wer dem Votum der Antragskommission, Annahme all dieser Anträge in einer geänderten Fassung, folgen möchte, den bitte ich noch mal um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist das Votum der Antragskommission abgelehnt.

(Beifall)

Wir müssten dann über die Einzelanträge abstimmen.

Dann darf ich Antrag 104 aufrufen, fragen, wer dem Antrag folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Damit so angenommen.

Ich darf zum Antrag 105 kommen: Wer diesen Antrag annehmen will, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Dann kommen wir zum Antrag 106. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Zum Antrag 107: Wer diesem Antrag folgen möchte, bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Wir kämen dann zur Abstimmung über den Antrag 109 vom Kreisverband Düsseldorf. Wer diesem Antrag folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Antrag 111: Wer diesem Antrag folgen möchte, bitte ich auch um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit auch so angenommen.

Wir kommen dann zu den Anträgen 113 bis 115 sowie 117 bis 121. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse dann über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen: Wer diesen folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so angenommen.

Wir kommen zu den Anträgen 124 bis 129 sowie 132 bis 134. Hierzu liegt mir zum Antrag 129 eine Wortmeldung vor von Herrn Natterer. Für die Antragskommission darf ich bitten, Michael Grosse-Brömer, sich bereitzuhalten.

Christian Natterer: Frau Bundeskanzlerin, Frau Tagungspräsidentin! Zunächst einmal, ich glaube, eine Gegenrede ist nicht nötig, weil wir uns einig sind. Ich wollte Danke sagen, dass Sie den Antrag positiv beschieden haben. Ich möchte aber auch noch mal, weil das Thema, denke ich, ganz wichtig ist und auch sehr aktuell, dafür werben. Ich glaube, Deutschland hat mit seiner repräsentativen parlamentarischen Demokratie seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sehr gute Erfahrungen gemacht. Von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel, war es, glaube ich, richtig, dass Parlamentarier in Ausschüssen, Anhörungen und schließlich im Parlament nach einem vernünftigen Abwägungsprozess die Entscheidungen für unser Land getroffen haben. Ich glaube, daran sollten wir auch festhalten. Jetzt stellen Sie sich mal vor, wir hätten über wichtige weitreichende Entscheidungen wie den NATO-Beitritt, die Westbindung, die Soziale Marktwirtschaft Volksentscheide abgehalten: Wir wissen nicht, wohin es geführt hätte.

Warum sage ich das überhaupt? Mit einem Beschluss gegen Volksentscheide auf Bundesebene würden wir nur die bestehende Rechtslage manifestieren. Aber, meine Damen und Herren, in Zeiten, wo Populisten wie Strache, Wagenknecht, Petri und Le Pen das Instrument der direkten Demokratie nutzen, um Denkmittelwahlen zu veranstalten – siehe Italien, siehe Brexit – ist es, glaube ich, wichtig, dass die demokratischen Kräfte zusammenstehen und sagen: Wir müssen ein entsprechendes Zeichen dagegensetzen.

Ich glaube, der Brexit soll uns hier auch eine Mahnung sein. Entscheidungen über die Zukunft Europas, über die sozialen Sicherungssysteme sollten weiterhin in einem geordneten parlamentarischen Verfahren stattfinden und nicht zum Spielball von Populisten werden können. Ich glaube, das würde langfristig unseren Staat lahmlegen. Das wollen wir alle nicht. Daher bitte ich noch mal um Zustimmung für den Antrag. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Damit hat sich auch die Wortmeldung von Michael Grosse-Brömer erledigt. Ich darf fragen, wer dem Votum der Antragskommission und des Antragstellers folgen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so angenommen.

Zu den Anträgen C136 bis C142 sowie 144 bis 145: Es liegen mir hierzu Wortmeldungen zu den Anträgen C141 und C140 vor, zu allen anderen Anträgen nicht. Ich darf deswegen erst die anderen Anträge abstimmen lassen. Wer hier dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so geschehen.

Dann rufe ich auf Antrag C140, Herr Albrecht Schütte, und darf Michael Meister bitten, sich für die Antragskommission bereitzuhalten.

Dr. Albrecht Schütte: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Eines der zentralen Themen, was wir lösen müssen in den nächsten Jahren, ist private Altersvorsorge im Umfeld der Null-Zins-Politik. Zumindest sollten wir das nicht noch erschweren. In der Öffentlichkeit hat man dazu ab und an schizophrene Diskussionen. Ein Bekannter sagt: Zinserträge werden viel zu niedrig besteuert. Die müssen mit dem Grenzsteuersatz besteuert werden. Das gilt auch für Kapitalerträge. Eine Finanztransaktionssteuer brauchen wir auch. Dann fragt er: Aber sage mir doch mal, wie ich privat fürs Alter vorsorgen soll? Dann habe ich ihm geantwortet: Mit deinen Vorschlägen geht es dann definitiv gar nicht mehr. Jetzt ist das Problem der Altersvorsorge, dass sie relativ eng mit Mathematik verbunden ist. Ich möchte also versuchen, das übersichtlich darzustellen. Leicht ist es nicht.

Wenn Sie selber fürs Alter vorsorgen, dann brauchen Sie für eine nicht üppige Altersvorsorge eine halbe Millionen Euro, wenn Sie 65 sind. Das Geld müssen Sie aber ansparen, d. h. Sie sollten das ungefähr haben, wenn Sie 60 sind. Jetzt haben Sie das Problem: Wenn Sie eine halbe Million angespart haben, müssen Sie bei ein Prozent Inflation zunächst mal 5 000 Euro beschaffen, damit das Geld am Ende des Jahres genauso viel wert ist wie am Anfang. Wenn Sie heutzutage Zinserträge anschauen und das Ganze versteuern, dann müssen Sie ja 10 000 Euro Zinserträge haben, damit Sie nach Steuer die 5 000 Euro gebracht haben. Diese anderthalb bis zwei Prozent Zinsen können Sie heute gar nicht mehr ohne Risiko erwirtschaften.

Das heißt konsequenterweise: Sie haben gar keine Möglichkeit mehr, fürs Alter vorzusorgen, weil Sie ab 55 damit beschäftigt sind, Ihr Kapital zu erhalten. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir diesen Antrag heute nicht überweisen, sondern hier diskutieren und ein klares Signal senden, dass wir verstanden haben, dass private Altersvorsorge viel höhere Freibeträge braucht, als es sie heute gibt. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission hat das Wort Michael Meister.

Dr. Michael Meister, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Das Anliegen, dass wir etwas für die Altersvorsorge tun, ist richtig. Deshalb haben wir uns auch vor gut zehn Jahren entschieden, Alterseinkünfte der nachgelagerten Besteuerung zu unterziehen. Allerdings sind Kapitaleinkünfte nicht allgemein Altersvorsorge, sondern ich glaube, man muss klar differenzieren zwischen der Vorsorge fürs Alter – dort haben wir die nachgelagerte Besteuerung – und für allgemeine Kapitaleinkünfte. Es wäre, glaube ich, fehlgeleitet mit einem Argument, was sich auf Altersvorsorge bezieht, einseitig Kapitaleinkünfte in der Besteuerung zu begünstigen. Wir müssen sehen, dass wir weitere Einkunftsarten haben. Wenn wir hier allen für die Kapitaleinkünfte einen gesonderten Freibetrag vorsehen, würde das bedeuten, dass wir Bezieher anderer Einkünfte relativ schlechterstellen.

Ich glaube: Das einfach aus der Hüfte heraus zu tun, ist unangemessen. Wir haben im Steuerrecht Freibeträge vorgesehen. Diese Freibeträge dienen dazu, beim Steuerpflichtigen bzw. auf der anderen Seite bei der Verwaltung für Vereinfachung zu sorgen. Auf der anderen Seite müssen wir immer bezogen auf die Höhe dieser Freibeträge darauf achten, dass dies in Bezug auf andere Einkünfte angemessen ist. Wir haben heute einen Sparerfreibetrag. Ich glaube, dass der versucht, das einigermaßen in dieser Abwägung darzustellen.

Wir werden vor dem Hintergrund, dass wir ab nächstem Jahr den automatisierten internationalen Informationsaustausch zu Kapitalerträgen haben werden, eh überlegen, wie wir generell mit der Besteuerung von Kapitalerträgen umgehen. Ich glaube: Es ist deshalb klug, in diesen allgemeinen Kontext auch dieses Anliegen zu überweisen. Dankeschön!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Dann darf ich zur Abstimmung kommen: Wer dem Votum, von Herrn Meister vorgetragen, der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit, damit dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Ich darf jetzt C141 aufrufen. Herr Schütte hat hier das Wort, und für die Antragskommission wird Ralf Brauksiepe reden.

Dr. Albrecht Schütte: Jetzt kennen Sie mich ja schon. Ich brauche mich nicht mehr vorzustellen. Stellen Sie sich vor, Sie sind auf einer Hochzeit. Um 23 Uhr endet die, weil die Zehn-Stunden-Arbeitszeit des Personals abgelaufen ist. Stellen Sie sich vor, es ist Abend eines Tags, wo das Wetter noch gut ist. Am nächsten Tag soll es regnen. Die landwirtschaftlichen Betriebe hören auf zu ernten, weil die Zehn Stunden abgelaufen sind. Ich möchte hier gar nicht davon reden, was denn passiert, wenn nach acht Stunden Arbeitszeit des Arztes eine Komplikation auftritt und der plötzlich länger als zehn Stunden arbeiten wollte. Ich glaube, wir sind dann alle froh, dass er das Arbeitszeitgesetz jetzt nicht so genau nimmt und sich um den Patienten kümmert.

Wir haben ein Arbeitszeitgesetz, das historisch aus der Schwermetallindustrie, der Kohleindustrie und ähnlichen körperlich anstrengenden Arbeiten kommt. Da macht es doch vollkommen Sinn, nach zehn Stunden zu sagen, das reicht und eine vernünftige Pause einzurichten. Wenn wir uns aber heute eine moderne Dienstleistungsgesellschaft anschauen, dann passt das Gesetz überhaupt nicht mehr.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ein Mitarbeiter von mir ruft an und sagt, er möchte sich jetzt, weil seine Frau krank ist, in den nächsten Monaten von halb vier nachmittags bis acht Uhr abends um sein Kind kümmern. Er fängt um 08:30 Uhr morgens an, geht um 03:00 Uhr aus dem Geschäft und arbeitet von abends 08:00 bis 10:00 Uhr noch. Ob ich ihm das genehmigen kann? Dann sage ich ihm: Das ist ja schön und eine tolle Idee. Die ist aber leider gesetzeswidrig. Eine gesetzeswidrige Idee kann ich als Chef nicht genehmigen.

So gibt es doch ganz viele Sachen: wenn ein Software-Konzern Entwicklungsfluss hat, wenn ein angestellter Lehrer um 22:30 Uhr noch Aufsätze korrigiert. All das ist formal, weil es so beschlossen wurde, ungesetzlich. Wollen wir den Zustand so erhalten? Glauben Sie allen Ernstes, dass ein modernes Startup nach Deutschland kommt, wenn ich dem Chef erkläre, dass seine Mitarbeiter um 19:00 Uhr mit der Arbeitszeit fertig sind und er den Rest alleine machen kann? Das passt also überhaupt nicht in die moderne Zeit.

Deshalb geht es drum, dass wir dieses Gesetz modernisieren. Natürlich muss für die Schwerindustrie – deshalb steht es im Antrag auch so drin – die Möglichkeit bestehen, das alte Gesetz zwischen den Tarifpartnern weiterlaufen zu lassen. Aber es geht darum, eine Grundlage zu schaffen, auf der wir eine moderne Wirtschaftspolitik betreiben können, ohne jeden Tag gegen ein Gesetz zu verstoßen. Daher bitte ich, das heute zu beschließen und nicht in einem Ausschuss versanden zu lassen. Vielen Dank!

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich habe hier noch die Wortmeldung von Herrn Christian Bäumler, der gegen den Antrag sprechen möchte und dann die Antragskommission.

Dr. Christian Bäumler: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Delegierte! Manchmal frage ich mich, ob ich so im richtigen Film in Deutschland in unserer Arbeitswelt bin. Dieses Land mit dieser Arbeitswelt ist kein Unrechtsstaat, um es mal ganz deutlich zu sagen. Hier wird nicht massenhaft gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen. Die Frage ist, wie man das Arbeitszeitgesetz richtig anwendet. Da ist es durchaus möglich, auch über zehn Stunden zu arbeiten, aber nicht sieben Tage in der Woche. Es muss eben kompensiert und ausgeglichen werden in den vorgegebenen Zeiträumen. Ich sage auch eines: Für den Arbeitgeber ist das Arbeitszeitgesetz nicht unbedingt der größte Orientierungspunkt, sondern es ist die Berufsgenossenschaft. Die Berufsgenossenschaft sagt, dass nach sechs Stunden Arbeitszeit das Risiko für Arbeitsunfälle dramatisch ansteigt. Deswegen soll es nach sechs Stunden eine Pause geben. Wer trägt die Kosten von Arbeitsunfällen? Die Arbeitgeber über die Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

Man muss immer auch über die Folgen dessen nachdenken, was man tut. Wenn es dann über acht Stunden geht, steigt schließlich noch mehr die Gefährdung eines Arbeitsunfalls an. Wir kommen dann in die Bereiche, wenn wir generell über zehn Stunden gehen, wo auch geltendes europäisches Recht dagegenspricht. Das spricht auch aus gutem Gründen dagegen.

Es ist auch nicht so, dass es in Deutschland keine Start-Up-Unternehmen gibt. Dann schauen wir mal nach Berlin, wie viele da sind. Das ist einer der größten Standorte für Start-Up-Unternehmen.

Es ist möglich, diese Fragen alle zu regeln. Der beste Weg ist aus meiner Sicht über Tarifverträge. Das war ja in der Union immer unsere Linie, dass wir nicht gesagt haben: Wir regeln das

selbst. Das haben wir auf dem letzten Parteitag auch so beschlossen, dass wir diese Frage wie das Arbeitsrecht, dann die Digitalisierung angepasst wird über die Sozialpartner, über die Tarifparteien und über die Betriebsräte regeln. Dieser Beschluss war beim letzten Mal richtig und wäre auch heute wieder richtig. Dankeschön!

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Jetzt abschließend, die Antragskommission war schon aufgerufen, bitte um Verständnis dafür, glaube, ist auch Für und Wider bisher gut ausgetauscht.

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Vielen Dank, meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt den Antrag an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales zu überweisen, nicht um ihn versacken oder versanden zu lassen, sondern wir arbeiten in dem Bundesfachausschuss an einem Papier, das dieses Thema umfasst, und das wird im Januar im Bundesfachausschuss beschlossen werden. Das ist nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern sehr bald.

Richtig ist natürlich, dass wir Arbeitszeitregelungen haben, die auch aus Zeiten stammen, als die Industrialisierung noch höher war. Aber in die geltende Gesetzeslage fließen natürlich auch Erkenntnisse ein, wissenschaftliche Erkenntnisse zu Gesundheitsschutz, zu Arbeitsschutz, wann die Konzentration von Menschen nachlässt mit der zunehmenden Gefahr von Unfällen. Für Branchen, wo es wirklich notwendig ist, haben wir auch Ausnahmeregelungen. Ich glaube nicht, dass irgendwer hier im Saal mal an einer Hochzeit teilgenommen hat, die um 23:00 Uhr aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen abgebrochen werden musste. Das gleiche gilt für Operationen. Da wo es notwendig ist, haben wir Ausnahmeregelungen. Ich schlage vor, dass wir das im Bundesfachausschuss in die Arbeit mit einfließen lassen, die in wenigen Wochen ihren Abschluss finden wird.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich darf jetzt zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir sind damit mit den sonstigen Anträgen, den C-Anträgen in der Beratung durch. Ich darf mich für die rege und intensive Beteiligung bedanken.

Das Tagungspräsidium schlägt folgende weitere Vorgehensweise vor: Wir würden jetzt gerne aufrufen und ihm für seine Geduld danken, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Volker Kauder zu seinem Bericht. Danach würde unser Generalsekretär Peter Tauber in seiner Rede gleichzeitig in den Leitantrag einführen, den wir im Anschluss beraten. Zum Abschluss des Parteitages würden wir uns dann noch den verbliebenen Initiativanträgen widmen. Wenn das Ihre Zustimmung trifft – davon gehe ich aus –, würde ich jetzt das Wort gerne erteilen Dr. Volker Kauder für sein Grußwort.

TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag

Volker Kauder: Frau Präsidentin, liebe Parteifreundinnen, Parteifreunde, damit es da nicht gleich wieder irgendein Problem gibt: ohne Doktor bitte. Ich habe nicht promoviert und habe es auch ohne Promotion doch zu ordentlichen Ergebnissen in unserer Partei geschafft. Deswegen will ich das auch nicht in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, Liebe Freunde! Wir haben jetzt ausführlich über Anträge diskutiert, die zum Teil ja auch eine sehr bewegte Diskussion gebracht haben. Ich kann nur sagen: Beschlüsse des Bundesparteitages werden natürlich in der Bundestagsfraktion ernst genommen. Wir haben die Beschlüsse alle drauf, die gefasst worden sind. Aber es ist leider so, die Erfahrungen machen ja viele: Die einzige Union in Deutschland, die Beschlüsse ihres Parteitages Eins zu Eins umsetzen kann, ist die CSU, weil die eine absolute Mehrheit hat.

Die Erfahrung machen wir alle, dass wir natürlich Beschlüsse, die wir fassen, immer in Koalitionen mit dem Koalitionspartner besprechen müssen, um sie durchzubekommen. Deswegen ist es gut und richtig, wenn man sagt: Wir haben eine Position der Union. Aber dann bitte ich auch um Verständnis, dass man nicht erwarten kann, dass diese Position dann gleich morgen oder übermorgen in einen Gesetzestext gegossen wird. Trotzdem glaube ich, dass das, was heute beschlossen wurde, natürlich sehr intensiv auch daraufhin angeschaut wird: Was kann in einem Regierungsprogramm, in einem Parteiprogramm für die nächste Bundestagswahl eine Rolle spielen? Wo können wir mit Beschlüssen, die wir heute gefasst haben, auch in einem Regierungsprogramm unsere Positionen verdeutlichen?

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, dass dies noch einmal auch gegen Ende dieses Parteitages gesagt werden muss. Wir sind in den nächsten Monaten natürlich in erster Linie darauf bedacht, dass wir die Voraussetzungen für einen Wahlerfolg 2017 schaffen. Ich finde, dass das von diesem Parteitag als Signal ausgehen muss. Wir wollen die Bundestagswahl 2017 so gewinnen, dass gegen uns niemand regieren kann, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Darauf muss auch unser Programm abgestimmt sein. Da glaube ich, dass in den nächsten Wochen und Monaten das Entscheidende ist, dass wir unsere Position darstellen. Natürlich werden wir uns auch mit anderen auseinandersetzen, aber das ist nicht der erste Schwerpunkt. Der erste Schwerpunkt ist, dass wir den Menschen sagen müssen, wie wir die Situation in unserem Land, in Europa und der Welt einschätzen. Darauf geben wir Antworten, wo wir das Land in den nächsten vier Jahren sehen und was auch gemacht werden muss.

Dann werden wir natürlich auch darauf hinweisen, warum es so richtig ist, dass wir dieses Land regieren. Jetzt muss man auch mal sagen, die letzten zwölf Jahre – das wird im nächsten Jahr dann das zwölfte sein –, aber man kann auch sagen, die letzten elf Jahre, wo wir die Regierung angeführt haben, zweimal mit der SPD, einmal mit der FDP, das war auch nicht leicht. Mit beiden Partnern war es nicht leicht. Aber man kann doch sagen, nach diesen elf Jahren steht Deutschland so gut da und den meisten Menschen geht es so gut, wie es ihnen noch nie in diesem Land gegangen ist. Das hat etwas mit uns zu tun, der Union, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die Bundeskanzlerin hat gestern zu Recht gesagt: Es ist eine große Gemeinschaftsleistung, nämlich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, vor allem der mittelständischen Familienbetriebe, die risikofreudig in ihren Betrieben arbeiten. Aber es hat natürlich ganz entscheidend zu tun und mit derjenigen Kraft, die dieses Land führt. Wenn man sieht, was Rot, Rot und Grün vorhat, dann kann man sich gut vorstellen, dass die Situation, die wir jetzt haben, so nicht bleiben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, man wundert sich, was so in den letzten Tagen stattfindet. Da trifft sich Sigmar Gabriel mit Sahra Wagenknecht. Da wollen die beiden miteinander besprechen, ob es vielleicht doch eine Möglichkeit gibt, nicht nur in Ländern wie in Thüringen, sondern auch im Bund eine Koalition zu machen. Er trifft sich just in dem Augenblick mit Sahra Wagenknecht, wo die als neue Spitze für die Linkspartei nominiert worden ist für den nächsten Wahlkampf. Und was macht diese Frau? Danach trifft sich Gabriel mit der! Ihr erstes großes Interview gibt sie Russia Today. In diesem Sender Russia Today, der bekannt ist für seine „demokratisch-liberale Position“, bringt die Frau es fertig, Europa vorzuwerfen, es sei undemokratisch. Wir haben auch die eine oder andere Frage. Aber auf die Idee, als deutscher Politiker Russia Today gegen Europa zu polemisieren, kann nur die Linkspartei kommen, meine lieben Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Da kann ich nur der SPD zurufen: Mit sowas wollt ihr tatsächlich überlegen, überhaupt eine Regierung einzugehen? Das ist ja furchtbar. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, kommt es in besonderer Weise auf uns an, die Union, dass wir auch nach der nächsten Bundestagswahl wieder die Regierung stellen können.

Was werden die entscheidenden Fragen sein, mit denen wir uns jetzt schon in der Fraktion beschäftigen und die aber auch darüber hinaus in den Wahlkampf hineinweisen und -leuchten? Die allermeisten Menschen in unserem Land erwarten als Erstes von einer Bundesregierung Sicherheit im umfassenden Sinne, als Innere und äußere Sicherheit, soziale Sicherheit, aber vor allem als Innere Sicherheit. Da sind es durchaus Fragen, die die Menschen unmittelbar bewegen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir fragen, auch über unsere Bürgerkommunikation beim Thema Sicherheit über E-Mails: Was ist das Hauptthema? Dann sagen die Menschen: Nicht in erster Linie der Terror, sondern die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen. Der Einbruch in die Wohnung hat für die Menschen eine dramatische, persönliche Konsequenz. Da gibt es auch Unterschiede, die darauf hinweisen, dass nicht egal ist: Wer regiert in einem Land? In Nordrhein-Westfalen ist das Risiko, dass man von einem Einbruch betroffen wird, sechsmal höher als in Bayern, liebe Freundinnen und Freunde. Das muss doch etwas mit der Regierung in Nordrhein-Westfalen zu tun haben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Natürlich ist auch klar, dass es Einbrecher geradezu motiviert, wenn sie wissen, ganz egal wie hoch die Strafe ist: Das Risiko erwischt zu werden, liegt bei uns in Deutschland bei maximal etwas über 30 Prozent in Bayern, aber bei 7 Prozent und maximal 10 Prozent in den allermeisten anderen Ländern. Das können wir doch nicht einfach so hinnehmen.

Die allermeisten Menschen arbeiten, zahlen Steuern und erwarten vom Staat, dass er sie und ihr Eigentum beschützt. Es ist eine berechnete Erwartung, liebe Freundinnen und Freunde. Wir haben deshalb erstens gesagt: Es muss die Polizei verstärkt werden. Es hilft alles nichts. Es muss die Polizeipräsenz und -dichte größer werden. Zweitens muss natürlich dafür gesorgt werden, es den Einbrechern so schwer wie möglich zu machen. Deswegen haben wir ein Programm vom Bund aufgelegt: „Sicherung des Eigentums“. Bis jetzt haben wir Zuschüsse in der Größenordnung schon jetzt von über 50 Millionen an die Menschen ausgewiesen. Es muss nicht sein, dass im Geschosswohnungsbau über die Eingangstür zur Wohnung eingebrochen wird. Mit einem relativ geringen Aufwand, den wir bezuschussen, kann man das sicherer machen.

Da bin ich auch enttäuscht von einigen Bundesländern, fast von vielen. Wir machen Vorschriften über alles, Begrünung der Dächer und vieles andere mehr. Warum machen wir nicht eine Vorschrift, dass die Wohnungseingangstür im Geschosswohnungsbau so beschaffen sein muss, dass es nicht geradezu leicht ist, mit dem Daumen die Tür einzudrücken? Liebe Freundinnen und Freunde, das erwarte ich jetzt von den Ländern über die Änderungen der Landesbauordnungen, dass dies geschieht.

Wenn wir über Sicherheit sprechen, ist auch klar, dass wir strafrechtlich etwas tun müssen. Da kämpfen wir mit unserem Koalitionspartner darum, dass der Wohnungseinbruch mit einer Mindeststrafe von einem Jahr versehen wird. Die SPD weigert sich und sagt jetzt sechs Monate. Das eine Jahr hat aber einen Sinn. Ab einem Jahr Mindeststrafe ist es ein Verbrechen. Dann kann es von den Staatsanwaltschaften nicht mehr ohne weiteres eingestellt werden. Das ist doch das Ärgernis von vielen Polizeibeamten, die sagen: Es wird nicht mal der Versuch unternommen, weiter zu ermitteln, sondern es wird eingestellt. Deswegen verlange ich von der SPD: Wer den Menschen sagt, wir sind für mehr Sicherheit, muss auch die Konsequenzen im Strafgesetzbuch

ziehen. Deswegen wollen wir ein Jahr Mindeststrafe für Einbruch, meine lieben Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir über Sicherheit reden, dürfen wir auch sagen, dass wir in dieser Koalition etwas erreicht haben, was wir in der Koalition beim letzten Mal mit der FDP nicht erreicht haben. Wir haben nämlich jetzt endlich einmal wieder eine Vorratsdatenspeicherung unter dem Druck der Bekämpfung des Terrorismus. Und das ist auch richtig. Was macht denn das für einen Eindruck, wenn wir sagen: Wir können gar nicht nachverfolgen, was da an Absprachen stattgefunden hat. Ich kann nur sagen: Es ist zwar richtig, dass wir mit anderen Diensten zusammenarbeiten müssen. Aber es kann nicht richtig sein, dass wir das, was wir selber können, nicht machen und uns nur auf andere Dienste verlassen, liebe Freundinnen und Freunde. Das kann nicht die Politik sein. Deswegen haben wir konsequent dagegegehalten. Wir haben einiges erreicht. Thomas de Maizière ist in weiteren Verhandlungen, wo wir noch mehr machen müssen. Ich hoffe, dass wir mit dem Koalitionspartner da weiterkommen.

Wir haben mit dem Koalitionspartner auch einen Streit, den ich auch nicht akzeptieren kann. Seit Wochen formulieren wir in der Union, wird auch in der SPD formuliert: Wir wollen endlich, dass Kinderehen in unserem Land verboten sind, und das aus gutem Grund.

(Beifall)

Jetzt haben wir noch eine Sitzungswoche vor uns und haben es bisher nicht geschafft. Da kann ich auch nur sagen: Der Bundesjustizminister ist in vielen Medien und viel unterwegs und zu sehen. Aber bis zum heutigen Tag hat er den Gesetzentwurf noch nicht vorgelegt. Ich verlange, dass jetzt ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, mit dem Kinderehen in Deutschland verboten werden, und dass wir das so schnell wie möglich beschließen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ein weiteres Thema, das mit starkem Staat zu tun hat. Ich glaube, wir müssen im nächsten Jahr auch beim Thema Vorbereitung für den Bundestagswahlkampf über den starken Staat sprechen. Wir wollen als Union nicht, dass der starke Staat deswegen stark ist, weil er sich in alles einmischt. Das wollen wir überhaupt nicht. Aber wir wollen dort, wo der Staat Kompetenzen hat, er sie stark nutzt, liebe Freundinnen und Freunde, und dass er deswegen deutlich macht: Dort wo wir zuständig sind als Staat, wird auch für Ordnung gesorgt. Es ist keine Ordnung, wenn es in unseren Städten Regionen gibt, wo man kaum hin kann und wo arabische Gangs sich alles erlauben dürfen. Das kann so nicht Zustand in unserem Land sein. Deswegen muss der Staat dort stark eingreifen.

(Beifall)

Ich habe Thomas Jarzombek vorhin gesehen, der bei uns den Bereich Neue Medien, Digitales macht und wo viel über Freiheit im Netz gesprochen wird. Ich habe gehört, was die CDU alles ist, Partei von dem und Partei von dem. Aber ich glaube, wir können gar nicht oft genug betonen, dass wir als CDU die Partei der Freiheit sind, liebe Freundinnen und Freunde. Wir sind die Partei der Freiheit, nicht der Gängelung, sondern der Freiheit.

(Beifall)

Freiheit heißt natürlich Freiheit auch im Netz. Aber Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Da kann ich nur sagen: Was sich im Netz abspielt, kann so nicht hingenommen werden. Es darf sich nicht der Satz breitmachen: Was in der realen Welt verboten ist, ist in der digitalen Welt zulässig. Nein, der Satz muss heißen: Was in der realen Welt verboten ist, muss auch in der digitalen Welt verboten sein, liebe Freundinnen und Freunde.

Da erwarte ich natürlich, dass man nicht nur über Amazon und über andere wie Google spricht, die hier ihre Steuern bezahlen sollen – was ich für selbstredend halte –, sondern da erwarte ich auch, dass „große Konzerne“, wie Facebook sich an das Gesetz halten. Es gibt ein Gesetz, dass Facebook falsche Behauptungen, Beleidigungen, Verdächtigungen zeitnah löschen muss. Bis zum heutigen Tag geschieht das nicht. Sie sagen: Es sind so viele. Ein großer Automobilhersteller, der Millionen Autos herstellt, kann auch nicht sagen: Weil ich so viele Autos herstelle, kann ich nicht für jedes Auto Sicherheit garantieren. Das geht nicht. Ich erwarte und verlange von Facebook, dass das Recht eingehalten wird. Wenn nicht, dann müssen wir mit neuen Möglichkeiten, Bußgeldern beispielsweise, vorgehen.

(Beifall)

Da sagt der Bundesjustizminister: Tja, wir haben einen runden Tisch, und dann müssen wir mal abwarten. Ich sage in aller Klarheit: Jetzt haben wir noch eine Sitzungswoche, da werden wir es nicht mehr hinkriegen –, aber nach der Weihnachtspause ist Schluss mit runden Tischen. Wir haben jetzt lange genug an runden Tischen gehockt. Jetzt wollen wir Taten sehen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

In der nächsten Woche kommt die Repräsentantin von Facebook zu mir. Dann werde ich sagen: Für den Satz, dass man Facebook jetzt endlich zwingen muss, die Gesetze einzuhalten, hätte ich tosenden Beifall auf dem Bundesparteitag meiner Partei bekommen. Damit die merkt, dass es nicht nur ein Hobby von mir ist.

(Anhaltender Beifall, Pfiffe)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, die Zeit ist vorangeschritten. Deswegen will ich gar nicht viele Themen ansprechen. Aber ich glaube, wenn wir den Blick ins nächste Jahr werfen, dass wir

als Union zwei Bereiche besonders herausstellen müssen. Da ist einmal der Bereich „Gleiche Chancen für alle Regionen“. Es kommt nicht von ungefähr, dass eine große Sonntagszeitung vorletzte Woche über mehrere Seiten hinweg das Thema ländlicher Raum in den Vordergrund gestellt hat. Was passiert in den ländlichen Räumen? Was empfinden die Menschen dort? Wir sind die Partei der ländlichen Räume, liebe Freundinnen und Freunde. Die Grünen sind nicht die Partei der ländlichen Räume. Die Grünen sind die Partei der Universitäts- und Großstädte. Wir müssen zeigen, dass wir die Partei der ländlichen Räume sind. Mehr als 50 Prozent aller Menschen wohnen in den ländlichen Räumen.

(Beifall)

Diejenigen, die in den Ballungsgebieten sitzen, haben auch ein Interesse daran, dass es in den ländlichen Räumen funktioniert. Dass unser Land wirtschaftlich so gut dasteht, hat auch etwas damit zu tun, dass wir immer als Union Wert darauf gelegt haben, dass Entwicklung im ganzen Land stattfindet. Nicht wie in Frankreich, wo es eine Konzentration auf einige wenige große Orte gibt und sie stundenlang durch ein Land fahren, in dem nichts mehr los ist. Sondern wir wollen natürlich, dass man durch ein Land fährt, wo überall etwas los ist.

Viele mittelständische Betriebe sind noch im ländlichen Raum zu Hause, und die wollen auch im ländlichen Raum bleiben. Deswegen müssen wir im ländlichen Raum Voraussetzungen schaffen, dass auch eine junge Generation sagt: Es lohnt sich, im ländlichen Raum zu leben und auch dort zu arbeiten. Deswegen ist erste Voraussetzung, dass die Menschen im ländlichen Raum wissen: Wir haben genauso Zugang zu allen Kommunikationsmöglichkeiten, wie wir Zugang zu Wasser und Strom haben. Deswegen ist es so wichtig, dass das schnelle Internet in alle unsere Häuser im ländlichen Raum kommt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir heute im ländlichen Raum Führungskräfte suchen, kommt in der Regel nicht mehr der gesuchte Diplom-Ingenieur allein, sondern bringt Frau und Kinder mit. Dann fragen die Kinder als Erstes: Gibt es hier schnelles Internet? Wenn wir dann sagen: Es kommt in ein paar Jahren. Dann reden die ihrem Vater zu, dass man in die Region doch jetzt nicht gehen sollte. Das kann ich verstehen. Denn wenn wir keinen Strom hätten, würden die Leute auch nicht in den ländlichen Raum kommen. Deswegen ist das Thema, dass wir dort viel machen, richtig. Wir haben dafür im Bundeshaushalt Milliarden zur Verfügung gestellt. Und es läuft auch etwas.

Und zweitens: Im ländlichen Raum werden wir nie und nimmer den Nahverkehr so organisieren können, dass er ausreicht, um all die Bedürfnisse der Bevölkerung zufriedenzustellen. Wir werden immer auf den Individualverkehr angewiesen sein. In der Debatte über Verkehr und ländlichen Raum hat eine Grüne zu mir im Bundestag gesagt: Sie müssen an U-Bahnen und S-Bahnen denken. Da habe ich gesagt: Jetzt will ich Ihnen mal was sagen: Bei mir auf der schwäbischen

Alb denkt man nicht an S- und U Bahn, sondern an Straßen, damit die Menschen vorankommen. Deswegen brauchen wir Straßen.

(Beifall)

Wir haben wirklich einen gewaltigen Schritt gemacht mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan, der in der letzten Woche verabschiedet worden ist. Eine Vielzahl von Straßen wurde jetzt in den vordringlichen Bedarf genommen. Das ist ja eine einfache Veranstaltung, einen Plan aufzustellen und zu sagen: Das wollen wir erreichen. Haben wir im Sozialismus gehabt, und erreicht haben wir es nie.

Aber wir haben zum ersten Mal auch die Finanzmittel zur Verfügung gestellt, bis im Jahr 2030 270 Milliarden Euro. Wir haben da nicht nur einen Papiertiger produziert, sondern wir haben genau gesagt, wie die einzelnen Maßnahmen laufen müssen. Das ist der Föderalismus. Wir haben das Geld zur Verfügung gestellt. Die Planung und den Vollzug machen dann die Länder. Die müssen jetzt in die Hufe kommen.

Bereits mehrfach lese ich jetzt wieder in der Zeitung, in meinem Heimatland Baden-Württemberg sind sie nicht in der Lage, der Verkehrsminister von den Grünen, das Geld auszugeben, was ihnen vom Bund zur Verfügung gestellt wird. Was ist denn das überhaupt für eine Arbeit, wenn man nicht mehr als Landesregierung in der Lage ist, das Geld auszugeben, das man vom Bund kriegt? Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Und das lasse ich auch nicht zu nach dem Motto: Wir können das Geld gar nicht verarbeiten. Liebe Freundinnen und Freunde, zum ländlichen Raum, weil darüber heute und gestern noch nichts gesagt worden ist, will ich nur einen Satz sagen, gehört natürlich auch die Landwirtschaft.

(Beifall)

Wenn ich mich so umschaue im Deutschen Bundestag, ist die einzige Partei oder die einzige Fraktion, die sich für Landwirtschaft einsetzt, unsere Fraktion. Natürlich muss die Landwirtschaft sich auch den neuen Herausforderungen stellen. Aber eins ist auch klar, liebe Freundinnen und Freunde: Ohne Landwirtschaft und ohne, dass wir was für die Landwirtschaft machen, wird ländlicher Raum zur Provinz. Ohne Landwirtschaft ist ländlicher Raum Provinz, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben uns deshalb natürlich Sorgen gemacht, wie es mit der Landwirtschaft weitergeht. Wir haben die Mittel, die Europa für die konkrete Notsituation zur Verfügung gestellt hat, gleich einmal dramatisch erhöht auf über 170 Millionen und so der Landwirtschaft geholfen. Das wird auch im nächsten Jahr klar sein: Wir werden uns auch im Wahlkampfjahr für die heimische Land-

wirtschaft aussprechen. Ich will nicht, dass wir nur noch Produkte importieren, sondern dass die Landwirtschaft auch in Zukunft Lebensmittelversorgung für unser Land ermöglicht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns natürlich auch deutlich vernehmbar – dazu gab es Hinweise auf diesem Bundesparteitag – um die Menschen kümmern, die den Eindruck haben, sie kommen gar nicht vor. Das sind diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, dann am Abend nach Hause kommen, sich dann umziehen, zum Sportverein rennen und dort als Trainer oder Platzwart oder sonst irgendetwas machen, die sich einbringen in ihrer Gemeinschaft für unser Land und die vom Staat eigentlich gar nichts erwarten als nur, dass sie in Ruhe gelassen werden. Aber für diese Menschen muss klar sein: Auch für euch sind wir da. Für die können wir nicht jeden Tag ein Gesetz machen. Aber die müssen wissen, dass sie von uns beachtet werden.

Deswegen ist es richtig, wenn wir sagen: Einen Teil der Steuereinnahmen, die wir haben, geben wir auch ein diejenigen zurück, indem wir Steuern senken. Aber das allein, liebe Freundinnen und Freunde, reicht noch nicht aus. Es gibt eben Familien, die aufgrund der guten Steuergesetzgebung, die wir schon in der Vergangenheit gemacht haben, fast keine Steuern mehr bezahlen mit zwei, drei Kindern. Dann gibt es junge Familien, die sehr gerne im wahrsten Sinne des Wortes sesshaft auch im ländlichen Raum werden würden, wenn es ihnen leichter möglich wäre, was einmal ein zentrales Thema der Union war, nämlich Eigentumsbildung auch bei jungen Familien zu ermöglichen.

Das muss ein Thema für unser Wahlprogramm sein, wo wir auch konkrete Zusagen machen, die wir dann auch einhalten. Ich möchte, dass es für Familien mit Kindern wieder leichter wird, dass sie auch eine Eigentumswohnung oder ein kleines Häuschen in unserem Land bauen können und nicht nur auf die Miete angewiesen sind. Da haben wir Vorschläge gemacht. Ob da nun eine Bauministerin drauf sitzt oder nicht, ist mir völlig wurscht egal.

Wir müssen die richtigen Vorschläge machen. Aber liebe Freundinnen und Freunde, wenn ich mal davon ausgehe, eine Wohnung, 300 000 Euro und dann sind fast 30 000 Euro, bevor überhaupt was losgegangen ist, durch Steuern und Auflagen und anderes weg. Es kann nicht so sein, dass wir an diesem festhalten, dass so viel schon mal vorab weg ist und dass wir dann mit einem staatlichen Zuschuss dieses Geld wieder wegnehmen. Das muss obendrauf, und deswegen müssen wir auch darüber nachdenken, dass Grunderwerbsteuer und andere Dinge für junge Familien auch nicht einfach festgeschrieben sind, sondern dass wir denen helfen, in die Situation zu kommen.

Wir wissen doch als Union allemal, dass Menschen, die Eigentum haben, anders ticken als die, die keins haben. Deswegen ist das Versprechen von Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, doch auch ein Zeichen dafür, dass die Menschen das sich ermöglichen können, was existenziell ist:

ihr eigenes Dach über dem Kopf. Darüber müssen wir, liebe Freundinnen und Freunde, auch im nächsten Jahr sprechen. Wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind an diesen Themen dran. Das eine oder andere werden wir auch noch hinkriegen. Aber dann wird es darauf ankommen, dass wir uns mit ganzer Kraft mit diesen Fragen auch befassen und das sagen.

Und ein Letztes: Angela Merkel hat in ihrer Rede darauf hingewiesen, dass das allerwichtigste und das zentrale Thema in unserem Land heißt: Das Geld, das wir ausgeben, auch das für Familienförderung, muss zunächst einmal erwirtschaftet werden. Deswegen bleibt es dabei: Nichts wird in diesem Land wirklich gut funktionieren, wenn wir nicht eine gut funktionierende Wirtschaft haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da setzen wir vor allem auf den Mittelstand, auf die Familienbetriebe, auf die wir uns auch in schwerer Krise 2008 und 2009 alle verlassen konnten, die die Leute nicht rausgeschmissen haben, sondern auch mit unserer Unterstützung sind sie alle im Boot geblieben. Das war das Erfolgsgeheimnis, warum wir, als es dann voranging, wieder schneller waren.

Wir haben in dieser Legislaturperiode einige Sachen gemacht, wo ich sagen muss: Das eine oder andere war auch richtig. Aber eins möchte ich schon gerne für die nächste Legislaturperiode sagen, und das muss auch in einem Regierungsprogramm stehen: Nachdem, was wir jetzt in dieser Periode gemacht haben, wünsche ich mir schon, dass wir in der nächsten Legislaturperiode so gut wie keine weiteren bürokratischen Belastungen mehr für unsere Wirtschaft formulieren, meine lieben Freundinnen und Freunde.

Die Wirtschaft darf sich auf eine solche Zusage auch verlassen. Wir haben im letzten Wahlkampf versprochen: Mit uns gibt es keine Steuererhöhungen, keine Vermögensteuer. Wir haben es eingehalten. Wir haben Wort gehalten. Das darf auch nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. So werden wir auch mit dem, was wir versprechen im Jahr 2017 in unserem Regierungsprogramm, Wort halten.

Weil wir das wollen, Wort halten und das auch müssen, Wort halten. Denn Vertrauen ist die wichtigste Währung in der Politik. Deswegen rate ich uns dringend, in den nächsten Wochen und Monaten genau zu überlegen, was wir versprechen können, weil wir es halten können. Etwas zu versprechen, was man nicht halten kann, das ist überhaupt nichts, auch in einem Wahlkampf nicht, liebe Freundinnen und Freunde. Das gilt für alle Bereiche in der Politik. Wir müssen sehr genau überlegen, wo machen wir Profil und sagen: Das wollen wir. Und wo wir sagen: Wir können Versprechungen nicht machen. Es muss in jedem Einzelfall abgegrenzt werden.

Aber eins muss klar sein: Die Menschen müssen wissen: Wir machen Politik für sie, damit sie Chancen in diesem Land haben, und dass sie sich darauf verlassen können: Das was wir sagen, machen wir auch. Das zeichnet Union aus. So wünsche ich mir Union im nächsten Jahr in einem Wahlkampf mit Angela Merkel, wo wir die Union wieder zum Erfolg führen. Herzlichen Dank!

(Anhaltender, rhythmischer Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank unserem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder! Lieber Volker, wir danken dir für deinen ganz persönlichen großen Einsatz an der Spitze unserer gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es ist nicht immer eine leichte Aufgabe. Du bist auch nicht immer ein bequemer, aber immer ein enorm verlässlicher Partner, insbesondere für unsere Koalitionäre. Aber wir danken dir an dieser Stelle auch besonders, weil wir es gespürt haben, für den Einsatz, für die kleinen Leute in unserem Land und ganz besonders für das Christentum weltweit. Herzlichen Dank für deine Rede!

(Beifall)

Ich rufe dann auf den TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes
„Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, wir reden über Orientierung in schwierigen Zeiten auf der Basis unserer Werte. Wir sind in Essen. Das ist eine Stadt, die in unserer Parteigeschichte, wie wir gestern gehört haben, eine wichtige Rolle spielt, die aber auch für sich eine spannende Geschichte hat, die durch große Veränderungen gegangen ist und die jetzt einen Oberbürgermeister hat, einen Christdemokraten, der dieser Stadt eine Orientierung gegeben hat in auch nicht leichten Zeiten. Wir haben gehört, was diese Stadt alles kann. Aber wir haben auch offen über die Probleme gesprochen. Ich finde, das ist ein guter Duktus, wenn wir uns anschicken über die Fragen zu reden, die das nächste Jahr bestimmen werden, wenn es um die Richtung geht, die wir unserem Wahlprogramm geben wollen.

Es ist auch ein guter Ausgangspunkt für die Wahlen im nächsten Jahr, lieber Armin Laschet. „NRW geht vor“. Das ist euer Slogan hier. Du hast gestern gesagt, du freust dich, wenn Ministerpräsidenten hierherkommen, ob es Horst Seehofer ist, Volker Bouffier oder Annegret Kramp-Karrenbauer. Damit die mal erzählen können, wie man ein Land erfolgreich regiert.

Ich persönlich freue mich auch, wenn du meinen Ministerpräsident Volker Bouffier einlädst. Aber noch mehr würde ich mich freuen, wenn niemand nach Nordrhein Westfalen kommen muss – der fährt nämlich auch wieder weg –, sondern wenn der nächste nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet von anderen in Bremen, Hamburg und Berlin eingeladen wird, um zu zeigen, wie man es richtig macht. Daran wollen wir arbeiten mit Blick auf das nächste Jahr.

(Beifall)

Vielleicht ist das auch der Grund, warum Hannelore Kraft von niemandem eingeladen wird. Denn die weiß zwar, wer SPD-Kanzlerkandidat wird, sagt es nicht. Das ist deswegen interessant, weil sie sonst dauernd was sagt, ohne was zu wissen.

(Beifall)

Wir persönlich sollten uns vornehmen: Wir haben ein spannendes Wahljahr vor uns, und dazu gehört zuzuhören, dazu gehört, diejenigen, mit denen man redet, ernst zu nehmen und dann aber deutlich zu sagen, was man selber denkt. Dabei dürfen wir, wenn wir Orientierung geben wollen, auch nicht der Versuchung erliegen, jemandem nach dem Mund zu reden. Sondern es geht um unseren Standpunkt. Es geht um unsere Überzeugung. Nur dann kann man Orientierung geben.

Wenn man das will, dann muss man zunächst klären: Wo kommt man her? Wo steht man heute? Deutschland hat in den letzten zehn Jahren drei große Krisen durchlebt, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Staatsschuldenkrise in Europa und die Flüchtlingskrise. Diese Debatten, die wir geführt haben, waren oft hart und heftig. Sie haben von uns als Partei in Regierungsverantwortung viel abverlangt. Man darf sich bei allem Streit, den wir auch geführt haben, den wir bis heute führen, aber nur mal eine Minute vorstellen: In diesen zehn Jahren, bei diesen drei großen Herausforderungen: Hätte ein Sozialdemokrat im Kanzleramt gesessen, was wäre dann aus diesem Land geworden?

Deswegen ist es gut, dass wir auch mit uns selber gerungen haben, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und wir haben Wort gehalten, Deutschland ist heute stärker als vor zehn Jahren. Ich finde, das gehört zur Bilanz dazu. Das ist Ausgangspunkt für Orientierung. Darüber müssen wir reden.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Wir haben die Arbeitslosigkeit halbiert. Wir haben so viele Menschen in Lohn und Brot wie noch nie. Wir haben über 700 000 offene Stellen. Wir investieren bis 2030 fast 300 Milliarden in die Infrastruktur, zusätzlich vier Milliarden ins schnelle Internet, fast 18 Milliarden in Bildung und Forschung. Das alles bei der schwarzen Null, bei einem ausgeglichenen Haushalt seit vier Jahren. Seit ich Kind dieser Republik war, geboren '74, hat es das nicht gegeben. Das ist unsere Leistung, und darüber müssen wir reden, weil Sozialdemokraten uns dafür nicht loben werden. Sondern die wollen immer nur mehr Geld ausgeben und Steuern erhöhen. Das ist nicht unsere Antwort. Deswegen sagen wir: Die schwarze Null ist die Grundlage für vieles, was wir erreicht haben.

(Beifall)

Wenn wir über diese Bilanz reden, müssen wir auch einmal sagen: Sie ist nicht selbstverständlich. Wir reden jetzt über drei Säulen, auch in unserem Antrag. Wir reden über Wirtschaft, Arbeit, wir reden über Sicherheit und wir reden über den Zusammenhalt in unserem Land. Wir müssen uns noch einmal die Frage stellen: Ist es selbstverständlich, dass die Deutschen in der Mitte Europas sicher und frei leben können? Das ist die letzten 70 Jahre selbstverständlich geworden. Das war es vorher nicht. Es ist deswegen selbstverständlich geworden, weil es Christdemokraten waren, die diesem Land eine Orientierung gegeben haben.

Wenn ich mich umschaue in der politischen Landschaft, dann kann ich nicht erkennen, dass andere gleiche Koordinaten haben. Das haben sie nicht. Das sieht man daran, dass die Linkspartei bei Fidel Castro noch kondoliert, und ich sage: Da ist ein Diktator gestorben. Das sieht man daran, dass AfD-Anhänger rufen: „Putin nach Berlin, Merkel nach Sibirien.“ Da fragt man sich: Wes Geistes Kind sind diese Menschen, die sowas rufen? Das sieht man daran, dass es Menschen gibt, die unseren Nationalfeiertag in Dresden benutzen, um sich dort aufs Schäbigste zu verhalten. Am Nationalfeiertag feiert man als Patriot. Da demonstriert man nicht. Da freut man sich über das wiedervereinigte Deutschland.

(Beifall)

Das geht noch weiter, wenn wir uns mit Online-Plattformen wie COMPACT – ich sage das so deutlich – herumschlagen müssen, wo faktenfrei plumper Antiamerikanismus gelebt wird, wenn es um das Freihandelsabkommen TTIP geht. Auch da braucht es eine klare Orientierung, um dagegen zu halten.

Aus dieser klaren Orientierung erwachsen Aufgaben. Europa, das uns so am Herzen liegt, hat klare Aufgaben. Wir müssen uns darum kümmern, dass die gemeinsame Währung stark bleibt. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Außengrenzen besser geschützt werden. Da haben wir viel auf den Weg gebracht. Wir müssen uns auch darum kümmern, dass Europa bei seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik eigene Verantwortung übernimmt und dann auch von anderen in der Welt ernst genommen wird. Das sind die drei Kernaufgaben, die Europa vor sich hat. Die wird man nicht bewältigen können ohne ein starkes Deutschland und Christdemokraten in Regierungsverantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu passt ganz gut der Satz von Ronald Reagan, der einmal gesagt hat: Frieden ist das Ergebnis von Stärke, nicht von Schwäche. Das heißt, der Wirklichkeit ins Gesicht zu schauen und nicht falsche Hoffnungen zu hegen. Deswegen tun wir mehr für die Bundeswehr, für die Innere Sicherheit, für die Bundespolizei, für unsere Nachrichtendienste, nicht nur materiell, sondern auch ideell. Sie werden es schlichtweg nicht erleben, dass Soldaten oder Polizisten, Rettungskräfte und andere, die für unser Land den Kopf hinhalten, von Christdemokraten öffentlich gemaßregelt oder gar beschimpft werden. Sondern wir loben sie, wir feiern sie, sie sind für uns Helden. Sie haben den Rückhalt von uns immer verdient, weil sie keinen leichten Job machen, jeden Tag.

Dazu gehört ein ganz aktuelles Beispiel. Ich bin Thomas de Maizière als Innenminister sehr dankbar, dass er die Aktion der Salafisten, den Koran auf deutschen Straßen zu verteilen, unterbunden und ein klares Verbot ausgesprochen hat.

(Beifall)

Alle, die das durchgesetzt haben, haben auch da wieder den Kopf hingehalten. Dann ist es ein völlig falsches Signal der Integrationsbeauftragten unserer Bundesregierung, dort noch den Eindruck zu erwecken, man müsste da mit Samthandschuhen vorgehen. Man muss mit Augenmaß vorgehen. Aber man muss klar sagen: Hier werden Recht und Gesetz durchgesetzt. Denn wir wollen so etwas in unserem Land nicht. Wenn es gegen die Werte des Grundgesetzes verstößt, dann muss der Staat dort Gegenpositionen einnehmen.

(Beifall)

Neben der Sicherheit reden wir über Arbeit und Wohlstand, weil es miteinander zusammenhängt, dass Menschen eine Perspektive haben, dass sie sich fragen: Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Kann ich meine Familie ernähren? Wie lebe ich im Alter? Wir alle fassen das mit dem Schlagwort Soziale Marktwirtschaft zusammen. Wir haben klare Vorstellungen, was das heißt. Wir müssen aber darauf achten, dass bei den Menschen ankommt, dass Soziale Marktwirtschaft für sie persönlich einen Mehrwert bringt und dass es nicht ums Prinzip geht, sondern dass die Soziale Marktwirtschaft die Grundlage dafür ist, dass sie zuversichtlich in die Zukunft schauen können, wenn sie sich anstrengen, wenn sie etwas gelernt haben.

Dazu gehört die schwarze Null. Dazu gehört das Verzichten auf Steuererhöhungen. Und dazu gehört auch die klare Ansage von uns, dass wir künftig, wenn wir mehr Einnahmen im Staatshaushalt haben, die Menschen direkt beteiligen wollen, indem wir ein Drittel geben, um sie zu entlasten, die kleineren, die mittleren Einkommen und die Familien, dass wir ein Drittel geben, um zusätzlich zu investieren in Bildung, in Forschung und Infrastruktur, und dass wir ein Drittel nehmen zur Ausgabensteigerung, aber auch zur Schuldentilgung als Signal an die junge Generation. Das, finde ich, ist eine klare Ansage, das ist auch Soziale Marktwirtschaft. Diese Geschichte müssen wir im nächsten Jahr gemeinsam erzählen.

Damit unterscheiden wir uns übrigens auch von Sozialdemokraten, von Grünen und Linken. Die haben ein ganz anderes Verständnis, wenn es um Steuern geht. Nicht nur, dass sie ständig neue Steuern erfinden. Sondern sie haben den Anspruch, dass man mit Steuern Menschen zu einem bestimmten Verhalten erziehen kann und sie im Zweifel bestraft. Das ist nicht unser Verständnis. Steuern sind dazu da, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, zu nichts anderem, und nicht dazu, den Leuten das Leben schwer zu machen. Das ist ein entscheidender Unterschied zwischen uns und Sozialdemokraten.

Ein weiterer Unterschied ist, dass wir erstmal über das Erwirtschaften reden und dann über das Verteilen. Und dass wir anerkennen, dass es da welche gibt, die besondere Verantwortung tragen: die Familienunternehmen, die Handwerker, der Mittelstand, diejenigen, die ein Unternehmen gründen. Die müssen im nächsten Jahr wissen, dass sie die CDU an ihrer Seite haben. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Botschaft.

Einer der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack – übrigens wo geboren? – hier in Essen – hat einmal gesagt: „Ziel der sozialen Marktwirtschaft ist es, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem sozialen Fortschritt zu verbinden.“ Genau darum geht es, wenn wir über unsere Werte reden. Es geht darum, dass jeder, auch der Unternehmer, natürlich Verantwortung hat in unserem Land. Alfred Herrhausen, von der Rote-Armee-Fraktion ermordet, ehemaliger Chef der Deutschen Bank – übrigens wo geboren? – in Essen – hat gesagt: „An dem Tag, an dem die Manager vergessen, dass eine Unternehmung nicht weiter bestehen kann, wenn die Gesellschaft ihre Nützlichkeit nicht mehr empfindet oder ihr Gebaren als unmenschlich betrachtet, wird diese Unternehmung zu sterben beginnen.“ Und das ist richtig. Wer an einem Tag Tausende entlässt, der kann sich am nächsten Tag keine umfangreichen Bonizahlungen gönnen. Das empfinden die Menschen als zutiefst ungerecht. Das muss man auch so benennen. Auch das ist Soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Auch das hat übrigens etwas mit Zusammenhalt zu tun. Dass die Menschen zur Arbeit gehen und sagen: Ich identifiziere mich mit meinem Unternehmen, mit meinem Chef. Ich arbeite gerne da, weil ich glaube, dass dieses Unternehmen eine ethische Rückkopplung in diese Gesellschaft hat, weil Unternehmer sich auch verantwortlich fühlen für unser Land. Der Zusammenhalt auf der Basis unserer Werte, die diese Republik prägen, geht eben weit über das Grundgesetz hinaus.

Wir reden über Leitkultur, und wir reden auch über Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Werte unseres Grundsatzprogramms. Vielleicht ist es vielen noch nicht bewusst. Aber inzwischen reden ja nicht nur wir über Leitkultur – wir waren die Ersten, zugegeben –, aber selbst Sozialdemokraten nehmen dieses Wort inzwischen verschämt in den Mund, weil sie erkannt haben, dass eine Gesellschaft eine gemeinsame Wertebasis braucht. Sonst kann sie auf Dauer eben nicht zusammenleben und zusammenhalten.

Ich finde, wir sollten mit etwas Stolz sagen, dass wir da einen Kulturkampf gewonnen haben in dieser Frage. Multikulti ist gescheitert. Wir brauchen eine verbindliche Wertebasis für alle, die sie annehmen können, die offen ist und einladend, zu der sich jeder bekennen kann. Die ausgestreckte Hand ist immer das Symbol der Christdemokraten gewesen. Aber da beißt die Maus keinen Faden ab, dafür braucht es gemeinsame Grundlagen. Sonst ist es beliebig, und Beliebigkeit ist kein Markenkern von Christdemokraten.

(Beifall)

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir natürlich darum ringen müssen, wie sich diese Leitkultur verändert. Das haben wir übrigens auch getan in Essen. Das, was wir seit 1985 auch als Frauenbild in der Partei verankert, auch vorangetrieben haben in der Gesellschaft, das war damals

wahrscheinlich umstrittener als heute. Trotzdem müssen wir dann Werte und Dinge, die wir gemeinsam entwickelt haben, verteidigen. Wir müssen auch offen sein für Veränderungen, wenn sie richtig sind. Das kommt auch zum Ausdruck mit dem Dachgesetz zu allen Fragen der Migration, vom Staatsangehörigkeitsrecht bis zur Einwanderung, das wir in diesem Antrag auf den Weg bringen wollen.

Entscheidend ist aus meiner Sicht aber nicht nur, dass jeder, der fleißig ist, in Deutschland alles schaffen kann. Sondern entscheidend ist, dass jeder dazugehören kann, wenn er will und wenn er stolz auf Deutschland ist, egal wo er und seine Eltern herkommen. Wahrer Patriotismus entsteht nicht durch das Berufen auf Abstammung oder Herkunft, wahrer Patriotismus gründet auf der eigenen Bereitschaft, diesem Land zu dienen. Das ist die Position, die Christdemokraten in dieser Debatte einnehmen müssen.

(Beifall)

Für Zusammenhalt ist das eine wichtige, entscheidende Frage. Es ist eine Frage von Orientierung und Haltung. Andere, die wie wir um Stimmen werben, tun eben genau das Gegenteil. Sie spalten dieses Land, wenn sie definieren, wer dazugehören darf und wer nicht. Das ist das Gegenteil von uns. Wir sind eine Union, wir haben das im Namen, dass wir Menschen begeistern wollen und niemanden ausschließen.

Noch einmal Alfred Herrhausen: „Handlungen müssen durch Haltungen begründet sein.“ Welche Haltungen wollen wir uns zu eigen machen? Sind wir die Partei, die Menschen Mut macht und Zuversicht gibt und nicht Untergangsstimmung verbreitet? Sind wir die Partei, die anpackt statt zu jammern? Sind wir die Partei, die Lust auf eine gute Zukunft macht oder die Vergangenheit verklärt? Diese Fragen müssen wir uns selbst beantworten. Nur dann können wir Menschen für unsere Politik und für dieses Land begeistern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich persönlich glaube, Christdemokraten machen Menschen keine Angst, um erfolgreich zu sein. Deswegen werden wir nächstes Jahr etwas Neues erleben, vielleicht auch nicht etwas völlig Neues, sondern etwas, was schon mal da war. Wir werden uns bekennen müssen. Es geht im Wahlkampf um unsere Werte. Die entscheidende Frage wird sein: Glauben wir noch daran, dass die Westbindung, die transatlantische Partnerschaft, die Freundschaft zu Frankreich, das vereinte Europa, so wie es Adenauer uns ins Stammbuch geschrieben hat, die richtigen Antworten sind auf die Herausforderungen von heute? Ich glaube, wir sollten das mit frohem Mut bejahen. Ja, das sind die richtigen Koordinaten für die Herausforderungen von heute.

(Beifall)

Wir müssen uns die Frage beantworten: Glauben wir an die Soziale Marktwirtschaft, an Chancen für jeden, aber auch an Solidarität mit den Schwachen, so wie es Ludwig Erhard formuliert

hat? Ich glaube auch da, das sind richtige Koordinaten für die Zukunft. Wir werden drittens die Frage beantworten müssen: Glauben wir noch daran, dass es ein starkes vereintes Deutschland nur geben kann in der Mitte Europas gemeinsam mit unseren europäischen Freunden und Partnern, so wie es Helmut Kohl formuliert hat? Nationale Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Ich finde, auch daran hat sich nichts geändert.

(Beifall)

Wenn wir sagen, das sind die Werte, aus denen das beste Deutschland entstanden ist, das es je gab, dann hat man ein gutes Grundgerüst, nicht um sich zufrieden zurückzulehnen, aber um als CDU den Anspruch zu erheben, nachdem wir 70 Jahre für dieses Land gearbeitet haben, dass wir genau das auch in Zukunft tun wollen, auf der Basis unserer Werte. Weil sie das Beste in den Menschen wecken, Fleiß, Zuversicht, Mut und Neugier, und weil es nicht die Aufgabe von Parteien ist im öffentlichen Streit, an Hass, Neid und Zwietracht zu appellieren. Das tun andere, das sind die, die unser Land in Wahrheit spalten.

Wir müssen uns eben entscheiden: Kämpfen wir für unsere Werte, so wie wir es immer getan haben. Ich erinnere mich noch an manchen Wahlkampf in den 80ern – da war ich noch nicht dabei –, aber in den 90er-Jahren, wo wir auf den Marktplätzen standen und vorne Helmut Kohl. Dann standen auf der einen Seite Jusos, Autonome und der schwarze Block, die Antifa. Jetzt stehen auf der anderen Seite noch die Reichsbürger, PEGIDA und die AfD. Wir dachten wahrscheinlich auch in den letzten Jahren, all diese Schlachten sind geschlagen. Sind sie nicht. Wir müssen sie erneut kämpfen.

Ich glaube, wir sollten uns nicht täuschen: Die, die da krakeelen und schreien, die gewinnen wir nicht. Wir müssen uns um die normalen Menschen in diesem Land kümmern, mit ihren täglichen Problemen und Sorgen, und nicht um die Schreihäse.

Ich bin Hesse, und einmal muss man in der Rede Goethe zitieren. Das geht nicht anders. Es ist ein Zitat, was Volker Kauder auch gerne benutzt. Es ist deswegen nicht weniger richtig.

(Heiterkeit)

Goethe hat einmal gesagt: „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“ Ich glaube, wir tun gut daran, uns zu unseren Werten zu bekennen, denen unsere Partei verpflichtet ist und die unser Land auch so geprägt haben. Ich glaube, wir tun gut daran, deutlich zu sagen, dass wir stolz sind auf Schwarz-Rot-Gold und dass wir diese schönen Farben niemand anderem überlassen, sie gehören allen Menschen in Deutschland.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir mutig bekennen sollten: Ja, es ist das beste Deutschland, das es je gab. Es gab nie eine Zeit in der Geschichte unseres Volkes, wo die Deutschen länger in Frieden und Freiheit leben konnten. Das führt uns dazu, dass wir Verantwortung übernehmen müssen, dass wir noch härter arbeiten müssen, damit das so bleibt, weil es nicht selbstverständlich ist. Aber weil wir dieses Land lieben, werden wir genau das tun im nächsten Jahr bei den drei Landtagswahlen und dann auch bei der Bundestagswahl im Herbst.

Ich finde, dieser Parteitag hat gezeigt, dass wir alle guten Willens sind, genau das zu tun. Deswegen freue ich mich auf das nächste Jahr mit Ihnen, mit euch allen. Hurra!

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Lieber Peter Tauber, auch hier dankt dir der Parteitag für deine Rede, aber auch für deine Arbeit im Konrad-Adenauer-Haus. Das nächste Jahr wird ein anstrengendes, aber auch ein spannendes Jahr, das vor uns liegt. Wir wünschen dir für deine Arbeit dafür sehr viel Erfolg.

Wir haben jetzt für die Aussprache keine schriftlichen Wortmeldungen zum Bericht des Generalsekretärs vorliegen, sodass ich Ihnen vorschlage, dass wir direkt in die Antragsberatung übergehen, zum Leitantrag. Dazu übergebe ich das Tagungspräsidium an Daniel Günther.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen dann zum TAGES-ORDNUNGSPUNKT 20:

Beratung und Beschlussfassung des Antrags des Bundesvorstandes

„Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am Montag noch einige Änderungen an seinem Antrag beschlossen. Dies betrifft vor allem das Kapitel 5, Flüchtlinge und Integration. Die neue Fassung des Antrags haben sie am Montagabend vorab per E Mail bekommen. Die geänderte Fassung wurde gestern zudem auf ihren Tischen auch ausgelegt. Die Sammlung der Initiativanträge zum Antrag des Bundesvorstands beruht auf der aktualisierten Fassung des Antrags, d. h., wir arbeiten auf der Grundlage der Textfassung, die vorgestern vom Bundesvorstand beschlossen wurde.

Sie finden den Antrag des Bundesvorstands mit den Anträgen A1 bis A9 gemeinsam mit den zugehörigen Sachanträgen in der Sammlung der Initiativanträge zum Antrag A des Bundesvorstands, die Ihnen als Tischvorlage vorliegt. Die zu den einzelnen Anträgen des Bundesvorstands gehörenden Initiativanträge sind mit dem Buchstaben C gekennzeichnet, beginnend mit dem Antrag Cz00 bis einschließlich Cz02.

Weiterhin hat der Parteitag bei der Beratung sonstiger Anträge bei Tagesordnungspunkt 21 bereits beschlossen, die Anträge C48 und C80 mit dem Antrag A6 sowie die Anträge zum Thema

Vollverschleierung C36,C59, C66, 88,102 und 130 gemeinsam mit dem Antrag A41 des Bundesvorstands zu behandeln.

Ich rufe nun den Antrag A des Bundesvorstands mit dem Titel „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ auf. Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, dass sie den Antrag mit den dazugehörigen Initiativanträgen in der Sammlung der Initiativanträge zum Antrag des Bundesvorstands finden.

Unser Generalsekretär hat soeben mit seinem Bericht zugleich in den Antrag A des Bundesvorstands eingeführt. Ich werde nun die A-Anträge des Bundesvorstands mit den zugehörigen C-Anträgen einzeln oder auch in Gruppen aufrufen und jeweils über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen lassen. Ergibt sich gegen dieses Verfahren Widerspruch? – Das sehe ich, ist nicht der Fall.

Ich bitte Sie, sich frühzeitig zu Wort zu melden, am besten melden Sie sich schon jetzt am Beginn der Beratung schriftlich zu den Anträgen, zu denen Sie sprechen möchten. Das vereinfacht uns die Antragsberatung. Bitte geben Sie Ihre Wortmeldungen an dem dafür vorgesehenen Tisch, von Ihnen aus gesehen vorne auf der linken Seite des Plenarsaals, ab. Ganz herzlichen Dank!

Damit kommen wir zur Beratung des Antrages. Ich rufe den Antrag A1 zur Beratung auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit angenommen.

Ich rufe die Anträge A2 und A3 zur gemeinsamen Beratung auf. Zum Antrag A3 wurde der Antrag C200 gestellt. Den finden Sie auf den Seiten 2 und 3 der Sammlung der Initiativanträge. Hierzu liegt uns keine Wortmeldung vor. Dann kann ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Anträge A4 und A5 zur Beratung auf. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen können wir auch hier abstimmen lassen über die Empfehlungen der Antragskommission. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Antrag A6 zur Beratung auf. Gemeinsam mit dem Antrag A6 werden die Anträge C48 und C80 beraten. Sie finden diese auf den Seiten 68 und 69 sowie auf der Seite 99 in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“. Zu diesen beiden Anträgen empfiehlt die Antragskommission die Annahme in der Form der Beschlussfassung des Antrages des CDU-Bundesvorstands. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen kann ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit beschlossen.

Ich rufe die Anträge A7 und A8 zur Beratung auf. Auch hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch somit beschlossen.

Anträge A9 und A10, auch hierzu keine Wortmeldungen. Dann können wir über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Anträge A11 bis A13 zählen, auch hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, wie die Empfehlungen der Antragskommission. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Ich rufe auf die Anträge A14 und A15. Auch hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Deswegen können wir über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit auch beschlossen.

Dann kommen wir zu den Anträgen A16 und A17. Ich weise darauf hin, dass zum Antrag A16 der Antrag C201 gestellt worden ist, den Sie auf den Seiten 9 bis 10 der Sammlung der Initiativanträge finden. Es liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Auch hier können wir über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Anträge A18 und A19, auch keine Wortmeldungen. Deswegen können wir auch hier über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch so beschlossen.

A20 und A21, keine Wortmeldungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch so beschlossen.

Das Gleiche gilt für A22 und A23, keine Wortmeldungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch so beschlossen.

A24 und auf A25, keine Wortmeldungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch so beschlossen.

A26 bis A28, hierzu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Heinz-Gerd Lenssen aus dem Landesverband Oldenburg. Mikrofon 4 ist angegeben.

Heinz-Gerd Lenssen: Herr Vorsitzender, Frau Bundeskanzlerin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir haben heute schon von Volker Kauder, von Armin Laschet so einiges zum

Thema Verschärfung der Strafvorschriften gehört, zügige Verfahren, gesetzliche Mindeststrafen. Das ist alles richtig. Ich bin auch bei Coesfeld C104, da geht es um die Strafprozessordnung. Ich sage einfach: Wir müssen auch hier – und das bitte ich zu bedenken – mal die Wiederholungstäter ins Auge fassen. Denn bis zur Verurteilung werden immer wieder neue Straftaten begangen. Das ist teilweise so, dass Menschen dreimal am Tag festgenommen und immer wieder freigelassen werden. Das kann es nicht sein. Das verunsichert unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger und treibt die in letzter Konsequenz in die Arme der AfD. Ich bitte also auch den Bereich der Strafprozessordnung 112, Verdunkelungsgefahr, und 112a, Wiederholungstäterschaft, ins Auge zu fassen und dort ebenfalls Änderungen herbeizuführen. Dankeschön!

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort jetzt Frau Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier Becker, Antragskommission: Meine Damen und Herren, es ist ja immer spannend für die Antragskommission, welcher Punkt jetzt genau kritisiert wird an dem Text. Ich möchte zunächst mal feststellen, dass das, was der Antragsteller jetzt nochmal formuliert hat, nochmal postuliert hat und nochmal unterstrichen hat, genau der Grund ist, weshalb wir diesen Punkt auch schon so ausführlich hier in diesen Leitantrag aufgenommen haben. In der Tat streiten wir darum und bemühen uns darum, ringen darum, die Maßnahmen zu finden und zu treffen, die zu einer effektiveren Sanktion von Tätern führen. Wir sehen auch gerade da die Defizite, die sich an dem einen oder anderen Gerichtsurteil – bei aller Vorsicht bei der Bewertung der Arbeit unserer Gerichte, die sicher insgesamt eine sehr gute Arbeit leisten –, aber das eine oder andere Gerichtsurteil. Das wirft schon mal Fragen auf.

Wie können wir da jetzt besser der Täter habhaft werden? Sie schlagen jetzt vor, dass wir vor allem auch bei der Untersuchungshaft weitere Möglichkeiten erweitern. Ich sehe da das Bedenken, dass wir bei der Untersuchungshaft eben immer im sehr präventiven Bereich sind. Wir haben noch nicht die Verurteilung. Wir haben die Unschuldsvermutung an der Stelle zu beachten. Wir denken, der bessere Weg wäre hier wirklich, die Verfahren zu beschleunigen, d. h. schneller zu der Verurteilung als solcher zu kommen, die das begangene Unrecht tatsächlich sanktioniert, als im präventiven Bereich zu einer schon auf Vorrat sozusagen verhängten Untersuchungshaft zu kommen. An der Stelle sollten wir unsere Ressourcen verbessern. Ich denke, das bringt unser Leitantrag an der Stelle schon in einer sehr guten und prägnanten Art und Weise zum Ausdruck. Deshalb würde ich bitten, bei der Fassung des Leitantrages zu bleiben. Herzlichen Dank!

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank! Da ja keine schriftlichen Änderungsanträge eingegangen sind, können wir jetzt, glaube ich, auch abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum so zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Dann kommen wir zu den Punkten A29 und A30. Das Wort wird hierzu nicht gewünscht. Deswegen können wir über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen, bei einer Enthaltung.

A31 und A32, auch hierzu keine Wortmeldungen. Dann können wir über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen A33 bis A35. Zum Antrag A35 wurde der Antrag C202 gestellt. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 19 bis 20, Sammlung der Initiativanträge. Hierzu gibt es mehrere Wortmeldungen. Als Erstes hat das Wort unser Generalsekretär Peter Tauber.

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, dem Antragsteller nochmal ein herzliches Dankeschön für seine Initiative. Denn er hat auf einen Punkt aufmerksam gemacht, der in der Tat vielleicht missverständlich war. Es konnte der Eindruck entstehen, dass wir Transitzonen zwar für die Zukunft für ein geeignetes Mittel halten, aber derzeit für obsolet. Dem ist natürlich nicht so. Es gilt das, was CDU und CSU gemeinsamen auch beschlossen haben.

Deswegen haben wir eben nochmal beraten und empfehlen nun als Antragskommission folgende Formulierung, einen neuen Bullet Point, wie man auf Neudeutsch sagt, einzufügen. Dort soll es dann heißen: „Wir halten die Einrichtung von Transitzonen für ein geeignetes Mittel des Ordens und Steuerns bei der Bearbeitung der Anträge von Flüchtlingen.“ Dann würde das Beispiel in dem Absatz „Weitere Maßnahmen wie etwa Transitzonen“ das „wie etwa Transitzonen“ entfallen. Ich hoffe, dass so dem Wunsch des Antragstellers genüge getan ist, deutlich zu machen, dass wir Transitzonen wollen. Herzlichen Dank!

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Als Nächstes hat das Wort Armin Schuster, der ja vielleicht auch als Antragsteller oder als Mit-Antragsteller etwas zu dem Vorschlag von Peter Tauber sagen kann.

Armin Schuster: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! Warum dieser Antrag? Es ist die Beschlusslage von CDU/CSU aus dem vergangenen Jahr. Ende 2015 waren wir der Meinung, dass wir Transitzonen einrichten, um bei Menschen, die mit ungewisser oder gar keiner Bleibeperspektive bei uns an der Grenze auftauchen, direkt in einem Schnellverfahren zu entscheiden, vor vollzogener Einreise.

Wir glaubten, mit diesem Antrag etwas Wichtiges zu tun. Denn unser jetziger Leitantrag beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Frage: Wie organisieren wir Abschiebung besser? Wir würden über Transitzonen gerne die Frage beantworten: Wie schaffen wir es, weniger Menschen überhaupt erst ins Land zu lassen, die gar keine Asylperspektive haben? Damit ist nicht eine Zurückweisung verbunden. Das wäre eigentlich meine politische Haltung. Damit konnte ich mich schon letztes Jahr nicht durchsetzen, versuche ich jetzt erst gar nicht.

Die Transitzentren sind das Mittel der zweiten Wahl. Wenn wir nicht direkt zurückweisen, möchte ich, dass wir den Dublin-Fall, wer also schon woanders einen Antrag gestellt hat, den Fall, der aus einem sicheren Herkunftsland kommt, den Fall, der mit seinen Ausweispapieren täuscht oder gar keine hat, zunächst in einem Transitzentrum entscheiden.

(Beifall)

Wo liegt der Vorteil? Wenn derjenige juristisch nicht eingereist und in einem Transitzentrum ist, gilt er als nicht eingereist, solange die Behörden vor Ort nicht entschieden haben. Wenn wir dann die Entscheidung gefällt haben, ist, womit wir uns heute sehr schwertun, die Rückführung und Abschiebung um ein Vielfaches leichter. Er wird nämlich direkt umgedreht.

Zweitens: Wir sparen uns unendlich Kraft, Kosten und Nerven. Wir heißt: die Ehrenamtler, die Behördenmitarbeiter, die Polizisten. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, einem, der überhaupt keine Perspektive hat, der den Asylgrund „Ich möchte Fußballprofi in Deutschland werden“ – die gibt's – angibt, dem dürfen wir keine Hoffnung machen. Das tun wir heute aber, weil wir zunächst mal alle reinlassen. Dann sind die Monate da, und dann reißen wir sie wieder raus mit all den Problemen, die wir haben. Deswegen glaube ich, dass Transitzentren erstens sehr humanitär sind. Das hört sich für manche komisch an. Aber die sind sehr humanitär, weil wir die Asylentscheidung so weit wie möglich vorverlagern. Wir sind schnell, und niemand braucht sich falsche Hoffnungen zu machen.

Der, der nicht sicher ist, sieht diese Transitzentren gar nicht. Der, der einen Asylgrund hat oder eine Möglichkeit auf Asyl, geht direkt in das normale Verfahren. Deshalb, meine Damen und Herren, glauben wir: Das ist eine interessante Methode, die wir an Flughäfen seit Jahrzehnten erfolgreich anwenden. Deswegen bitte mal an die Presse, die hier ständig schreibt, ich würde einen rigiden Antrag und einen Rechtsruck und noch schärfer – Nein, das tut Deutschland, genau dieses Verfahren, seit Jahrzehnten erfolgreich in Frankfurt am Main jeden Tag am Flughafen. Nur das wollen wir als Landgrenzenverfahren, mehr nicht.

Wir hatten in dem Antrag den Eindruck – das hat Peter Tauber richtig erläutert –, als wäre es für uns nur eine Option der Zukunft, falls sich die Lage verschärft. Nein, es ist genau jetzt richtig, es einzurichten, weil jetzt die Zahlen überschaubar sind, immer noch zu hoch, also eine hohe Wirkung. Wenn man 18 000 im Monat hat, ist es so hoch, dass sich die Transitzentren rechnen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen gastfreundlich und konsequent sein. Ich komme von der Schweizer Grenze. Unser Nachbar ist gastfreundlich konsequent, und das verschafft denen eine Menge weniger Probleme. Deswegen habe ich ein Vorbild. So würde ich auch gerne agieren.

Die Bürger haben sich ein wenig gewundert über unseren mutigen Weg letztes Jahr. Wenn wir auf diesem mutigen Weg aber Kontrolle behalten und ordnungspolitisch stark sind, dann werden wir eine Bestleistung erbringen. Das werden wir im September auch attestiert bekommen. Es sind unsere Zeiten, unsere Stärken. Deshalb danke ich all denen, die den Antrag unterstützt haben.

Ich habe mich unterhalten, weil ich nicht mit allen 40 sprechen konnte, mit Dr. Tim Ostermann, mit Detlef Seif und Stefan Heck. Wir waren der Auffassung, dass man die Formulierung von Peter Tauber so akzeptieren kann. Ich muss sie nochmal kurz vorlesen. Ich hab sie mir mitgeschrieben: „Wir halten die Einrichtung von Transitzentren für ein geeignetes Mittel des Ordens und Steuerns bei der Bearbeitung der Anträge von Flüchtlingen.“

Ich muss jetzt allerdings im Parteivorstand sagen, dass nicht nur die Innenpolitiker, sondern auch die Nicht-Innenpolitiker – ich glaube, es sind einige im Raum, die an dem Thema Interesse haben – natürlich sehr genau beobachten werden, ob dieses geeignete Mittel jetzt auch umgesetzt wird. Mir ist schon klar, dass hier noch das Wort „Umsetzen“ fehlt, aber da vertrauen wir. Da vertrauen wir, lieber Peter Tauber. Wenn der Bundesparteitag beschließt: Wir halten es für ein geeignetes Mittel, wird es spätestens dann umgesetzt, wenn wir in neuen Koalitionsverhandlungen sind.

Liebe Freunde, letzter Satz: Dass wir dieses Mittel nicht haben, ist Sigmar Gabriels Schuld. Horst Seehofer und Angela Merkel haben im Koalitionsausschuss im November 2015 dieses Mittel gefordert. Es ist von der SPD verhindert worden. Seitdem sind Abertausende in dieses Land gekommen, die keine Bleibeperspektive haben, bei denen wir uns schwertun, sie wieder loszuwerden. Das verdanken wir der SPD, genauso wie das Verweigern bei den Maghreb-Staaten. Das muss gesagt werden.

Ich weiß, lieber Volker Kauder, das kann die Fraktion nicht unbedingt durchsetzen gegen die SPD. Aber es ist bald September, und dann reden wir neu. Deshalb gibt es Wahlprogramme und Koalitionsvereinbarungen. Deshalb sind wir hoffnungsfroh, dass diese Formulierung so auch dort Eingang findet. Ich bedanke mich. Ich hoffe, dass alle so sehen wie wir Vier. Wenn nicht, bitte ich um Buhrufe. Ansonsten bin ich dankbar, dass ich mal auf einem Parteitag was sagen darf, was dann auch gemacht wird.

(Beifall)

Dankeschön Peter Tauber!

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Herr Schuster, vielen Dank! Ich habe jetzt Wortmeldungen von Tim Ostermann, Detlef Seif und Stefan Heck. Sie haben erklärt, dass sie sozusagen dieser Kompromissformulierung zustimmen. Dann sind wahrscheinlich diese drei Wortmeldungen dann hinfällig, oder?

(Zustimmung bei den Genannten – Vereinzelt Beifall)

Okay. Dann können wir jetzt über die geänderte Fassung, so wie Peter Tauber sie eben vorgestellt hat, wie sie eben nochmal verlesen worden ist, abstimmen. Deswegen bitte ich Sie um Ihr Handzeichen mit der Stimmkarte, wenn Sie der Formulierung so zustimmen wollen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit mit großer Mehrheit beschlossen. Vielen Dank!

(Beifall)

Dann rufe ich den Antrag A36 zur Beratung auf. Hier sind keine Wortmeldungen eingegangen. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

A37, auch hier keine Wortmeldungen. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

A38, auch hier keine Wortmeldungen. Empfehlungen der Antragskommission, wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

A39, keine Wortmeldungen. Empfehlungen der Antragskommission. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

A40, keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch somit beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag A41 zur Beratung auf, gemeinsam mit dem Antrag A41 werden die Anträge zum Thema Vollverschleierung C36, C59, C66, C88, C102 und C130 beraten. Die finden Sie in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“. Zu diesen Anträgen empfiehlt die Antragskommission die Annahme in der Form der Beschlussfassung des Antrags des CDU-Bundesvorstandes. Es gibt hierzu eine Wortmeldung von Laura Lütt aus Sachsen-Anhalt vom Hauptmikro.

Laura Lütt: Guten Tag! Ich störe mich sehr an der Formulierung: „Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen verbieten“. Es geht um die Vollverschleierung, das Burka- oder Nikabverbot, wie auch immer. Unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen, das klingt für mich nicht nach einem neuen Gesetz. Das klingt nach dem, was statisch gerade ist, was aktuell möglich ist im Rahmen der bereits existierenden Gesetze. Das klingt nicht nach Schöpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Das finde ich sehr unbestimmt, wenn wir einen Rahmen ausschöpfen wollen, da ist keine konkrete direkte Handlungsanweisung drin. Es bezieht sich meiner Meinung nach mehr auf die

einfachen Gesetze, Deshalb bin ich der Meinung, dass dort an dieser Stelle eher „grundgesetzlich“ stehen sollte und nicht „rechtlich“.

Politik soll gestalten und diese Gesetze auch ändern, weshalb die Forderung hier ein bisschen klarer werden sollte. Als Mitglied des RCDS stehe ich hier. Ich habe auch selber meinen Antrag dazu eingebracht, dass insbesondere an den Unis Dozenten nicht verschleiert sein können bzw. bei Prüfungen auch Studenten. Es haben viele andere Verbände den Antrag eingebracht. Wenn man das mit schon in den Leitantrag aufnimmt, dann sollte man auch dafür sorgen, dass es mit aller Deutlichkeit für alle Menschen klar wird, was damit gemeint ist. Deshalb bin ich der Meinung, dass man das hier als Antragsteller klarer formulieren sollte. Damit es für jeden ersichtlich ist. Danke!

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Frau Winkelmeier-Becker, dann haben Sie das Wort!

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Danke an den Antragsteller, an die Antragstellerin, den Punkt nochmal aufgegriffen zu haben, damit wir jetzt dann tatsächlich die Gelegenheit haben, das hier noch mal klarzustellen, was sich hinter dieser Formulierung verbirgt. Wir sind uns ganz einig in dem Ziel, Verschleierung, Vollverschleierung soweit zu verbieten, wie unser Recht das hergibt. Das Limit, was sich daraus ergibt, ist das Grundgesetz.

Ansonsten sind wir nicht statisch gebunden an das, was heute Gesetz ist, an das, was heute Verordnung ist, an das, was heute geübte Praxis ist. Sondern da wollen wir überall den Spielraum ausloten, auch weitergehen, auch Gesetze ändern und ganz klarmachen, dass wirklich nur die Grundrechte, Religionsfreiheit, Handlungsfreiheit und dergleichen hier das Limit hergeben können, was einem weitergehenden Burkaverbot oder Vollverschleierungsverbot entgegensteht.

Aber genau das bringt diese Formulierung zum Ausdruck. Wir haben lange darüber diskutiert: Was beschreibt es am besten, dass wir an diesen Rand des Möglichen gehen wollen, aber auf allen Ebenen des Gesetzes, auf allen Ebenen des Rechts? Wir waren uns dann einig, dass die Formulierung dass „das rechtlich Mögliche“ genau das zum Ausdruck bringt, nicht beim Status quo zu verbleiben, sondern an den Rand des grundgesetzlich Möglichen zu gehen. Deshalb bitte ich Sie genau in diesem Sinne, um das zu unterstützen, auch bei der Formulierung des Antrags zu bleiben. Herzlichen Dank!

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission so zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich rufe auf die Anträge A42 und A43 zur Beratung. Hierfür liegen keine Wortmeldungen vor, deswegen können wir über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

A44 und A45, auch hierzu keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Ich rufe auf die Anträge A46 bis A48. Hierzu liegt uns zum Antrag A46 eine Wortmeldung von Dennis Radtke aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vor. Bitte auf die Bühne zu kommen!

Dennis Radtke: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Freundinnen und Freunde! Man muss ja bei diesen Wortmeldezetteln eintragen, „spricht für oder gegen den Antrag“ und ich habe angekreuzt, „Ich spreche gegen den Antrag“.

Wer sich jetzt schon darauf freut, hier einen reinrassigen Klimaleugner und Gegner der Energiewende anzutreffen, den muss ich enttäuschen. Aber ich möchte die Gelegenheit einfach mal nutzen Ihnen mitzuteilen, dass es auch Menschen gibt, die in ihrem beruflichen Alltag – ich arbeite als Gewerkschaftssekretär bei der IG BCE – mit dem in der Praxis zu tun haben, was in Berlin alles an politischer Lyrik zum Thema Energiewende beschlossen wird.

Mir geht es nicht darum, wenn ich sage, ich bin gegen diesen Antrag, zu sagen, ich bin für eine Diskussion. Wollen wir Umweltschutz und Ressourcenschonung, oder wollen wir Wohlstand und Wachstum? Darum geht es nicht. Ich glaube auch, dass wir in Deutschland die Möglichkeiten haben, mit unserer leistungsstarken Industrie beides zu schaffen. Wir haben in Deutschland alle Chancen, Spitzenreiter bei Industrie 4.0 zu sein. Wir haben auch in Deutschland alle Chancen, Spitze zu sein bei einer ressourcenschonenden Wirtschaft. Das Problem ist aber: In der jetzigen Situation gibt es dieses „und“ nicht mehr, sondern zurzeit sind wir nur noch unterwegs und sagen: Umweltschutz, Klimaschutz, Energiewende, alles ist toll.

Da muss man mit Blick auf den politischen Mitbewerber, der die grüne Farbe trägt, neidlos anerkennen, dass die Virtuosität, mit der die Grünen politisches Agenda-Setting und politisches Wording betreiben, wirklich atemberaubend ist. Ich will auch deutlich machen, was ich damit meine. Als Rot-Grün 1998 die Energiewende beschlossen hatte, war vom Thema CO₂ und Klimawandel überhaupt nicht die Rede. Da ging es um die Frage: Wir wollen raus aus der Atomkraft, und wie steuern wir dann um in Richtung regenerative Energien? Mittlerweile redet davon niemand mehr. Sondern wir reden nur noch davon: Energiewende machen wir wegen dem Klimaschutz und wegen der CO₂ Minderung. Das ist ein Erfolg der Grünen, leider Gottes, dass das mittlerweile in allen Parteien absoluter Common Sense ist, dass das die Zielrichtung der Energiewende sein soll, meine Damen und Herren.

Deswegen müssen wir da einfach als CDU auch ein bisschen aufpassen, weil ich mir einfach wünsche, dass wir als letzte ernst zu nehmende politische Kraft in diesem Land auch sagen, dass wir keinen Widerspruch sehen zwischen Umwelt- und Ressourcenschonung auf der einen Seite und Wohlstand und Wachstum auf der anderen Seite. Wir müssen nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen. Wenn ich mir ansehe, was im November im Bundeskabinett am Klimaschutzplan 2050 verabschiedet worden ist, meine Damen und Herren, ist das sicherlich eher eine Expertendelikatesse. Ich kenne den Entwurf, der ursprünglich vorgelegen hat, und ich kenne das, was am Ende vom Kabinett verabschiedet worden ist. Da kann man sagen: Da sind schon einige schlimme Dinge abgewendet worden. Aber was da immer noch drinsteht, da muss ich mich teilweise an den Kopf fassen.

Hier ist niemand im Saal, meine Damen und Herrn, der glaubhaft erzählen kann, wo in drei Jahren die Sozialversicherungsträger in Deutschland finanziell stehen werden. Niemand kann hier im Saal sagen: Wieviel Geld wird Herr Schäuble heute in drei Jahren auf den Tag genau in seinem Haushalt zur Verfügung haben? Aber wir können als Politik sagen: Mit unserem Maßnahmenpaket Klimaschutzplan 2050 können wir vorhersagen, wie das Klima im Jahr 2050 sein kann. Wer sich das wirklich auf der Zunge zergehen lässt, der muss doch zu dem Ergebnis kommen, dass die phonetische Nähe von Wahn und Plan nicht nur eine bloße Laune der Linguistik sein kann, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Nochmal ganz deutlich: Ich bin nicht gegen Klimaschutzpläne im Grundsatz. Ich bin auch nicht gegen Ressourcenschonung. Aber ich wünsche mir von meiner Partei mehr Deutlichkeit in der Frage, dass uns beides wichtig ist. Deswegen werde ich an dieser Stelle gegen den Antrag stimmen. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht jetzt Sabine Weiss.

Sabine Weiss, Antragskommission: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, lieber Herr Radtke! Ich habe Ihren Beitrag jetzt nicht ganz konkret als gegen den Antrag 46 empfunden, sondern mehr als Beitrag gegen den Klimaschutzplan. Dieser Antrag A46 ist schlicht eine Formulierung, die deutlich machen soll, in welcher internationalen Verantwortung wir, was auch Umwelt und klimaverträgliches Wachstum anbetrifft, stehen. Es ist ein klares Bekenntnis zu unserer Verpflichtung als Industriestaat für die gesamte Weltsituation. Wir haben gerade in den letzten anderthalb Jahren gesehen, was passiert, wenn Menschen sich auf den Weg machen müssen, gegen Krieg, Hunger und gegebenenfalls auch wegen des Klimawandels.

Ich halte die Formulierung für sehr gut, für ausgewogen und bitte daher um Zustimmung für die Formulierung der Antragskommission. Herzlichen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann können wir über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Kommen wir zum Punkt A 49. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen können wir auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Damit haben wir die Einzelberatungen des Antrags A „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ abgeschlossen und können nunmehr in die Schlussabstimmung eintreten. Wer dem Antrag A des Bundesvorstands in der durch Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich für die konzentrierte Beratung und gebe jetzt weiter an den Kollegen Kretschmer.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir kommen zu den weiteren Initiativanträgen. Da liegt die erste Wortmeldung vor für den Antrag 150, d. h. die Anträge C148 und C149 können wir gemeinsam abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Für den Antrag C150 hat sich angemeldet Kordula Kovac.

Kordula Kovac: Bevor ich jetzt das Wort ergreife, möchte ich eigentlich ganz gerne von der Antragskommission wissen, warum die den Antrag ablehnen.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielleicht wollen Sie erst noch mal etwas zu dem Antrag sagen. Der eine oder andere hat vielleicht jetzt auch nicht gleich geschaut, um was es geht.

Kordula Kovac: Lieber Kollege Kretschmer, das mache ich natürlich sehr gerne. Ich habe den Antrag gestellt und habe ihn von Männern und Frauen unterschreiben lassen, dass die CDU weiblicher werden und mindestens jeder dritte Listenplatz bei der Bundestagswahl 2017 für eine Frau sein soll. Ich lese den Antrag nochmal vor: „Es ist erklärtes Ziel der CDU Deutschlands, unsere Partei jünger, bunter, weiblicher zu machen. Um zu gewährleisten, dass tapfere und mutige Frauen eine gleichberechtigte Chance auf Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit

auf Bundesebene erhalten, beschließt die CDU Deutschlands, mindestens jeden dritten Platz einer jeden Landesliste der Bundestagswahl 2017 mit einer Frau zu besetzen.“ Ich würde ganz gerne hören, warum das jetzt abgelehnt wird.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das macht Peter Tauber für die Antragskommission. Bitteschön!

Dr. Peter Tauber, Antragskommission: Wir haben jetzt schon ganz schön viel gearbeitet. Ich brauche jetzt aber trotzdem noch mal die volle dialektische Aufmerksamkeit des Parteitags. Denn ich will zunächst eins vorwegschicken: Ich bin inhaltlich voll für den Antrag. Ehrlich gesagt, erlebe ich auch manche Diskussion bei Verbänden von uns, wo mir die Haare nicht mehr grau werden, das kann nicht passieren, aber wo ich doch mit großem Kopfschütteln zur Kenntnis nehme, wie da Listen zustande kommen und wie mit der Frage, werden alle Gruppen in unserem Land, Frauen, Männer, Jung und Alt, Selbstständige, Arbeiter ausreichend auf der Liste abgebildet, verfahren wird. Wir gewinnen keine Wahlen nur mit Jurastudenten auf der Liste. Ich sage das mal so.

(Beifall)

Wobei ich gleich wieder alle Juristen im Raum liebevoll in den Arm nehme – mein Vater ist auch einer, und viele andere Kollegen, die ich schätze. Das war keine Juristenschelte. Aber ich will auf etwas anderes hinaus. Es ist Aufgabe von uns allen, dafür zu sorgen, dass auf Frauen ausreichend und mindestens, mindestens auf jedem dritten Platz auf der Liste abgebildet werden.

Wir haben bei dem Antrag nur jetzt ein praktisches Problem. Wenn wir den beschließen, bleibt er völlig folgenlos, weil er rein appellativ ist. Diese Frage muss man in der Satzung regeln. Es ist kein Satzungsantrag. Die Frist ist abgelaufen. Ich empfehle, das dringend nochmal zu diskutieren und im Zweifel auf dem nächsten Parteitag in einem rechtmäßig konformen Satzungsantrag noch einmal zu stellen.

Sonst geschieht Folgendes: Wir können es hier beschließen oder auch nicht. Wenn wir es nicht beschließen, ist es auch kein gutes Signal. Denn wir haben das Quorum schon längst. Ob die Verbände jetzt in ihrer Weisheit so klug sind, das bei den kommenden Listenaufstellungen zu berücksichtigen, wird sich durch diesen Antrag zumindest nicht mehr ändern, sondern da braucht es Vernunft und Einsicht. Die haben wir ja eigentlich, hoffe ich zumindest.

Kordula Kovac: Herr Generalsekretär, jetzt möchte ich nochmal das Wort –

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Nein, Entschuldigung, wir haben uns auf ein Verfahren verständigt, dass wir jetzt auch einhalten wollen, damit wir auch vorankommen. Wir sind nämlich in der Zeit schon weit fortgeschritten. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich bitte Sie um Verständnis dafür. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den

bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Erste war eine deutliche Mehrheit.

Wir kommen zu den Anträgen bis C16o. Für C16o liegen die ersten Wortmeldungen vor, d. h. 151 bis 159. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C16o, für eine Stärkung der Betriebsrenten. Es haben sich gemeldet Jana Schimke, Michael Littig und Ralf Brauksiepe im Anschluss für die Antragskommission. Jana Schimke, bitteschön! – Dann nehmen wir Michael Littig.

Michael Littig: Ich bin nicht Jana Schimke, um das klarzustellen. Ich gehöre zur Spezies der Kleinen und Mittleren Unternehmen und Familienunternehmen. Ich habe mit sehr, sehr viel Interesse und Wohlwollen vernommen, wie wichtig unserer Bundeskanzlerin – und auch Herr Kauder hat es heute Morgen ganz toll ausgeführt – diese Kleinen und Mittelständischen Unternehmen sind. Auch die Aspekte Bürokratieabbau und Vertrauen. Dass die so hochgehängt werden, fand ich auch ganz klasse.

Im Referentenentwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz gibt es aber genau einen Punkt oder mehrere Punkte auf der einen Seite, die sehr gut sind, aber auf der anderen Seite, ganz offen, als Mittelständler, die muss ich schon als kleinen subversiven Angriff von Frau Nahles auf den Mittelstand verstehen.

Die betriebliche Altersversorgung muss verbreitet werden, da sind wir uns alle einig. Dass das heute nicht gelingt, liegt an mehreren Punkten. Nicht daran, ob wir drei oder vier Euro mehr Förderung haben in dem einen oder anderen Durchführungsweg, sondern an den Themen Komplexität, Handlungssicherheit oder sogar auch Haftungsängste. Genau hier wird noch eins drauf gesetzt. Es wird insofern eins drauf gesetzt, dass es zwar eine Lösung gibt in diesem Entwurf, aber diese Lösung ausschließlich tarifgebundenen Unternehmen bzw. Mittelständlern, die Bezug nehmen zu entsprechenden Tarifverträgen, geöffnet wird. Das ist nicht in Ordnung.

Insofern führt das bei den Mittelständlern, das haben wir in den letzten Wochen exzessiv erprobt, zu einer entsprechenden Verunsicherung. Nicht nur, dass diese Lösung für den normalen kleinen und mittleren Betrieb nur schwer bis unmöglich realisierbar ist, sondern auch, dass die aktuellen Durchführungsregeln der betrieblichen Altersversorgung faktisch diskreditiert werden, indem man da eine größere Haftung suggeriert, was man auch infrage stellen soll.

Ich bitte Sie daher um Unterstützung dieses Antrages und als Signal der CDU, dass eben diese Kleinen und Mittleren Unternehmen und die Arbeitnehmer einen entsprechenden Zugang zu den sehr, sehr guten Ansätzen und Lösungen in diesem Entwurf auch haben. Vielen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Ralf Brauksiepe begründet jetzt das Votum der Antragskommission.

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Der Antragsteller weist zu Recht darauf hin, dass wir in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren sind, d. h., Überweisung an die Bundestagsfraktion bedeutet dann auch, das in dieses laufende Gesetzgebungsverfahren einspeisen zu können. Wir tun uns, glaube ich, keinen Gefallen, es inhaltlich jetzt Eins zu Eins so hier zu übernehmen und sozusagen zu unserer Vorgabe zu machen. Man muss das eine oder andere daran schon noch mal diskutieren. Wir sind ja eine Partei, die für Tarifbindung ist, die für Stärkung der Tarifautonomie ist und die auch ein Interesse daran hat, dass es tarifliche Regelungen gibt.

Das heißt nicht, dass andere keine Regelungen haben sollten. Wir sind ja dafür, Betriebsrenten zu stärken als eine Säule der Alterssicherung. Aber es von daher jetzt so zu unterschreiben, halten wir für zu weitgehend. Das Ganze wird eingespeist in ein laufendes Gesetzgebungsverfahren. Die Argumente finden von daher dort auch Berücksichtigung, deswegen das Votum der Antragskommission.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ralf Brauksiepe. Stimmen wir darüber ab! Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Antrag C161, hier empfiehlt die Antragskommission Annahme in einer geänderten Fassung. Dazu hat Manfred Pentz um eine Wortmeldung gebeten. Bitteschön!

Manfred Pentz: Liebe Parteifreunde! Die Ereignisse in der Türkei sind für uns alle Besorgnis erregend. Wir, die CDU Hessen, entschieden auch auf Initiative unseres Abgeordneten Ismail Tipi, einen Initiativantrag einzubringen, der Ihnen vorliegt und um den ich werbe.

Die Türkei unter ihrem Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan entfernt sich zunehmend von den demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Werten, die Europa ausmachen, die Werte, für die wir stehen. Unsere Werte, unsere Zukunft!

Meine lieben Freunde, wir sagen in diesem Antrag sehr klar: Wir wollen aber, dass die Gespräche explizit mit der Türkei weitergeführt werden. Wir wollen, dass Gespräche mit der Türkei geführt werden. Wir wollen sie als engen strategischen Partner beibehalten. Dabei muss aber stets klar sein: Europäische Werte wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit stehen für uns nicht zur Debatte und sind nicht verhandelbar.

Zum Schluss nur so viel: Wir sind einverstanden mit der Empfehlung der Antragskommission und würden dem dann auch so zustimmen. Herzlichen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Danke, Manfred Pentz! Dann stimmen wir auch gleich direkt darüber ab. Wer also diesem Vorschlag, Annahme in der geänderten Fassung, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das war eine deutliche Mehrheit.

Kommen wir zum Antrag C162, das ist die WLAN-Wüste Deutschland. Dort haben sich Thomas Jarzombek und Heiko Dieterle gemeldet. Thomas, machst du den Anfang?

Thomas Jarzombek: Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist jetzt der unpopulärste Redepplatz am heutigen Tag, weil es der letzte Antrag ist, aber nichtsdestotrotz. Wir haben das Thema WLAN-Störerhaftung eigentlich in diesem Jahr im Bundestag gelöst, bis es ein Urteil des EuGH gegeben hat, was jetzt wieder für viele Unsicherheiten sorgt.

Der Antragsteller hat schon Recht, dass er sagt: Wir sollen hier Rechtssicherheit herstellen. Genau das ist auch der Text, der sich im Koalitionsvertrag wiederfindet. Wir haben eine Widrigkeit: Wir müssen jetzt erst mal darauf warten, was das Landgericht München aus dem EuGH-Urteil macht.

Aber das sollte uns nicht davon abhalten, genau diesen Antrag hier heute zu beschließen. Die Antragskommission hat jetzt empfohlen, den in die Bundestagsfraktion zu verweisen. Ich kann zumindest als Sprecher im Ausschuss für Digitale Agenda sagen: Ich möchte ihn gar nicht erst überwiesen bekommen. Den können wir so, wie er ist, heute eigentlich beschließen. Vielen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Der Kollege Jarzombek ist ja nicht dafür bekannt, dass er sich vor Arbeit drücken will. Jetzt ist erst mal Herr Dieterle an der Reihe. Bitteschön!

Heiko Dieterle: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich kann dies nur unterstreichen. Wir sollten diesen Antrag heute beschließen. Der politische Wille war letzten Endes bereits erklärt. Mit dem EuGH-Urteil kommt eine Rechtsunsicherheit auf uns zu bzw. die Gewissheit, dass die Abmahnindustrie hier wieder zuschlagen kann. Deshalb sollte die Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber nun wirklich auch endgültig geschaffen werden. Das sollten wir heute von diesem Parteitag aus unterstützen. Es geht um die Bekämpfung der Abmahnindustrie in diesem Punkt, Rechtssicherheit für die WLAN-Betreiber und die Nachschärfung des Gesetzestextes, der mit den Erläuterungen nicht ausreicht. Deutschland muss hier zwingend aufholen und die digitale Kluft zu anderen Ländern verringern. Wir haben Nachholbedarf. Deswegen stimmt bitte für den Antrag. Herzlichen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Frau Winkelmeier-Becker, aber die wollte gern Herrn Tauber das Wort überlassen. Wenn ihr euch beide da verständigt. – Die Spannung steigt. – Jetzt sage ich erstmal: Das Votum der Antragskommission haben wir ja uns reiflich überlegt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Das Votum lautet: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Da ist es sehr gut aufgehoben, hoffentlich in der Federführung der Rechtspolitiker, nicht der Netzpolitiker. Denn wir haben hier einen Konflikt zwischen den Netzpolitikern und den Rechtspolitikern.

Ich möchte daran erinnern: Wir haben heute mehrfach gesagt, dass in der analogen Welt gewisse Maßstäbe gelten. Die wollen wir auch in der digitalen Welt aufrechterhalten. Wenn wir hier die komplette Haftung sozusagen unter jeglichem Aspekt beschließen sollen, würden wir diesen Grundsatz extrem konterkarieren. Wir sind natürlich für viel freies WLAN. Wir wissen, wie wichtig das ist. Wir wissen auch, dass die Haftungsfrage ganz entscheidend für den Mut eines WLAN-Betreibers ist, das zu machen. Deshalb haben wir im Juli ein Gesetz verabschiedet, das den WLAN-Betreiber weitgehend von jeglicher Haftung befreit.

Aber dann, wenn etwas unter Ausnutzung seines WLAN-Zugangs gemacht wird, was urheberrechtswidrig ist, z. B., dass da eben Dinge runtergeladen werden, wo das eben nicht erlaubt ist. Ihr stellt euch immer vor: Da sitzen die Leute nur und machen ihre redlichen neuen Start-ups oder arbeiten an ihrer Doktorarbeit. Das ist leider ein Irrtum, das nur so zu sehen. Da gibt es auch Missbrauch, auch an dieser Stelle. Wenn ein solcher Missbrauch identifiziert werden kann, dann muss derjenige, der geschädigt ist, doch die Möglichkeit haben, von dem Störer zu verlangen, dass er das unterbindet. Nur darum geht es. Diese Möglichkeit müssen wir uns offenhalten. Deshalb bitte ich mit dieser Maßgabe, das an die Bundestagsfraktion weiterzugeben. Damit wir da eine gute Regelung hingekommen, die auch Rechtssicherheit verspricht. Vielen Dank!

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Elisabeth, vielen Dank! Wir stimmen jetzt ab. Nicht für oder gegen offenes WLAN oder ob wir ein positives Verhältnis dazu haben, sondern über das Votum der Antragskommission, was sagt: Dieses Thema muss bearbeitet werden. Es ist wichtig für Deutschland und deswegen sollen die Experten in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich damit eingehend beschäftigen. Wer das auch findet, der soll bitte jetzt die Karte heben. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Das ist weniger. Enthaltungen? – Das sind noch weniger oder gar keine Enthaltungen.

Damit hat Thomas Jarzombek das Thema in wenigen Tagen wieder auf dem Tisch, und wir werden eine vernünftige Lösung mit Rechtspolitikern, Innenpolitikern und unseren Kollegen finden.

Wir sind am Ende der Beratungen der Initiativanträge. Herzlichen Dank für Ihre disziplinierte Mitarbeit!

(Beifall)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir sind nicht nur am Ende der Antragsberatung, sondern so langsam auch am Ende des Parteitags. Wir sehen jetzt noch vor dem Schlusswort unserer Vorsitzenden eine Videoeinspielung über die Tage hier in Essen.

(Ein zweiminütiges Video wird abgespielt)

Jetzt bitte ich unsere Vorsitzende um ihr Schlusswort zu unserem Parteitag.

TAGESORDNUNGSPUNKT 23:

Schlusswort

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, die Zeit ist fortgeschritten. Man sieht, dass manch einer schon die Heimreise antreten musste. Deshalb Dank an die, die noch geblieben sind!

Wir haben uns als Christlich Demokratische Union eine neue Führung gewählt und sind damit handlungsfähig für die kommenden Monate. Wir haben mit unserem Leitantrag, der einstimmig beschlossen wurde, eine Positionsbestimmung vorgenommen. Aber wir haben – das hat sich glaube ich auch gezeigt – noch eine Menge Arbeit zu tun, bis wir das Wahlprogramm für die Bundestagswahl dann auch wirklich fertig haben.

Die nächsten Schritte werden sein, dass wir zusammen, CDU und CSU, einen Fahrplan für die Erarbeitung eines Programms, eines Wahlprogramms, am Anfang des Jahres auflegen und dann etwa in der Mitte des Jahres dieses Wahlprogramm auch verabschieden können. Dazwischen wird es eine breite Beteiligung der einzelnen Gliederungen der Partei geben, wo wir noch einmal ausführlich diskutieren können, in welcher Richtung wir marschieren wollen für den Bundestagswahlkampf. Hier wird es vor allem darum gehen, allen Menschen im Lande ein Angebot zu machen. Wir sind eine Volkspartei, und unser Anspruch ist, nicht nur Angebote für bestimmte Gruppen, sondern für alle zu machen.

Ich glaube, dass der Parteitag gezeigt hat, dass es eine wirkliche Bereitschaft aller gibt, sich einzubringen, auch in kontroversen Diskussionen. Ich glaube, dass wir unseren Freunden im Saarland, in Schleswig-Holstein und bei unserem Gastgeber in Nordrhein-Westfalen natürlich besonders, auch einen Beitrag geleistet haben, damit wir erfolgreich erst einmal bei den Landtagswahlen abschließen können. Ich wünsche unseren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in den drei Landesverbänden vor allen Dingen viel Kraft, viel Kraft, zu den Menschen zu gehen. Ich sage Ihnen für den neuen Bundesvorstand zu, dass wir uns intensiv an diesen Diskussionen beteiligen werden. Wir wünschen uns allen gemeinsam viel Erfolg bei diesen drei Landtagswahlen!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ein solcher Parteitag umfasst weit mehr als nur die Arbeit hier in dieser Halle. Deshalb möchte ich mich bei den Sponsoren und Ausstellern ganz herzlich bedanken und bei der Messe Essen, die es uns möglich gemacht haben, obwohl hier ja eine ziemliche Baustelle ist, interessante Stände besuchen zu können. Ich möchte mich bei der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern und den Ärzten ganz herzlich dafür bedanken, dass wir hier sicher und geschützt tagen konnten.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte mich bei Peter Tauber, bei Klaus Schüler, bei dem ganzen Team vom Adenauer-Haus und ganz besonders auch bei Herrn Leisner und seiner Truppe bedanken, die unter nicht ganz einfachen Bedingungen – siehe gestern auch der NRW-Abend – alles dafür eingesetzt haben, dass wir hier gut und auch fröhlich tagen konnten. Herzlichen Dank für diese Arbeit!

(Lebhafter Beifall)

Ich bitte Sie, die Mitglieder in ihren Orts und Kreisverbänden ganz herzlich zu grüßen von diesem Parteitag, ihnen allen eine besinnliche, gesegnete Advents- und Weihnachtszeit zu wünschen, die ich Ihnen natürlich hier auch direkt sage, Ihnen eine sichere Heimreise zu wünschen und wie es bei uns dann Sitte ist und Brauch, guter Brauch, diesen Parteitag mit dem Singen der Nationalhymne zu beenden.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

Armin Laschet, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen. Ich wünsche allen eine gute Heimkehr!

(Schluss: 14.05 Uhr)

ANHANG
Beschlussprotokoll
des 29. Parteitags der CDU Deutschlands
am 6./7. Dezember 2016 in Essen

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands;
Vorlage des Rechenschaftsberichts 2014 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Bericht der Rechnungsprüfer
15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes
- 16.1 Wahl des Vorsitzenden
- 16.2 Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden
- 16.3 Wahl des Bundesschatzmeisters

- 16.4 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums
- 16.5 Wahl des Mitgliederbeauftragten
- 16.6 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei (EVP)
19. Wahl des Bundesparteigerichts der CDU
- 20 a) Antrag des Bundesvorstandes
„Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“
- 20 b) Beratung und Beschlussfassung
- 21 a) Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands
- 21 b) Beratung und Beschlussfassung
22. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
23. Schlusswort

Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 29. Parteitags der CDU Deutschlands am 6. Dezember 2016 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	Armin Laschet MdL
Beisitzer:	Daniel Günther MdL
	Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
	Michael Kretschmer MdB
	David McAllister MdEP
	Christina Schwarzer MdB
	Annette Widmann-Mauz MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 29. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Peter Tauber MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Klaus Schüler
Weitere Mitglieder:	
Baden-Württemberg:	Andreas Jung MdB
	Karin Maag MdB
	Annette Widmann-Mauz MdB
Berlin:	Kai Wegner MdB
Brandenburg:	Steeven Bretz MdL

Bremen:	Elisabeth Motschmann MdB
Hamburg:	Dr. Roland Heintze
Hessen:	Peter Beuth MdL Dr. Michael Meister MdB Manfred Pentz MdL Lucia Puttrich MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Vincent Kokert MdL
Niedersachsen:	Dr. Maria Flachsbarth MdB Michael Grosse-Brömer MdB Franz-Josef Holzenkamp MdB Carsten Müller MdB
Nordrhein-Westfalen:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB Serap Güler MdL Bodo Löttgen Jens Spahn MdB Sabine Weiss MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB
Rheinland-Pfalz:	Dr. Thomas Gebhart MdB Mechthild Heil MdB Patrick Schnieder MdB
Saar:	Roland Theis MdL
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	Heike Brehmer MdB
Schleswig-Holstein:	Dr. Johann Wadepuhl MdB
Thüringen:	Evelin Groß
JU:	Marcel Grathwohl

FU:	Anja Wagner-Scheid
MIT:	Jürgen Presser
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Eva-Maria Welskop-Deffaa
KPV:	Uwe Becker
SU:	Leonhard Kuckart
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Dr. Rainer Gerding
RCDS:	Laura Lütt
BACDJ:	Prof. Dr. Günter Krings MdB
EVP:	Herbert Reul MdEP

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 29. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Bereichsleiter Organisation & Veranstaltungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	Timo Flätgen Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Saar Klaus-Dieter Götz Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern Christian Meyer Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen Christian Post CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Wolfgang Blum
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Ute Elias
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:	Arnst	Martin	KV Warendorf-Beckum
	Bauder	Yvonne	KV Esslingen
	Binnberg	Ralf	KV Dortmund
	Blank	Andreas	KV Wuppertal
	Brill	Hubert	KV Olpe
	Dinter	Cordula	KV Barnim
	Ehrle	Manfred	BV Württemberg-Hohenzollern
	Elsemann	Josef	KV Wesel
	Epper	Claudia	KV Duisburg
	Erpenbach	André	KV Herford
	Fedder	Christopher	KV Celle
	Fischer	Martin	KV Main-Kinzig
	Frenzel	Jan	KV Rhein-Hunsrück
	Fritz	Birgit	KV Rhein-Neckar
	Funnemann	Klaus	KV Höxter
	Gatzka	Wilma	KV Wetterau
	Gauger	Reiner	BV Nordwürttemberg
	Gericke	Marita	KV Schaumburg
	Göttlicher	Heike	KV Ludwigsburg
	Griebel	Sophie	CDU-Bundesgeschäftsstelle
	Grotjahn	Henrik	KV Braunschweig

Hanser	Brigitte	KV Breisgau-Hochschwarzwald
Heißler	Nicole	KV Karlsruhe-Land
Hess	Philipp	KV Main-Tauber
Hölsken	Marion	KV Leverkusen
Holsträter	Christoph	KV Bottrop
Höring	Lennart	KV Rhein-Erft
Jasper	Markus	KV Borken
Jeske-Werner	Imke	KV Peine
Joepen	Brigitte	KV Euskirchen
Kleinemeier	Hubert	KV Gütersloh
Kleinheyer	Robert	KV Rhein-Kreis Neuss
Klemme	Walter	KV Weserbergland
Kuon	Angela	KV Biberach
Landau	Ursula	KV Lahn-Dill
Leinenbach	Christof	BV Trier
Lüttgens	Hanswalther	KV Paderborn
Machill	Johannes	KV Steinfurt
Mannheims	Carsten	KV Aachen-Land
Marquard	Franziska	BV Nordostniedersachsen
Masseling	Stephan	KV Bonn
Matyja	Magdalena	KV Hannover-Stadt
Meertz	Volker	KV Rhein-Sieg
Mehlkopf-Cao	Thomas	KV Mülheim an der Ruhr
Mies	Harro	KV Aachen-Stadt
Mildenberger	Christian	KV Karlsruhe-Stadt
Möller	Elke	KV Lüchow-Dannenberg

Müller	David	KV Rems-Murr
Nies	Friedrich	KV Hochsauerland
Noetzel	Günther	KV Kassel-Stadt
Orthey	Harald	BV Koblenz-Montabaur
Pelz	Kerstin	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Pfrommer	Ursula	KV Calw
Pöppel	Jochen	KV Mark
Ramakers	Bernd	KV Düren-Jülich
Richter	Jens	KV Verden
Rodestock	Karola	KV Böblingen
Roth	Frank	KV Wolfsburg
Ruppert	Tino	KV Burgenlandkreis
Samson	Ludger	KV Recklinghausen
Schary	David	KV Bochum
Schenk	Roger	LV Baden-Württemberg
Scherler	Thomas	KV Märkisch Oderland
Schmidt	Iris	KV Vogelsberg
Schmiedler	Sabine	LV Braunschweig
Sepbach	Bernd	KV Heilbronn
Siemers	Svenja	KV Baden-Baden
Solberg	Mechthild	LV Nordrhein-Westfalen
Solberg	Norbert	KV Essen
Spittler	Martin	KV Ennepe-Ruhr
Ströbele-Both	Petra	KV Herne
Studnik	Ilka	KV Ammerland
Thies	Werner	KV Hamm

Thum	Michaela	KV Konstanz
Voss	Uwe	KV Segeberg
Westeppe	Paul	KV Solingen
Wießel	Bernd	KV Altmarkkreis Salzwedel

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP

8a/8b): Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP

9a/b): Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Tauber MdB**, sowie die **Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Philipp Murmann MdB**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2014** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Die **Mandatsprüfungskommission** des 29. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 29. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14:20 Uhr 991 Delegierte anwesend.

Der 29. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
- Vorsitzender -

gez. Timo Flätgen

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Christian Meyer

gez. Christian Post “

Zu TOP 14: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für die Kalenderjahre 2013 und 2014 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 16.1: Wahl des Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	949
Ungültig:	1
Enthaltungen:	4
Gültige Stimmen:	944
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	473
Ja:	845
Nein:	99

Zu TOP 16.2: Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	963
Ungültig:	0
Enthaltungen:	3
Gültige Stimmen:	960
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	481

Es wurden gewählt:

Julia Klöckner MdL	827
Volker Bouffier MdL	820
Armin Laschet MdL	786
Dr. Ursula von der Leyen MdB	709
Thomas Strobl MdB	693

Danach wurden im ersten Wahlgang fünf Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 16.3: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Dr. Philipp Murmann MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 805

Ungültig: 0

Enthaltungen: 4

Gültige Stimmen: 801

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 401

Ja: 795

Nein: 6

Zu TOP 16.4: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 936

Ungültig: 1

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 935

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 468

Es wurden gewählt:

Dr. Wolfgang Schäuble MdB 829

Annegret Kramp-Karrenbauer MdL 797

David McAllister MdEP 769

Dr. Thomas de Maizière MdB 750

Karl-Josef Laumann MdL 731

Jens Spahn MdB 659

Prof. Monika Grütters 658

Danach wurden im zweiten Wahlgang insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter 2 Frauen. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Zu TOP 16.5: Wahl des Mitgliederbeauftragten

Es wurde gewählt:

Henning Otte MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	719
Ungültig:	4
Enthaltungen:	14
Gültige Stimmen:	701
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	351
Ja:	642
Nein:	59

Zu TOP 16.6: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	929
Ungültig:	14
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	915
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	458

Es wurden gewählt:

Hermann Gröhe MdB	849
Peter Altmaier MdB	846
Prof. Dr. Otto Wulff	820
Dr. Reiner Haseloff MdL	771

Annette Widmann-Mauz MdB	770
Dr. Michael Meister MdB	753
Dr. Stefan Heck MdB	739
Elmar Brok MdEP	725
Sabine Weiss MdB	713
Mechthild Heil MdB	705
Arnold Vaatz MdB	701
Serap Güler MdL	681
Mike Mohring MdL	678
Elisabeth Motschmann MdBB	676
Dr. Peter Liese MdEP	675
Dr. Johann David Wadephul MdB	674
Elisabeth Heister-Neumann	654
Dr. Ralf Brauksiepe MdB	650
Monica Wüllner	640
Prof. Dr. Dagmar Schipanski	627
Christian Baldauf MdL	624
Lucia Puttrich MdL	622
Elke Hannack	616
Dr. Stephan Harbarth MdB	598
Gudrun Heute-Bluhm	589
Peter Beuth MdL	570

Danach wurden im 1. Wahlgang 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter 11 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurden nicht gewählt:

Katherine Reiche	565
Michael Boddenberg MdL	550
André Trepoll MdHB	480

Zu TOP 17: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2017 bis 31.12.2018:

Ordentliche Mitglieder:

Elmar Brok MdEP
 Michael Gahler MdEP
 Dr. Inge Grässle MdEP
 Jürgen Hardt MdB
 Werner Jostmeier MdL
 Ronja Kemmer MdB
 Gunther Krichbaum MdB
 Dr. Werner Langen MdEP
 Armin Laschet MdL
 Lucia Puttrich MdL
 Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP
 Katherina Reiche
 Stephan Toscani MdL
 Dr. Christian von Boetticher

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Ralf Brauksiepe MdB
 Birgit Collin-Langen MdEP
 Claudia Crawford
 Serap Güler MdL
 Dr. Christoph Konrad
 Heinz Lehmann MdL
 Eva Majewski
 Dr. Hardy Ostry
 Younes Ouaqasse
 Dr. Tim Peters
 Dr. Markus Pieper
 Michael Stübgen MdB
 Sabine Verheyen MdEP
 Bertil Wenger

Zu TOP 18: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 1.1.2015 bis 31.12.2016 zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP:**

Delegierte:

Markus Arens
 Hildegard Bentele MdA
 Dr. Ralf Brauksiepe MdB
 Elke Duhme
 Jens Eckhoff MdBB
 Thorsten Frei MdB
 Ralf Geisthardt MdL
 Jürgen Hardt MdB
 Dr. Roland Heintze
 Niclas Herbst
 Elisabeth Jeggler
 Werner Jostmeier MdL
 Dr. Christoph Konrad
 Ronja Kemmer MdB
 Joachim Kößler MdL
 Christian Kremer
 Gunther Krichbaum MdB
 Markus Lackamp
 Armin Laschet MdL
 Burkhard Lenz MdL
 Dr. Eva Möllring

Ersatzdelegierte:

Silke Adam
 Dr. Stefan Berger MdL
 Tim-Rainer Bornholt
 Conrad Clemens
 Claudia Crawford
 Astrid Damerow MdL
 Felix Diekmann-Lange
 Olav Göhs
 Klaus-Dieter Götz
 Clemens Große Macke MdL
 Stefan Gruhner MdL
 Edith Grupp
 Serap Güler MdL
 Claudia Hassenbach
 Lothar Hegemann MdL
 Apostolos Kelemidis
 Markus Kurze MdL
 Heinz Lehmann MdL
 Eva Majewski
 Gisela Manderla MdB
 Dr. Beatrice Marnetté-Kühl

Doris Pack	Christian Meißner
Dr. Patricia Peill	Stephan Meyer MdL
Lucia Puttrich MdL	Elisabeth Motschmann MdB
Dennis Radtke	Antonia Niecke
Katherina Reiche	Dr. Hardy Ostry
Barbara Richstein MdL	Younes Ouagasse
Dr. Josef Rosenbauer	Manfred Pentz MdL
Helmut Sauer	Dr. Tim Peters
Uwe Schäfer	Henning Rehbaum MdL
Dr. Klaus Schüler	Günther Schartz
Jens Spahn MdB	Dr. Klaus Schüle
Roland Theis MdL	Bernd Schulze-Waltrup
Stephan Toscani MdL	Sophie Seyfert
Dr. Christian von Boetticher	Michael Stübgen MdB
Marion Walsmann MdL	Kerstin Terhardt
Marco Wanderwitz MdB	Dr. Hanno Thewes
Sts Mark Weinmeister	Tobias Utter MdL
Karin Wolff MdL	Jesko von Samson
Barbara Woltmann MdB	Bertil Wenger

Zu TOP 19: Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Vorsitzender:

Richter am Bundesgerichtshof a. D.
Karl Friedrich **Tropf**

Rechtsanwalt
Dr. Peter **Dany**

Ministerialdirektorin a. D.
Gabriele **Hauser**

Rechtsanwältin
Petra **Kansy**

Richter am Bundesgerichtshof
Heinz **Wöstmann**

Stellvertretende Mitglieder:

Universitätsprofessor
Dr. iur. Michael **Brenner**

Direktor des Amtsgerichts
Jens **Gnisa**

Assessor iur.
Andreas **Horsch**

Vizepräsident des Oberlandesgerichts a. D.
Ernst Jürgen **Kratz**

Präsident des Oberlandesgerichts
Prof. Dr. Roman **Poseck**

Rechtsanwältin und Notarin a. D.
Barbara **Saß-Viehweg**

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht
Prof. Dr. Anja **Schlewing**

Zu TOP

20 a)/20 b): Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes „**Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

A	1	Annahme
A	2	Annahme
A	3	Annahme i. d. F. der Antragskommission
A	4	Annahme
A	5	Annahme
A	6	Annahme
A	7	Annahme
A	8	Annahme
A	9	Annahme
A	10	Annahme
A	11	Annahme
A	12	Annahme
A	13	Annahme
A	14	Annahme
A	15	Annahme
A	16	Annahme i. d. F. der Antragskommission
A	17	Annahme
A	18	Annahme
A	19	Annahme
A	20	Annahme
A	21	Annahme
A	22	Annahme
A	23	Annahme
A	24	Annahme
A	25	Annahme
A	26	Annahme

A	27	Annahme
A	28	Annahme
A	29	Annahme
A	30	Annahme
A	31	Annahme
A	32	Annahme
A	33	Annahme
A	34	Annahme i. d. F. der Antragskommission
A	35	Annahme i. d. F. der Antragskommission
A	36	Annahme
A	37	Annahme
A	38	Annahme
A	39	Annahme
A	40	Annahme
A	41	Annahme
A	42	Annahme
A	43	Annahme
A	44	Annahme
A	45	Annahme
A	46	Annahme
A	47	Annahme
A	48	Annahme
A	49	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 49 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

21 a/21 b): Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zu den **Anträgen zum Statut und der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands** folgenden Beschluss:

B 2 Ablehnung

Der Antrag B 1 wurde von dem Antragsteller zurückgezogen.

(Der Wortlaut der Anträge B 1 und B 2 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 22: Der 29. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über die **sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

C 1	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 2	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 3	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 4	Überweisung an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
C 5	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 6	Annahme
C 7	Annahme
C 8	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 9	Ablehnung
C 10	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 11	Annahme
C 12	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 13	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 14	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C 15	Annahme i. d. F. der Antragskommission

C	16	Annahme
C	17	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	18	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	19	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	20	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	21	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
	22	Ablehnung
C	23	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	24	Annahme
C	25	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	26	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	27	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	28	Annahme
C	29	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	30	Ablehnung
C	31	Annahme
C	32	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	33	Ablehnung
C	34	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	35	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	36	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	37	Annahme
C	38	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	39	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	40	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	41	Annahme

C	42	Überweisung an das Netzwerk Medien und Regulierung, die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	43	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	44	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	45	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	46	Annahme
C	47	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	48	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	49	Überweisung des 2. Spiegelstriches an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation sowie des 1. und 3. Spiegelstriches an das Netzwerk Digitalisierung
C	50	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	51	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	52	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	53	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	54	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	55	Annahme
C	56	Annahme
C	57	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	58	Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	59	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	60	Annahme
C	61	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	62	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	63	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	64	Annahme

C	65	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	66	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	67	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	68	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	69	Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie, das Netzwerk Digitalisierung
C	70	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	71	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	72	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	73	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	74	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	75	Ablehnung
C	76	Überweisung an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
C	77	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	78	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	79	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	80	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	81	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	82	Annahme
C	83	Annahme
C	84	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	85	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	86	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	87	Annahme
C	88	Annahme i. d. F. der Antragskommission

C	89	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	90	Ablehnung
C	91	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	92	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	93	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	94	Ablehnung
C	95	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	96	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	97	Ablehnung
C	98	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	99	Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales
C	100	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	101	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	102	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	103	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	104	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	105	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	106	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	107	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	108	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	109	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	110	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	111	Annahme
C	112	Annahme i. d. F. der Antragskommission

C	113	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	114	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	115	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	116	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	117	Ablehnung
C	118	Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	119	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	120	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	121	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	122	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	123	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	124	Annahme
C	125	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	126	Annahme
C	127	Ablehnung
C	128	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	129	Annahme
C	130	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	131	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	132	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	133	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	134	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	135	Ablehnung
C	136	Annahme

C	137	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	138	Annahme
C	139	Annahme
C	140	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	141	Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales
C	142	Überweisung an den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie
C	143	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	144	Ablehnung
C	145	Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	146	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	147	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	148	Annahme
C	149	Annahme
C	150	Ablehnung
C	151	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	152	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	153	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	154	Annahme
C	155	Annahme
C	156	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	157	Überweisung an den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie
C	158	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	159	Annahme

C	160	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	161	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	162	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	200	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	201	Annahme i. d. F. der Antragskommission
C	202	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 147 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 148 bis C 162 ist in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 200 bis C 202 ist in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission zum Antrag A des Bundesvorstands „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ abgedruckt.)

Zu TOP 23: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Peter Brörmann

Monika Bendig-Krebs

REDNERVERZEICHNIS

	Seite
Abler, Eugen	53 ff.
Altmaier, Peter	112
Arlt-Palmer, Christine	61 ff.
Bäumler, Christian	151 f., 204 f.
Baldauf, Christian	58 f., 113
Beuth, Peter	114, 161 f., 178, 199 f.
Boddenberg, Michael	115
Böhringer, Fritz	75 f.
Bouffier, Volker	71 ff., 89
Brenning, Ernst	74 f.
Brauksiepe, Ralf	115 f., 156, 158, 173, 187, 205, 236
Braun, Florian	159
Brok, Elmar	116 f.
Daul, Joseph	17 ff.,
de Maizière, Thomas	101 ff., 165 ff.
Dietterle, Heiko	237
Gerjets, Daniel	191 f.
Gröhe, Hermann	117 f.
Grosse-Brömer, Michael	189
Grütters, Monika	98
Güler, Serap	118 f., 170
Günther, Daniel	49 ff., 222 ff., 228 ff.
Hannack, Elke	119
Harbarth, Stephan	120 f.

	Seite
Haseloff, Reiner	121
Hauk, Peter	162, 182 f.
Heck, Stefan	121 f.
Heil, Mechthild	122 f.
Heintze, Roland	185 f.
Heister-Neumann, Elisabeth	123
Henke, Rudolf	180 ff.
Henrichmann, Marc	188, 196 f.
Heute-Bluhm, Gudrun	124
Husein, Timur	193 f.
Jacoby, Peter	84 f.
Jarzombek, Thomas	237
Jurk, Rainer	165
Katzidis, Christos	197 f.
Kauder, Volker	206 ff.
Klößner, Julia	90 f.
Kovac, Kordula	233 f.
Kramp-Karrenbauer, Annegret	25, 45 ff., 49, 51, 53, 56, 58 f., 61, 63, 68, 70 f., 74 ff., 80 f., 99, 112 ff., 131 ff., 138 f., 142 ff., 146 ff., 169 ff., 182 ff.
Kretschmer, Michael	5, 24 f., 81, 84 ff., 90 ff., 94, 96 f., 146, 150 ff., 167 f., 233 ff.
Krishnan, Jenovan	76 f., 172 ff., 176
Kufen, Thomas	13 ff.
Kunert, Notburga	155 f.
Lämmel, Andreas	187
Lammert, Norbert	188

	Seite
Lanig, Urban	183 f.
Laschet, Armin	11 ff., 17, 21 ff., 87 ff., 91 f., 146 f., 149, 195, 238, 240
Laumann, Karl-Josef	100 f., 150 f.
Lenssen, Heinz-Gerd	224 f.
Liese, Peter	125, 184
Linnemann, Carsten	51 ff.
Littig, Michael	235
Lütt, Laura	229 f.
Mann, Thomas	48 f.
Maag, Karin	175
McAllister, David	17, 21, 103 f., 139, 142 f.
Meister, Michael	125 f., 153, 157, 176 f., 186, 202 f.
Merkel, Angela	5 ff., 25 ff., 85 f., 89, 105, 239 f.
Mohring, Mike	126 f.
Motschmann, Elisabeth	127 f., 170 f.
Müller, Axel	174
Murmann, Philipp	81 ff., 171
Natterer, Christian	171, 201
Niedergesäß, Fritz	179 f.
Oesterhelweg, Frank	59 ff.
Otte, Henning	109 f.
Ovens, Carsten	176
Pantel, Sylvia	157, 165, 194
Pentz, Manfred	236
Peters, Tim	68 ff.

	Seite
Post, Christian	87
Puttrich, Lucia	128 f.
Rachel, Thomas	70 f., 192
Radtke, Dennis	231 f.
Reiche, Katherina	129
Reinhart, Wolfgang	56 ff.
Reul, Herbert	144 f.
Schauerte, Hartmut	177 f.
Schimke, Jana	153 f.
Schipanski, Dagmar	129 ff.
Schneider, Bastian	164 f.
Schütte, Albrecht	202 ff.
Schuster, Armin	226 ff.
Schwarzer, Christina	65, 108, 110 ff.
Seeger, Bianca	152, 153
Spahn, Jens	105 ff., 167
Steck, Christian	189 f.
Stritzl, Thomas	78 f.
Strobl, Thomas	92 ff.
Tauber, Peter	139 ff., 159 f., 168, 215 ff., 226, 234
Trepoll, André	131 f.
Vaatz, Arnold	132 f.
von der Leyen, Ursula	94 ff.
Wadepful, Johann	133 f.
Wagner, Christean	63 ff.

	Seite
Wegner, Kai	77 f., 180
Weiss, Sabine	134 f., 151, 232 f.
Wendt, Marian	161
Widmann-Mauz, Annette	46, 65 ff., 98 ff., 103, 105, 107 f., 135, 154 f., 189 ff., 215, 222
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	163, 195 f., 198 f., 225, 230, 237 f.
Wüllner, Monica	136
Wulff, Otto	80 f., 136 ff.
Ziemiak, Paul	46 f., 157 ff.

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Kampagne und Marketing · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · www.cdu.de/kontakt